



# HESSISCHER LANDTAG

15. 12. 2005

## 88. Sitzung

Wiesbaden, den 15. Dezember 2005

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	6099	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	6135
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	6099	Frank-Peter Kaufmann . . . . .	6137
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	6099	<b>Einzelplan 04</b>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	6137	Heike Habermann . . . . .	6111, 6124
50. Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Koch schont Kanther – CDU-Mitglieder zahlen für Kartell des Schweigens)</b>		Hans-Jürgen Irmer . . . . .	6113, 6117
– Drucks. 16/4947 – . . . . .	6099	Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	6115, 6118
<i>Abgehalten</i> . . . . .	6104	Dorothea Henzler . . . . .	6118
51. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (CDU Hessen: auf Ersatz verzichtet – der Schaden bleibt)</b>		Norbert Schmitt . . . . .	6120
– Drucks. 16/4948 – . . . . .	6099	Ministerin Karin Wolff . . . . .	6121, 6124
<i>Abgehalten</i> . . . . .	6104	Lothar Quanz . . . . .	6121
Jürgen Walter . . . . .	6099	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	6124
Michael Boddenberg . . . . .	6100	<b>Einzelplan 15</b>	
Tarek Al-Wazir . . . . .	6102	Nicola Beer . . . . .	6125
Nicola Beer . . . . .	6103	Eva Kühne-Hörmann . . . . .	6127
Norbert Schmitt . . . . .	6103	Michael Siebel . . . . .	6128
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	6104	Sarah Sorge . . . . .	6130, 6134
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	6104	Minister Udo Corts . . . . .	6131, 6134
52. Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Hessen bleibt am Ball – WM 2006 jetzt landesweit zu empfangen!)</b>		Jürgen Walter . . . . .	6135
– Drucks. 16/4949 – . . . . .	6104	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	6135
<i>Abgehalten</i> . . . . .	6110	29. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Wiedereinführung der Vermögensteuer in Hessen</b>	
Volker Hoff . . . . .	6104, 6108	– Drucks. 16/4867 – . . . . .	6136
Dr. Andreas Jürgens . . . . .	6106	<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	6136
Michael Siebel . . . . .	6107	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	6136
Dieter Posch . . . . .	6108	28. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Regionalisierungsmittel des Bundes ausschließlich für ÖPNV verwenden</b>	
Minister Stefan Grüttner . . . . .	6109	– Drucks. 16/4866 – . . . . .	6136
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	6110	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	6136
6. a) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006) und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften</b>		Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	6136
– Drucks. 16/4934 zu Drucks. 16/4584 – . . . . .	6111	60. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Landesregierung muss Finanzierung des ÖPNV langfristig sicherstellen</b>	
<i>Nach zweiter Lesung angenommen; dem Haushaltsausschuss zurücküberwiesen</i> . . . . .	6137	– Drucks. 16/4967 – . . . . .	6136
b) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Finanzausgleichsänderungsgesetz 2006</b>		<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	6136
– Drucks. 16/4935 zu Drucks. 16/4585 – . . . . .	6111	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	6136
<i>Nach zweiter Lesung dem Haushaltsausschuss zurücküberwiesen</i> . . . . .	6137	23. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Vorsorgemaßnahmen und gesundheitspolitische Aktivitäten der Landesregierung gegen die drohende Vogelgrippe in Hessen</b>	
		– Drucks. 16/4646 – . . . . .	6136

Seite	Seite
<p><i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss, federführend, und dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, beteiligt, überwiesen</i> . . . 6136</p> <p>Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 6136</p> <p>34. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Sicherstellung der Koordination bei Fleischkontrollen in Hessen</b> – Drucks. 16/4875 – . . . . . 6136</p> <p><i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . . 6136</p> <p>Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 6136</p> <p>39. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Konsequenzen aus dem Fleischskandal: umfassende Verbraucherinformation und bessere Kontrollen</b> – Drucks. 16/4882 – . . . . . 6136</p> <p><i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . . 6136</p> <p>Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 6136</p> <p>59. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Vorlage der Jahresabschlüsse 2003 und 2004 des Landesbetriebes Hessen-Forst</b> – Drucks. 16/4956 – . . . . . 6136</p> <p><i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . . 6136</p> <p>Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 6136</p> <p>9. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Berufsstandsmitwirkungsgesetzes</b> – Drucks. 16/4952 zu Drucks. 16/4185 – . . . . . 6137</p> <p><i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 6139</p> <p>Axel Wintermeyer . . . . . 6137</p> <p>Heinrich Heidel . . . . . 6138</p> <p>Christel Hoffmann . . . . . 6138</p> <p>Martin Häusling . . . . . 6138</p> <p>Kurt Wiegel . . . . . 6139</p> <p>Minister Wilhelm Dietzel . . . . . 6139</p> <p>Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 6139</p> <p>12. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Jugendbildungsförderungsgesetz</b> – Drucks. 16/4965 zu Drucks. 16/4508 – . . . . . 6139</p> <p><i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 6146</p> <p>Marcus Bocklet . . . . . 6140, 6142, 6146</p> <p>Hannelore Eckhardt . . . . . 6140</p> <p>Holger Bellino . . . . . 6141</p> <p>Florian Rentsch . . . . . 6143</p> <p>Ministerin Silke Lautenschläger . . . . . 6145</p> <p>Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 6146</p> <p>62. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen, dem Land Niedersachsen und dem Land Sachsen-Anhalt über die Errichtung der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (NW-FVA)</b> – Drucks. 16/4953 zu Drucks. 16/4881 – . . . . . 6146</p> <p><i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 6149</p> <p>Gernot Grumbach . . . . . 6147</p> <p>Martin Häusling . . . . . 6147</p> <p>Heinrich Heidel . . . . . 6147</p>	<p>Reinhard Otto . . . . . 6148</p> <p>Minister Wilhelm Dietzel . . . . . 6148</p> <p>Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6148</p> <p>63. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Land Niedersachsen über die Zugehörigkeit der kammerangehörigen Psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten des Landes Hessen zum Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer im Land Niedersachsen</b> – Drucks. 16/4966 zu Drucks. 16/4880 – . . . . . 6149</p> <p><i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 6149</p> <p>Ulrich Caspar . . . . . 6149</p> <p>Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 6149</p> <p>13. Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes für die hessischen Universitätskliniken und anderer Vorschriften</b> – Drucks. 16/4750 zu Drucks. 16/4672 zu Drucks. 16/4390 – . . . . . 6149</p> <p><i>In dritter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 6165</p> <p>Nicola Beer . . . . . 6149, 6156, 6164</p> <p>Sarah Sorge . . . . . 6149, 6163</p> <p>Anne Oppermann . . . . . 6152, 6156</p> <p>Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . . 6154</p> <p>Tarek Al-Wazir . . . . . 6155</p> <p>Dr. Thomas Spies . . . . . 6159</p> <p>Minister Udo Corts . . . . . 6161</p> <p>Gerhard Bökel . . . . . 6163</p> <p>Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6164</p> <p>15. Große Anfrage der Abg. Siebel, Pfaff, Becker (Nidda), Bökel, Frankenberger, Grumbach, Habermann, Hoffmann, Klemm, Schaub, Schmitt (SPD) und Fraktion betreffend <b>Telefongewinnspiele und Verbraucherschutz</b> – Drucks. 16/4465 zu Drucks. 16/3803 – . . . . . 6165</p> <p><i>Antwort besprochen</i> . . . . . 6170</p> <p>Michael Siebel . . . . . 6165</p> <p>Dieter Posch . . . . . 6166</p> <p>Dr. Andreas Jürgens . . . . . 6167</p> <p>Volker Hoff . . . . . 6169</p> <p>Minister Stefan Grüttner . . . . . 6169</p> <p>Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6170</p> <p><i>siehe Anlage</i> . . . . . 6173</p> <p>42. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Einwände der Wirtschaft gegen Neubau des Flughafens Kassel-Calden ernst nehmen</b> Drucks. 16/4745 zu Drucks. 16/4071 – . . . . . 6170</p> <p><i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 6170</p> <p>Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6170</p> <p>43. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Mobilität als wichtiger Standortvorteil – Infrastruktur generiert Wachstum</b> – Drucks. 16/4746 zu Drucks. 16/4651 – . . . . . 6170</p> <p><i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 6171</p> <p>Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6170</p>

- | Seite  | Seite   |
|--|---|
| <p>44. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Berliner Koalitionsvertrag zügig umsetzen: Infrastrukturplanung vereinfachen und beschleunigen, Bürokratie abbauen</b><br/>– Drucks. 16/4747 zu Drucks. 16/4687 – . . . . . 6171<br/><i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 6171<br/>Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6171</p> <p>45. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Mittelkürzung im Nahverkehr um 3,1 Milliarden €</b><br/>– Drucks. 16/4748 zu Drucks. 16/4696 – . . . . . 6171<br/><i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 6171<br/>Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6171</p> <p>46. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Förderung des ÖPNV auch weiterhin auf hohem Niveau sichern</b><br/>– Drucks. 16/4749 zu Drucks. 16/4697 – . . . . . 6171<br/><i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 6171<br/>Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6171</p> <p>47. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>„Weg vom Öl“: 10-Punkte-Programm zur Förderung nachwachsender Rohstoffe in Hessen</b><br/>– Drucks. 16/4753 zu Drucks. 16/4522 – . . . . . 6171<br/><i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 6171<br/>Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6171</p> <p>48. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Dringlichen Antrag der Fraktionen</p> | <p>der CDU und der FDP betreffend <b>nachwachsende Rohstoffe in Hessen konsequent nutzen – Potenziale für regionale Produkte, Arbeitsplätze, Einkommen und Wertschöpfung erhöhen</b><br/>– Drucks. 16/4754 zu Drucks. 16/4558 – . . . . . 6171<br/><i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 6171<br/>Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6171</p> <p>53. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Kürzung des Arbeitslosenansatzes im Kommunalen Finanzausgleich zurücknehmen</b><br/>– Drucks. 16/4936 zu Drucks. 16/4462 – . . . . . 6171<br/><i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 6171<br/>Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6171</p> <p>54. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Heulen und Zähneklappern des Ministerpräsidenten</b><br/>– Drucks. 16/4938 zu Drucks. 16/4593 – . . . . . 6171<br/><i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 6172<br/>Reinhard Kahl . . . . . 6171<br/>Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6171</p> <p>55. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>„Sale and rent back“ von Immobilien</b><br/>– Drucks. 16/4939 zu Drucks. 16/4681 – . . . . . 6172<br/><i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 6172<br/>Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6172</p> <p>56. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>bundesweite Zuständigkeit der Kommunen für Hartz IV/SGB II</b><br/>– Drucks. 16/4945 zu Drucks. 16/4647 – . . . . . 6172<br/><i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 6172<br/>Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6172</p> |

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Frank Lortz  
Vizepräsident Lothar Quanz  
Vizepräsidentin Ruth Wagner

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Jürgen Banzer  
Kultusministerin Karin Wolff  
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretär Harald Lemke  
Staatssekretär Dr. Walter Arnold  
MinDirig Wolf-Michael Kuntze  
Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard  
Staatssekretär Bernd Abeln  
Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
MinDirig Dr. Walter Kindermann

## Abwesende Abgeordnete:

Gerhard Becker (Nidda)

(Beginn: 9.00 Uhr)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur heutigen Plenarsitzung und bedanke mich, dass Sie auch am dritten Tag so zahlreich zu uns gefunden haben. Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Zur Tagesordnung ist mitzuteilen, dass die Punkte 1 bis 5, 7 und 8, 10 und 11, 17, 20, 49, 57 und 58 erledigt sind. Wir tagen heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von einer Stunde.

Es beginnt mit den Aktuellen Stunden. Interfraktionell gibt es die Einigung, dass die Tagesordnungspunkte 50 und 51 gemeinsam aufgerufen werden, jeweils mit zwei Rednern bei einer Redezeit von fünf und drei Minuten. Bei Tagesordnungspunkt 52 ist eine Redezeit von fünf Minuten vereinbart. Danach wird der Haushalt 2006 mit den Einzelplänen 04 und 15 beraten, und im Anschluss daran werden die Einzelpläne aufgerufen und zusammen mit den noch nicht abgestimmten, dazu gehörenden Tagesordnungspunkten abgestimmt.

Auf den Nachtrag der Tagesordnung sind noch zwei zweite Lesungen gekommen: unter Tagesordnungspunkt 62 die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen, dem Land Niedersachsen und dem Land Sachsen-Anhalt über die Errichtung der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (NW-FVA), Drucks. 16/4953 zu Drucks. 16/4881, sowie unter Tagesordnungspunkt 63 die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Land Niedersachsen über die Zugehörigkeit der kammerangehörigen – meine Damen und Herren, hören Sie bitte zu, seien Sie so lieb – psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten des Landes Hessen zum Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer im Land Niedersachsen, Drucks. 16/4966 zu Drucks. 16/4880. Wir müssten uns noch auf die Redezeiten für die zweiten Lesungen der Gesetzentwürfe einigen. Ich bitte um einen Zuruf. – Jeweils fünf Minuten.

(Reinhard Kahl (SPD): Psychotherapeuten ohne!)

Tagesordnungspunkt 63 ohne Aussprache und Tagesordnungspunkt 62 mit fünf Minuten Redezeit. Dann ist das so beschlossen.

Es ist noch ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Worten Taten folgen lassen, Drucks. 16/4970, eingegangen. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 64.

Entschuldigt fehlt heute Herr Staatsminister Riebel, der an der Berliner Runde der Europaminister teilzunehmen hat.

Ich rufe dann **Tagesordnungspunkt 50:**

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Koch schont Kanther – CDU-Mitglieder zahlen für Kartell des Schweigens) – Drucks. 16/4947 –**

und **Tagesordnungspunkt 51** auf:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (CDU Hessen: auf Ersatz verzichtet – der Schaden bleibt) – Drucks. 16/4948 –**

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie noch einmal um Aufmerksamkeit.

Es gibt zwei Redner pro Fraktion, einmal fünf und einmal drei Minuten Redezeit. Es beginnt der Kollege Walter, der Vorsitzende der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

**Jürgen Walter (SPD):**

Herr Präsident, schönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion sieht sich durch die Entscheidung des CDU-Präsidiums und des CDU-Landesvorstandes vom vergangenen Freitag bestätigt. Wir haben Ihnen in der letzten Legislaturperiode an vielen Stellen in diesem Hause gesagt, insbesondere dem Herrn Ministerpräsidenten, dass er nicht gegen Manfred Kanther, gegen Herrn Weyrauch und Herrn Wittgenstein vorgehen wird, weil er Angst hat, dass, wenn er sich durchsetzt, diese dann reden werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Union hat sehr, sehr lange zugewartet, bis diese Entscheidung zu treffen war. Jetzt konnte sie nicht mehr länger zuwarten, denn es drohte die Verjährung der zivilrechtlichen Ansprüche gegen die drei. Es hätte sein können, dass dann irgendwann einmal eines der Mitglieder gesagt hätte: Warum seid ihr nicht gegen die drei Personen, die unserer Partei nicht nur politisch, sondern auch finanziell einen so großen Schaden zugefügt haben, zivilrechtlich vorgegangen? Warum müssen die Mitglieder der CDU für den Schaden aufkommen und nicht die Verursacher?

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Gottfried Milde (Griesheim) und Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Das ist juristisch ein Problem. Herr Wagner, ich verstehe Sie. Ich verstehe, dass man sich an dieser Stelle nicht selbst dem Untreuevorwurf aussetzt. Das bedeutet, man muss den gesamten Landesvorstand einbeziehen. Deshalb legte der Parteivorsitzende und Ministerpräsident seinem Landesvorstand einen entsprechenden Antrag vor: Wir gehen nicht gegen die drei Personen vor, weil es rechtlich sehr schwierig sein wird, die Ansprüche durchzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in diesem Hause schon viel über Rechtsgutachten in diesem Zusammenhang geredet. Aber dass Sie den Bürgerinnen und Bürgern und dass Sie Ihren eigenen Mitgliedern erzählen wollen, dass jemand, der vor wenigen Monaten wegen Untreue zum Nachteil der CDU – das war der Vorwurf – von dem Landgericht Wiesbaden zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden ist, zivilrechtlich nicht für den Schaden aufkommen muss, der durch diese Untreue entstanden ist: SPD-Mitgliedern können Sie so etwas nicht erklären.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist juristisch völlig zweifelsfrei. Wer durch Untreue einem anderen einen Schaden zugefügt hat, der hat für diesen Schaden auch aufzukommen. Herr Kollege Boddenberg, ich habe das komische Gutachten nicht gesehen.

Aber, Ihrer Meldung entnehme ich, dass es noch einen zweiten Grund gibt, nämlich dass Sie möglicherweise hohe Prozesskosten auch bei der Vollstreckung erwarten. Das ist völliger Unsinn. Ein Anwalt würde nicht wegen der vollen Summe vollstrecken, sondern wir würden, nachdem wir einen Titel haben, die ersten 100.000 € holen, dann die zweiten 100.000 €, so lange das geht. Das ist nicht das Thema.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Nein, es geht um etwas völlig anderes. Die Union geht nicht deshalb gegen die Herren Kanther, Weyrauch und Wittgenstein nicht vor, weil sie Angst hat, vor Gericht zu unterliegen. Der Herr Ministerpräsident Koch in seiner Funktion als Parteivorsitzender geht deshalb nicht gegen Kanther, Weyrauch und Wittgenstein vor, weil er Angst hat, zu gewinnen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn nämlich der gute Herr Ministerpräsident den drei Personen zivilrechtlich wirklich ans Häuschen gehen würde, dann bestünde in der Tat die Gefahr, dass selbst die Loyalität eines alten gescheiterten Parteisoldaten vielleicht doch ein bisschen zu hart auf die Probe gestellt würde und dass der gute Herr Kanther dann sagt: So ganz war es auch nicht gewesen. Das wusste jedes Mitglied der Geschäftsstelle, im Untersuchungsausschuss nachgewiesen. Es wussten viele Leute. Auch unser Parteivorsitzender, der unbestritten zu den Klügsten in der hessischen Union zählt, hat schon ein bisschen gemerkt, dass wir drei Mal so viel Geld für den Wahlkampf ausgegeben haben, wie in unserer Wahlkampfplanung vorgesehen war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist der Grund, warum Sie nicht gegen die drei Personen, gegen die drei Täter, vorgehen. Das ist der einzige Grund.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, ich war auch einmal Landesgeschäftsführer der SPD.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen können uns so etwas nicht leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie schützen die drei Haupttäter und lassen Ihre Mitglieder den Schaden bezahlen. Uns würden massenweise die Parteibücher um die Ohren fliegen.

(Volker Hoff (CDU): Die fliegen euch sowieso um die Ohren! – Unruhe)

Unsere Mitglieder würden sagen: Drei Straftäter werden geschützt, und wir müssen jetzt für den Schaden aufkommen. Das ist ein unglaublicher Vorgang in einer Partei.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann mir schon vorstellen, dass das eine oder andere Mitglied der CDU vor Ort sagt: Was ist in unserer Parteiführung los? Sie haben uns immer erzählt: „Wir wussten von nichts“, und „Die drei alten Männer haben den armen Herrn Koch hintergangen, indem sie ihm Millionen in seinen Wahlkampf hingeschoben haben, der arme Herr Koch konnte sich gar nicht gegen diese Millionen wehren, die ihm untergeschoben wurden, immer wurde uns erzählt, es sind drei alte Männer und sonst niemand“.

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Walter, Sie müssen zum Schluss kommen.

### **Jürgen Walter (SPD):**

Ich komme zum Schluss. – Jetzt steht auch juristisch fest, dass diese drei alten Männer – einer ist gesundheitsmäßig beschädigt, die anderen beiden sind verurteilt worden – für den Schaden verantwortlich sind. Jetzt erklärt dem erstaunten CDU-Mitglied vor Ort seine eigene Parteiführung: Hört einmal, ihr müsst für den Schaden aufkommen, weil unser Parteivorsitzender Roland Koch Angst hat, gegen die drei Personen vorzugehen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestern habe ich gesagt: „armes Hessen. Heute sage ich: eine arme Partei, diese Christlich-DEMOKRATISCHE UNION.“

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Boddenberg, CDU-Fraktion. Herr Kollege Boddenberg, ich habe nur eine Wortmeldung. Das ist Ihre. Wenn sich alle einigen, dass Sie nicht mehr sprechen wollen, beenden wir die Aktuelle Stunde.

### **Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Januar des Jahres 2000 hat der frühere Landesvorsitzende der CDU Hessen, Manfred Kanther, uns und die Öffentlichkeit über ein Auslandsvermögen informiert, dass seinerzeit nicht in den Rechenschaftsberichten der CDU und damit nicht in den Rechenschaftsberichten der Bundespartei veröffentlicht war. Meine Damen und Herren, in diesen sechs Jahren, seit diesem Januar hat Rot-Grün immer wieder versucht, an der Legende zu stricken, die Herr Walter hier gerade vorgetragen hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Wer strickt Legenden? – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Herr Walter, wir haben in diesen Jahren in unzähligen Sitzungen im Hessischen Landtag, in unzähligen Sitzungen der Untersuchungsausschüsse in Berlin und in Wiesbaden immer wieder hinterfragt und geprüft, was Sie hier gerade behauptet haben.

Wir haben festgestellt, dass alle Verdächtigungen und Spekulationen, die Sie gerade eben wieder einmal vorgebracht haben, eindeutig widerlegt worden sind, meine Damen und Herren.

(Lachen bei der SPD)

Die SPD muss sich einmal entscheiden. Herr Walter, Sie müssen sich einmal entscheiden.

(Jürgen Walter (SPD): Ihre Mitglieder müssen sich entscheiden! – Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist er nicht verurteilt?)

Sie haben eben gesagt, dass das vorläufige Ende der sogenannten Finanzaffäre im April dieses Jahres

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): „So genannte“ Finanzaffäre!)

zunächst mit einem Urteil des Landgerichts beendet wurde, in dem Manfred Kanther zu einer Bewährungsstrafe von 18 Monaten verurteilt worden ist. Die gleiche SPD, die damals gesagt hat, sie finde dieses Urteil gut, verschweigt aber, dass der wesentliche Grund für dieses Urteil der gewesen ist, dass Manfred Kanther und die beiden anderen von Ihnen genannten Herren ihre Nachfolger nicht informiert haben.

(Günter Rudolph (SPD): Das sagen Sie!)

Herr Walter, es ist völlig unbestritten, dass die Jahre seit 2000 für die CDU gravierende Folgen hatten. Wir haben schon beim letzten Mal, als wir über das Urteil gesprochen haben, gesagt, dass das für die CDU nicht nur politische, sondern natürlich auch finanzielle Folgen hatte. Das haben Sie völlig zu Recht festgestellt.

Wir hatten jetzt im Landesvorstand – das haben Sie angesprochen – aufgrund der drohenden Verjährung zu prüfen, ob wir weitere negative finanzielle Folgen für die hessische CDU in Kauf nehmen können. Ich habe in der Presseerklärung, die Sie zitiert haben, sehr deutlich gesagt, dass wir zu prüfen hatten, welche Aussichten es für die CDU gebe, den Prozess überhaupt zu gewinnen. Daran aber bestehen erhebliche Zweifel, meine Damen und Herren.

Wir hatten weiterhin zu prüfen: Welche Kosten würden denn für den Fall einer Prozessführung anfallen? Diese Prozesskosten sind in jedem Fall enorm.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) – Jürgen Walter (SPD): Der Mahnbescheid ist umsonst!)

Wir hatten aber natürlich auch zu prüfen, was für den unwahrscheinlichen Fall, dass wir einen Schadenersatzprozess gewinnen, bei einer möglichen Vollstreckung am Ende finanziell vereinnahmt werden könnte.

All das haben wir geprüft, und wir haben eine Abwägung ausschließlich nach diesen Gesichtspunkten zu treffen und kommen zu der Meinung und zu der Entscheidung, dass wir keinen Schadenersatzprozess gegen Manfred Kanther, Prinz Wittgenstein und Horst Weyrauch führen wollen.

(Jürgen Walter (SPD): Das bezahlen Ihre Mitglieder! – Gegenruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist nicht Ihr Bier!)

Wir haben heute eine Aktuelle Stunde. Hier ist schon zugerufen worden, Herr Walter: Das ist eigentlich eine interne Angelegenheit der hessischen CDU.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Man muss sich also fragen, Herr Al-Wazir: Weshalb wurde denn von Ihnen und von Herrn Walter diese Aktuelle Stunde für heute beantragt?

(Zuruf von der SPD: Schwarzgeld!)

Ist das etwa, wie von Herrn Walter in beeindruckender Weise vorgetragen, die Sorge um die Mitglieder der hessischen CDU?

(Zuruf von der SPD: Das stimmt!)

Herr Walter, das glaubt Ihnen wirklich niemand. Ich schlage Ihnen vor: Kümmern Sie sich um Ihre Mitglieder. Wir kümmern uns um unsere Mitglieder.

(Jürgen Walter (SPD): Bei uns würde es Massenaustritte geben!)

Ist es die Sorge, dass die CDU ein finanzielles Problem hat? Nein, auch das ist es mit Sicherheit nicht, Herr Walter. Denn man müsste der Öffentlichkeit auch immer wieder vor Augen führen: Seinerzeit sind vom Bundestagspräsidenten 21 Millionen € zurückgefordert worden, und von diesen 21 Millionen € hat die SPD 11,7 Millionen € und die GRÜNEN 2,1 Millionen € bekommen. Wenn Ihre Sorge in Richtung der CDU-Mitglieder wirklich so groß ist, schlage ich Ihnen vor, dass Sie diese Beträge über den Bundestagspräsidenten zurückerstatten; die CSU hat das übrigens getan.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, man könnte auf den Verdacht kommen, dass Sie die Aktuelle Stunde genau deshalb für den heutigen Tag beantragt haben,

(Anhaltende Unruhe)

weil Sie von einer anderen Aktuellen Stunde ablenken wollen, nämlich von der, die im Deutschen Bundestag stattfindet und die sich mit Ihrem langjährigen Bundesvorsitzenden, dem früheren Bundeskanzler Schröder, und dessen aktueller, äußerst problematischer Situation beschäftigt. Da sprechen sogar SPD-Mitglieder von „unanständig“.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Es könnte sein, dass Sie von all dem ablenken wollen.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Boddenberg, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Ich will feststellen, Herr Walter und Herr Al-Wazir, dass Sie offensichtlich weiterhin versuchen wollen,

(Norbert Schmitt (SPD): Ich verzichte gern auf Redezeit! – Reinhard Kahl (SPD): Redezeitverlängerung!)

von der erfolgreichen politischen Arbeit der Hessischen Landesregierung abzulenken. Sie haben gestern behauptet, Herr Walter, dass wir 1999 und 2003 die Wahlen vor dem Hintergrund bundesrepublikanischer Ereignisse gewonnen haben. Die Wählerinnen und Wähler in Hessen haben gezeigt, dass sie sehr wohl in der Lage sind, zwischen dem Klamauk, den Sie seit Jahren – auch heute wieder – veranstalten, und politischer Sacharbeit zu unterscheiden.

Das Land Hessen wird hervorragend regiert. Wir sind erfolgreich in der Bildungspolitik, erfolgreich in der Wirtschaftspolitik, erfolgreich bei der inneren Sicherheit und erfolgreich in der Justizpolitik, meine Damen und Herren. All das gefällt Ihnen nicht. Sie haben 2003 die Wahl verloren, weil Sie sich mit den Dingen beschäftigt haben, von denen Sie vier Jahre lang gemeint haben, sich mit ihnen beschäftigen zu müssen. Wir haben die Wahl gewonnen mit einer erfolgreichen Landespolitik dieser CDUgeführten Landesregierung. Daran werden wir festhalten. Ich freue mich auf die Auseinandersetzung in den Jahren 2007 und 2008. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Al-Wazir, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Norbert Schmitt (SPD): Du redest jetzt über ein Phänomen! – Andrea Ypsilanti (SPD): „So genannte“ Affäre!)

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist fast auf den Tag genau sechs Jahre her, dass der Hessische Ministerpräsident im Plenum des Hessischen Landtags gesagt hat: Es gibt keinerlei Vorgänge außerhalb der offiziellen Buchführung der hessischen CDU. – Ich stelle fest: Das war die erste Lüge in dem Verfahren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ihre Presseerklärung vom letzten Freitagnachmittag, Herr Boddenberg, war – zumindest vorläufig – sozusagen der unrühmliche Abschluss dieses Vorgangs,

(Reinhard Kahl (SPD): „Vorläufig“ ist richtig!)

weil man sich schon einmal an eines erinnern muss. Der jetzige Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag hat als Justizminister z. B. ganz am Anfang im Verfahren gesagt: Herr Kanther hat sich doch nicht strafbar gemacht. – Er hat nachher zu seiner Entschuldigung gesagt, das sei morgens um 7 Uhr gewesen, und da sei er nicht so ernst zu nehmen.

(Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Unter der Dusche!)

Aber ich sage ausdrücklich: Wir haben die Situation, dass Manfred Kanther im April in erster Instanz zu 18 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden ist. Ich meine, es wäre ganz interessant, das von Ihnen angesprochene Gutachten einmal zu sehen, Herr Boddenberg.

(Michael Boddenberg (CDU): Lassen Sie sich doch ein eigenes erarbeiten! Sie haben doch genügend Geld!)

Ich verstehe wirklich nicht, wie ein Mensch, Herr Generalsekretär der Union, der erwartet, dass er sich selbst ernst nimmt und andere ihn ernst nehmen, behaupten kann, dass jemand, der von einem Gericht wegen Untreue verurteilt worden ist, für den Schaden zivilrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Das ist doch lächerlich!)

Das ist einfach Unsinn.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ist das Urteil eigentlich schon rechtskräftig?)

Sie haben über Jahre an der Legende gestrickt, die hessische CDU sei von einem Kartell, drei bestehend aus alten Männern, betrogen worden. Das war Ihre Legende. Bis heute haben Sie Angst, dass zumindest zwei von diesen drei alten Männern sagen könnten, wer noch vom „Honigtopf im Süden“ gewusst hat. Das ist genau der Grund, warum Sie diese zwei alten Männer, nämlich Herrn Kanther und Prinz Wittgenstein, bis heute mit Samthandschuhen anfassen, werte Kolleginnen und Kollegen von der Union.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Herr Boddenberg, immer dann, wenn es bei der hessischen CDU stinkt, kommt am Freitagabend eine Presseerklärung. So war es am 14. Januar 2000 mit Ihrer Pressekonferenz in Hofheim, als das Ganze angefangen hat. So war es auch letzten Freitag.

Aber ich will Ihnen einmal eines sagen. Sie haben in Ihrer Presseerklärung vom letzten Freitagabend gesagt: Die Befassung mit diesem Thema – Stichwort: keine zivilrechtlichen Schritte wegen Schadenersatz – war unter dem Gesichtspunkt möglicherweise eintretender Verjährung notwendig geworden. Wir haben Sie im April nach dem Urteil des Landgerichts Wiesbaden gefragt: Wann kommen eigentlich die Regressforderungen? Da hat die CDU – natürlich nicht offiziell; man will sich ja nicht festnageln lassen, sondern inoffiziell – etlichen Journalistinnen und Journalisten gegenüber gesagt, ich zitiere den „Wiesbadener Kurier“ vom 28. April:

Angeblich – aber auch das wurde von der CDU nicht bestätigt – hat die Partei sich von den drei Schwarzgeldakteuren einen Verzicht auf die Einrede der Verjährung unterschreiben lassen, damit die CDU auch dann noch Schadenersatz fordern kann, wenn die Verjährung eintritt.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Die „Frankfurter Rundschau“ vom 28. April:

Im kleinen Kreis bestätigen führende CDU-Politiker, dass Kanther, Weyrauch und Wittgenstein sich gegenüber der Partei verpflichtet hätten, auf eine Verjährung von Regressansprüchen zu verzichten.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Was aber sagt Herr Boddenberg am 10. Dezember? „Wir haben jetzt entschieden, keine Forderung zu erheben.“ Begründung: Die Befassung mit diesem Thema sei unter dem Gesichtspunkt möglicherweise eintretender Verjährung notwendig geworden. Wenn die Hessen-CDU zu einem bestimmten Thema etwas sagt, hat das – so war es auch hier und am letzten Freitag – mit der Wahrheit nichts zu tun. Man könnte auch anders sagen: schlicht gelogen.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ihre ganze Strategie

(Lebhafte Zurufe – Unruhe)

bei diesem Thema, Herr Boddenberg, war von Anfang an: alles unter die Decke,

(Volker Hoff (CDU): Das sagt der Richtige!)

möglichst nichts von der Wahrheit, immer nur das zugeben, was gerade bewiesen ist.

Eines fand ich ja ganz spannend. Sie haben gerade von der so genannten Affäre der CDU gesprochen. Wo leben Sie denn eigentlich, Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Al-Wazir, Sie müssen zum Ende kommen.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ein letzter Satz. Ich glaube, dass die Union aus dieser Affäre bis heute leider überhaupt nichts gelernt hat und sich den Schaden, den sie im Vertrauen in die Politik in Deutschland insgesamt angerichtet hat und für den sie verantwortlich ist, bis heute nicht bewusst gemacht hat.

(Michael Boddenberg (CDU): Schöne Grüße vom Spendeneintreiber Joschka Fischer!)

Ein letzter Punkt, Herr Kollege Boddenberg. Ein Ministerpräsident und ein Bundesverteidigungsminister haben bis heute Angst, dass die ganze Wahrheit ans Licht kommt, und deswegen werden alte Männer geschützt. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Beer für die FDP-Fraktion.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Auch Al-Wazir wird einmal ein alter Mann werden!)

**Nicola Beer (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir halten die zivilrechtliche Geltendmachung von Schadensersatzforderungen für eine interne Angelegenheit der hessischen CDU,

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die von deren Gremien und vor allem von deren Mitgliedern zu bewerten sein wird. Ich nehme an, der Landesverband wird das noch zu spüren bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Al-Wazir, wir sehen hier einen Unterschied zum Schwarzgeld-Skandal, der umfangreich – sowohl in diesem Hause parlamentarisch als auch strafrechtlich vor Gericht – aufgearbeitet worden ist. Ich glaube, dass da wirklich das Unterste zuoberst gekehrt wurde.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schön wäre es!)

Herr Kollege Boddenberg, ich kann mir allerdings ein Schmunzeln nicht verkneifen, denn auch ich bin ja Präsidiumsmitglied eines Landesverbandes. Da wundern wir uns schon, wenn die CDU in Hessen leichthin auf so viel Geld verzichten kann. Offensichtlich geht es den CDU-Finanzern doch recht gut.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Norbert Schmitt für die SPD-Fraktion.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Es ist fast sinnbildlich, dass es einen Mann hier im Plenum gibt, der normalerweise immer in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit drängt, der sich

heute aber in die letzte Ecke des Raumes verzogen hat. Anders kann man es nicht sagen. – Jetzt geht er sogar hinaus.

(Zurufe von der CDU)

Er scheut die Auseinandersetzung, und er scheut die Öffentlichkeit. Das macht alles deutlich. Es ist der Ministerpräsident, der sich wieder drückt und wieder vertuschen und verheimlichen will.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Wer wie Herr Boddenberg hier Legenden strickt, wer davon spricht, dass es eine „so genannte Finanzaffäre“ gegeben habe, wer sagt, es sei alles widerlegt, der muss in einer anderen Welt leben. Sie von der CDU leben aber nicht in einer anderen Welt. Sie wollen vertuschen, verdrängen und das Täuschen fortsetzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Das Verschleiern soll weitergehen.

(Michael Boddenberg (CDU): Schöne Grüße an den Schatzmeister der SPD!)

Diesem Zweck dient auch, dass kein Schadensersatzprozess gegen Herrn Kanther eingeleitet wird.

Frau Beer hat doch Recht: Der CDU in Hessen geht es gar nicht gut. Schauen Sie sich einmal die laufenden Einnahmen und Ausgaben an. Da gab es in den Jahren 2002 und 2003 jeweils eine Differenz von nur 100.000 €. Sie können mit dieser Summe überhaupt keine Wahlkämpfe führen. Sie konnten laut den Rechenschaftsberichten 2002 und 2003 gerade einmal je 100.000 € auf die hohe Kante legen. Sie sind also auf Spenden angewiesen. Es fällt auf, dass die hessische CDU weiterhin ganz erhebliche Spenden in Höhe von 800.000 bis 900.000 € von juristischen Personen bekommt.

(Zurufe von der CDU)

Nach so manchem Immobiliengeschäft der Landesregierung werden wir sehr interessiert darauf schauen, wohin die Commerzbank in den nächsten Jahren spenden wird. Das werden wir uns genau angucken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lebhaftige Zurufe von der CDU)

Es geht aber auch um etwas anderes. Es geht um die Frage: Ist Herr Koch nicht doch betroffen, weil er ja selbst vertuscht und verschleiert hat? Gibt es nicht eine Mithaftung von Herrn Koch? Auch deshalb scheuen Sie einen Schadensersatzprozess.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lebhaftige Zurufe von der CDU)

Herr Koch war es doch, der vor genau sechs Jahren ein Darlehen fingiert hat und der sich dem Bundestagspräsidenten nicht offenbart hat, dass es Zuflüsse aus dubiosen Geldquellen gegeben hat. Nein, er hat am Ende des Jahres den Rechenschaftsbericht für das Jahr 1998 unterschrieben, hat ein Darlehen fingiert und den Rechnungsprüfer getäuscht. Der Rechnungsprüfer hat im Untersuchungsausschuss ganz klar gesagt, er habe sich getäuscht gefühlt. Deshalb ist eine Mithaftung von Herrn Koch schon aus diesem Grunde gegeben. Deswegen scheuen Sie den Prozess. Ihre Mitglieder, also auch Sie selbst, tragen dafür die Konsequenzen. Ihr monatlicher Beitrag muss erhöht wer-

den. Das ist die Entscheidung, die sich aus dieser Sache ergibt.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Schmitt, Sie müssen zum Ende kommen.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Ich will schließen, indem ich aus der „Frankfurter Rundschau“ zitiere.

Immerhin hat der Skandal nicht nur den Ruf seiner Partei ruiniert, sondern auch sein eigenes Image beschädigt, denn Herr Koch wurde dabei ertappt, wie er sich selber an der Verschleierung der unschönen Machenschaften beteiligt und darüber gelogen hat.

Ein solcher Ministerpräsident ist dieses Landes unwürdig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Danke sehr. – Das Wort hat der Kollege Kaufmann, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, einige wenige Anmerkungen sollte man noch machen.

Herr Kollege Boddenberg, mein größter Herzenskummer ist die Lage der hessischen CDU nicht. Insoweit haben Sie das vor Ihren Mitgliedern zu verantworten, was Sie meinen, verantworten zu können.

Es geht aber nicht – darauf muss man noch einmal hinweisen –: Sie versuchen, hier die Geschichte zu verbreiten, es sei doch gar nichts gewesen. Die „so genannte Schwarzgeldaffäre“ erweist sich mittlerweile als eine Weißgeld-Geschichte, die Schweiz gibt es gar nicht, und niemand wusste überhaupt etwas.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ganz nüchtern und mit der Logik, die die Menschheit seit einigen tausend Jahren üben

(Michael Boddenberg (CDU): Sie nicht, Herr Kaufmann!)

– unter aufgeklärten Menschen, Herr Boddenberg –: Entweder ist das Urteil, das noch nicht rechtskräftig ist, richtig, dann müssen Sie Schadenersatz fordern, sonst stellt sich erneut die Fragen, wie ist das mit der Untreue, oder das Urteil stimmt nicht, das heißt, dass auch andere etwas wussten, und von Untreue der jetzt Bestraften kann keine Rede sein. Dann ist das eine Kontinuität in den Lügen der hessischen CDU. Für eines von beiden müssen Sie sich entscheiden. Einen Mittelweg gibt es nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Genau andersherum, Herr Kollege!)

Den Mittelweg, den es nicht gibt, wollen Sie offensichtlich einschlagen. Dabei wollen Sie – auf eine Lüge mehr oder weniger kommt es nicht an – noch eines draufsetzen. Herr

Al-Wazir hat Ihnen die Pressemitteilung vom Frühjahr dieses Jahres vorgehalten, dass aus Kreisen der CDU mitgeteilt worden sei, die beiden Herren hätten auf die Verjährungseinrede verzichtet. Sagen Sie einmal: Stimmt das, oder stimmt das nicht? Wurde auf die Verjährungseinrede verzichtet, oder wurde nicht verzichtet? All der Zinnober, den Sie jetzt veranstaltet haben, wäre nicht nötig, wenn verzichtet worden wäre. Oder haben Sie damals gelogen? Oder ist ein Drittes der Fall, nach dem Motto, Sie wollen kurz vor Weihnachten an die Herren das Signal geben, dass sie von Ihnen nichts mehr zu fürchten haben?

(Zurufe von der CDU)

Die CDU muss sich entscheiden, welchen Weg sie gehen will. Sie kann nicht dauernd das Gegenteil von dem behaupten, was sie kurz vorher gesagt hat. Das fällt nämlich auf.

Noch mehr fällt auf, wenn Sie anfangen – das macht umso deutlicher, wie viel Sie noch zu verbergen haben, wie groß die Haufen unter dem Teppich noch sind –, von einem Schröder-Untersuchungsausschuss in Berlin zu reden.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Ich verstehe gar nicht, warum Sie den neuen Bundeswirtschaftsminister so kritisieren. Schließlich gehört er der Union an und hat genau das für richtig gehalten, was Sie heute Morgen als Verschleierungsversuch der Sünden der anderen Seite hier vorgetragen haben. Herr Boddenberg, nehmen Sie die Gelegenheit wahr, hierher zu treten und uns zu sagen, wie es wirklich war.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Kaufmann. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er kneift! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich bitte, diesen sachlichen Hinweis des Präsidenten so zur Kenntnis zu nehmen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind die beiden Aktuellen Stunden, die Tagesordnungspunkte 50 und 51, behandelt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 52** auf:

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Hessen bleibt am Ball – WM 2006 jetzt landesweit zu empfangen!) – Drucks. 16/4949 –**

Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion. Das Wort hat der Kollege Hoff für die CDU-Fraktion.

**Volker Hoff (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hessen bleibt bei der Einführung von DVB-T am Ball. Die Fußballweltmeisterschaft 2006 wird in ganz Hessen nunmehr über Antenne digital empfangbar sein. Somit werden wir alle in den Genuss kommen, überall, wo immer wir es wünschen, ob am Baggersee, im heimischen Garten, auf dem PC oder auf einem tragbaren Fernsehge-

rät, die Spiele der Fußballweltmeisterschaft auf dem Bildschirm zu verfolgen. Damit geht die Erfolgsgeschichte von DVB-T in Hessen weiter, die im Rhein-Main-Gebiet gestartet wurde.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hat das mit der CDU zu tun?)

Es freut mich außerordentlich, dass die Probleme, die bei der Frequenzvergabe auftraten, durch das Einlenken der Landesanstalt für privaten Rundfunk in Kassel gelöst worden sind und dass wir nun die digitale Übertragungstechnik zur rechten Zeit in Nordhessen an den Start bringen können.

An dieser Stelle möchte ich sehr herzlich Staatsminister Stefan Grüttner ein Wort des Dankes sagen, der als Chef der Staatskanzlei die Einführung der digitalen Übertragungstechnik zur Chefsache gemacht und den äußerst komplizierten Prozess immer wieder begleitet und vorangetrieben hat.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wehrauch!)

Ich weiß, dass Sie von der Opposition damit ein Problem haben. Die letzte moderne Technologie, die die SPD positiv begleitet hat, war die Einführung des Farbfernsehens. Das ist 40 Jahre her. An dieser Stelle muss aber festgehalten werden, dass der Chef der Staatskanzlei die Einführung von DVB-T in Hessen von Anfang an zur Chefsache gemacht hat. Sie müssen heute zur Kenntnis nehmen, dass das eine sehr erfolgreiche Geschichte ist und dass wir das erste Flächenland sind, das in der digitalen Übertragungstechnik so weit vorangekommen ist. Deshalb finde ich es richtig, dass wir Stefan Grüttner ein herzliches Wort des Dankes sagen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, durch die Digitalisierung kann der Zuschauer nun, statt wenige Kanäle terrestrisch zu empfangen, über ein vielfältig erweitertes Programmbukett verfügen,

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

und zwar mit Hilfe einer kleinen Zimmerantenne.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wahnsinn!)

Aber DVB-T von heute wird auch nachhaltige Auswirkungen auf die Technik von morgen haben. In Zukunft wird DVB-T die Medienkonvergenz weiter vorantreiben.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zukünftig werden neben dem Empfang von digitalen Fernsehprogrammen multimediale Hybriddienste auf alternativen Endgeräten – z. B. auf Ihrem Notebook – möglich sein. Das heißt, mit dieser kleinen Antenne werden wir uns eine völlig neue mediale Welt digital erschließen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Und das in Nordhessen!)

– Kollege Hahn, diesen Einwurf muss ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Sie stellen hier die Nordhessen in eine Ecke, als ob sie mit Digitalisierung nicht umgehen könnten.

(Heiterkeit des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Das ist Ihr Problem. Wir sind überzeugt, dass Digitalisierung in Nordhessen die gleiche Erfolgsstory wird wie im Rhein-Main-Gebiet.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wichtig an dieser Geschichte ist, dass sich Hessen durch die zügige Umsetzung der Digitalisierung einen großen Standortvorteil sichert. Deshalb hat die Landesregierung bereits zu einem frühen Zeitpunkt mit den Programmveranstaltern ein umfassendes Vertragswerk ausgearbeitet und die Digitalisierung mit einem konkreten Zeitplan – man könnte auch von einem Masterplan sprechen – Wirklichkeit werden lassen.

Wir können es heute erleben: Die Umsetzung ist zügig vorangeschritten. Im Dezember letzten Jahres waren im Rhein-Main-Gebiet 23 TV-Programme mit der Zimmerantenne zu empfangen. In Kürze kommt jetzt auch Nordhessen hinzu.

Zudem ist das erweiterte Programmangebot zu einem sehr erschwinglichen Preis – ein Digital-Receiver kostet rund 65 € – vom Endverbraucher empfangbar.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können wir den bei Ihnen bestellen?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, durch die weit-sichtige Begleitung dieses Prozesses ist es der Landesregierung gelungen – –

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Abg. Hoff, einen Moment bitte. – Meine Damen und Herren, bitte hören Sie etwas zu, damit auch wir zuhören können. Ich habe Probleme, das zu verstehen, weil es so gescheit ist – aber bitte, hören Sie zu, damit die nötige Ruhe im Hause herrscht.

(Zurufe der Abg. Christean Wagner (Lahntal) (CDU) und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Volker Hoff (CDU):**

Herr Präsident, selbstverständlich sind wir gerne bereit, Ihnen im Rahmen des Social Engineerings DVB-T auch in Froschhausen nahe zu bringen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Kollege Hoff, ich weiß überhaupt nicht, was das ist,

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

aber ich bitte Sie doch, weiter auszuführen; sonst kommen Sie in die Gefahr, dass Ihre Redezeit zu Ende ist.

#### **Volker Hoff (CDU):**

Herr Präsident, ich möchte Ihnen dennoch versichern, dass DVB-T sogar in Froschhausen empfangbar ist. Wir sind sicher, dass Sie dort auch mit ans Netz gehen können.

(Zurufe der Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU) und Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Meine Damen und Herren, zweifellos wird die Digitalisierung neue Anwendungen, Inhalte und Programme hervorbringen, und auch neue Endgeräte werden hier auf den Markt kommen. Damit erschließen wir uns auch wirtschaftliche Ressourcen.

Ich möchte ihnen nur einige Stichworte nennen: multimediale Anwendungen und Interaktivität, das Zusammenwachsen von TV und Internet, Heimvernetzung, Speicherung und Personalisierung und vor allem Mobilität durch drahtlose Kommunikation. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Interaktivität ist somit nicht ein Zukunftsthema, denn bereits die aktuellen DVB-T-Standards enthalten hier vielseitige Möglichkeiten. Mit der Digitalisierung sind neue Multimediaanwendungen und Peripheriegeräte entstanden. Ich will nur ein Stichwort nennen: DVD.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Darüber hinaus macht die Digitalisierung auch die Verbindung von Fernseher und PC möglich und – via Telefon – die Verbindung mit dem Internet.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Hoff, so Leid es mir tut, aber Sie müssen zum Abschluss kommen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sendeschluss!)

**Volker Hoff (CDU):**

Herr Präsident, mein letzter Satz: Meine Damen und Herren, dies alles sind neue Anwendungen, und deshalb befinden wir uns auf einer Erfolgsspur. Wir sind dankbar, dass die Landesregierung hier kraftvoll zugegriffen und diese Möglichkeit für Hessen erschlossen hat. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Recht herzlichen Dank, Herr Kollege Hoff. – Nächster Redner ist Herr Dr. Jürgens, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Dr. Andreas Jürgens (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Hoff, ich habe mich die ganze Zeit gefragt, warum Sie diese Aktuelle Stunde nicht mit „DVB-T – wer hat es erfunden? Die CDU!“ überschrieben haben.“

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ungefähr das, was Sie uns hier erzählt haben.

Mit dieser Aktuellen Stunde, die Sie hier beantragt haben, begehen Sie eigentlich zwei Fouls.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Zum einen reklamieren Sie die internationale Veranstaltung Weltmeisterschaft in Deutschland sozusagen aus parteipolitischen Zwecken für sich selbst. Ebenso hätten Sie eine Aktuelle Stunde zu dem Thema beantragen können „Losglück für die Nationalmannschaft – dank Hessen-CDU!“.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Es würde mich nicht wundern, wenn Sie uns im Januar, Februar und März jeweils Aktuelle Stunden präsentierten, in denen Sie uns erklären wollen, dass im Grunde genommen der Doppelpass, die Abseitsfalle und die Vierer-Abwehrkette von der CDU – oder wahlweise der Landesregierung – erfunden wurden, die Nationalmannschaft sie nur anwenden müsse und der Weltmeisterschaft dann nichts mehr im Wege stünde. – Irgendwann machen Sie sich lächerlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Volker Hoff (CDU) und Norbert Schmitt (SPD))

Herr Hoff, das zweite Foul begehen Sie gegen Nordhessen.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Sie schreiben in ihrem Titel: „WM 2006 jetzt landesweit zu empfangen!“ und tun damit gerade so, als würde erst im Jahre 2006 das Fernsehen in Nordhessen eingeführt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Meine Damen und Herren, ich weiß aus eigener Erfahrung: Wir haben in Nordhessen Fernsehen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Wir haben in Nordhessen auch fließend Warm- und Kaltwasser.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es werden auch bei uns Computer benutzt.

(Heiterkeit und Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Auch das kommt vor. Ich kann Ihnen sagen: Nordhessen ist technologisch auf der Höhe der Zeit und in vielen Punkten – Nanostrukturtechnologie, erneuerbare Energien, Solartechnologie – sogar seiner Zeit weit voraus. Wir brauchen in Nordhessen also nicht die CDU, um technologisch voranzukommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fernsehen, auch digitales Fernsehen, ist in Nordhessen schon zu empfangen – über Satellit und Kabel – und das wird auch so bleiben.

Es geht jetzt also nur um einen vergleichsweise kleinen Teil, nämlich das terrestrisch empfangbare digitale Fernsehen DVB-T. Sie haben zu Recht gesagt, damit kann Fernsehen portal und mobil empfangen werden, z. B. mit dem Laptop.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Das ist zweifellos – das zeigt der Erfolg in Rhein-Main – ein Fortschritt, und es ist sehr zu begrüßen, dass das jetzt funktioniert. Aber nochmals: Sie bringen damit das Fernsehen nicht ins Tal der Ahnungslosen. So ist es nun wirklich auch wieder nicht.

Die Tatsachen sind eigentlich relativ einfach. Der Streit ging bis zur letzten Woche – da wurde er gelöst – um den

Kanal 42. Das war der Kanal, den die Landesregierung – Herr Grüttner von der Staatskanzlei – im September 2004 der Landesanstalt für privaten Rundfunk auflagefrei zugewiesen hat,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jetzt ist der Kanal voll!)

und zwar für Privatveranstalter im DVB-T. Irgendwann im Laufe dieses Jahres sind der Hessische Rundfunk und das ZDF – ich sage gleich: aus guten Gründen – darauf gekommen, dass dieser Kanal 42 eigentlich sehr gut für die Öffentlich-Rechtlichen geeignet wäre. Das hat seine Ursachen nicht so sehr in Hessen, sondern vor allem in Niedersachsen, denn dort steht dieser Kanal für das ZDF zur Verfügung, und das ZDF möchte nicht in Südniedersachsen und Nordhessen auf getrennten Kanälen senden. Das ist verständlich, gar keine Frage.

Aber man muss sich auch darüber im Klaren sein: Wenn ich ein Haus auf dem Grundstück des Nachbarn bauen will, dann wird der Nachbar irgendwann einmal sagen: Was hast du da vor, und was bekomme ich eigentlich dafür? – Das ist der Kern dessen, wodurch diese Auseinandersetzung entstanden ist.

Im Übrigen wusste Herr Grüttner seit spätestens September dieses Jahres von dieser Angelegenheit – und blieb zunächst einmal im Wesentlichen untätig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Er hatte zu viel in Offenbach zu tun!)

Erst nachdem der Streit eskalierte und über Presseerklärungen ausgefochten und hochgekocht wurde, hat er in der letzten Woche zu einem Gespräch eingeladen und endlich das getan, was nicht mehr als seine gesetzliche Verpflichtung ist – nämlich auf eine Einigung der Bedarfsträger hinzuwirken.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das hat er dann in der Tat endlich getan. Er ist seiner gesetzlichen Verpflichtung nachgekommen – ein Grund für die CDU, zu feiern, wenn ein Minister einmal die reine Selbstverständlichkeit der Pflichterfüllung tut. Das wirft ein Licht auf die Qualität der anderen Minister – von denen Sie das möglicherweise gar nicht mehr annehmen. Ein Grund, in euphorische Freudentänze auszubrechen, ist das aber nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich bin auch ich froh darüber, dass es zu dieser Einigung gekommen ist. Im Übrigen ist die sehr vernünftig. Für die Zurverfügungstellung des Kanals 42 für das ZDF und den Hessischen Rundfunk bekommt die Landesanstalt vom ZDF einen anderen Kanal, der nicht mehr benötigt wird, und vom Hessischen Rundfunk bekommt sie Kanäle im digitalen Radio.

Aber nochmals: Die reine Pflichterfüllung ist sicherlich kein Grund, hier in Freudentaumel auszubrechen.

Ich verstehe das natürlich: Diese Landesregierung hat keine wirklichen Erfolge, die man präsentieren kann. Dann muss man solche Erfolge – sozusagen im Nanometerbereich – aufblasen, um hier am Jahresende nochmals einen Minierfolg präsentieren zu können. Im Ergebnis zeigt das aber im Grunde genommen nicht mehr als die Armseligkeit der Erfolge und der Bilanz dieser Landesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Jürgens. – Das Wort hat der Kollege Siebel, SPD Fraktion.

#### **Michael Siebel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus der Rede von Herrn Hoff konnte man richtig atmen, wie entlastend es für die CDU gewesen ist, von dem unangenehmen Thema der vorherigen Aktuellen Stunde jetzt auf dieses Thema kommen zu können.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Oi, oi, oi! – Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

In dem großen Lob, das Sie über Herrn Grüttner ausgegossen haben, war auch ein bisschen Weihrauch enthalten. Das war hier deutlich zu spüren.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben bereits sehr viel über die technischen Hintergründe gehört. Der Punkt ist doch: Wenn Sie das, was hier geschehen ist, einem Bürger oder einer Bürgerin in Nordhessen erklären wollen – wie das zustande gekommen ist und wer daran schuld ist, dass dort offensichtlich nicht rechtzeitig gehandelt worden ist –, dann erzählen sie einen Treppenwitz der Geschichte, der im Land nicht zu vermitteln ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich freuen wir uns alle, dass jetzt eine Verständigung hergestellt worden ist. Wir freuen uns alle – Kollege Jürgens hat das zum Ausdruck gebracht –, dass die Hessische Landesregierung in Form der Staatskanzlei ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachgekommen ist und die Koordination der Frequenzvergabe jetzt tatsächlich hingeht. Aber dass es dieser Presseerklärungen und dieser Kontroverse bedurft hat – da können Sie mit Verlaub diejenigen, die von der Landesanstalt herausgegeben worden sind, und genauso diejenigen, die vom Hessischen Rundfunk herausgegeben worden sind, exakt nachlesen –, damit eine Einigung hergestellt und das erreicht wird, was die CDU jetzt in dieser Aktuellen Stunde zu loben versucht, können Sie keinem Menschen in Hessen vermitteln.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will das noch einmal deutlich machen. Natürlich ist es ein Erfolg, dass wir in der Rhein-Main-Region mittlerweile 350.000 Recorder verkauft haben und dass DVB-T ein weiterer Verbreitungsweg ist. Das ist natürlich ein Erfolg. Wir wollen, dass dies auch in Nordhessen der Fall ist. Natürlich soll das auch in Nordhessen passieren. Das ist doch völlig unstrittig. Dafür muss es natürlich auch die entsprechende Frequenzvergabe geben. Aber nach dem, was ich höre, ist es natürlich noch nicht optimal.

Insofern müssen wir auch in der Zukunft noch ein Stück nacharbeiten. Das gilt für das Büro, das für die Verbreitung des Know-hows, wie mit DVB-T umzugehen ist, arbeiten muss. Das ist damals in der Staatskanzlei eingeleitet worden. Das gilt aber auch für die Verbesserung der technischen Voraussetzungen. Da ist noch nicht aller Tage Abend. Nach meinem Verständnis muss die Staatskanzlei

bis zu der viel beschworenen WM im Jahr 2006 an diesem Punkt zwischen allen Beteiligten, zwischen der Landesanstalt, dem Hessischen Rundfunk und dem Deutschlandradio, noch weiter koordinieren und weiter zur Verbesserung des Angebotes beitragen, das momentan noch nicht optimal ist.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe deshalb zum Ausdruck gebracht, dass es notwendig ist, auch in der Zukunft im Sinne einer konzertierten Aktion das zu tun, was die Aufgabe der Staatskanzlei ist, nämlich ihrem gesetzlichen Auftrag nachzukommen und diese Koordination zu übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dann kann das eine Erfolgsgeschichte werden. Daran sollten alle mitwirken – die Landesanstalt genauso wie der Hessische Rundfunk. Die Staatskanzlei sollte in diesem Zusammenhang ihrer Pflicht nachkommen. Um nicht mehr und nicht weniger ging es in dieser Aktuellen Stunde. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Posch für die FDP-Fraktion.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident, vielleicht kann ich zur Aufklärung beitragen. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als darum, dass, wenn Sie mich während der Fußballweltmeisterschaft in Nordhessen besuchen, Sie ihren Receiver für DVB-T-Empfang mitbringen und wir gemeinsam auf meiner Terrasse ein WM-Spiel sehen können. Das ist der konkrete Sachverhalt, über den wir heute diskutieren.

(Norbert Schmitt (SPD): Ist das eine Einladung?)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Posch, ich danke Ihnen für den Hinweis. Das Präsidium ist eigentlich allwissend. Der Kollege Hoff hat sich etwas unglücklich ausgedrückt.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

#### **Dieter Posch (FDP):**

Aber Herr Präsident, ich war mit meiner Sachaufklärung noch nicht ganz am Ende. Denn der Konflikt, um den es hier geht, bedarf noch eines weiteren Hinweises. Wenn es nämlich darum geht, dass Sie mit Ihrem Handy zu mir kommen und wir uns auf Ihrem Handy, auf das wir auch Fernsehbilder übertragen bekommen, ein Fußballweltmeisterschaftsspiel ansehen wollen, dann wäre das auch gegangen, wenn die Staatskanzlei noch früher tätig geworden wäre, um die Koordination sicherzustellen. Das ist das Kernproblem, über das wir uns hier unterhalten.

(Gerhard Bökel (SPD): Jetzt weiß der Präsident Bescheid!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Posch. Sie setzen voraus, dass ich ein Handy bedienen kann.

(Allgemeine Heiterkeit)

Herr Kollege Hoff hat eine Zwischenfrage, wenn Sie das zugestehen, Herr Posch.

(Dieter Posch (FDP): Ja, wenn die Redezeit verlängert wird! – Allgemeine Heiterkeit)

#### **Volker Hoff (CDU):**

Herr Posch, wären Sie bereit, zuzustimmen, dass der Hinweis deshalb unglücklich ist, weil der Präsident zwar ein Handy besitzt, es aber nie einschaltet?

(Allgemeine Heiterkeit)

#### **Dieter Posch (FDP):**

Herr Kollege Hoff, ich nehme das zur Kenntnis, aber ich bedaure außerordentlich, dass Sie bisher nicht in der Lage waren, Ihren Vizepräsident besser zu schulen.

(Allgemeine Heiterkeit – Norbert Schmitt (SPD): Koch hat versagt, wie immer!)

Bei dem medienpolitischen Engagement, das Sie in der Vergangenheit an den Tag gelegt haben und immer wieder legen, hätte ich gedacht, dass der Präsident das mittlerweile gelernt hat.

Von dieser scherzhaften Bemerkung nun zurück zur Sache. Natürlich freuen wir uns darüber, dass der DVB-T-Empfang jetzt in ganz Hessen möglich ist. Aber ich sage auch: Dieser öffentlichen Auseinandersetzung hätte es nicht bedurft. Denn es geht in der Tat nicht nur darum, DVB-T-Frequenzen zuzuordnen, sondern es geht auch darum, im Bereich DMB und DAB ein ausgewogenes Verhältnis zwischen öffentlich-rechtlichem Empfang und privatem Empfang sicherzustellen.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Diese Diskussion wird seit einem Dreivierteljahr zwischen den unterschiedlichsten Stellen geführt, nämlich zwischen dem Hessischen Rundfunk, dem ZDF, der LPR und den von der LPR zu betreuenden privaten Rundfunkanbietern und Fernsehangebietern. Das ist die Situation. Da gibt es einen Interessenkonflikt. Das ist völlig selbstverständlich. Es ist so, dass zunächst die Zuteilung von der Staatskanzlei gemanagt wird und im Streitfall, wenn ich mich recht erinnere, nach dem Privatrundfunkgesetz sogar die Landesregierung zu entscheiden hätte. Insofern ist das ein ganz normaler Vorgang in einem Interessenkonflikt zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Rundfunkanbietern, wobei die LPR diese Funktion wahrnimmt – nicht mehr und nicht weniger. Herr Kollege Hoff, ich schätze Sie sehr, aber da ein solches Theater zu machen und Weihrauch zu versprühen, ist beim besten Willen nicht vertretbar.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen Folgendes – das sage ich auch an die Adresse des Intendanten des Hessischen Rundfunks, auch wenn ich ihn sehr schätze –: Es macht doch keinen Sinn, durch öffentliche Erklärungen künstlich ein Pro-

blem zu erzeugen, um sich hinterher hinstellen und sagen zu können, man habe gewonnen oder nicht gewonnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das ist kein guter Stil. Das gehört sich nicht. Das ist Business as usual – nicht mehr und nicht weniger. Wir sollten uns einmal ernsthaft überlegen, ob wir so etwas zum Anlass für eine Aktuelle Stunde nehmen wollen, wenn es in Wahrheit nur darum geht, dass die Regierung ihre Arbeit absolviert hat, und um nichts anderes.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann stellen Sie sich noch hierhin und tun so, als sei alles in Butter. Es ist völlig richtig, was die Kollegen von den GRÜNEN und der SPD gesagt haben. Es ist noch nicht alles in Butter. An dieser Stelle sage ich einmal: Da hat Herr Grüttner vor einem halben Jahr die Backen aufgeblasen, er hat schon einmal die LPK angeblafft und gesagt: Ja, er sei in Verhandlungen, damit auch die privaten Rundfunkanbieter bei DVB-T dabei sind. – Sie sind nicht dabei. RTL und Sat. 1 sind nicht dabei. Aber er hat damals gesagt, natürlich werde er dafür sorgen, dass auch die Privaten dabei sind. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen die Presseerklärung der Hessischen Landesregierung vom 23. März 2005 vorlesen: „DVB-T kommt, und wir setzen uns weiter für die Beteiligung von Privaten ein“. – Das ist die Realität.

(Staatsminister Stefan Grüttner: Wir setzen uns ein!)

– Herr Grüttner, ich habe volles Verständnis. Ich kenne die Probleme. Das können Sie mir glauben. Aber all das unisono innerhalb der Landesregierung und der CDU-Fraktion zu einem solchen Popanz zu machen geht über die Bedeutung der Sache wirklich hinaus.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte zur Sache zurückkommen. Wir freuen uns, dass dies möglich ist, weil damit eine moderne Technologie in ganz Hessen zum Einsatz kommt. Nebenbei bemerkt: Die WM ist nur ein Anlass. Man sagt, das sei ein Anlass, bei dem es wirklich funktionieren muss. Es ist kein Anlass, Institutionen gegeneinander auszuspielen. Hier ist etwas ganz Normales passiert. Es gab einen Interessenkonflikt. Frequenzen werden von der Staatskanzlei zugeordnet und müssen dann ausgeschrieben werden. Diese Aufgabenwahrnehmung hat die LPR nicht nur für sich reklamiert sonder dazu ist sie auch gesetzlich verpflichtet. Der Konflikt ist so gelöst worden, wie das Gesetz es verlangt. Herzlichen Dank. Nicht mehr und nicht weniger ist passiert. Freuen wir uns jetzt gemeinsam auf einen guten DVB-T-Empfang in ganz Hessen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gerhard Bökel (SPD): Herr Posch, frohe Weihnachten! So viel Beifall von dieser Seite!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Auch Ihnen herzlichen Dank, Herr Kollege Posch. – Das Wort hat jetzt Herr Staatsminister Grüttner.

#### **Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schön, zu merken, wie sich die Redner, insbesondere die der Oppositionsfraktionen, schwer tun, bei einer Sache, die erfolgreich in Hessen startet und bei der man deutlich merkt, dass wir an dieser Stelle im Verhältnis zu anderen Bundesländern einen weiten Vorsprung haben, doch noch ein Haar in der Suppe zu finden.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Das kann ich Ihnen erklären, Herr Al-Wazir. – Bezüglich der Entscheidung der Bedarfsträger muss man das Verfahren einfach noch einmal betrachten: Die Staatskanzlei hat an dieser Stelle eher eine notarielle Funktion.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister, Herr Dr. Jürgens möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

#### **Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Vielleicht sollte er zuhören. Dann erübrigt sich das erst einmal.

Die Staatskanzlei hat eine koordinierende Funktion. Diese koordinierende Funktion bedeutet eine notarielle Funktion bei der Einigung der Bedarfsträger. Dabei hat sie darauf zu achten, dass alles nach den Vorschriften des Gesetzes abläuft.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau!)

Das ist die Aufgabe, die die Staatskanzlei hat. Die Eingriffsschwellen, um auf der Grundlage des Hessischen Privatrundfunkgesetzes eine Chance zu bekommen, in einem Zuordnungsverfahren von Frequenzen rechtsaufsichtlich tätig zu werden, sind sehr hoch gesetzt. Das bedeutet: Es gibt eine hohe Verantwortung für die Bedarfsträger. Bedarfsträger sind die öffentlich-rechtlichen Anstalten, der Deutschlandfunk, das Deutschlandradio und die Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk, die eine hohe Verantwortung haben, an dieser Stelle verantwortungsvoll zu arbeiten.

Es wird versucht, diese verantwortungsvolle Arbeit an manchen Stellen damit zu verknüpfen, eigene Positionen durchzubekommen. Dafür habe ich noch relativ große Sympathien. Ich will Ihnen auch Folgendes sagen. Ich habe anscheinend immer die merkwürdige Pflicht, am 06.12., der ein besonderer Tag ist, den Versuch zu machen, Koordinierungsgespräche zu führen. Das erste Mal war das am 06.12.2003, mit dem Ergebnis, dass es einen Einigungsprozess über Frequenzzuordnungen für das Radio gab. Am 06.12. war es die Einigung über die Frequenzzuordnung.

Wenn jetzt gesagt wird, das müsste man schon seit dem Sommer oder seit September wissen, dann will ich Ihnen sagen, dass die Landesanstalt für privaten Rundfunk mit Schreiben vom 20. November 2005 erstmals begründet hat, warum sie bisher einer Frequenzzuordnung nicht zugestimmt hat. Der Vertreter der LPR in der Koordinierungsbesprechung, an der ich teilgenommen habe, hat dort die Grundlage gegeben, indem er gesagt hat: Meine Verbandsversammlung hat mich beauftragt, gewisse Dinge hier vorzubringen und zum Abschluss zu bringen. – Mich wundert das vor dem Hintergrund eines solchen im-

perativen Mandats. Ich kann mir kaum vorstellen, dass darauf die Mitglieder der Verbandsversammlung Herr Dr. Jürgens und Herr Posch nicht eingegangen sind, weil ich davon ausgehe, dass die Aussage des Vertreters der LPR richtig gewesen ist, dass er im Auftrag der Versammlung gearbeitet hat. Die Mitglieder der Verbandsversammlung Frau Zeimetz-Lorz und Herr Weinmeister konnten mir einen solchen Auftrag nicht bestätigen.

(Gerhard Bökel (SPD): Die war auch nicht da!)

– Er war auch nicht da. Diesen Zwischenruf nehme ich gerne auf. Vor dem Hintergrund ist die Fragestellung 30.11. ganz interessant.

(Gerhard Bökel (SPD): Die!)

Dann hat Herr Dr. Jürgens ein schönes Bild gezeichnet. Er hat gesagt: Ich will ein schönes Haus bauen, aber ich brauche dazu das Grundstück des Nachbarn. – Das wäre der Grund gewesen. Jetzt kennen Sie den Zuordnungsbescheid aus dem Jahre 2004, den Kanal 42 betreffend. Dieser Zuordnungsbescheid gibt der LPR das Recht, diesen Kanal für DVB-T zu nutzen.

Es war der Anspruch der LPR, diesen Kanal nun für DVB-H zu nutzen. Das ist etwas ganz anderes. Dafür ist der Landesanstalt für privaten Rundfunk dieser Kanal nicht zugeordnet worden. Genau dieses liegt mir schriftlich von der Landesanstalt für privaten Rundfunk mit Datum vom 30. November vor. Insofern sollten vielleicht die Versammlungsmitglieder einmal von ihren Möglichkeiten Gebrauch machen, in den Versammlungen nachzufragen, um was es geht, bevor man hier einen Popanz an einer Stelle aufbaut, über die man sich im Grunde genommen freuen könnte.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Zweiter Punkt. Gleichzeitig – dafür habe ich vollstes Verständnis, und das ist in dem Kompromiss auch zugestanden worden – halte ich die Aktivitäten des Hessischen Rundfunks in Sachen DAB über viele Jahre für ausgesprochen schwierig und nicht nachvollziehbar. In der Zwischenzeit ist es zu spät.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Insofern halte ich es für berechtigt, dass an dieser Stelle die Landesanstalt für privaten Rundfunk fragt: Kann man nicht, wenn wir tauschen, auch Chancen haben, dass wir dem Hessischen Rundfunk zugeordnete DAB-Frequenzen bekommen?

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Das halte ich für vernünftig, und das ist auch umgesetzt worden. Aber es ist ein großes Problem bei der Fragestellung DMB. Hier ist die Landesanstalt für privaten Rundfunk, am 30.11. schriftlich niedergelegt, in ein Koordinationsgespräch mit der Forderung hineingegangen, der Hessische Rundfunk möge einseitig einen Verzicht auf die Nutzung von DMB erklären. Jetzt wissen wir, dass DMB – das ist letztendlich auch eine Möglichkeit, über einen digitalen Weg bewegte Bilder auf ein Handy oder auf ein Notebook zu bekommen, wenn man eine entsprechende Karte hat – nur bundesweit ausgeschrieben werden soll.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Wagner, Sie müssten einfach einmal zuhören, damit Sie wissen, um was es hier eigentlich geht.

Die Fragestellung ist gewesen: Kann die Landesanstalt für privaten Rundfunk von einem öffentlich-rechtlichen Rundfunksender einen einseitigen Verzicht als *Conditi sine qua non* für die Umwidmung einer Frequenz verlangen? – Ich sage: Das geht nicht. – Dann hat die LPR noch nicht einmal Halt vor dem Hessischen Rundfunk gemacht, sondern gleich noch versucht, das ZDF mit in Haftung zu nehmen, einseitig einen Verzicht auf Hessen für eine bundesweite Ausschreibung zu erklären.

Meine Damen und Herren, wer glaubt, dass das verantwortungsvolles Handeln ist, der irrt. Insofern war es notwendig, unter einer entsprechenden Moderation zu einem Koordinierungsgespräch einzuladen.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister, darf ich es noch einmal probieren?

#### **Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Nein. – Deswegen bin ich sehr dankbar, dass es an dieser Stelle bei den Bedarfsträgern eine Einigung gegeben hat und in der Zwischenzeit von mir die Zuordnung der Frequenzen vorgenommen werden konnte und per Unterschrift herausgegangen ist.

Herr Kollege Posch, dann will ich schon einmal sagen: Sie sind doch Mitglied der Versammlung, insofern auch als Antragsteller und Beratungsgremium der LPR zuständig. Sie wissen, dass seit 2004 der LPR der Kanal 42 für DVB-T für Private zugeordnet ist. Meine Frage ist, wie stark sich die Versammlung eingesetzt hat, dass die Frequenz – die der LPR zugeordnet ist und über die sie verfügen kann – auch tatsächlich in Verbindung mit den Privaten genutzt werden kann.

(Dr. Andreas Jürgen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da kann man aber ausschreiben!)

Es ist ein Unterschied, ob Sie sagen: „Im März hat der Grüttner erklärt, er bemühe sich, dass auch die Privaten dabei sind und mitmachen, und arbeite dafür“, und gleichzeitig in Ihrer Rede sagen: Im Sommer hat er die Backen aufgeblasen und gesagt, die Privaten seien dabei. – Dieses stimmt nicht. Sie wissen genauso, dass die Privaten nicht verpflichtet werden können. Aber es ist Aufgabe der Interessenvertretung der Privaten in Hessen – das ist die Landesanstalt für privaten Rundfunk –, intensiv zu verhandeln, dass die dazukommen.

(Beifall des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Ich sage Ihnen eines: Wenn wir in Hessen als erstes Flächenland Deutschlands flächendeckend DVB-T anbieten können – das können wir mit diesem Kompromiss noch vor der Fußballweltmeisterschaft im nächsten Jahr –, haben wir einen technologischen Vorsprung.

Das Dritte ist dabei, es geht nicht nur darum, möglicherweise irgendwo auf einem Handy, auf einem PC oder irgendwo mit einer Stabantenne und transportablem Fernseher bewegte Bilder zu empfangen, sondern es geht darum, mit DVB-T eine Technik zu haben, die für die weitere technologische Entwicklung Grundlage ist, und wir sie an dieser Stelle transportieren können.

Sie sollten froh sein, dass wir so weit sind. Deswegen haben sich alle an dieser Stelle relativ schwer getan. Wir haben versucht, noch irgendetwas zu finden. Ich kann das alles noch nachvollziehen. Wir sollten froh sein, dass wir in

Hessen genau diese Technologie haben werden. Sie wird neben der Fragestellung des Transportierens dann auch die Möglichkeit geben, dass Herr Vizepräsident des Hessischen Landtages Frank Lortz im Sommer nächsten Jahres auf der Terrasse von Herrn Posch, weil er die Einladung sicherlich annehmen wird und der öffentlich-rechtliche Rundfunk das Endspiel überträgt, dort das Siegestor der deutschen Nationalmannschaft auf DVB-T-Empfang bejubeln kann.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Wenn die so schlecht spielen, wie Sie reden?)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Minister, herzlichen Dank und auch Dank für die Zuwendung. – Meine Damen und Herren, damit ist diese Aktuelle Stunde beendet.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Die WM ist jetzt gerettet!)

Ich rufe jetzt wieder **Tagesordnungspunkt 6**, die Beratung des Haushaltes, auf. Wir kommen zum

### **Einzelplan 04 – Hessisches Kultusministerium –**

Erste Rednerin ist Frau Kollegin Habermann, SPD-Fraktion. Sie hat 15 Minuten Redezeit.

### **Heike Habermann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Im Einzelplan 04 nichts Neues“, könnte man als Überschrift über die Haushaltsberatungen des Jahres 2006 setzen. Die Erhöhung der Mittel für Vertretungsunterricht und die Umwandlung von 300 BAT-Stellen in Planstellen wurden bereits für die Presse aufpoliert und ins Schaufenster gestellt. Die Ministerin hat über die personalpolitische Achterbahnfahrt, die diesen Entscheidungen vorangegangen ist, kein Wort verloren.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Haushalt 2004 wurden 945 Stellen gestrichen und der Topf für Vertretungsmittel gesenkt. Im Jahre 2005 gab es so genannte Sonderprogramme mit BAT-Stellen und zusätzlichen Vertretungsmitteln, um die größten Löcher bei der Unterrichtsversorgung notdürftig zu schließen. Für 2006 werden 300 der vorher gestrichenen Planstellen wieder eingestellt und die Vertetungsmittel wieder erhöht. Allerdings sind inzwischen junge Lehrkräfte in die Bundesländer abgewandert, die ihnen eine verlässliche Perspektive geboten haben.

Traurige Tatsache bleibt auch, dass in Hessen weiterhin fast 2.000 Lehrstellen fehlen, um mit einem Ansatz von Seriosität von einer Unterrichtsgarantie sprechen zu können.

(Beifall des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Doch die Kultusministerin geht jetzt noch einen Schritt weiter und verkündet die Unterrichtsgarantie Plus, die sich darin erschöpft, dass die 7 % ausfallenden Unterrichts zukünftig über selbstverantwortete Schulbudgets aufgefangen werden sollen. Selbstverantwortung von Schulen ist ein Thema, dem sich alle Fraktionen in diesem Hause mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung angenommen haben. Der Ansatz des Kultusministeriums, den Schulen die Verantwortung für die Versäumnisse des Landes bei der Lehrerversorgung aufzubürden, wird aller-

dings die Freude über die neue Gestaltungsmöglichkeit an den Schulen trüben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Es ist feige!)

Die Schulen wissen nämlich, wie schwierig es sein wird, fachlich qualifizierte personelle Vertretung für ausfallenden Unterricht zu finden. Frau Kultusministerin, ich glaube, Sie führen sich selbst ad absurdum, wenn Sie mehr Qualität in hessischen Schulen versprechen und gleichzeitig den Schulen empfehlen, sie könnten auch engagierte Mütter als Vertretung vor eine Klasse stellen.

Neu in diesem Haushaltsentwurf ist vor allem die Formulierung strategischer Ziele für die Bildungspolitik. Im Folgenden will ich mich mit zweien davon näher auseinander setzen. Strategisches Ziel Nummer eins ist, die so genannte Risikogruppe der PISA-Untersuchungen spürbar abzusenken. Als Ziel ist dies sicherlich einvernehmlich in diesem Haus. Wenn 27 % der Kinder in hessischen Schulen vom Bildungserfolg abgekoppelt sind und nach den Ergebnissen der PISA-Studien nur unterste Kompetenzwerte erreichen, wenn weiterhin die Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom sozialen Status der Eltern erschreckend hoch ist, dann ist das ein gesellschaftlicher Skandal, gegen den wir etwas unternehmen müssen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN))

Frau Kultusministerin, es genügt eben nicht, das strategische Ziel zu formulieren, dass sich das ändern muss. Der Weg, wie dieses Ziel erreicht werden soll, muss auch in der Verteilung der Mittel im Haushalt und in der Ausrichtung der Bildungspolitik deutlich werden.

Ich sage an dieser Stelle: Wir haben weder in Ihrem Haushaltsentwurf noch in Ihrer Bildungspolitik etwas gefunden, was zu der Hoffnung Anlass gibt, dass zukünftig mehr Jugendliche in Hessen eine befriedigende Berufs- und Lebensperspektive aufgrund einer besseren schulischen Bildung aufbauen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auch für das kommende Jahr wieder beantragt, die Mittel für die Schule in Schloss Hansenberg aus dem Haushalt zu streichen. Stattdessen sollten sie den Grundschulen für den Ausbau der Ganztagsangebote zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Das ist konsequent!)

Ich weiß, das ist ein Reizthema. Aber wir haben diese Änderungsanträge nicht gestellt, weil wir an der Qualität des Bildungsangebots der Schule in Schloss Hansenberg zweifeln. Frau Kultusministerin, wir haben dies auch nicht beantragt, weil wir der Auffassung sind, dass hoch leistungsfähige Kinder und Jugendliche nicht gefördert werden sollten.

(Hugo Klein (Freigericht) (CDU): Das ist doch Ihr Problem!)

Wir haben dies beantragt, weil die Schule in Schloss Hansenberg die sichtbare und finanziell quantifizierbare Manifestation Ihrer bildungspolitischen Ideologie der selektiven Förderung und der Auslese hier in Hessen ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin davon überzeugt, dass alle hessischen Kinder bei Unterrichtung in kleinen Klassen, mit dem zusätzlichen Einsatz von Sozialpädagogen und einem vielfältigen Lern- und Freizeitangebot, das im Ganztagsbetrieb der Schulen erfolgt, bessere Leistungen erzielen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Unser Ziel ist, dass alle Schüler, also sowohl die starken als auch die schwachen, an unseren Schulen Lernbedingungen vorfinden, mit denen sie individuell und adäquat gefördert werden. Das sollte nicht nur für einige wenige gelten.

Das gilt auch für die Umsetzung des strategischen Ziels Nummer drei, nämlich der Verringerung der Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss. Dieses Ziel soll nur für Schülerinnen und Schüler an Hauptschulen oder Hauptschulzweigen der kooperativen Gesamtschulen gelten. Dabei ist keine Rede davon, dass seit Jahren die Zahl der Einweisungen in die Förderschule und in die Schulen für Lernhilfe kontinuierlich steigt. Ich halte die Formulierung dieses Ziels, die den Fokus auf die Hauptschule legt, für eine Verkürzung der Problematik.

(Brigitte Kölsch (CDU): Wissen Sie, dass die auch einen Hauptschulabschluss machen können?)

Es muss ein Ziel sein, dem Ansteigen der Zahl der Schüler an den Förderschulen durch ein besseres Ausschöpfen der bei ihnen vorhandenen Lernpotenziale entgegenzuwirken. Die Quote der Schüler ohne Schulabschluss korrespondiert mit der Größe der Risikogruppe. Die da zugrunde liegende Problematik kann aber nicht auf eine Schulform fokussiert werden.

Sie wollen dagegen in allererster Linie die Hauptschule stärken. Das haben Sie selbst so formuliert. Sie wollen die Hauptschule stärken, obwohl die Studie PISA-E gezeigt hat, dass in allen Bundesländern mit stark gegliedertem Schulsystem die Hauptschule so schlechte Ergebnisse hat, dass ernsthaft darüber nachgedacht werden muss, ob es dabei überhaupt gelingen kann, die Anschlussfähigkeit an weiterführende Bildungsgänge zu erhalten. Frau Ministerin, mit SchuB-Klassen werden Sie es zwar einigen jungen Menschen ermöglichen, den Hauptschulabschluss zu erreichen – und jeder einzelne ist wichtig –, aber Sie werden dieses strukturelle Problem nicht lösen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ihre christdemokratische Kollegin im Hamburg, Frau Schulsenatorin Alexandra Dinges-Dierig kommt angesichts der ähnlich schlechten Ergebnisse der Hauptschulen in Hamburg zu ganz anderen Erkenntnissen. Sie erwägt, die Vielfalt der Schulen auf zwei zu reduzieren.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Hört, hört!)

Sie ist zu dieser Überlegung gekommen, weil sie anscheinend ausreichend Lesekompetenz hat und die Ergebnisse der PISA-E-Studie ohne ideologische Scheuklappen und Vorurteile interpretieren konnte.

(Beifall bei der SPD)

Sie hat sich nämlich Sachsen zum Vorbild genommen. Sie könnte auch nach Thüringen blicken.

Sachsen hat es geschafft, die Ergebnisse in der PISA-Studie in allen Bereichen signifikant zu verbessern. Es befindet sich im Vergleich der Bundesländer mittlerweile an zweiter Stelle. Die Risikogruppe in Sachsen ist kleiner. Der Abstand zwischen denjenigen mit hohem und mit niedrigem Leistungsniveau ist wesentlich geringer als in

Hamburg und in Hessen. Sachsen hat diese Ergebnisse mit einem zweigliedrigen Schulsystem erreicht. Dort wurden die Haupt- und die Realschule zusammengelegt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Meine Damen und Herren der CDU, Sie dagegen schauen nach Bayern. Dort ist zwar das Kompetenzniveau in der Hauptschule wesentlich höher als bei uns in Hessen. Dort besuchen aber auch über 30 % der Kinder die Hauptschule. Das führt zu dem, bildungspolitisch gesehen, völlig unbefriedigenden Ergebnis, dass der Anteil der Abiturienten weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Kinder von Arbeitern haben dort eine fast siebenmal geringere Chance, das Abitur zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie Ihre ideologische Brille absetzen würden,

(Axel Wintermeyer (CDU): Wer hat denn die ideologischen Brille auf?)

könnten Sie Folgendes feststellen: Je mehr Schulformen ein Bundesland anbietet, umso mehr streut die Leistung und umso abgeschlagener und größer wird die Gruppe der leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler.

(Brigitte Kölsch (CDU): Wo haben Sie das denn her?)

Dieses Ergebnis aus der PISA-E-Studie sollte Sie eigentlich mehr beschäftigen als die Frage, ob die mittlere Position, die Hessen dort einnimmt, ein großer Erfolg oder ein kleiner Misserfolg ist.

Sie haben gefragt, woher ich diese Erkenntnisse habe. Ich rate Ihnen, die Unterlagen zu lesen, über die Sie hier immer so aufgeregt diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die SPD-Fraktion ist in der Lage, über den Tellerrand zu schauen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Redet sie von Puppengeschirr?)

Die SPD-Fraktion ist in der Lage, festzustellen, dass auch in Ländern, in denen die CDU regiert, gute Ansätze in der Bildungspolitik vorhanden sind. Sie hingegen werden nicht weiterkommen, wenn Sie sich wie die Protagonisten der Schweine von der Animal Farm benehmen und immer rufen: Die Bildungspolitik der CDU ist gut, die Bildungspolitik der SPD ist schlecht. – Dabei handelt es sich um kleinkariertes Format.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zurufe von der CDU)

Es gibt auch in der CDU bildungspolitische Ansätze, die bemerkenswert sind. Herr Irmer, nur leider finden wir davon keine in Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir wollen mit wenigen Anträgen das Fundament für ein neues Bildungssystem in Hessen legen. Wir wollen, dass 27,5 Millionen € für die Einführung des gebührenfreien, verpflichtenden Kindergartenjahrs eingestellt werden. Das soll ab dem Schuljahr 2006/2007 gelten. Das haben wir mit unserem Gesetzentwurf zur Einführung der flächendeckenden Schuleingangsstufe gekoppelt. Damit wollen wir die Bildung von Anfang an stärken und den

Kindern schon vor dem Schuleintritt und unmittelbar nach dem Schuleintritt bessere Fördersysteme bieten.

Wir wollen auch, dass die Mittel zum Ausbau der Ganztagschulen erhöht werden. Vor allem wollen wir, dass den Schulen die Weiterentwicklung ihrer Ganztagsangebote ermöglicht wird. Frau Kultusministerin, mit Ihrem Dreijahresprogramm haben Sie sich der Verantwortung für die Weiterentwicklung der Ganztagsangebote entledigt. Damit lassen Sie aber faktisch zwei Modelle, die § 15 Hessisches Schulgesetz vorsieht, nämlich die offene und die gebundene Ganztagschule, in den nächsten drei Jahren unberücksichtigt.

Meine Damen und Herren, es geht also um die Weiterentwicklung der Ganztagschulen, die frühkindliche Bildung und das Zurückfahren der Selektion. Sie sollten sich nicht weiter den Erkenntnissen verschließen, die die Wissenschaftler haben und die sich aus den Ergebnissen der Vergleichsstudien ergeben. Es ist, politisch gesehen, schlicht, wenn man nur mit dem Schlagwort Einheitsschule hausieren geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie werden es nicht aufhalten, dass es zu einer Diskussion darüber kommt, wie man das Bildungssystem gestalten muss, damit die Chancen gerecht verteilt sind. Wir brauchen ein Bildungssystem, bei dem nicht nur behauptet wird, es würde alle Talente und Begabungen fördern. Wir brauchen ein Bildungssystem, dass das auch tut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Sie wollen doch die Einheitsschule! Das ist Gleichmacherei auf niedrigem Niveau!)

Wir werden die Diskussion darüber mit Freude führen und für unser Haus der Bildung werben.

Den Entwurf des Einzelplans 04 werden wir ablehnen. Denn er bietet nicht die Voraussetzungen, ein erfolgreiches Bildungssystem zu installieren.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Habermann, vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Abg. Irmer. Er spricht für die CDU-Fraktion.

#### **Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf die ideologische Rede, die wir eben zu Anfang gehört haben, gar nicht eingehen. Es geht hier um die Lesung des Haushalts. Deswegen möchte ich mich zunächst einmal schwerpunktmäßig mit dem Etat beschäftigen. In diesem Zusammenhang weise ich sehr entschieden den Vorwurf zurück – das sage ich sehr deutlich –, in Hessen würde es einen Abbau bei der Bildung geben.

(Beifall bei der CDU)

Wer so etwas sagt, kennt entweder die Zahlen des Haushalts nicht, ist bewusst böswillig oder sagt bewusst die Unwahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will Ihnen einfach mit einigen wenigen Zahlen das Gegenteil beweisen. Die Öffentlichkeit kann sich dann selbst eine Meinung dazu bilden, wer die Wahrheit sagt.

(Norbert Schmitt (SPD): Das müssen gerade Sie sagen! Sie müssen doch genug Richtigstellungen in Ihrer Zeitung „Wetzlar Kurier“ vornehmen! – Gegenruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU): Herr Schmitt, nicht aufregen!)

– Herr Kollege Schmitt, regen Sie sich doch ab. Denken Sie an Ihren Blutdruck.

Erstens. Diese Aussage ist von der Sache her falsch. Ich fordere auf, sich hier vorne hinzustellen und einen Beweis für Ihre Behauptung zu erbringen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das mache ich gern!)

– Sie können sich gleich hier hinstellen. – Das war das eine.

Das Zweite ist Folgendes. Das erfüllt mich mit Freude. So etwas können Sie nur behaupten, wenn Sie den „Wetzlar Kurier“ regelmäßig und intensiv lesen. Das finde ich gut. Das ist positiv.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das tun wir, aber mit viel Abneigung!)

Das war der Werbeblock, zu dem es durch Ihre Hilfe kam. Diesen Werbeblock habe ich kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie wollen, dass ich da einen Beweis erbringe! Das mache ich gern!)

– Herr Kollege Schmitt, ich möchte um Ihre Genehmigung bitten, zu dem eigentlichen Thema zurückkommen zu dürfen. – Der Bildungsetat des Jahres 1998 betrug 2,3 Milliarden €. In den Jahren 2005 und 2006 umfasst der Bildungsetat 2,85 Milliarden €. Das heißt, es gibt ein Plus von 550 Millionen €. Das entspricht 1,1 Milliarden DM.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Erste Aussage: im Vergleich von 2005 auf 2006 ein Plus von 50 Millionen €. Auch das ist ein klares Zeichen dafür, dass wir völlig unbeirrt auf unserem Weg fortfahren, den Bildungsetat sukzessive verantwortungsbewusst zu erhöhen, weil Bildung in Hessen nach wie vor und in Zukunft unter dieser Regierung Priorität Nummer eins besitzt.

(Beifall bei der CDU)

Zweites Beispiel: Mittel für den Vertretungsunterricht. Frau Kollegin Habermann, zu Ihrer Zeit, 1998, waren es 4,4 Millionen €, heute sind es 42,4 Millionen €. Das ist ungefähr das Zehnfache. – So weit zu Ihrer Behauptung Bildungsabbau.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Dritter Punkt: Lehrerstellen. Frau Kollegin Habermann, zu Ihrer Regierungsverantwortung 1998 hatten wir 43.803 Lehrerstellen im Landeshaushalt, heute haben wir 46.326. Das sind netto 2.500 Lehrerstellen mehr – Ergebnis dieser Regierungspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Referendarstellen. Sie hatten zu Ihrer Zeit mehr Referendarstellen versprochen; ich will nur einmal dezent daran erinnern. Zu Ihrer Zeit waren es 3.335. Sie haben das Versprechen gebrochen, keine zusätzlichen Referendarstellen geschaffen. Wir haben 1.600 zusätzlich geschaffen und liegen jetzt bei über 4.800.

(Beifall bei der CDU)

Nächster Punkt: Mittel für Lehrerfortbildung. 1998 unter Verantwortung von Rot-Grün null Euro, heute 15 Millionen € überregional; dazu kommen 1,9 Millionen € für Fortbildung, die direkt den Schulen zugewiesen werden. Das hat es in der Geschichte Hessens noch nie gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Hessens Schulen hatten zu Ihrer Regierungsverantwortung keinen einzigen Cent originärer Fortbildungsmittel zur Verfügung. Das ist die Realität.

Mittel für Ganztagsangebote. Frau Kollegin Habermann, zu Ihrer Zeit waren es 438 Stellen. In den Jahren von 1995 bis 1998 haben Sie keine einzige zusätzliche Stelle genehmigt, kein einziges Ganztagsangebot zusätzlich genehmigt.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört! – Ganz schlimm!)

Ich frage Sie: Warum haben Sie das denn nicht gemacht? Sie hätten doch die Möglichkeit gehabt. Die finanzielle Situation damals war im Vergleich zu heute besser; das muss man deutlich sagen. Zugleich haben Sie Lehrerstellen abgebaut. Also: kein einziger Antrag genehmigt, 438 Stellen zu Ihrer Zeit, 774 Stellen heute, und in jedem der nächsten Jahre gibt es 60 weitere.

(Beifall bei der CDU)

Zahlen können gelegentlich auch Fakten sein. Schulen mit Ganztagsangeboten gab es 124. Heute haben wir fast eine Verdreifachung auf 336, und in den nächsten Jahren kommen pro Jahr etwa 50 Schulen dazu.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Betreute Grundschulen gab es zu Ihrer Zeit 288. Auch dort gilt: Sie haben in Ihrer letzten Regierungsperiode keine einzige zusätzlich genehmigt. Heute haben wir 1.035, mehr als eine Vervierfachung. Das sind die nüchternen Zahlen.

(Beifall bei der CDU)

Wer vor diesem Hintergrund von Bildungsabbau spricht, obwohl er die Zahlen kennt, der lügt, der sagt ganz bewusst die Unwahrheit. Das muss man auch einmal auf Deutsch formulieren.

(Beifall bei der CDU)

Eine letzte Zahl will ich Ihnen auch nicht vorenthalten. Die Zahl der Computer an Schulen konnten Sie zu Ihrer Regierungszeit an einer Hand ablesen. Sie war im Prinzip gar nicht erfassbar, so wenige waren das.

(Nicola Beer (FDP): Die haben noch mit BASIC gearbeitet!)

Heute sind es 65.666. – So weit zu den Zahlen des Haushalts im Vergleich.

Wenn ich jetzt auf den aktuellen Entwurf eingehe, kann ich feststellen: Wir werden zum 1. August 2006 130 neue Lehrerstellen zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU)

Die Lernmittel werden um 1 Million € erhöht. Ich füge in allem Freimut hinzu, da würden wir gern mehr tun. Auch da haben wir eine Altlast abzutragen; denn Sie haben zu Ihrer Regierungsverantwortung die Lernmittel reduziert. Wir haben sie sukzessive erhöht und legen jetzt wieder 1 Million € drauf. Aber es ist ein langwieriger Prozess,

weil wir eigentlich mehr machen müssten. Irgendwo sind die Mittel natürlich begrenzt.

1,9 Millionen € für die Fortbildung an Schulen habe ich angesprochen. Der Reisekostenetat wird um 150.000 € gesteigert. 50.000 € gibt es in der Hochbegabtenförderung mehr. Damit unterstützen wir unter anderem sehr bewusst und zielgerichtet die Marburger Beratungsstelle BRAIN, die eine hervorragende Arbeit leistet, die von uns in jeder Beziehung unterstützt wird, weil sie zwingend notwendig ist.

Meine Damen und Herren, die Ersatzschulen bekommen 1,87 Millionen € mehr. Das Programm Schule@Zukunft wird mit 5 Millionen € fortgeführt – ein hervorragendes Programm. Da muss man auch den Landkreisen als Schulträgern Dank sagen, dass sie bereit sind, gemeinsame Sache mit dem Land zu machen. Im Ergebnis ist es für die Schüler und die Schulen eine hervorragende Angelegenheit.

Die Mittel für die Betreuungsangebote an Grund- und Förderschulen bleiben bei 6,6 Millionen € auf einem sehr hohen Niveau. Es wird gelegentlich auch vergessen, dass das, was die Kreise als Schulträger für die Betreuungsangebote an den Grundschulen zahlen, Landesmittel sind. Das wollen wir nicht vergessen.

Dann komme ich zu Ihren Anträgen. Die SPD will sie mit der Grundwasserabgabe finanzieren, sie sagt 50 Millionen €. Die GRÜNEN wollen auch die Grundwasserabgabe, die gehen von 100 Millionen € aus. Ich weiß nicht, ob Sie da einfach doppelte Gebührensätze berechnet haben. Unabhängig davon wird das natürlich zulasten des Bürgers gehen. Die SPD plant die Einführung der Vermögensteuer; dazu ist gestern schon etwas gesagt worden. 800 Millionen € glaubt sie damit erzielen zu können. Sie wissen doch genau, das sind alles Luftbuchungen, das ist doch albern, das hat mit Seriosität überhaupt nichts zu tun.

(Hugo Klein (Freigericht) (CDU): Unseriös!)

Denn Sie können doch nicht in Hessen die Vermögensteuer einführen. Das ist eine Bundesangelegenheit, und Sie wissen auch, dass sie nicht kommt. Selbst bei Ihrer eigenen Parteispitze in Berlin ist das nicht durchzuführen. Die GRÜNEN wollen den Straßenbau um 31,5 Millionen € reduzieren, setzen sich aber gleichzeitig vor Ort ein, wo eine Umgehungsstraße gebaut werden soll. Das ist zwingend notwendig. Sie vergessen aber, dass die gleichen GRÜNEN in Wiesbaden alles dazu beitragen, die Straßenbaumittel zu kürzen. Auch das ist nicht ganz seriös.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was erzählen Sie für einen Unsinn?)

Der letzte unseriöse Punkt bei den GRÜNEN ist, einfach vorzuschlagen, dass die Steuervergünstigungen, die 2007 auf Berliner Ebene gestrichen werden sollen, in das Jahr 2006 vorgezogen werden, und schon sei das Problem gelöst. Nur, meine Damen und Herren, Sie lösen es hier vor Ort nicht, sondern das ist eine Berliner Entscheidung, und Sie wissen, dass die nicht kommt. Dafür gibt es eine Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU auf Bundesebene. Auch deshalb ist es völlig unseriös, diese fiktiven Zahlen zur Finanzierung Ihrer Vorstellungen in den Haushalt einzusetzen zu wollen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir auch gar nicht, Herr Kollege! Sie können nicht lesen und erst recht nicht rechnen! – Gegenrufe von der CDU)

– Es ist doch gut, dass wir Sie haben, Herr Kaufmann. Jeder blamiert sich durch seine Zwischenrufe, so gut er kann.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Oder durch seine Reden!)

Ich möchte aber zu dem Stichwort Einheitsschule zurückkommen, Frau Kollegin Habermann.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben Sie etwas vergessen, das heißt bei Ihnen normalerweise „Zwangseinheitsschule“!)

– Dazu komme ich noch, Herr Kollege Kaufmann. Ich bin noch nicht fertig, keine Bange. – Meine Damen und Herren, diese Diskussion werden wir sehr gern in den nächsten zweieinhalb Jahren bis zur Landtagswahl offensiv führen. Denn das, was Sie wollen, ist ein Rückfall in die Siebzigerjahre. Back to the ideologischen roots, könnte man da nur sagen.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da treffen wir auf Sie!)

Ich bin Ihnen mittlerweile dankbar dafür – nachdem wir schon vor zwei, drei Jahren an dieser Stelle öffentlich gesagt haben, was Sie wirklich wollen –, dass Sie jetzt die Katze aus dem Sack gelassen haben.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Irmer, Sie müssen langsam zum Schluss kommen.

#### **Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Sie haben das alles sehr nebulös formuliert. Eine Schule für alle wollten Sie, da ging es um die Gemeinschaftsschule. Jetzt steht in der „Frankfurter Rundschau“, die SPD will die Einheitsschule. In der „FAZ“ ist nachzulesen, Frau Kollegin Habermann will eine flächendeckende Gesamtschule. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass Sie sämtliche Förderschulen abschaffen wollen, dass Sie Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien logischerweise abschaffen müssen, wenn Sie die Einheitsschule wollen. Wir werden dies nicht akzeptieren. Wir werden alles in Bewegung setzen, was möglich ist, um in Hessen Schulwahlfreiheit auf Dauer zu erhalten.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das überrascht jetzt doch! – Norbert Schmitt (SPD): Denken Sie an die Redezeit Ihrer Kollegen von der CDU, die werden ganz sauer auf Sie!)

Sie haben gesagt, Sie wollen das dreigliedrige Schulsystem abschaffen. Für diese offenen Worte bin ich Ihnen durchaus dankbar. Nur, ich habe nicht den Eindruck, dass Sie insgesamt begriffen haben, was Sie eigentlich wollen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Sie haben nicht begriffen, was notwendig ist!)

– Danke für den Zwischenruf. Auf Sie wollte ich gerade zu sprechen kommen, Frau Kollegin Ypsilanti. – Frau Kollegin Ypsilanti hat im „Gießener Anzeiger“ im Dezember dieses Jahres erklärt: Frau Ypsilanti ist sich bewusst, dass die Vielgliedrigkeit des Schulwesens Talente nicht richtig ausschöpfen kann.

(Norbert Schmitt (SPD): Recht hat sie!)

Die gleiche Dame fordert wenige Tage später, am 10. Dezember, in der „Frankfurter Neuen Presse“: Fechenheim braucht schnell einen gymnasialen Zweig. – Meine Damen und Herren, Sie wollen doch die Einheitsschule. Wieso wollen Sie denn einen gymnasialen Zweig?

(Beifall bei der CDU und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) – Andrea Ypsilanti (SPD): Aber an der Gesamtschule!)

Frau Kollegin, zu Ihrer Entschuldigung füge ich noch hinzu, dass Sie gesagt haben – –

(Norbert Schmitt (SPD): Wissen Sie, was das für eine Schule ist?)

– Eine integrierte Gesamtschule. Sie haben doch keine Ahnung. Das merken Sie doch an diesem dämlichen Zwischenruf. Wo gibt es denn eine integrierte Gesamtschule mit einem gymnasialen Zweig?

(Beifall bei der CDU)

Es gibt keine integrierten Gesamtschulen mit Gymnasialzweigen, Hauptschulzweigen und Realschulzweigen. Sie wissen doch gar nicht, wovon Sie reden. Was Sie pädagogisch machen, ist ein Verbrechen an den Kindern. Dies werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Wir werden dafür kämpfen, dass die Schulwahlfreiheit in Hessen erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Die Eltern sollen entscheiden, ob sie ihre Kinder in die integrierte Gesamtschule oder in eine Schule des dreigliedrigen Schulsystems schicken. Diese hervorragende Schulpolitik, die wir in Hessen gemeinsam machen, lassen wir uns von Ihnen nicht kaputtmachen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Der Ahnungslose!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Irmer. – Das Wort hat der Kollege Wagner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Peter Beuth (CDU): Es ist eigentlich alles gesagt!)

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Irmer, die letzten Minuten Ihrer Rede haben gezeigt, wer in diesem Haus der Ideologe in der Schulpolitik ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Irmer, ich will Ihnen gern zugestehen, dass ich bei Ihren Reden zur Bildungspolitik immer einen gewissen Erkenntnisgewinn habe. Ich habe einen Erkenntnisgewinn, bezogen auf ein bedeutendes Zitat des Altkanzlers Helmut Kohl, eines seiner großen, seiner fast mystischen Zitate. Der Altkanzler Helmut Kohl hat einmal gesagt: Die Realität ist oftmals anders als die Wirklichkeit.

Diesen mystischen Satz des Altkanzlers verstehe ich, wenn Sie, Herr Kollege Irmer, über Bildungspolitik in Hessen reden; denn da ist die Realität in der Tat anders als die Wirklichkeit, die die CDU-Fraktion wahrnimmt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) – Mark Weinmeister (CDU): Da klatscht noch nicht einmal die SPD!)

Ich fand es immerhin überraschend, Herr Irmer, dass Sie nicht mehr vom Bildungsland Nummer eins sprechen. Das finde ich sehr bemerkenswert.

(Mark Weinmeister (CDU): Das macht die Ministerin!)

– Das macht die Ministerin, aber dadurch wird es nicht richtiger. Das zeigt nämlich, dass die Realität in Hessen mit dem, was Sie wahrnehmen, nichts zu tun hat. Wir sind in Hessen nämlich nicht Bildungsland Nummer eins. Es wäre schön, wenn es so wäre, aber wir sind – das hat uns die PISA-Studie gezeigt –

(Zuruf der Abg. Brigitte Kölsch (CDU))

mit Ihrer Bildungspolitik auf Platz sieben und Platz zwölf, aber nicht Bildungsland Nummer eins. Das müssen wir erst einmal festhalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Mark Weinmeister (CDU): Wo waren wir denn vorher? – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ich kann es Ihnen sagen, Herr Kollege Weinmeister. Bei den Naturwissenschaften waren wir bei PISA 2000 besser als bei PISA 2003. Hier ist Hessen unter Ihrer Verantwortung von Platz acht auf Platz zwölf zurückgefallen. Das kann ich Ihnen sehr konkret sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Aber Sie brauchen gar nicht so zu schreien, Herr Kollege Weinmeister. Wir liegen auf Platz sieben und Platz zwölf, und diese Landesregierung ist damit zufrieden. Das ist doch der eigentliche Skandal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Diese Landesregierung gibt sich in ihrer Rhetorik damit zufrieden, dass wir Mittelmaß im Mittelmaß sind. Wir liegen im Mittelfeld der bundesdeutschen Länder, und die Bundesrepublik insgesamt liegt im internationalen Vergleich im Mittelfeld. Wer sich mit Mittelmaß im Mittelmaß zufrieden gibt, ist selbst Mittelmaß und führt unsere Schulen nicht in die Zukunft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Brigitte Kölsch (CDU))

Der Gipfel der Wirklichkeitsverweigerung ist, wenn die Kultusministerin am 3. November zu den neuen PISA-Ergebnissen erklärt – ich zitiere aus einer Presseerklärung des Kultusministeriums –:

Die Entkoppelung zwischen sozialer Herkunft und dem Kompetenzniveau haben CDU-/CSU-regierte Länder ebenfalls am besten bewältigt.

(Ministerin Karin Wolff: Richtig!)

Insbesondere Bayern, Sachsen und Thüringen erreichen hohe Leistungen in geringer Abhängigkeit von der sozialen Herkunft.

(Mark Weinmeister (CDU): Richtig!)

Meine Damen und Herren, wie ist denn die Wirklichkeit? Die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft ist in keinem anderen Bundesland so hoch wie in Bayern, und dieses Bundesland nehmen Sie sich zum Vorbild für Hessen.

(Ministerin Karin Wolff: Falsch!)

Das ist eine grundsätzlich falsche Bildungspolitik, die Sie in diesem Land betreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie wollen unser Land in Richtung Bayern führen. Sie wollen eine Perfektionierung des dreigliedrigen Schulsystems und nehmen dabei billigend in Kauf, dass die Gerechtigkeit in unserem Bildungssystem auf der Strecke bleibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist der grundsätzliche und der zentrale Vorwurf, den wir Ihrer Bildungspolitik machen. Hier liegt der Unterschied. Wir sind der Meinung, es darf in unserem Schulsystem keine Rolle spielen, aus welchem Elternhaus die Schülerinnen und Schüler kommen. Alle müssen gemäß ihren Begabungen gefördert werden, und alle müssen gleiche Chancen haben. Wer das nicht versteht und wer unser Bildungssystem in Richtung Bayern führt, der versündigt sich an unserer Gesellschaft in einer zentralen Gerechtigkeitsfrage.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Mark Weinmeister (CDU): Was?)

Liebe Kollegen von der CDU, ich habe eine ganz einfache These: Die hessischen Schülerinnen und Schüler sind nicht klüger und nicht dümmer als die finnischen Schülerinnen und Schüler. Wenn es aber so ist, dass die finnischen Schülerinnen und Schüler sehr viel bessere Ergebnisse erzielen, dann muss es an unserem Schulsystem liegen, dass wir unsere Schülerinnen und Schüler nicht so fördern. Für dieses Schulsystem sind Sie verantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Mark Weinmeister (CDU): Dann schauen Sie doch einmal in Italien nach! Was haben die Italiener für ein Schulsystem?)

Sie müssen es nicht mir glauben. Ich lese aus der Resolution Nr. 3 vor, beschlossen durch die Vertreterversammlung 2005 des Hessischen Philologenverbandes. Daran sehen Sie sehr genau, wie die Realität an den hessischen Schulen ist und dass das mit dem, was die CDU als Wirklichkeit wahrnimmt, nicht viel zu tun hat. Ich zitiere wörtlich:

Die Verbesserung der Unterrichtsqualität wird sich darin zeigen, ob die eigentlichen Probleme der Schulen gelöst werden: immer noch unzureichende Versorgung der Schulen mit Lehrkräften, zu späte Lehrerzuweisung, zu große Klassen und Kurse, unzureichende Arbeitsbedingungen, nicht ausreichende Erteilung von Förderunterricht, „Unterstützungssysteme“, die ihren Namen nicht verdienen und ständig mit ihrer eigenen Aufgabenfindung beschäftigt sind, ... Überlastung vieler Lehrkräfte, unter anderem durch zu lange Arbeitszeiten der Lehrkräfte, praxisferne Novellierung des hessi-

schen Schulgesetzes (G 8, Lehrerbildung), eine zu kostenintensive neue Verwaltungsreform, bürokratische, kleinkarierte und zeitaufwendige Datenerhebungen, unzureichende Schulverwaltungssoftware.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist die Realität an Hessens Schulen – sieben Jahre, nachdem Frau Kultusministerin Wolff ihr Amt angetreten hat.

(Hugo Klein (Freigericht) (CDU): Was haben Sie vorher gemacht?)

Herr Irmer, wir brauchen in der Tat keine großen Debatten über äußere Schulorganisation. Die brauchen wir wirklich nicht. Aber Sie haben gezeigt, wer missionarischen Eifer in der Frage hat, welches Schulsystem wir brauchen. Sie haben einen missionarischen Eifer, was das dreigliedrige Schulsystem angeht, und Sie haben keine Antworten darauf, die Probleme, die im real existierenden dreigliedrigen Schulsystem entstehen, zu lösen. Darauf haben Sie keine Antworten, Herr Kollege Irmer.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Jenseits der großen Schuldebatte aus den Sechziger- und Siebzigerjahren, die wir nicht wiederholen wollen, kann man sehr viel an Hessens Schulen tun, um für mehr Chancengleichheit zu sorgen.

(Mark Weinmeister (CDU): Wann kommt bei Ihnen eigentlich der Haushalt dran?)

Eine Maßnahme wäre, dass wir in unserem Land den Schulen, die sich aufgemacht haben und richtige, echte Ganztagschulen mit pädagogischem Konzept werden wollen, dies auch ermöglichen. Wir dürfen die Reformbereitschaft, die es in Hunderten hessischer Schulen gibt, nicht ausbremsen, sondern wir müssen im Haushalt die Mittel zur Verfügung stellen, sodass diese Schulen echte Ganztagschulen werden können. Genau das haben wir beantragt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Mark Weinmeister (CDU): Warum haben Sie es nicht selbst gemacht? – Dr. Norbert Herr (CDU): Wann fängt die Haushaltsrede an?)

Die Kultusministerin betreibt einen Etikettenschwindel. Für die Kultusministerin sind es Ganztagschulen, wenn es einen Mittagstisch gibt. Das ist aber nicht das eigentliche Konzept von Ganztagschulen. Wenn die Kultusministerin dieses Missverständnis, das sie hat, jetzt auch noch festschreibt und offensiv erklärt, es wird in den nächsten drei Jahren aufgrund ihrer ideologischen Schulpolitik in Hessen keine einzige neue, gebundene Ganztagschule geben, dann geht es bei Ihnen absolut in die falsche Richtung. Das zeigt, wer hier ideologische Bildungspolitik betreibt und wer nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Dr. Norbert Herr (CDU): Unglaublich! – Zuruf der Abg. Birgit Zeitmetz-Lorz (CDU))

Herr Kollege Irmer, wir müssen nicht die Debatte um die äußere Schulorganisation führen. Aber wir müssen, egal wie wir das Schulsystem organisieren, darüber sprechen,

wie wir Durchlässigkeit schaffen. Wie schaffen wir es, dass Schülerinnen und Schüler, die sich später entwickeln, auch noch die Chance haben, einen höheren Bildungabschluss zu erreichen?

(Norbert Kartmann (CDU): Das sind doch alte Versatzstücke!)

Hier kann man auf jeden Fall sagen, dass das, was Sie hier mit dem Thema G 8 machen, auf jeden Fall falsch ist.

(Norbert Kartmann (CDU): Dass es richtig ist!)

Meine Damen und Herren, Sie können mit uns darüber reden, dass wir die Schulzeit verkürzen, gar keine Frage. Aber so, wie Sie es machen, wird es dazu führen, dass Schülerinnen und Schüler, die nicht bereits im Alter von zehn Jahren im gymnasialen Zug sind, von diesem gymnasialen Zug nur noch die Schlusslichter sehen, selbst wenn sie dafür geeignet wären, das Abitur zu machen. Das ist eine falsche Politik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Mark Weinmeister (CDU): Das stimmt überhaupt nicht! Das wissen Sie doch!)

Herr Kollege Irmer, jenseits der großen Schuldebatte wäre es sehr sinnvoll, wenn wir den Übergang vom frühkindlichen Bereich, vom Kindergarten in die Schule flexibler und besser gestalten würden. Es wäre gut, wenn die CDU und die Kultusministerin nicht nur darüber reden würden, sondern wenn wir es so machen, wie wir es in unseren Haushaltsanträgen vorgeschlagen haben: dass wir nach und nach allen Schulen, die das wollen, die Möglichkeit einräumen, eine flexible Eingangsstufe einzuführen.

Herr Kollege Irmer, das alles sind konkrete Schritte, wie wir unser Bildungssystem verbessern und ein Mehr an individueller Förderung erreichen können. Das hat mit dem Schulkampf der Siebzigerjahre nichts zu tun. Aber es hat etwas zu tun mit der Abkehr von der ideologischen Schulpolitik, wie sie die CDU hier betreibt, die auf eine Perfektionierung des dreigliedrigen Schulsystems setzt und dabei die Schülerinnen und Schüler in Hessen auf der Strecke bleiben lässt. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Wagner, herzlichen Dank. – Zu einer Kurzintervention, Herr Kollege Irmer.

#### **Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Lieber Herr Kollege Wagner, Sie haben den Philologenverband mit einem Beschluss der Vollversammlung zitiert. Darf ich Sie daran erinnern, dass der Philologenverband auf der Vollversammlung 1998 einstimmig beschlossen hat, den damaligen Hessischen Kultusminister Hartmut Holzapfel wegen völliger Unzulänglichkeit und völligen Versagens in der Schulpolitik nach Europa wegzupedieren? Meine Damen und Herren, das war ein einstimmiger Beschluss des Philologenverbandes Hessen im Jahre 1998,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was soll das jetzt?)

um deutlich zu machen, wie die Situation damals war. Wenn Sie schon zitieren, dann bitte richtig.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damit begründen Sie Ihre Fehler? Das kann nicht wahr sein!)

Zweitens zur Schulzeitverkürzung. Ich glaube, Sie haben nicht richtig gerechnet. Der Kollege Kaufmann ist derjenige, der gelegentlich über das Rechnen spricht.

Meine Damen und Herren, wir haben die Schulzeit verlängert, denn wenn Sie die Unterrichtszeit, die Sie den Schülerinnen und Schülern dadurch gestohlen haben, dass Sie ihnen den Unterricht, der ihnen geschuldet wurde, nicht erteilt haben – jedes Jahr, jede Woche sind 10 % des Unterrichts ausgefallen –, und das hochrechnen auf eine Schulzeit von 13 Jahren bis zum Abitur, dann heißt das im Klartext: Ein hessischer Schüler war zwar 13 Jahre lang physisch in der Schule, hatte aber den Unterricht von 11,5 Jahren genossen. Wir haben durch unsere Unterrichtsverlängerung, sprich: die Erfüllung der Unterrichtsgarantie, dafür gesorgt, dass hessische Schüler trotz G 8 heute mehr Unterricht haben als unter Ihrer Regierungszeit in 13 Schuljahren.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Herr Kollege Wagner antwortet.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Irmer, ich bin Ihnen für die Kurzintervention dankbar. Ich habe mit ihr gerechnet. Ich habe extra vorher nachgeschaut, ob Sie Geschichte unterrichtet haben; denn mir war klar, dass es einen Ausflug in die Geschichte des letzten Jahrhunderts geben würde. Sie sind nicht Geschichtslehrer. Dennoch machen Sie immer Ausflüge in die Vergangenheit.

Ich bin Ihnen für Ihren Hinweis dankbar. Wenn Sie die Zeit von 1995 bis 1999 so sehen, wie Sie sie sehen – auch wir sehen sie im Nachhinein kritisch und wissen, dass wir damals Fehler gemacht haben –, frage ich mich, Herr Kollege Irmer: Wieso machen Sie jetzt die gleichen Fehler? Das ist die Frage, die Sie beantworten müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vergleichen wir doch die beiden Legislaturperioden miteinander. In der ersten Legislaturperiode unter Rot-Grün, d. h. zwischen 1991 und 1995, haben wir 3.000 neue Lehrer eingestellt. Das war richtig. Während der ersten Legislaturperiode, in der Frau Wolff Kultusministerin war, also zwischen 1999 und 2003, wurden 3.000 Lehrer eingestellt. Das war völlig richtig. Wir haben das auch nie bestritten. In der zweiten Legislaturperiode unter Rot-Grün haben wir, da die Haushaltsmittel knapp waren, ohne Geld versucht, Reformen im Schulsystem zu organisieren. Das geschah nicht, ohne dass wir dem Schulsystem und den Lehrerinnen und Lehrern manches zumuten mussten. Es ist uns nicht gelungen, diese Reformen durchzusetzen.

(Zurufe von der CDU)

Was machen Sie in Ihrer zweiten Legislaturperiode? Sie versuchen genau dasselbe. Sie versuchen, Reformen an den Schulen durchzudrücken, ohne Haushaltsmittel zur

Verfügung zu stellen. Sie versuchen, die Verwaltung des Mangels auf die Schulen zu übertragen. Sie machen exakt die Fehler, die wir gemacht haben. Ich frage mich: Warum haben Sie eigentlich nichts gelernt?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Irmer, Sie machen noch etwas. Auf diese Idee ist Rot-Grün in den acht Jahren, die es dieses Land regiert hat, nun wirklich nicht gekommen. Sie streichen in einer Zeit, in der alle über die Bedeutung von Bildung reden, 1.000 Lehrerstellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Wagner, Sie haben Ihre Redezeit bereits überschritten.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Irmer, Sie sollten sich nicht mit der Geschichte des letzten Jahrhunderts beschäftigen, sondern Ihre bildungspolitischen Hausaufgaben hier und jetzt machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Henzler, FDP-Fraktion.

(Zuruf von der CDU: Das war dümmlich gelogen, was er gesagt hat! – Gegenruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du lieber Gott, Herr Kollege! „Dümmlich gelogen“ hat er gesagt!)

#### **Dorothea Henzler (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist immer wieder spannend, zu erleben, wie hoch die Wogen gehen, sobald wir in diesem Haus über Schulpolitik reden. Dabei ist es schade, dass immer wieder die gleichen Debatten geführt werden.

Ich gebe zu, dass Ideologie in der Schulpolitik den Damen und Herren von der SPD nicht fremd ist. Aber sie ist auch den Damen und Herren von der CDU nicht fremd. Die Rolle der FDP in Hessen war immer bedeutend, weil wir einerseits verhindert haben, dass eine integrierte Einheitsschule eingeführt wurde, andererseits aber dafür gesorgt haben, dass man die Gesamtschulen nicht komplett abgeschafft hat.

(Beifall bei der FDP)

Das Wichtigste in diesem Land – in dieser Hinsicht ist Hessen wirklich die Nummer eins in der Bundesrepublik – ist die Vielfalt im Schulangebot. Es gibt kein anderes Bundesland, das so viele unterschiedliche Schulen anbietet. Ich denke, das ist für die Kinder sehr wichtig.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist seine Stärke! – Zuruf von der CDU: Die wollen zur Einheitsschule zurück!)

– Ja, damit hätte ich genauso viele Probleme wie mit der Einführung des dreigliedrigen Schulsystems nach bayerischem Vorbild. Nur, wir machen das gar nicht. Vor allem geht das alles über die Köpfe der Eltern hinweg.

Schauen Sie sich doch an, was die Eltern machen. Wer nicht will, dass sein Kind einen G-8-Zweig besucht, schickt es mittlerweile auf eine integrierte Gesamtschule. Deshalb haben die integrierten Gesamtschulen an bestimmten Orten einen hohen Zulauf. Das beweist eben nur, wie wichtig und richtig es ist, dass es zwei – oder noch mehr – verschiedene Formen von Schulen gibt. Es gibt Kinder, die sehr leistungsbereit sind und hinter denen die Eltern stehen. Die können sehr gut auf einem Gymnasium, auf einem G-8-Zweig, Abitur machen. Aber es gibt auch Kinder, die etwas länger brauchen. Diese Kinder haben das Recht dazu, etwas länger zu brauchen. Das ist kein Problem.

Schade ist nur, dass die kooperativen Gesamtschulen ein bisschen auf der Strecke bleiben, da man sich jetzt sehr stark auf das dreigliedrige Schulsystem einerseits und die integrierte Gesamtschule fokussiert. Aber das ist nun einmal der Lauf der Welt. Die Eltern entscheiden für sich und ihre Kinder genau das Richtige.

Eine kurze Bemerkung zu Finnland. Sie sollten die Pressepiegel genau lesen. Eine Bildungsexpertin hat klipp und klar gesagt, die finnischen Erfolge hätten mit dem Schulsystem und den Schulformen überhaupt nichts zu tun. Sie hingen mit der Personalausstattung der finnischen Schulen zusammen.

(Beifall bei der FDP)

Jede finnische Schule hat einen Sozialpädagogen. Jede finnische Schule hat eine Krankenschwester. Jede finnische Schule hat Hilfspersonal und Schülernachhilfen. Wenn wir an unseren Schulen eine solche Ausstattung hätten, wären die Schulformen völlig Wurscht. Dann könnte die individuelle Förderung von Kindern an jeder Schule durchgeführt werden.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt kommen wir zu den Haushaltsberatungen. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich eine andere Auffassung von Oppositionsarbeit habe. Es hat keinen Zweck, sich nur hierhin zu stellen und zu jammern und zu schimpfen, ohne mitzuteilen, was gemacht worden ist und was gut daran ist.

Das will ich für die FDP machen. Ich will sagen, was hier gut gemacht worden ist. Ich will allerdings auch erwähnen, was wir besser machen würden bzw. was mit uns besser gemacht worden wäre. Wir sind auf dem Weg, das Bildungsland Nummer eins zu werden. Wir haben ganz unten im Keller angefangen. Jetzt sind wir im dritten Stock. Wir werden auch noch den Gipfel erreichen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der SPD: Ach Frau Henzler!)

– Ja, der Weg von ganz unten nach ganz oben ist sehr weit. Aber die einzelnen Schritte, die wir machen, sind im Grunde richtig. Es könnten mehr Schritte sein. Als Mitglied der FDP-Fraktion sage ich jedoch klipp und klar: Wenn man einen haushaltspolitischen Sprecher hat, der immer, wenn es um Schulen geht, mahndend den Finger hebt, kann man als schulpolitische Sprecherin nicht ständig sagen, dass wir mehr Geld brauchen. Deswegen werden wir zu diesem Haushaltsplanentwurf keine Anträge stellen, in denen es um die Finanzen geht, sondern wir werden nur inhaltliche Anträge stellen.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt 130 neue Stellen für Ganztagsangebote und SchuB-Klassen. All das könnte mehr sein. Aber es ist gut, und es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist sehr erfreulich, dass 500 BAT-Stellen in Beamtenstellen umgewandelt werden. Aber ich bitte, darauf hinzuwirken, dass dies nicht nach der Rangliste geht, sondern dass man die Schulen befragt, die die Lehrer, die eine BAT-Stelle haben, beschäftigen. Manche Lehrer werden nämlich von Schule zu Schule durchgereicht, weil man sie nicht länger als ein halbes Jahr an einer Schule ertragen kann. Ich bitte Sie also, nicht nach der Rangliste zu gehen, sondern die Schulen, in denen diese Lehrer bereits unterrichten, zu fragen, ob sie sie für immer behalten möchten.

Die Erhöhung der Mittel für Vertretungsstunden in Verbindung mit der Unterrichtsgarantie Plus ist sehr erfreulich. Unterrichtsgarantie Plus wurde unter der CDU/FDP-Regierung als Modellversuch gestartet. Aber ich sage auch: Nehmen Sie den Schulen das Geld hinterher nicht wieder weg, überlassen Sie ihnen nicht nur 70 % des Geldes, und überlassen Sie es ihnen nicht nur an die Mittel für Vertretungen gebunden.

(Beifall bei der FDP)

Diese Mittel sollen einen Anreiz für Schulen sein, zu sagen: Bei uns wird nach Möglichkeit keiner krank. Wir schaffen ein Klima, das das Entstehen von Krankheiten verhindert. Unsere Lehrer gehen nur nachmittags, also in der unterrichtsfreien Zeit, auf Fortbildung. Wir machen unsere pädagogischen Tage an einem Samstag, nicht an einem Freitag. – Die Schulen sagen: All das machen wir, wenn wir Geld bekommen und auch behalten können, um dafür beispielsweise Schulassistenten einzustellen oder Sachmittel anzuschaffen. – Ich bitte Sie also, das Geld den Schulen nicht nur zum Teil zu überlassen und es auch nicht an bestimmte Zwecke zu binden.

(Beifall bei der FDP)

Unterrichtsgarantie Plus ist für die Schulen etwas völlig Neues, das ist klar. Sie müssen sich auf den Weg machen und Listen mit den Telefonnummern von Leuten besorgen, die Vertretungsstunden geben können. Aber ich habe schon immer gesagt, dass ich es z. B. für sinnvoll halte, wenn eine Hauswirtschafterin in eine Schule kommt und mit den Kindern häkelt, strickt oder stickt. All das gibt es an den Schulen so gut wie nicht mehr. Das halte ich für sinnvoll.

Allerdings halte ich es für verkehrt, zu versprechen, dass am dritten Tag des Fehlens eine Vertretung für den Fachunterricht kommt. Das kann eine Schule nicht leisten. Wir haben schon jetzt nur wenige Lehrer für Musik und Naturwissenschaften. Woher sollen sie kommen? Sollen sie auf Abruf bereitstehen, um in die Schule zu kommen?

Mit diesen Äußerungen weckt man bei den Eltern Hoffnungen. Die Eltern werden die Hoffnungen auf die Schule übertragen und diese Forderung dort stellen. Das heißt, mit diesem Versprechen schafft man in den Schulen ein Klima der Unruhe und der Unzufriedenheit.

Ich halte es nach wie vor für sinnvoll, dass auch Menschen aus anderen Berufen an die Schulen kommen. Unterrichtsgarantie Plus sollte ein Programm sein, das feste Schulzeiten garantiert. Damit tun Sie den Eltern und den Kindern einen großen Gefallen. Aber man sollte nichts versprechen, was man nicht wirklich halten kann.

(Beifall bei der FDP)

Das Fortbildungsbudget für Schulen ist sehr sinnvoll. Die Schulen sollen direkt darüber verfügen können. Auch da möchte ich eine Mahnung an Sie richten: Es handelt sich um – nageln Sie mich bitte nicht auf die genaue Zahl fest – 40 € pro Lehrerstelle. Diese 40 € sollten aber nicht pro Lehrerstelle, sondern sozusagen pro Lehrerkopf ausbezahlt werden. Die teilzeitbeschäftigten Lehrer müssen nämlich pro Jahr in den Fortbildungsveranstaltungen genauso viele Punkte erbringen wie die Vollzeitbeschäftigten. Dafür steht ihnen aber nur die halbe Zeit zur Verfügung, und sie werden auch nur zur Hälfte bezahlt. Das Fortbildungsbudget muss also auf die Köpfe bezogen werden, nicht auf die Stellen.

Zu dem Thema selbstständige Schule. Die FDP fordert ein deutlich höheres Tempo. Der Herr Ministerpräsident ist jetzt leider nicht anwesend. Er hat gestern in der Generaldebatte gesagt: So schnell kann man das nicht machen. Um die Schulen so fit zu machen, dass sie das können, mussten wir erst die Trümmer wegräumen, die man uns hinterlassen hatte. – Ich sage Ihnen deutlich, dass manche Schulen in diesem Land so fit sind. Sie können und wollen das jetzt machen.

(Beifall bei der FDP)

Diesen Schulen sollte man keine bürokratischen Hindernisse in den Weg legen. Auch manchen beruflichen Schulen sollte man keine bürokratischen Hemmnisse in den Weg legen. Allerdings muss ich zugeben, dass das Problem mit der Bürokratie nicht vom Kultusministerium, sondern von den nachgeordneten Behörden verursacht wird, die den Schulen nicht so viel Selbstständigkeit zugestehen wollen. Dann haben sie selbst nämlich weniger Aufgaben. Wenn eine Behörde weniger Aufgaben hat, kann es jedoch irgendwann passieren, dass sie überflüssig wird. Daher ist es verständlich, dass solche Behörden es nicht gern sehen, wenn die Schulen selbstständig werden.

Ich halte es also für sehr wichtig, dass dies schneller voran geht. Die FDP-Fraktion wird einen Antrag zu den Fachzielen stellen. Wir wollen, dass wir ein eigenes Fachziel „selbstständige Schule“ bekommen. Damit verpflichten wir uns, diesen Weg deutlich schneller zu gehen.

(Beifall bei der FDP)

Im Übrigen gibt es von der SPD kein Fachziel im Zusammenhang mit der integrierten Gesamtschule. Wenn Sie sie wirklich einführen wollen, müssen Sie versuchen, das im Haushalt als Fachziel festzuschreiben. Dort steht aber nichts davon.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Da fällt ihnen nichts mehr ein!)

Bei dem Thema Hochbegabtenförderung hat die CDU etwas dazugelernt. Bei den letztjährigen Haushaltsberatungen haben wir den Antrag gestellt, BRAIN durch mehr Haushaltsmittel zu unterstützen. Damals wurde dieser Antrag abgelehnt. Jetzt wird es gemacht. Ein gutes Jahr „time-lag“, aber immerhin. Es ist gut, dass dies jetzt gemacht wird.

Ganz unmöglich finde ich die Anträge der SPD und der GRÜNEN zu dem Thema Hochbegabtenförderung bzw. Schloss Hansenberg. Sie sagen, die Mittel für das nächste Jahr würden auf null gestellt. Es laufen doch Verträge. Es sind Versprechungen gemacht worden. Es gibt Schüler, die sich darauf verlassen und sich dafür beworben haben.

(Beifall bei der FDP)

Denen können Sie doch nicht sagen: Vom nächsten Jahr an gibt es keinen Pfennig Geld mehr. Wir lösen das auf. – Gerade Hansenberg ist ein Ansporn für die Schülerinnen und Schüler. Es ist eine Heimstatt für Schülerinnen und Schüler, die in diesem Schulsystem sonst unglücklich werden. Es gibt nämlich hoch leistungsfähige Kinder

(Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) und Heike Habermann (SPD))

– auch sozialdemokratische Kinder. Auch den hoch leistungsfähigen Kindern müssen wir ein Angebot machen. Das wird mit Hansenberg gemacht. Außerdem werden in Hansenberg Unterrichtsmethoden ausprobiert. Von den dort gemachten Erfahrungen können andere Schulen lernen. Von daher gesehen ist das eine völlig verquere Antragstellung.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Unser Fazit: Die Landesregierung befindet sich auf dem richtigen Weg. Wir haben ihn gemeinsam eingeschlagen. Manche Dinge könnte man besser, manches könnte man schneller machen. Wenn wir dabei wären, würden wir manche Dinge anders machen. Deshalb werden wir diesem Haushaltsplan nicht zustimmen. Aber ich denke, wir haben klargemacht, wie man sich als Opposition verhalten sollte: indem man das, was gut ist, auch als gut bezeichnet.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Henzler. – Der Kollege Schmitt möchte noch zwei Minuten reden. Bitte sehr.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Danke schön, Herr Präsident. – Ich habe mich zu zwei Behauptungen von Herrn Irmer zu Wort gemeldet, was fast eine Zwischenintervention gewesen wäre; aber so schnell habe ich die Unterlagen doch nicht zusammen gehabt. Herr Irmer hat seine Rede damit begonnen, meiner Kollegin Ypsilanti Unwahrheiten vorzuwerfen. Ich habe dann den Zwischenruf gemacht: „Das sagt der Richtige, jemand, der im „Wetzlar Kurier“ Unwahrheiten verbreitet.“ Er hat mich dann aufgefordert, dass ich hierher treten und das zurücknehmen soll. Herr Irmer, ich werde das Gegenteil machen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie sagen schon wieder die Unwahrheit!)

Mir liegt eine Unterlassungserklärung vom 02.11.2001 vor, nach der Sie die wahrheitswidrigen Behauptungen in Zusammenhang mit der Naphtali-Stiftung und der SPD zurücknehmen mussten. Dies ist ein Beleg von vielen dafür, dass mein Zwischenruf richtig war und dass ich nichts zurückzunehmen habe.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie sagen schon wieder die Unwahrheit!)

Dies ist nicht der einzige Beleg dafür. Wenn Sie möchten, bin ich gerne bereit, weitere Belege dafür zu geben, wo Sie bei einstweiligen Verfügungen gegenüber der örtlichen SPD oder auch gegenüber Karlheinz Pfaff unterlegen waren.

Zweiter Punkt. Ich komme jetzt zur Sachdiskussion. Sie haben eine Presseveröffentlichung zitiert, die die Heinrich-Kraft-Schule in Frankfurt betrifft. Die Überschrift in der Zeitung war problematisch: „Ypsilanti fordert Gymnasialzweig für Gesamtschule“. Auf den ersten Blick konnte man sich fragen: Wie, Gesamtschule? Die haben doch einen Gymnasialzweig. – Wenn Sie den Artikel durchgelesen hätten, wüssten Sie, um was es geht.

(Zuruf des Abg. Uwe Brückmann (CDU))

Auch da haben Sie wieder glatt an der Wahrheit vorbei operiert. Vielleicht kann die Ministerin auf diesen Sachkomplex kurz eingehen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Kooperative Gesamtschule!)

In der Pressemitteilung von Frau Ypsilanti heißt es, dass Frau Ypsilanti die Umwandlung der Heinrich-Kraft-Schule von einer kooperativen in eine integrierte Gesamtschule zeitnah umgesetzt haben möchte und dass die Kultusministerin dem zeitnah nachkommen soll.

Dann heißt es weiter:

Sowohl die Schule als auch der Ortsbeirat und die Stadtverordnetenversammlung haben sich für die Umwandlung in eine integrierte Gesamtschule ausgesprochen. Diese Notwendigkeit ergibt sich nicht zuletzt aus dem von Karin Wolff zu verantwortenden Schulgesetz, das die erforderliche Schülerzahl für den gymnasialen Zweig der Heinrich-Kraft-Schule neu definiert, so Ypsilanti. Daher sei die Ministerin auch in der Verantwortung, jetzt zu helfen und zu entscheiden.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Schmitt, es sind jetzt zweieinhalb Minuten. Ich sage es Ihnen freundschaftlich.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Andrea Ypsilanti fordert die Ministerin auf, diese Frage nicht vor dem Hintergrund einer ideologischen Diskussion um Schulformen zu entscheiden, sondern im Sinne dessen, was die Beteiligten sich wünschen und für den Schulstandort Fechenheim am besten sei.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Schiffchen versenken!)

Meine Damen und Herren, es geht darum, dass die Ministerin überall in Hessen endlich von ihrer Ideologie herunterkommt und dem folgt, was Schüler, Eltern und mittlerweile auch viele Stadtverordnetenversammlungen wollen.

(Lachen bei der CDU – Angelika Scholz (CDU): Lächerlich!)

Herr Irmer, Ihnen rate ich, auch im Interesse Ihres Geldbeutels – denn es hätte Sie 10.000 DM gekostet, wenn Sie es wiederholt hätten –, in Zukunft die Wahrheit zu sagen und nicht mit Unwahrheiten zu operieren. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat die Kultusministerin, Frau Staatsministerin Wolff.

(Clemens Reif (CDU): Sie sind jetzt der Gralshüter der Wahrheit! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

#### **Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nicht den Eindruck, dass die letzten drei Minuten die Bildungspolitik im Lande Hessen wesentlich vorangebracht haben.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Das entspricht auch dem Eindruck der gestrigen Generaldebatte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich mir die gestrigen Reden der Fraktionsvorsitzenden und auch die Rede des Ministerpräsidenten anschau, dann muss ich feststellen, dass zumindest die Fraktionsvorsitzenden von SPD und GRÜNEN, aber auch der Fraktionsvorsitzende der FDP der Bildung einen nicht ganz so hohen Stellenwert eingeräumt haben. Ich könnte es auch sehr viel drastischer formulieren: Wenn man die Zeiteinteilung so vornimmt, dass man das Thema, das in der Landespolitik zentral, wenn nicht sogar das wichtigste ist, nämlich das Bildungsthema, aus der Generaldebatte um den Haushalt 2006 geradezu ausklammert, dann zeigt dies auch die „Achtung“ dieses Themas oder – ich könnte es auch umgekehrt ausdrücken – die „Achtung“ vor der Bildungspolitik dieser Landesregierung.

(Beifall der Abg. Brigitte Kölsch (CDU))

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu Rot-Grün will ich heute sehr deutlich auch zum Haushalt reden. Ich denke, dass wir den Haushaltsentwurf 2006, den zu beschließenden Haushalt, als einen Haushalt der Perspektive und der Verlässlichkeit bezeichnen können. Beide Elemente sind ausgesprochen wichtig.

Ich will mit einem Aspekt anfangen, der von den anderen Fraktionen kritisiert wurde. Die Landesregierung kämpft explizit für die schwächeren Schülerinnen und Schüler. Sie hat dafür ein Programm aufgelegt, nicht nur wegen der Ergebnisse von PISA. Diese unterstützen die Schwerpunktsetzung aber sehr, sehr deutlich. Deshalb kämpfen wir weiter für zusätzliche SchuB-Klassen.

Wir haben dieses Programm vor zwei Jahren aufgelegt. In den nächsten zwei Jahren werden wir es erneut erweitern. Damit geben wir den Schülerinnen und Schülern, die fast keine Chance mehr auf einen Abschluss haben, die Möglichkeit, einen Abschluss zu erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein Schritt auf dem Weg. Schon jetzt haben wir weniger Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Ministerin, darf ich fragen, ob Sie Zwischenfragen zulassen? – Bitte sehr, Herr Quanz.

#### **Lothar Quanz (SPD):**

Frau Ministerin, können Sie bestätigen, dass in den letzten Jahren die Zahl derjenigen Schülerinnen und Schüler, die

von der Hauptschule in die so genannte Förderschule für Lernhilfe überwiesen wurden, deutlich angestiegen ist und damit die Gruppe derjenigen ohne Schulabschluss deutlich gewachsen ist?

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Quanz, diese Frage habe ich erhofft, um dies einmal deutlich machen zu können. Herr Quanz, wenn Sie sich die Fakten angeschaut haben, dann haben Sie gesehen, dass der Anteil der Abgänger aus den Hauptschulen ohne Abschluss von 21 % auf mittlerweile 15 % zurückgegangen ist,

(Lothar Quanz (SPD): Und bei der Förderschule?)

und das bei insgesamt wachsenden Schülerzahlen, also auch wachsenden Schülerzahlen auf den Förderschulen. Das ist bundesweit unbezweifelbar.

Herr Quanz, sehen wir uns den bundesweiten Vergleich an. Hessen hat bei den Förderschülern insgesamt eine Quote, nicht nur bei der Lernhilfe, sondern inklusive des gemeinsamen Unterrichts, von 4,1 %. Der Bundesschnitt beläuft sich auf 4,8 %, und Nordrhein-Westfalen – einem Land, das Ihnen vielleicht bis vor kurzem etwas nahe stand – hat einen Schnitt von 4,9 %. Hessen hat bewusst auch an den Förderschulen die Möglichkeiten für Lernhilfen ausgebaut, um auch dort die Möglichkeit zu verbessern, den Hauptschulabschluss zu machen. Die Anstrengungen kommen von verschiedenen Seiten. Meine Damen und Herren, herzlichen Dank für diese Zwischenfrage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Michael Boddenberg (CDU): Gute Frage, Herr Quanz! – Lothar Quanz (SPD): Nach dem Motto „Was die Ministerin sagt, ist die Wahrheit!“ Ein bisschen kritischer!)

– Soll ich ein bisschen Zeit geben? – Meine Damen und Herren, wir haben schon in den letzten Jahren die Förder- und Beratungszentren an den Förderschulen ausgebaut. Mittlerweile sind es 98. Auf dieser Basis stellen wir jetzt in drei verlässlichen Tranchen – mit der Perspektive, ein neues Erziehungshilfekonzept umsetzen zu können – 105 Stellen für Erziehungshilfe, die auch interveniert, zur Verfügung. Das ist eine Erziehungshilfeberatung, die dafür sorgt, dass Kinder, die verhaltensauffällig sind, nicht mehr die ganze Klasse durcheinander bringen und sich selbst schaden, sondern durch diese zusätzlichen Stellen in diesem und in den nächsten drei Haushalten auf den Weg des Lernens zurückgeführt werden.

(Beifall der Abg. Brigitte Kölsch (CDU))

Herr Wagner, wenn Sie davon sprechen, dass es zu viele Risikoschüler gibt, was überhaupt keine Frage ist, dann darf ich hier feststellen, dass der Anteil von 2002 bis 2003 von 27 % auf 24 % zurückgegangen ist. Das ist ein erster Schritt, der mir persönlich außerordentlich wichtig ist.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Axel Wintermeyer (CDU): Richtig! Das verstehen die anderen nur nicht!)

Nun will ich noch einmal etwas zu dem Thema sagen, das auch Frau Habermann angesprochen hat. Frau Habermann, Sie sagen, man könnte die Hauptschule zugunsten einer Form abschaffen, die möglicherweise in Hamburg angedacht ist und die aus demographischen Gründen in

östlichen Ländern eingeführt worden ist. Frau Habermann, schauen Sie sich doch bitte in unseren hessischen Schulen um. Wir haben nur sechs reine Hauptschulen. Alle anderen Hauptschulen im Lande Hessen sind Verbundschulen. Damit ist der Wechsel zwischen diesen zwei Zweigen möglich. Also haben wir dort eine Flexibilität und Durchlässigkeit, auf der wir aufbauen können und auf deren Basis wir die Hauptschüler weiter stärken.

(Beifall bei der CDU)

Zu tun, als gäbe es die Hauptschüler mit ihren Nöten nicht, ist der falsche Weg. Ich bin für inhaltliche Arbeit und nicht dafür, strukturell Schimären aufzubauen.

Meine Damen und Herren, seit gestern wurde von den Rednerinnen und Rednern von der linken Seite immer wieder das Gerücht verbreitet, als stehe es um die Bildungsgerechtigkeit in Bayern so schlimm. Dazu will ich etwas sagen. Ich sage das nicht, weil ich glaube, dass man Bayern verteidigen müsste. Ich sage das auch nicht, weil wir den Eindruck hätten, dass wir vom heutigen Standpunkt aus noch so viel von Bayern lernen müssten. Wir müssen bei den Ergebnissen noch ankommen. Aber die Dinge sind alle eingeleitet. Mittlerweile sind wir so weit, dass der Bayerische Ministerpräsident bei vielen Fragen sagt: „Guckt bitte einmal nach Hessen, und macht das bitte so wie in Hessen, z. B. bei den Vorlaufkursen“. Das ist in Ordnung. Damit kann ich gut leben.

(Beifall bei der CDU)

Aber wenn wir uns mit der Frage, wie soziale Herkunft und Leistungsfähigkeit zusammenhängen, ehrlich auseinander setzen, kann ich Ihnen zeigen, wie das bei PISA aussieht.

(Die Rednerin hält ein Schaubild in die Höhe.)

Sie haben in dieser Ecke die Siegerländer, z. B. Finnland: hohe Leistung, geringer Leistungsgradient.

(Florian Rentsch (FDP): Größer!)

– Ich habe es für Sie farblich gekennzeichnet.

(Norbert Schmitt (SPD): Aber nicht blau-gelb!)

Hier haben Sie das Land Bayern: gutes Ergebnis, geringer Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Leistung.

(Heike Habermann (SPD): Leistung, aber nicht Schulabschluss!)

Unten haben wir Nordrhein-Westfalen. Dort befand sich beim letzten Mal Hessen. Hessen finden Sie jetzt, wenn Sie der Mitte entgegenrücken. Hessen befindet sich auf einem sehr guten Weg und auf dem Weg des sozialen Ausgleichs. Denn das Land Hessen war mit Nordrhein-Westfalen und mit Bremen auf den letzten Plätzen gewesen. Mittlerweile sind wir in der Mitte, und Bayern ist nach wie vor vorne. Dorthin zu kommen halte ich in der Tat für anstrengenswert.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung kämpft um den kontinuierlichen Ausbau von Ganztagschulen. Nun nehme ich zur Kenntnis, dass es dazu Anträge gibt. Faktum aber ist: Die Landesregierung und die Mehrheit im Hessischen Landtag bauen ihre Perspektiven auf den Leistungen der letzten drei Jahre auf und stellen Jahr für Jahr erneut 60 Stellen zur Verfügung. Das bedeutet, dass wir in den letzten Jahren von 138 auf 336 Schulen gekommen sind, und es bedeutet, dass wir am

Ende des Zeitraums, im Jahr 2008, bei rund 470, also knapp 500 Schulen angekommen sein werden.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle sage ich klar: Natürlich haben wir eine Priorität gesetzt. Wir haben im Regierungsprogramm versprochen, wir wollen ein Ganztagsschulangebot in erreichbarer Nähe der Schülerinnen und Schüler schaffen, und genau dies tun wir jetzt. Wenn Sie entgegen, dass es auch Schulen gibt, die gebundene Ganztagschulen werden wollen, kann ich sie Ihnen an einer Hand abzählen, Herr Wagner.

(Lothar Quanz (SPD): Offene Konzeption!)

Aber es gibt etliche Schulen mehr, die Ganztagsangebote machen wollen. Die gebundene Ganztagschule ist von den eigenen Wünschen her noch nicht so stark ausgeprägt; das mag aber durchaus noch kommen.

Deswegen ist es richtig, dass die Schulträger in diesen Tagen ihre Prioritäten festlegen und sagen, wie das Programm in den nächsten drei Jahren in ihrer Binnensicht aussieht. Darauf aufbauend können wir diesen Schulen die Stellen zur Verfügung stellen, die jetzt zusätzlich ausgewiesen werden.

Meine Damen und Herren, wir sind verlässlich bei der Absicherung von Transformationsaktionen. Solche Prozesse werden in Hessen bewusst geführt. Das G 8 wird sehr bewusst eingeführt. Das heißt, wir stellen – auch mit diesem Haushalt – zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung, wir stellen zusätzlich 1 Million € zur Verfügung, die für zusätzliche Bücher abgefragt werden können, und wir haben den Eintritt der Schülergruppen in das G 8 in kluger Abwägung auf drei Jahre verteilt.

Wenn Sie die bundesweite Diskussion verfolgt und dabei festgestellt haben, dass in wenigen Jahren aus etlichen Ländern zwei vollständige Jahrgänge auf den Markt der Ausbildung und der Studien drängen, kennen Sie die Probleme, die damit auf die Republik zukommen. Hessen hat da ausgesprochen verantwortungsvoll und verlässlich gehandelt.

Meine Damen und Herren, ich komme zu einem weiteren Schwerpunkt. Es wird an den Schulen mehr Fortbildung in Eigenverantwortung geben. Insgesamt wird es 1,6 Millionen € zusätzlich für Fortbildung geben. Da bitte ich, lieber Kollege Wagner, um der Wahrhaftigkeit willen, die wir uns bei den Auseinandersetzungen, die wir haben, nicht schenken sollten, zumindest in Zeitungsartikeln nicht erneut zu behaupten, das Schulbudget würde aus dem Rest der Fortbildungsmittel abgezweigt. Nein, die Wahrheit ist – das wissen Sie ganz genau –, dass 1,6 Millionen € zusätzlich in die Fortbildung hineingekommen sind, und diese Mittel benutzen wir.

(Beifall bei der CDU)

Wir benutzen sie ganz gezielt dafür, die Eigenverantwortung der Schulen zu steigern und die Schulen, die sich jetzt bereits darauf vorbereiten, die interne Fortbildung zu intensivieren, und die Kolleginnen und Kollegen ganz gezielt wegschicken, um das Kollegium in der Schulentwicklung zu befördern, darin zu unterstützen. Das geschieht in allen Bereichen mit mehr Geld, und dennoch steht mehr Geld für die regionale und auch für die zentrale Lehrerfortbildung zur Verfügung. Das ist die Wahrheit, und so sollte man damit auch umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, mehr Verlässlichkeit für Spielräume und mehr Freiheit an den Schulen sind im Haushalt

auch für die 17 Berufsschulen mit „Selbstverantwortung Plus“ grundgelegt. Über die Möglichkeit hinaus, 70 % in den kommenden Haushalt zu übertragen, die allen Schulen beim Fortbildungsbudget und beim Vertretungsbudget gegeben ist, wird es in diesen Schulen die Möglichkeit geben, 5 % des Personaletats flexibel einzusetzen. Dies wird für die Schulen und die Schulleitungen eine erhebliche Erleichterung darstellen und unter voller Abdeckung des Unterrichts einen erheblichen Spielraum eröffnen, mit den Mitteln flexibel umzugehen und mit ihnen auch anderes beschaffen zu können.

Ein großer Teil des Haushalts und ein neuer Schwerpunkt im Blick auf mehr Geld, im Blick auf mehr Verlässlichkeit und im Blick auf die Perspektive einer größeren Eigenverantwortung ist selbstverständlich das Programm „Unterrichtsgarantie Plus – für eine verlässliche Schule“. für eine verlässliche Schule. Meine sehr verehrten Damen und Herren, von Herrn Wagner und Frau Habermann wird immer wieder die Mär verbreitet, durch die „Operation sichere Zukunft“ gebe es weniger Unterricht. Auch dies ist die Unwahrheit, die bewusste Unwahrheit und nichts als die Unwahrheit. Es bleibt dabei, dass alle abgezogenen Lehrerstellen

(Norbert Schmitt (SPD): Tatsache ist, dass 1.000 Lehrerstellen gestrichen worden sind!)

noch heute in der Form von Unterricht vorhanden sind und weiter vorhanden sein werden. Selbst wenn Sie Stellen bilanzieren wollten – ich werde Ihnen das zu gegebener Zeit noch vorrechnen –, würden Sie sehen, dass die Landesregierung und die Landtagsmehrheit ihr Versprechen einhalten werden, dass in diesem Haushalt und in den kommenden Haushalten mehr Stellen – weit über das Maß hinaus, das Sie vermuten – stehen. Dies ist die Basis.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist es kein Zufall, dass bei uns kaum noch – vielleicht 1 bis 2 % – Beschwerden wegen Stunden kommen, die nicht im Stundenplan stehen, meistens wegen Fachlehrermangel.

Meine Damen und Herren, Klagen gibt es, dass Unterricht wegen Krankheit ausfällt. An dieses Problem gehen wir noch einmal mit einem Kraftakt heran, mit einem Kraftakt an Mitteln und mit einem Kraftakt an Organisationsaufgaben für die einzelne Schule. Da war Ihre Behauptung, Frau Kollegin Habermann, schon ein bisschen verwegen. Das war ein schlichter Ansatz, in schlechter Laune etwas mies zu machen; aber das sind wir hier ja durchaus gewöhnt.

Tatsache aber ist: Die Schulen bekommen die Möglichkeit, mit dem, was administrativ nicht zu regeln ist, flexibel umzugehen. Wenn es in Zukunft darum geht, einen Unterrichtsausfall aufgrund einer Klassenfahrt oder einer Krankheit von einer Woche auszugleichen, helfen Sie nicht mit Aktivitäten Staatlicher Schulämter oder des Kultusministeriums, mit BAT-Verträgen oder dergleichen, sondern dann brauchen Sie die Möglichkeit, flexibel einzugreifen.

Genau diese flexiblen Möglichkeiten eröffnen wir den Schulen. Wenn Sie mit Schulleiterinnen und Schulleitern sprechen, die sich damit schon vertraut gemacht haben und in Versuchen schon Erfahrungen gesammelt haben, werden Sie hören, dass Ihnen die Schulleiterinnen und Schulleiter klipp und klar sagen: Mit diesem Geld – 1.000 € pro Stelle – schaffen wir es, das ist kein Problem; dafür legen wir unsere Hand ins Feuer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Natürlich ist das nicht unanstrengend. Aber wir geben den Schulen damit Handlungsmöglichkeiten in die Hand. Natürlich ist es auch ein Kraftakt, erneut Geld zur Verfügung zu stellen, sodass wir bei 42 Millionen € reinen Vertretungsmitteln landen werden, von denen 30 Millionen € den Schulen in dem Budget zur Verfügung stehen, mit dem sie umgehen können.

Ich möchte nur noch darauf verweisen, liebe Frau Kollegin Henzler, dass wir beim Fachunterricht selbstverständlich nicht so eng gestrikt sind – dies wird auch hinreichend kommuniziert werden –, dass bei Ausfall von „Mathe“ heute Mathe erteilt werden muss. Aber wir werden in Bälde eine Jahresstundentafel haben. Im Rahmen dieser Jahresstundentafel wird es einen Ausgleich geben können. Dann kann der Chemielehrer in einer Stunde, in der eigentlich Mathe hätte unterrichtet werden müssen, Chemie unterrichten usw. Diese Flexibilität gehört in das Handlungsspektrum der Schulen.

(Beifall der Abg. Heike Habermann (SPD))

Bravo, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalt der Landesregierung ist ein Haushalt der Perspektiven und der Verlässlichkeit; so habe ich angefangen. Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass dieser Haushalt Hessen auf dem Weg zum Bildungsland Nummer eins erheblich weiterbringen wird. Ich glaube auch sagen zu können, dass viele der Anträge – zum Teil in Masse statt in Klasse aufgetreten – Hessen nicht voranbringen, sondern ein Kompendium von Schaufensteranträgen darstellen, mit denen man sich im Plenum auch bewusst nicht wirklich beschäftigt hat.

Meine Damen und Herren, Perspektive und Verlässlichkeit sind die Begriffe, die dieser Haushaltsentwurf atmet, und dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, damit ist der Einzelplan 04 des Hessischen Kultusministeriums in zweiter Lesung gelesen.

(Widerspruch)

– Entschuldigung. Frau Habermann, Sie hatten sich gemeldet. Selbstverständlich ist Ihre Kurzintervention zum Einzelplan 04 noch zugelassen.

#### **Heike Habermann (SPD):**

Frau Kultusministerin, ich hatte mich zu einem einzigen Punkt in Ihrem Beitrag gemeldet, und zwar in dem Moment, als Sie das Schaubild hochgehalten und erklärt haben, ich hätte zunächst nichts anderes als Sie zum Ausdruck gebracht. Ich habe vorhin gesagt: Das Kompetenzniveau in den Hauptschulen in Bayern ist höher.

Das heißt, die Leistungen sind höher. Das ist auch nicht an den sozialen Status der Eltern gekoppelt. Die eigentliche Ungerechtigkeit im bayerischen Bildungssystem beginnt aber dort, wo es um die Schulabschlüsse geht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dazu ist zu sagen, dass ein bayerisches Arbeiterkind siebenmal geringere Chancen hat, das Abitur zu machen, als

ein Kind aus einer höheren sozialen Schicht. Ich glaube, das ist nicht der Weg, dem wir hier in Hessen nacheifern sollten. Wir brauchen höher qualifizierende Schulabschlüsse für mehr Kinder.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Das Wort hat Frau Ministerin Wolff.

#### **Karin Wolff, Kultusministerin:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Habermann, es ist wahr, dass sich die bayerische Hauptschule hinsichtlich der Zusammensetzung ihrer Schüler von der hessischen Hauptschule unterscheidet. Wenn man wissen will, warum, muss man in die Vergangenheit schauen. Sie haben gesagt, Sie wollen die Hauptschule in der Form, wie sie heute existiert, abschaffen. Auch das ist die Wahrheit.

Meine Damen und Herren, die sozialen Diskrepanzen will ich an einem weiteren Beispiel deutlich machen. Frau Kollegin Habermann, wenn Sie Probleme mit Bayern haben, muss ich Ihnen sagen, dass die Kinder aus Migrantenfamilien, die in Bayern leben, im Durchschnitt so gute Ergebnisse erzielen wie hessische und ausländische Kinder und Jugendliche zusammen in Hessen. Nach wie vor sind jugendliche Migranten in Bayern so gut wie die deutschen Schülerinnen und Schüler – unter Ausschluss der ausländischen Schüler – in Bremen. Darüber muss man ein bisschen vertiefter nachdenken, bevor man Bayern in den Orkus wirft.

(Lothar Quanz (SPD): Sie haben aber die Frage von Frau Habermann nicht beantwortet!)

Ich sage Ihnen dazu, Herr Quanz, dass Bayern ein Land ist, in dem es in großer Zahl eine Anschlussausbildung nach dem Schulabschluss gibt und damit die Quote der Abiturabgänger an den beruflichen Oberschulen wesentlich höher ist. Daher unterscheidet sich die Quote nicht wesentlich von der Quote bei uns in Hessen.

(Widerspruch bei der SPD)

An unserer Quote will ich nichts ändern, die ist in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass keine weiteren Wortmeldungen zum Haushaltsplan 04 vorliegen. Damit ist der Haushaltsplanentwurf in zweiter Lesung behandelt.

Ich rufe jetzt den

#### **Einzelplan 15 – Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst –**

auf.

Erste Rednerin ist Nicola Beer für die FDP-Fraktion. Es ist eine Redezeit von 15 Minuten vereinbart.

**Nicola Beer (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag hält den Einzelplan 15, den Einzelplan für Wissenschaft und Kunst, für einen der enttäuschendsten Teile des Haushaltsplanentwurfs 2006.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie jetzt „Oh!“ rufen, der Einzelplan 15 macht am deutlichsten, wie weit die CDU-Alleinregierung von dem entfernt ist, was wir als FDP und CDU früher als gemeinsame Politik verfolgt haben. Der Einzelplan 15 macht deutlich, wie weit Hessen in der Hochschulpolitik von dem Anspruch entfernt ist, Bildungsland Nummer eins zu sein.

(Norbert Schmitt (SPD): Recht hat Frau Beer!)

Um dies zu belegen, konzentriere ich mich auf den Bereich der Hochschulen, auf den Hochschulpakt II, der für die von mir eben getroffene Feststellung symptomatisch ist. Der Hochschulpakt II hat nichts mehr mit dem zu tun, was wir einmal als Hochschulpakt in der Ära Ruth Wagner auf den Weg gebracht haben. Er hat nichts mehr mit Leistungsorientierung und finanzieller Planungssicherheit zu tun. Der Hochschulpakt II ist ein Modell, das vom damaligen Preismodell auf ein reines Verteilungsmodell bei sich leerenden Finanzierungstöpfen umsteigt. Es ist durch die Protestaktion der Opposition, gemeinsam mit den Hochschulen durchgeführt, gelungen, für das Jahr 2006 wenigstens eine Überrollung der Haushaltsansätze von 2005 zu erreichen,

(Beifall bei der SPD)

Aber – dieses „Aber“ ist groß zu schreiben – auch diese Überrollung kann das Problem nur wenig – sowohl finanziell als auch zeitlich – abfedern. Das wird nämlich in den kommenden Jahren noch schlimmer werden, Herr Minister. Der Haushaltsplanentwurf zeigt dies sehr deutlich. Man kann an den Zahlen ablesen, wo Verluste auftreten werden.

Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass wir steigende Studierendenzahlen haben. Nicht nur im Bund, sondern auch in Hessen sind die Studierendenzahlen seit 1999 an den Universitäten um ca. 17 % und an den Fachhochschulen um ca. 25 % gestiegen. Wir haben auch in der Zukunft steigende Studierendenzahlen, Herr Minister. Das haben die neuesten Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, aber auch der Hochschulrektorenkonferenz gezeigt. Wir werden bis 2014 mit Steigerungen zwischen 23 und 36 % rechnen müssen, wobei auch hier die Zunahme der Zahl der Studierenden an den Fachhochschulen höher ist als an den Universitäten. Das liegt insbesondere daran, dass wir steigende Studienanfängerzahlen haben, eine Tatsache, die damit verbunden ist, dass zusätzliche Abiturjahrgänge auf die Hochschulen zukommen und ein zusätzlicher Akademikerbedarf vorhanden ist.

(Beifall bei der FDP)

Dass auch Sie von der CDU-Fraktion diesen zusätzlichen Akademikerbedarf sehen, zeigt sich daran, dass in der Koalitionsvereinbarung für die Bundesregierung in Berlin von dem Ziel gesprochen wird, 40 % der Angehörigen eines Jahrgangs mögen den Übergang auf Fachhochschulen oder Universitäten wählen. Diese Steigerung möchten Sie erreichen.

Im Hochschulpakt II von Herrn Minister Corts wird dafür in Hessen allerdings keinerlei Vorsorge getroffen. Wir fin-

den vielmehr das Gegenteil. Die Parameter für die so genannte leistungsorientierte Mittelzuweisung werden zum Nachteil der Hochschulen dahin gehend umgestellt, dass zum einen mit sinkenden Studierendenzahlen und zum anderen mit vielfach abgesenkten Preisen für die einzelnen Studiengänge gerechnet wird.

Die sinkenden Studierendenzahlen kommen dadurch zustande, Herr Minister, dass Sie, anders als in der Vergangenheit, nicht mehr auf die tatsächliche Zahl der Studierenden in der Regelstudienzeit, sondern lediglich auf einen rückwirkenden Zehn-Jahres-Schnitt der Studierenden abstellen, und zwar über die gesamte Geltungsdauer des Hochschulpakts II.

Auch bei den Preisen haben Sie insofern zum Nachteil der Hochschulen umgesteuert, dass Sie jetzt nicht mehr von den objektiven Kosten der verschiedenen Studiengänge ausgehen, sondern sich an der Kosten-Leistungs-Rechnung orientieren, und zwar entgegen den Empfehlungen des CHE und entgegen den Empfehlungen der Herren Ederleh und Ziegele, die in der Anhörung im Wissenschaftsausschuss deutlich gesagt haben, dass wir hier in einen Teufelskreis geraten, weil wir uns nicht mehr an den tatsächlichen Kosten eines Studienplatzes, sondern nach Ihrem System, Herr Corts, nur noch daran orientieren, was die Hochschulen in den letzten Jahren unter Ihrer Regierung noch ausgeben konnten. Das ist mitnichten eine Frage der Effizienz, sondern lediglich eine Frage der Mangelverwaltung.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zudem kann man am Einzelplan 15 sehr deutlich ablesen, dass die Hochschulen unter den steigenden Versorgungslasten leiden. Seit Übernahme der Landesregierung durch die CDU sind Belastungen in Höhe von 17 Millionen € zusätzlich auf die Hochschulen zugekommen, ohne dass es hierfür irgendeinen Ausgleich gegeben hätte. Dies geht – auch das kann man deutlich ablesen – insbesondere zulasten der Fachhochschulen, da diese in der letzten Zeit die stärker steigenden Studierendenzahlen zu verkraften hatten. Ihr Angebot ist auch von den Abgängern der Gymnasien verstärkt angenommen worden – etwas, das unter Bildungspolitikern immer intendiert war. Wir wollten den Anteil der Fachhochschulplätze im Vergleich zu den universitären Plätzen immer steigern. Nun sind die Fachhochschulen die besonders Benachteiligten.

Am schlimmsten wird es die Fachhochschule Darmstadt treffen. Hier zeigen die Zahlen des Einzelplans 15, dass diese Fachhochschule ab 2007 auch ohne weitere Kürzungen – in Ihrem Hochschulpakt sind Kürzungen bis zu 1,5 % angedacht – ca. 4 Millionen € weniger zur Verfügung haben wird. Aber auch Vorzeigeprojekte wie die Technische Universität Darmstadt, die Sie, Herr Ministerpräsident, in der Generaldebatte erwähnt haben, werden kräftig abgeben müssen. Der Haushaltsplan prognostiziert für 2007 eine Kürzung um 4,7 Millionen € – wie gesagt, ohne zusätzlichen Konjunkturkürzungsbeitrag.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, hier ist zu wenig Geld im System. Die FDP hat hierauf zwei Vorschläge zu machen. Zum einen werden wir, wie im letzten Jahr, knapp 50 Millionen € mehr für die hessischen Hochschulen beantragen. Dies ist durch Umschichtungen aus anderen Einzelplänen finanzierbar. Ich bin meiner Fraktion sehr dankbar, dass sie an dieser Stelle ein so großes

Budget für die Bildung an hessischen Hochschulen zusätzlich zur Verfügung zu stellen bereit ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden parallel die Fachzieldebatte aufnehmen, um sicherzustellen, dass die Kapazitäten unserer hessischen Hochschulen an die steigenden Studierendenzahlen angepasst werden, um damit auch zu vermeiden, dass es zu einer flächendeckenden Ausweisung von NC-Fächern kommt. Das ist nämlich die einzige Möglichkeit, die den Hochschulen bleibt, wenn sie die tatsächlichen Studierendenzahlen nicht ausfinanzieren können. Sie können nichts anderes tun, als zu der Waffe Numerus clausus zu greifen. Das möchten wir als FDP-Fraktion verhindern.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden einen zweiten Punkt angehen, der etwas mit mehr Autonomie für die Hochschulen zu tun hat. Wir schlagen Ihnen vor, nach dem Drei-Säulen-Modell der FDP den Hochschulen die Freiheit zu geben, neben der weiterhin bestehenden, ungekürzten staatlichen Grundförderung selbst darüber zu entscheiden, ob sie und für welche Studiengänge sie zusätzliche Studienentgelte erheben wollen.

Nach unserem Modell geht dieses Geld vollständig an die Hochschulen, und zwar sämtlich in die Verbesserung der Lehre.

(Beifall bei der FDP)

Parallel dazu wollen wir – Stichwort: soziale Abfederung, und das wird sich dann auch im Fachziel 2 wiederfinden – ein Stipendienwesen aufbauen und vor allem ein effizientes Studienfinanzierungsmodell, das auf Wunsch die Möglichkeit einräumt, sowohl die Studienentgelte als auch die Lebenshaltungskosten während des Studiums nachlaufend zu finanzieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, d. h., jeder hat einen Anspruch auf solch eine Darlehensgewährung, und zwar zu denselben Konditionen. Es gibt keine Bonitätsprüfung, sondern wir lösen das Problem der Finanzierungsrisiken im Kreditbereich über die Einrichtung eines Sicherungsfonds, aus dem dann eventuell nicht zu erreichende Rückzahlungen, aber auch soziale Komponenten finanziert werden können.

(Beifall bei der FDP)

Die Rückzahlung der Studienkredite erfolgt erst nach Eintritt ins Erwerbsleben – also dann, wenn es dem Studierenden möglich ist. Er ist somit auch nicht dazu gezwungen, während seines Studiums zu arbeiten. Auch dies führt zur Verkürzung von Studienzeiten.

Des Weiteren sehen wir vor, dass der Erlass von Teilen des Rückzahlungsbetrages aufgrund bestimmter Fallkonstellationen möglich ist, wie z. B. Krankheit, Kindererziehung oder auch besonders guter Leistungen während des Studiums.

(Beifall bei der FDP)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, dieses Modell wurde von Liberalen entwickelt. Es ist in Nordrhein-Westfalen unter dem FDP-Wissenschaftsminister im Gesetzgebungsverfahren. Die FDP hier im Hessischen Landtag möchte dies auch in Hessen möglichst bald einführen.

Wir versprechen uns davon eine Verbesserung der Studienbedingungen für die Studierenden an hessischen Hochschulen, und zwar ohne soziale Hürden aufzubauen.

Dieses Modell ist – wir haben es geprüft – nach unserer Meinung auch mit der Hessischen Verfassung kompatibel. Wir als FDP möchten dazu kommen, dass das Studium auch von dem einzelnen Studierenden persönlich als Investition in seine Zukunft verstanden wird.

Lassen Sie mich zum Schluss noch zum Bereich Kunst und Kultur kommen.

Herr Minister, hier wird sehr deutlich, dass Sie vor allem von den Projekten zehren, die Ihre Vorgängerin Ruth Wagner auf den Weg gebracht hat. Aber dort, wo Sie Änderungen vornehmen, sind diese – z. B. bei der Filmförderung aufzeigbar – mehr Schein als Sein.

(Beifall bei der FDP)

In der Ära von Ruth Wagner und Dieter Posch haben wir die wirtschaftliche Filmförderung in diesem Lande eingeführt, und zwar als eine Zuschussfinanzierung von möglicherweise besonders erfolgreichen Filmprojekten, und die dann mit einer Erfolgsbeteiligung des Landes verbunden.

Herr Minister Corts, Sie stellen nunmehr auf eine reine Darlehensfinanzierung um. Das bedeutet, Sie können sich zwar bei der Filmpreisvergabe damit rühmen, 20 Millionen € zur Verfügung zu stellen. Allein, diese 20 Millionen € finden sich nicht in Ihrem Haushaltsentwurf, sondern sie sind lediglich als Darlehen über die Landesbank bereitgestellt und müssen von den Filmschaffenden anschließend zurückgezahlt werden.

Den Punkt Kulturzwangsverband haben wir bereits ausführlich diskutiert. Hier geht es der CDU offensichtlich primär um Umverteilung statt um eigenes Engagement des Landes. Eine Haushaltsposition dazu ist jedenfalls im Einzelplan 15 nicht aufzufinden.

(Beifall bei der FDP)

Eine weitere Bemerkung im Hinblick auf diese Haushaltsberatung kann ich mir nicht ersparen, auch wenn meine Redezeit zu Ende geht. Herr Minister Corts, ich glaube, es wäre im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Abgeordneten – gerade wenn die Zeit für die Haushaltsberatung so knapp ist wie diesmal; sie war es deswegen, weil die CDU entschieden hatte, den Haushalt wesentlich später einzubringen, als das nach unserem üblichen Verfahren der Fall gewesen wäre – sehr angebracht, Ihr Ministerbüro besser zu organisieren.

Ich sage das vor dem Hintergrund, dass wir am 16. November eine kursorische Lesung hatten, in der den Fraktionen noch eine ganze Reihe von Unterlagen versprochen wurde, und zwar war versprochen worden, ihnen diese vor ihren Haushaltsklausuren nachzureichen. Diese Klausuren haben Ende November stattgefunden. Sehr geehrter Herr Minister, wir haben diese Unterlagen erst gestern und auch nur aufgrund einer erneuten Nachfrage erhalten. Ich glaube, dass das Zusammenstellen dieser Unterlagen einen Monat in Anspruch genommen hat und dann auch erst auf Nachfrage Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Herr Minister, mein Fazit: Der Einzelplan 15 ist viel verbaler Schein. Leider finden wir dort wenig belastbare Fakten – und vor allem zu wenig Geld für unsere hessischen Hochschulen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Nächste Rednerin für die Union ist Frau Kühne-Hörmann. Sie haben eine Redezeit von zehn Minuten angemeldet, und Sie haben noch etwas von gestern übrig.

**Eva Kühne-Hörmann (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Bereich Wissenschaft und Kunst ist zunächst die Umstellung in der Haushaltsdarstellung klar erkennbar. Der Haushalt 2006 weist erstmals für die drei Staatstheater einen Produkthaushalt aus. Die Förderkapitel für Wissenschaft und Forschung wie auch die Förderkapitel für Kunst und Kultur weisen jetzt Zuschussbeträge auf der steuerungsrelevanten Ebene der Produkte aus und geben damit eine bessere Steuerungsmöglichkeit.

An dieser Stelle möchte ich dem Ministerium Dank sagen. Es hat insbesondere bei den Vorbereitungen auf die Umstellung zum Produkthaushalt mit viel Personal und mehreren Veranstaltungen dafür gesorgt, dass die Abgeordneten im Bereich Wissenschaft und Kunst die Möglichkeit hatten, Details in der Haushaltsaufstellung und auch in der Haushaltsbegleitung aufzunehmen.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die waren aber doch nicht, wie versprochen, drin!)

– Frau Sorge, das stimmt aber nicht. Wir haben die vom Ministerium zugesagten Einzelaufstellungen zur kursorischen Lesung bekommen, und im Vorfeld hatten wir nicht nur eine Veranstaltung, sondern mehrere.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Haushaltsentwurf waren die aber nicht enthalten!)

Im Vergleich zu anderen Ausschüssen sind wir da bevorzugt behandelt worden. Das können auch Sie nicht bestreiten.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt überhaupt nicht!)

Die hier geplanten Ausgaben für 2006 betragen rund 1,8 Milliarden €. Davon entfallen knapp 1,5 Milliarden € auf die Hochschulen und die Wissenschaft – das sind 80 % dieses Haushaltes. 200 Millionen € entfallen auf den Bereich Kultur, das sind 11 % dieses Haushaltes.

Lassen Sie mich deshalb zunächst zum Bereich der Hochschulen kommen.

Frau Kollegin Beer, in Ihren Ausführungen kam der pure Neid darüber zum Ausdruck, dass Sie nicht mehr an der Regierung beteiligt sind. Der Hochschulbereich ist eine Erfolgsstory in Hessen, und zwar mit der CDU.

(Nicola Beer (FDP): Gehen Sie einmal durch die Hochschulen!)

Seit die Regierung in Hessen von der CDU getragen wird, geht es den Hochschulen besser.

(Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Hessens Hochschulpolitik ist geprägt von mehr Qualität und mehr Freiheit. Seit wir an der Regierung sind, können sich die Hochschulen auf ihre wesentliche Aufgabe konzentrieren – nämlich Höchstleistungen in Forschung und Lehre zu erbringen. Ich will noch erwähnen, dass selbstverständlich die Finanzierung der Hochschulen entscheidend ist. Hier bin ich ganz besonders stolz darauf, dass es gelungen ist, einen neuen Hochschulpakt II auf den Weg

zu bringen, in Zeiten schwieriger Kassen. Dieser Hochschulpakt II ist von allen hessischen Hochschulen besonders begrüßt worden.

(Nicola Beer (FDP): Eine hat ihn nicht einmal unterschrieben!)

Frau Kollegin Beer, dieser Hochschulpakt erreicht auch, dass der Haushalt für das Jahr 2006 überrollt wird. Das bedeutet, es gehen die gleichen Leistungen an die Hochschulen wie im Jahr 2005. Das hilft den Hochschulen enorm weiter.

Zusätzlich sieht der neue Hochschulpakt neue Parameter vor. Nachdem es bei dem alten Hochschulpakt und dessen Parametern fast ausschließlich um Studierendenzahlen ging, weniger um Qualität, hat jetzt die CDU dafür gesorgt, dass künftig auch Kriterien der Qualität eine Rolle spielen. Ich bin darauf gespannt, ob die Hochschule damit so umgehen, dass es ihnen zugute kommt und sich diejenigen, die Schwerpunkte und wissenschaftliche Exzellenzen bilden, besser stellen als diejenigen, die ausschließlich Studierende aufnehmen, ohne sie nach Qualifikation auszuwählen.

Im Übrigen ist es beim Hochschulzugang so, dass die Hochschulen ohnehin aufgefordert sind, eine Auswahl zu treffen. Die meisten Präsidenten haben mir zugesichert, dass sie hier einen Schwerpunkt legen wollen.

Bei der Wissenschaft ist besonders zu erwähnen, dass die Investitionen in das Projekt Grube Messel gehen, um die Funde besser zu präsentieren. Im Einzelplan 18 sind für das Jahr 2006 für den Anfang 900.000 € eingestellt – für ein Projekt, das insgesamt 3,4 Millionen € kostet wird.

Bei Kunst und Kultur sind die Investitionen in den Museumspark Kassel besonders zu erwähnen. Darüber haben wir in diesem Hause schon oft diskutiert. Der Museumspark Kassel ist eines der größten Investitionsprojekte im Bereich Kultur in ganz Europa. Im Jahr 2006 werden sieben Bauvorhaben mit einem Volumen von 5,6 Millionen € begonnen. Das bedeutet für Nordhessen und für Hessen insgesamt, dass wir mit dem Museumspark Kassel in der Kultur ein echtes Highlight setzen werden, das Besucher aus der ganzen Welt anlocken wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bei den Staatstheatern werden die Sanierungsprojekte in Wiesbaden, Darmstadt und Kassel vorangetrieben. Beim Thema Filmförderung – Frau Kollegin Beer –, das jetzt ausschließlich jetzt im Wissenschaftsministerium resortiert, was ich ausdrücklich begrüße, ist der Ansatz für die kulturelle Filmförderung um 200.000 € erhöht worden. Die wirtschaftliche Filmförderung hat eine Neuauflage des erfolgreichen Hessen-Invest-Programms mit einem Gesamtvolumen – jetzt hören Sie gut zu – von 20 Millionen € über vier Jahre geplant.

(Nicola Beer (FDP): Als Darlehen!)

Alle Filmschaffenden in Hessen und die, die damit zu tun haben, loben ausdrücklich den Minister für dieses Engagement, damit Hessen wieder ein Filmland werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich erwähne noch das Projekt, zu dem wir nachher kommen, das mutige Projekt der Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg. Am Schluss will ich sagen: Wir setzen weiter auf Hochschule, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Das beweist der Haushaltsentwurf 2006. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank, Frau Kühne-Hörmann. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Siebel das Wort. Sie haben zehn Minuten Redezeit und einen Zuschlag, wie Sie wissen.

**Michael Siebel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gehört sicherlich zu den Gepflogenheiten des Hessischen Landtags, dass die Opposition einen Einzelplan zu kritisieren hat – davon lebt die Demokratie – und dass die Regierungsfraktion den Einzelplan zu unterstützen hat. Davon lebt die Regierung. Ich will deshalb eine Vorbemerkung zu etwas machen, was Herr Kollege von Hunnius beim Einzelplan 06 zum Ausdruck gebracht hat.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Guter Mann!)

Herr von Hunnius hat dort nämlich gesagt: Wir haben ein anderes Haushaltsaufstellungsverfahren, und so, wie wir mit dem Haushalt umgehen, werden wir diesem Haushaltsaufstellungsverfahren nicht gerecht. – Ich kann das nur nachhaltig unterstreichen, weil wir es in den Haushaltsplänen, so auch im Einzelplan 15, mit Zielen zu tun haben, mit Fachzielen und Kennzahlen, die eigentlich richtungweisend für das sein sollten, was wir zu beraten haben. Es sind nicht die Einzelzahlen, die sich dann nachher auch im Haushalt wieder finden.

Ich kann uns nur alle nachhaltig dazu auffordern, dass wir uns in diesen Prozess hineinbegeben und ihn nicht übergehen. Wenn ich mir nämlich die Oberziele angucke, wie sie sich für den Einzelplan 15 im Haushalt wieder finden, dann kann man dazu entweder sagen: „Okay, es gilt die Hessische Verfassung“, oder feststellen, dass das auch irgendwie etwas Amüsantes hat. Da steht: „Die Erfüllung des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrages und die Förderung der Wissenschaft haben für die Hessische Landesregierung hohe Priorität.“ Da sind wir aber stolz auf die Hessische Landesregierung.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Da klatschen wir doch einmal!)

Herr Staatsminister Corts, wenn das nicht das Minimum ist, was Sie zu erfüllen haben, dann kann ich nur sagen: armes Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unter Kunst und Kultur steht: „Kunst und Kultur sind wichtige Standortfaktoren. Die Freiheit von Kunst und Kultur wird garantiert. Die Erhaltung und Entfaltung sowie ein erweiterter Zugang zu Kunst und Kultur werden gewährleistet.“

Wenn diese Allgemeinplätze ernsthaft zu diskutierende Oberziele für den Einzelplan 15, für den Bereich Kunst und Kultur sein sollen, dann kann ich nur sagen: armes Hessenland. Wir müssen uns dort noch einmal etwas intensiver mit solchen Oberzielen befassen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb will ich Herrn von Hunnius noch einmal nachhaltig Recht geben. Er hat es am Beispiel des Einzelplans 06 dargestellt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ein guter Mann!)

Wenn man sich die Fachziele anguckt und beispielsweise das Fachziel, das sich mit der Theaterfrage auseinander setzt, ausformuliert sieht, dann findet man da ausformuliert zwei Worte: „Theater fördern“.

(Nicola Beer (FDP): Punkt!)

– Nein, da steht kein Punkt. – Das steht da als Fachziel zum Thema Theaterförderung. Da muss noch viel Arbeit geleistet werden – insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir im Bereich der Theater zumindest bei den Kennzahlen mittlerweile einen ersten Entwurf einer Balanced Scorecard haben, wo auch Kennzahlen entwickelt werden.

Ich will einmal zu den Kennzahlen kommen. Wenn unter den Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen eine der wichtigen Kennzahlen die ist, wie oft die Kassenhäuschen in den Theatern geöffnet sind, dann haben wir dort offensichtlich noch einen Klärungsbedarf, was die Kennzahlen angeht. Es kann doch nicht ernsthaft der Fall sein, dass wir nur deshalb zu einer Beliebbarkeit kommen, weil jeder im Ministerium meint, eine weitere Kennzahl mit in das Verfahren geben zu müssen. Denn die Kennzahlen werden das sein, womit wir in Zukunft verantwortlich mit dem Haushalt umzugehen haben. Wenn diese Kennzahlen zufallsbedingt zustande kommen und nicht qualitativ entwickelt werden, dann vergeben wir uns eine Möglichkeit, die wir als Haushaltsgesetzgeber, Opposition wie auch Regierung, ernsthafterweise in Anspruch nehmen müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte aber jetzt zu dem Kernpunkt kommen, der auch von der Menge her im Wesentlichen den hessischen Landeshaushalt im Einzelplan 15 ausmacht, nämlich der Bereich der Hochschulen. Das, was das Ministerium entwickelt hat und mit dem etwas spröden Begriff LOMZ 2 umschrieben ist, ist letztendlich doch nur eine Aktion, die Sie gestartet haben, um zu verdecken, dass die hessischen Hochschulen seit Jahren kontinuierlich unterfinanziert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ich will Ihnen nachweisen, dass Sie an zwei wesentlichen Punkten Stellschrauben verändert haben, um hier Nebelkerzen zu werfen.

Ich komme zum ersten Punkt, den Clusterpreisen. Herr Staatsminister Corts, Sie sind dem Ausschuss nach der kursorischen Lesung immer noch eine Antwort auf die Frage schuldig, wie die Clusterpreise zustande kommen.

(Nicola Beer (FDP): Ja! Die Hochschulen wissen das auch nicht!)

Ich hoffe, dass Sie dies noch nachholen. Mit Verlaub, Sie wissen, dass ich mehrfach darum gebeten habe, dem Ausschuss zu erläutern, wie die Clusterpreise zustande gekommen sind. Das ist bis heute noch säumig.

Aber wollen wir einmal unterstellen, dass die Clusterpreise, also die Preise pro Studierendem, die jetzt im Haushaltsplan stehen, richtige Orientierungspreise sind, wie Ihr Staatssekretär es uns auch in der kursorischen Le-

sung glauben gemacht hat. Ich will das gutwillig glauben. Dann ist das die eine Größe.

Dann haben wir eine zweite Größe. Das ist die Antwort auf die Frage, auf die unter anderem Frau Kollegin Beer hingewiesen hat, nämlich: Wie viele Studierende haben wir eigentlich an den Hochschulen? – Wenn ich den Zeitungen glaube, z. B. der „Frankfurter Rundschau“ vom 07.12., in der steht „die Studierendenzahlen sind gestiegen“, dann haben wir also in der Tat in Hessen mehr Studierende als im letzten Jahr. Das ist gut so. Denn unser Ziel ist es, mehr junge Menschen in Bildung zu bringen – auch in Hochschulbildung –, weil nur das Hessen als Standort für Bildung sichert.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wenn wir diesem Ziel folgen wollen, dann brauchen wir auch eine vernünftige Ausstattung unserer hessischen Hochschulen. Wie kommt man denn dazu? Die Clusterpreise waren das eine.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ja!)

– Herr Kollege Hahn, Sie freuen sich immer, wenn einer in der Rede sehr häufig „Herr Kollege Hahn“ sagt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ja, bitte!)

Hoffentlich sind Sie damit jetzt befriedigt, zumindest für den Einzelplan 15, Herr Kollege Hahn.

(Reinhard Kahl (SPD): Jetzt reicht es! – Heiterkeit bei der SPD)

Kommen wir nun zu der zweiten Größe. Sie haben im Haushalt nachlesen können, auch Sie, Herr Kollege Hahn – das ist nicht lustig, Herr Kollege Hahn –, dass wir eine neue Größe haben, die beschreibt, wie viele Studierende eigentlich ausfinanziert werden. Das ist die Größe „Zielzahlen“, Herr Staatsminister. Das ist die Zahl aller Studierenden, gemittelt über die letzten zehn Jahre. Diese Zahl hat überhaupt nichts damit zu tun, wie viele real existierende Studierende sich an hessischen Hochschulen befinden.

(Nicola Beer (FDP): Rein gar nichts!)

Wenn wir aber eine solide Rechnung aufmachen wollen mit den akzeptierten Clusterpreisen auf der einen Seite und den nach unserer Berechnung angenommenen Studierenden in der Regelstudienzeit vom letzten Jahr auf der anderen Seite, dann kommen wir auf eine Unterfinanzierung an hessischen Hochschulen von sage und schreibe 236 Millionen €. Das sind noch einmal 46 Millionen € mehr, als es im letzten Jahr waren. Das ist die Realität in hessischen Hochschulen. Das ist auch das Qualitätsdelta, das an hessischen Hochschulen, verantwortet durch diese Landesregierung, entsteht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man das einmal in einer Grafik zum Ausdruck bringt, dann sieht man, dass in den letzten fünf Jahren die Unterfinanzierung der Hochschulen von 190 Millionen € im letzten Jahr auf 236 Millionen € in diesem Jahr gestiegen ist.

(Der Redner hält eine Grafik hoch. – Zuruf von der SPD: Ist ja unglaublich!)

Dies ist für unser Land nicht verantwortbar, wenn das Land ein Bildungsland sein soll und sein möchte.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal folgenden Punkt ansprechen und ein bisschen herausarbeiten. Herr Staatsminister Corts ist einer, dem nicht nur an der einen oder anderen Stelle Dinge aus den Händen gleiten, sondern sie werden ihm auch aus der Hand genommen. Wir kommen heute Mittag noch zum Uniklinikums-gesetz. Das ist eine andere Sache, die Ihnen aus der Hand genommen wurde. Es gab das Thema Modell-Uni. Das hat der Ministerpräsident sozusagen an sich gezogen. Das ist auch okay. Er ist der Ministerpräsident. Das ist völlig in Ordnung, wenn er das an sich zieht.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Aber Herr Ministerpräsident, wenn wir vor dem Hintergrund der sich jetzt abzeichnenden Unterfinanzierung der hessischen Hochschulen Gefahr laufen, dass das Modellprojekt in Darmstadt genau deshalb nicht zustande kommt oder aufgekündigt wird, dann haben Sie als Person ein Problem. Es wäre dann die Spitze des Eisbergs und dessen, was momentan gerade im Bereich der Hochschulen vergeigt wird. Dann können Sie sich nicht mehr hierher stellen und die Autonomie besingen, sondern dann ist ein wesentlicher Punkt der Veränderung und Verbesserung der hessischen Hochschullandschaft gescheitert. Vor dieser Gefahr stehen Sie momentan hier im Land Hessen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

Wir werden auch noch einmal – durch Anträge gespeist – die Möglichkeit haben, uns im Einzelnen mit der Frage der Finanzierung zu beschäftigen. Ich stelle im Übrigen für den Bereich der Forschung fest, dass Sie auch in den kleinen Forschungsbereichen durchgekürzt haben und dass Sie auch im Bereich Kultur die 2,5 % des Haushaltsaufstellungserlasses durchgekürzt haben. Auch das ist kein Ruhmesblatt für dieses Ministerium.

Herr Staatsminister, ich muss Ihnen sagen: Wenn Sie als Verantwortlicher für den Kulturbereich in Hessen ausschließlich auf die von Ihnen so hoch gelobten und gerühmten Leuchttürme setzen, machen Sie nach unserem sozialdemokratischen Verständnis einen Fehler für das Land Hessen. Das Land Hessen hat immer davon gelebt, dass Kultur in der Breite des Landes stattgefunden hat.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist etwas, was momentan durch Ihre Leuchtturmpolitik ein Stück weit zerstört wird. Das ist ein Fehler für das Land Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern muss ich leider abschließend feststellen – und Sie wissen, dass mir das als einem, der in diesem Feld durchaus engagiert ist, sehr schwer fällt –: Wir haben eine Unterfinanzierung der Hochschulen. Der Einzelplan 15 wird dem Ziel nicht gerecht, Hessen zum Bildungsland zu machen, sondern wir entwickeln uns im Gegenteil in diesem Bereich leider in den letzten Jahren zurück. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank, Herr Siebel. – Jetzt kommt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Sorge. Frau Sorge, Sie haben zehn Minuten angemeldet.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hat aber ein bisschen mehr!)

– Ja, sie hat mehr.

**Sarah Sorge (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu der Haushaltsumstellung auf die NVS hat Herr Siebel gerade breit ausgeführt. Wir haben diese vielen Vorbereitungssitzungen gehabt, wie es Frau Kühne-Hörmann angesprochen hat. Frau Kühne-Hörmann und Herr Corts, obwohl das in diesen Sitzungen mehrfach versprochen wurde, haben wir die detaillierten Zahlen im Haushalt nicht vorgefunden. Das war beispielsweise bei der Kulturförderung, beispielsweise bei der universitären Forschung der Fall. Dass wir diese Informationen dann, obwohl sie zu dem Haushalt versprochen waren, erst einen Tag vor der kursorischen Lesung per E-Mail vorgefunden haben, das allein ist schon ein ziemliches starkes Stück gewesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Herr Corts, dass wir jetzt diese weiteren Informationen, die wir in der kursorischen Lesung angefordert hatten und die uns eindeutig vor unseren Haushaltsklausuren im November versprochen waren, per E-Mail in unsortierten Anhängen absolut unübersichtlich bekommen haben – Herr Corts, dazu kann ich nur sagen: So geht das nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Das ist nämlich wirklich kein Umgang mit dem Parlament. Ich kann Ihnen jetzt schon ankündigen, dass wir die Informationen im nächsten Jahr direkt in der kursorischen Lesung verlangen, da Sie sich offensichtlich an Verabredungen, die wir gegenseitig getroffen haben, nicht halten.

Zum Inhalt. Der von Ihnen selbst ausgehandelte Hochschulpakt wurde von Ihnen wiederholt gebrochen. Mein Fraktionsvorsitzender hat es gestern in seiner Rede gesagt. Das Versprechen in Ihrer eigenen Regierungserklärung, dass der Hochschulpakt nicht angetastet würde, ist fernab jeglicher Realität. Bereits im letzten Jahr wurde um 30 Millionen € gekürzt. Im letzten Jahr gab es unter dem schöngefärbten Begriff „Strukturausgleich“ für die Hochschulen 190 Millionen € weniger, als ihnen nach der leistungsorientierten Mittelvergabe zugestanden hätte. Zwischenzeitlich hatten Sie – das ist ein besonderes Schmankerl Ihrer Wissenschaftspolitik – bei den Hochschulen eine Kürzung um 25 % verkündet. Das hätte wieder 28 Millionen € weniger für die Hochschulen bedeutet. Aber wegen der starken Proteste aus den Hochschulen und auch der Opposition haben Sie das wieder zurückgenommen. Das ist erst einmal gut. Aber dass Sie sich damals für die Rücknahme der von Ihnen selbst geforderten Kürzung haben feiern lassen, das war das reinste Kasperletheater, Herr Corts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen ab dem Jahr 2006 die leistungsorientierte Mittelvergabe an die Hochschulen umstellen und sind damit eben mal nicht pünktlich fertig geworden. Die Zielvereinbarungen sind noch nicht fertig verhandelt. Die genaueren Kriterien, nach denen die Mittel zukünftig an die Hochschulen vergeben werden, liegen noch im absolut Nebulösen. Der Hochschulhaushalt ist nämlich – so lautet in diesem Fall Ihr schönfärberisches Neusprech – 2006

„überrollt“. Ich kann nur sagen: Mit dem Begriff „überrollt“ verbinde ich im Allgemeinen nichts Positives, denn „überrollt“ heißt auch im Zusammenhang nichts anderes, als dass die neuen Parameter noch nicht ganz klar sind und man deshalb mal eben Pi mal Daumen die Zahlen des letzten Haushalts ungefähr übernommen hat.

Herr Corts, das ist unseriös und für uns als Haushaltsgesetzgeber alles andere als transparent. Dies hat mit den von Ihnen selbst gesetzten Zielen, nämlich mehr Transparenz, mehr Planbarkeit für die Hochschulen und vor allem mehr Qualitätsentwicklung in den Hochschulen, überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns einmal an, wie die Finanzierung der Hochschulen in Zukunft aussehen soll, wenn sie denn einmal fertig ist, und welche Auswirkungen es auf die Hochschulen haben wird. Die ursprünglich vereinbarte leistungsorientierte Mittelvergabe ist im Wesentlichen mit der grundbudgetlich vereinbarten Studierendenzahl in der Regelstudienzeit finanziert, und dann werden im Erfolgsbudget besondere Erfolge – wie beispielsweise die Drittmittelfärbung oder die Berufung von Professoren in den Naturwissenschaften – mit bestimmten Preisen honoriert. Dies soll Anreize für eine positive Entwicklung der Hochschulen bieten. Das hat wunderbar funktioniert.

Das hatte so gut funktioniert, dass Sie den Hochschulen im letzten Jahr verstärkt über das nett klingende Wort „Strukturausgleich“ 190 Millionen € weggenommen haben. Die Hochschulen hatten sich also, wie man sieht, in diesem Finanzierungssystem so, wie auch gewünscht, sehr gut entwickelt. Die „Belohnung“ war eine Kürzung um 190 Millionen €. Herr Corts, das ist für die Hochschulen alles andere als motivierend.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt wollen Sie das Finanzierungssystem auf die Studierenden-Durchschnittszahlen der letzten zehn Jahre umstellen. Sie wollen die Preiscluster an die realen Preise anpassen. Das hat zur Folge – dass die Hochschulen keine Anreize mehr haben, neue innovative Studiengänge zu entwickeln, weil sie über einen fiktiven 10-Jahres-Durchschnitt finanziell schlechter gestellt würden.

Es hat zweitens zur Folge, dass ein Sinken der Studierendenzahl vorprogrammiert ist, dass nur noch der zehnjährige Durchschnittswert finanziert wird, also eine Studienplatzausweitung und ein Steigern der Zahl der Studienplätze nicht honoriert wird, sondern im Gegenteil mit Mehrkosten für die Hochschulen verbunden ist. Herr Corts, die Zahlen sind nicht neu, und Sie kennen Sie eigentlich auch. Wir brauchen mehr Studierende, weil wir mehr Akademikerinnen und Akademiker in diesem Land in Zukunft haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Frau Kühne-Hörmann, in diesem Zusammenhang finde ich Ihren Vorwurf, den Sie vorhin vorgetragen haben, dass die Hochschulen im alten System Studierende aufgenommen und überhaupt nicht auf die Qualität geachtet hätten, wirklich lächerlich. Das ist eine Unverschämtheit gegenüber den hessischen Hochschulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens haben die Hochschulen im neuen System über das Anpassen an reale Preise überhaupt keinen Spielraum mehr für die autonomen Entscheidungen, für die ei-

genen Schwerpunktsetzungen und für innovative Projekte, wie beispielsweise auch die Verbesserung der Lehre. Das Ziel und die Möglichkeit, dass sich die Hochschulen über ein Globalbudget entwickeln und ihre Qualität verbessern, wird durch diese neue Finanzierung erschwert oder sogar unmöglich gemacht. Es ist auch nicht so, dass sich die Preise an den realen Durchschnittswerten orientieren sollten.

Ein Beispiel. Wir hatten eine Rechnungshofuntersuchung zu den Fachbereichen Biologie. Wenn wir es in Zukunft so machen – in dem Fall waren es fünf Fachbereiche –, dass der Durchschnittswert der realen Preise die Finanzierung an den Hochschulen sein soll, dann hat das zur Folge, dass es einen Durchschnitt gibt. Wenn es fünf Fachbereiche sind, werden wahrscheinlich zwei darunter und zwei darüber liegen. Das hat wiederum zur Folge, dass sich die beiden, die darüber liegen, in den Preisen an den unteren orientieren müssen, damit diese Preise gesenkt werden.

Aber das Problem ist in diesem ganzen System, dass überhaupt nicht auf die Gründe, warum die anderen teurer sind, geachtet wurde. Die sind nicht teurer, weil sie mit dem Geld schluren, sondern das hat Gründe, weil sie bestimmten wissenschaftlichen Ansprüchen genügen, denen sie in Zukunft nicht mehr genügen können. Herr Corts, deswegen kann es einfach nicht sein, dass Sie sich ausschließlich an diesen Preisen orientieren, sondern Sie müssen genau hinsehen, wo Qualität ist. Genau da, wo Qualität ist, muss es in diesem System honoriert werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Corts, mit diesem System konterkarieren Sie – das habe ich eben ausgeführt – das System der modernen Hochschulsteuerung. Nicht Autonomie und nicht Qualitätsentwicklung, sondern ein Zurückfallen in die Detailsteuerung zeichnet Ihre Wissenschaftspolitik aus. Das sind 1.000 kleine Schritte zurück, statt die notwendigen großen Schritte nach vorne zu gehen. Das Schlimmste ist aber, dass sich der Wissenschaftsminister dieses Landes nach wie vor überhaupt keinen Deut für die Hochschulen interessiert.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Ei, ei, ei!)

Da Sie noch nicht einmal den Mut haben, die wichtigsten Qualitätsziele, nämlich mehr Studierende besser auszubilden, in Ihrem Oberziel festzuschreiben – Herr Siebel hat sich eben sehr lang mit dieser Thematik beschäftigt –, da Sie noch nicht einmal das Ziel, dass mehr Studenten ausgebildet werden müssen und dass, die Qualität des Studierens besser werden muss, festschreiben, zeigt, dass Sie die wichtigsten Diskussionen in der Wissenschaftspolitik noch nicht verstanden haben.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Herr Corts, der Wissenschaftshaushalt zeigt sehr deutlich Ihr Desinteresse an der Wissenschaftspolitik, Ihr Desinteresse an den Hochschulen und auch Ihre mangelnde Phantasie, wie überhaupt mehr Studierende zu einem besseren Abschluss geführt werden können. Ich finde es schon sehr traurig. Den Kulturzwangsverband verkauft hier der Ministerpräsident. Genauso war es im laufenden Jahr bei den Debatten über die Exzellenzen und beim Föderalismus. Die Universitätsklinikprivatisierung managt Ihr Staatssekretär. Herr Corts, es sollte Ihnen genug Zeit bleiben, sich um die Hochschulen zu kümmern. Ich fordere Sie auf: Fangen Sie endlich damit an!

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Staatsminister Corts, Sie haben für die Landesregierung das Wort.

### **Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe der Opposition aufmerksam gelauscht und irgendwie das Gefühl, auf der falschen Veranstaltung gewesen zu sein – jedenfalls bei dem, was heute über den Hochschulpakt vorgetragen worden ist. Natürlich ist es richtig, was Kollege Hahn gestern gesagt hat – um ihn auch zu erwähnen –, dass das ein anderer Hochschulpakt als der von 2003 ist. Frau Präsidentin, erlauben Sie, dass ich sage: Wir als Landesregierung sagen, er ist besser; Sie werden sagen, er ist schlechter.

(Nicola Beer (FDP): Letzteres lässt sich aber nachweisen!)

Ich werde Ihnen im Einzelnen begründen, warum das so ist. Nichtsdestotrotz gibt es sicherlich vieles, was wir fortgesetzt haben. Aber lassen Sie einmal die Zahlen sprechen. Wir haben eine bereinigte Steigerung von 1,1 % im Bereich des Einzelplans 15. Jetzt etwas ganz Wichtiges, was Sie überhaupt am Hochschulpakt kritisiert haben: Wir haben gleichzeitig festgelegt, wie die Steigerungen aussehen. Wir waren optimistisch genug. Wir können heute – es ist schon Dezember – deutlich sagen und den Hochschulen zu verstehen geben, dass es im Jahr 2006 steigen wird.

Frau Sorge, „überrollen“ ist ein technischer Ausdruck des Haushaltsrechts und nicht von mir erfunden. Er gibt aber deutlich nicht mit „Pi mal Daumen“, wie Sie das sagten, sondern auf die Zahl genau 1,143 Milliarden € an. Das wird im Jahr 2006 wie im Jahr 2005 sein. Um es deutlich zu machen: Wir haben nach menschlichem Ermessen, wenn der Haushalt abgeschlossen ist, die Richtzahlen des Haushalts 2005. Dann wissen wir auch vom Haushalt 2006, dass eine Steigerung vorhanden sein wird. Ich finde es einfach absurd – ich bitte um Verständnis –, irgendwelche Mondrechnungen von 230 bis 270 Millionen € durchzuführen, wo Sie selbst wissen, dass es überhaupt nicht mehr finanzierbar ist.

Herr Kollege Hahn sagt immer, man solle nicht dumm kürzen, sondern intelligent sparen. Ich sage darauf: Wir geben das Geld sehr klug aus.

(Günter Rudolph (SPD): Für Hirschgeweihe!)

Wir halten uns dabei aber an den Rahmen, den wir an Finanzierungsmöglichkeiten haben.

(Günter Rudolph (SPD): Sie haben 13 Millionen € für Hirschgeweihe ausgegeben! – Gegenruf der Abg. Nicola Beer (FDP): Für intelligente Hirschgeweihe!)

Ich will Ihnen einmal verdeutlichen, wie die Situation aussieht. Es handelt sich dabei um klare Zahlen, die auch in der Zukunft gelten werden. Sie geben den Hochschulen Sicherheit.

Sie macht doch nervös, dass die Hochschulen damit einverstanden sind.

(Michael Siebel (SPD): Das Gegenteil ist der Fall!)

In einem ruhig abgelaufenen Verfahren wurden die Clusterpreise zwischen dem Ministerium und den zwölf Hochschulen und all das andere verhandelt und besprochen.

Der Hochschulpakt wurde von uns nicht einseitig festgelegt. Vielmehr gab es dazu längere Diskussionen und einen ausführlichen Klärungsprozess. Das wurde zwischen elf Hochschulpräsidenten, einer Hochschulpräsidentin und Vertretern des Ministeriums verhandelt. Dabei wurde Einvernehmen erzielt.

Ich habe den Eindruck, dass meine Präsidenten viel realitätsbezogener sind als Sie, zumindest wenn man das zugrunde legt, was Sie hier vorgetragen haben.

(Nicola Beer (FDP): Herr Minister, ganz vorsichtig!)

Ich bitte um Verständnis, dass ich dafür keine Verständnis habe.

Frau Sorge, ich möchte jetzt den Hintergrund zu dem ansprechen, was Sie gesagt haben. Sie sagten, es komme darauf an, mehr Studierende zu haben. Dazu muss ich sagen: Sie leben im letzten Jahrhundert. – Wir haben das in unserem Hochschulpakt umgestellt. Wir wollen das sukzessive ändern. Denn es kommt darauf an, mehr Absolventen zu haben. Wir haben an unseren Universitäten eine der höchsten Abbrecherquoten innerhalb Europas. Das muss sich ändern. Daran müssen wir arbeiten. Es ist mir wichtiger, die Zahl der Absolventen als die Zahl der Studierenden zu steigern. Darauf kommt es an.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie verbreiten Populistisches. Sie fordern, es solle mehr Studierende geben. Sie sagen, die OECD sehe einen Anteil der Studierenden von 30 % vor. Sie fordern sogar 40 %. Ich könnte das jetzt genauso fordern wie Sie und sagen, wir würden daran arbeiten. Nein, das ist nicht der richtige Weg. Wir müssen die Qualität der Ausbildung an den Hochschulen verbessern. Wir müssen die Lehre verbessern. Wir müssen mehr Absolventen haben. Daran arbeiten wir.

(Beifall bei der CDU)

Sie sollten einfach die Kirche im Dorf lassen. Ich wollte einfach einmal deutlich machen, worum es mir geht.

Natürlich können Sie stundenlang über die Form diskutieren. Es mag durchaus sein, dass das eine oder andere vielleicht zu spät vorgelegt wurde. Dafür bitte ich um Entschuldigung. Das tut mir Leid. Das werden wir verbessern.

Dass Sie über die Form diskutieren, zeigt mir aber auch, dass Sie gar nicht bereit sind, über die Inhalte zu diskutieren. Vermutlich sind wir bei den Inhalten also d'accord. Anders kann ich mir das nicht erklären. Warum haben Sie beispielsweise nicht einmal das aufgegriffen, was hinsichtlich der Umorganisation der Hochschullandschaft, also der Universitäten, ganz neu ist? Das betrifft die Umorganisation mit der Schaffung der Regionalzentren.

(Zuruf)

– Ich habe Sie auch nicht gestört. Lassen Sie mich bitte meine Gedanken in Ruhe ausführen.

Ich will meinen Gedanken wieder aufnehmen. In der vergangenen Woche haben wir drei Regionalzentren geschaffen, die es sonst so in Deutschland nicht gibt. Damit kommen wir aus der Mittelmäßigkeit heraus. Auch darum geht es. Zuvor gab es hier einen Lehrstuhl in Japanologie und da einen in Sinologie. Bundesweit war das aber nicht wahrnehmbar. Wir waren also nicht wettbewerbsfähig.

Was haben wir gemacht? Wir werden dafür zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. In der nächsten Woche wird

das veröffentlicht werden. Wir werden dafür sicherlich auch Lehrstühle durch Stiftungen bekommen.

Wir werden an der Universität in Frankfurt ein Ostasienzentrum haben. Wir werden an der Universität in Marburg ein Orientzentrum haben. Außerdem wird es ein Osteuropazentrum in Gießen geben. Damit kommen wir in Deutschland an die Spitze. Das war bisher nicht der Fall.

Liebe Frau Sorge, das ist etwas, was man durchaus erwähnen kann. Das gilt insbesondere auch deshalb, weil das 1995 schon einmal vorgeschlagen wurde. Damals trug die SPD noch die Verantwortung für dieses Ressort. Damals wurde das in hausinternen Kommissionen vorgeschlagen. Danach ist aber nichts passiert. Die Mittelstraß-Kommission, die in Bayern eingesetzt wurde, hat Entsprechendes im November 2005 bekannt gegeben. Wir handeln aber und sind deshalb sehr viel weiter.

Ich möchte noch einmal auf den Hochschulpakt und den Vorwurf zu sprechen kommen, er sei unterfinanziert. Lieber Herr Siebel, dazu muss ich Ihnen eines sagen: Man kann natürlich behaupten, 230 Millionen € bzw. 270 Millionen € seien eine ganze Menge Geld, aber so viel müsse es sein. Aber haben Sie einmal gesehen, woher wir gekommen sind? Ich möchte ein Bild aus dem Fußball nehmen: Wir kamen aus der Tiefe des Raums.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

Das war zu der Zeit einer meiner Vorgängerinnen. Das muss man mit dem vergleichen, wo wir jetzt stehen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie stehen im Abseits!)

Damals gab es 985 Millionen € für die Hochschulen. Jetzt gibt es 1,189 Milliarden € pro Jahr dafür. Das sind ganz andere Zahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Man sollte das einmal addieren. Ich habe mir die Mühe gemacht. Einschließlich des Haushaltsjahrs 2006 kommen wir dann auf 998 Millionen €, die die Hochschulen zusätzlich seit 1999 bekommen haben, also nachdem die erste Regierung von Roland Koch die Geschäfte aufgenommen hat. Das müssen Sie erst einmal nachmachen, nämlich dann, wenn Sie im übernächsten Jahrzehnt irgendwann einmal wieder regieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist also fast 1 Milliarde €. Weil es so schön ist, sage ich noch dazu: Das sind nach alter Rechenart etwa 2 Millionen DM.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Es sind 2 Milliarden DM!)

– Ja, es sind 2 Milliarden DM, Sorry. – Ich wollte das einfach einmal sagen, um klarzumachen, wie das jetzt finanziert ist.

Ich möchte jetzt auf das Inhaltliche zu sprechen kommen. Bei den Baumaßnahmen setzen wir einiges fort und haben weitere hinzugefügt. Ich brauche das nicht zu erwähnen. Allein in Frankfurt hat das ein Volumen von 616 Millionen €. Auch für die Universitäten in Gießen und Kassel ist etwas vorgesehen.

Wir haben auch etwas zur Verbesserung der Internationalität getan. Wir haben Kooperationsabkommen abgeschlossen. Zuletzt geschah das mit China. Ein umfangreiches Kooperationsabkommen haben wir mit Massachu-

setts abgeschlossen. Es ermöglicht beispielsweise hessischen Studenten, dort in Amerika studieren zu können, ohne Studiengebühren zahlen zu müssen.

In Amerika hat es sicherlich viel Aufsehen erregt, dass wir Studenten aus Louisiana aufgenommen haben, die von der Überschwemmungskatastrophe überrollt wurden. Das hat unseren Ruf verbessert. Dadurch konnten wir an neue Ufer gelangen. Wir haben uns damit neue Möglichkeiten erschlossen.

Ich will auch noch auf etwas anderes eingehen. Das Nanonetzwerk Hessen funktioniert gut. Da ist etwas aus Hessen Vorbild in Deutschland.

Eines haben Sie nicht angesprochen. Frau Sorge, ich glaube deswegen, dass die von Ihrer Fraktion eingereichten Änderungsanträge, die beispielsweise die außeruniversitären Forschungsanlagen betreffen, reine Schaufensteranträge sind. Wir haben die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung so gut finanziert, dass sie jetzt in die Blaue Liste aufgenommen wird. Zum einen erfolgt dies wegen der Qualität der dort geleisteten Arbeit. Das erfolgt aber auch, weil wir die Finanzierung dieser Stiftung sicherstellen konnten.

Wir haben internationalisiert. Dazu habe ich schon etwas gesagt. Gemeinsam mit den Universitäten finanzieren wir ein Büro in New York.

All das sind zwar keine Leuchttürme, aber ganz klare Zeichen, die zeigen, dass es mit der Wissenschaft in Hessen gut läuft.

In der letzten Woche gab es in der Akademie der Wissenschaften in Berlin eine große Podiumsdiskussion über das TUD-Gesetz.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Minister, ich darf Sie für einen Moment unterbrechen.

Meine Damen und Herren, jeder Redner hat ein Recht darauf, dass Sie ihm in diesem Saal zuhören. Dieses Recht fordere ich jetzt auch für den Herrn Staatsminister ein. – Herr Staatsminister, bitte schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Michael Siebel (SPD))

#### **Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Frau Präsidentin, wir beide wissen, dass sich laut Auskunft des Allenbach-Instituts, so glaube ich, etwa 5 % der Bevölkerung für Kultur und Wissenschaft interessieren. Wir, die Kultur- und Wissenschaftspolitiker, setzen alles daran, dass sich alle Mitglieder dieses Hauses dafür interessieren. Für die Erreichung dieses Ziels werden wir uns gemeinsam Mühe geben.

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD))

Mein Haus hat auch die Zuständigkeit für die Kultur. Auch in diesem Bereich haben wir uns ganz neue Ziele gesetzt. Frau Beer, natürlich habe ich viele Dinge weitergeführt, die meine Vorgängerin begonnen hat. Das betrifft z. B. das Kulturinvestitionsprogramm.

Wir haben aber auch ganz deutlich andere Akzente gesetzt. Das wird etwa hinsichtlich der Filmförderung ganz deutlich. Da haben wir 20 Millionen € vorgesehen. Sie sind eigentlich immer gegen Subventionen. Wir haben da

ein sehr günstiges Darlehen vergeben. Aber auch dagegen waren Sie. Ich weiß also nicht, wie ich es Ihrer Ansicht nach richtig machen soll.

Wir haben auf jeden Fall auch die Förderung des künstlerischen Films gesteigert, und zwar um 200.000 €. Wir haben dem Medium Film mit „Location Hessen“ und anderen Dingen neue Möglichkeiten verschafft. Wir haben auch die Verleihung des Filmpreises nach Frankfurt geholt. Dadurch erhält das hier eine ganz andere Aufmerksamkeit. Auch das gehört dazu. Mit der „Wiesbadener Erklärung“ haben wir deutlich gemacht, wohin wir wollen.

Gestern wurde kurz die Museumslandschaft in Kassel angesprochen. Herr Kollege Hahn hat gesagt, er wolle wissen, wie wir das finanzieren. Wir haben dafür in den Haushalt für das Jahr 2006 bereits einiges eingestellt. Ich glaube, es sind mehr als 150 Millionen €. Wir werden das fortsetzen.

Das Gutachten besagt ganz eindeutig, dass man nicht alles sofort umsetzen kann. Aber erstmals wurde zu dem Juwel Kassel und zur nordhessischen Region, die etwas ganz Besonderes ist, ein Gutachten erstellt, in dem aufgeführt ist, was dort aussteht und was gemacht werden sollte. Allein, dass der Herkules für die Nachwelt gesichert wird, wird 22 Millionen € kosten.

Wir haben also ein Konzept. Aber das muss Schritt für Schritt umgesetzt werden. Wir müssen auch sanieren. Ich denke, wir sind in dieser kurzen Zeit relativ weit gekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben bestimmte Dinge genutzt. Das betrifft beispielsweise auch die Buchmesse. Sie findet immer noch in Frankfurt statt. Mit dem „Leseland Hessen“ konnten wir einiges machen. Damit haben wir die Bevölkerung teilhaben lassen und ihr gezeigt, was es bedeutet, die Buchmesse in Frankfurt zu haben.

Wir haben die Biennale hierher geholt. Das wird im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Das ist nicht selbstverständlich. Wir haben hier Herrn Forsythe.

Lieber Herr Siebel, ich glaube, Herr Walter hat das gestern angesprochen. Gestern wurde darüber diskutiert, was wir als Ressort zu der Vernetzung des Ballungsraums beitragen können. Das Stichwort dazu lautet: Ballungsraumgesetz.

(Michael Siebel (SPD): Das ist das erste Mal, dass Sie darüber reden!)

Ich will Ihnen da die Antwort nicht schuldig bleiben. Sie wissen sehr genau, dass das eine Angelegenheit ist, die nicht nur ein Ressort betrifft. Das betrifft nicht nur die Kultur. Die wichtigsten Dinge wurden aber in meinem Haus produziert. Wir haben aber, bevor das überhaupt zu einem Thema wurde, viele Projekte in die Wege geleitet, die zu Vernetzungen geführt haben. Das geschah in den letzten zwei bis drei Jahren. Beispielsweise treffen sich die Intendanten seit 2003 regelmäßig bei mir. Wir haben eine Kooperationsarbeitsgruppe für das Theater eingerichtet. Es gibt jetzt eine Bühnenbörse, einen Fundus, über den ausgetauscht wird. Das sind kleine Schritte. Es gibt eine Theaterakademie. Die Biennale war auch so etwas. Das betraf Frankfurt und Wiesbaden.

All das sind wichtige Schritte, die der Zusammenführung dienen. Das hat vorher so nicht stattgefunden. Ich weiß, es sind nur kleine Schritte. Aber ich glaube, dass wir auch dort auf dem richtigen Weg sind.

Das Ballett von Herrn Forsythe will ich Ihnen noch nennen.

(Jürgen Walter (SPD): Herr Minister, ist eine Zwischenfrage erlaubt? Sie haben nichts zum Zwangsverband gesagt! Sie können dem Thema doch nicht immer ausweichen!)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Minister, ich möchte Folgendes sagen: Erstens muss ich Ihnen mitteilen, dass Sie die zwischen den Fraktionen vereinbarte Redezeit schon etwas überschritten haben. Trotzdem besteht der Wunsch, eine Zwischenfrage stellen zu können. Lassen Sie das zu?

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Da ich die vorgesehene Redezeit schon überschritten habe, möchte ich jetzt zum Ende meiner Rede kommen. Danach lasse ich gerne Zwischenfragen zu. Eventuell reagiere ich darauf noch einmal, falls das notwendig sein sollte.

Wir haben einige Bauvorhaben angestoßen. Ich brauche darauf im Einzelnen nicht einzugehen. Während der kursorischen Lesung haben wir sehr viel darüber diskutiert.

Ich bin sehr zufrieden. Deswegen möchte ich an dieser Stelle noch etwas sagen. Der Minister ist natürlich der Chef, der das alles verantwortet. Dahinter stehen aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich möchte mich von diesem Ort, vom Parlament aus, bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedanken, die all das, was wir hier vorstellen, mit bearbeiten.

Es gab Kritik an der Form bzw. den Vorlagen. Ich bin mir sicher, dass meine Mitarbeiter ihr Mögliches tun werden, damit das eine oder andere schneller vorgelegt werden kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Zu einer Kurzintervention hat Frau Kollegin Sorge das Wort.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben mich auf die geisteswissenschaftlichen Zentren angesprochen. Sie haben Recht, dass ich dazu nichts gesagt habe. Deshalb will ich das jetzt kurz tun.

Erster Punkt. Sie haben insbesondere uns GRÜNE immer sehr deutlich dafür gerügt, dass wir dafür gekämpft haben, dass die Judaistik in Frankfurt bleibt, was Ihr Konzept ursprünglich nicht vorgesehen hatte. Ich will jetzt gar nicht lange darauf herumreiten, ich will Sie auch gar nicht kritisieren. Ich bin froh, dass Sie Ihre Entscheidung zurückgenommen haben.

Ich muss nur dazu sagen: Wenn ich jetzt in Ihrer Halbjahresbilanz lesen, dass Sie sich stolz damit brüsten, dass die Judaistik in Frankfurt bleibt und dass Sie sie sogar ausbauen, dann finde ich das doch ein relativ starkes Stück und mindestens kritikwürdig, wenn man betrachtet, wie es gelaufen ist.

Zweiter Punkt. Wir haben überhaupt nichts gegen diese Zentrenbildung. Im Gegenteil, wir finden es richtig, dass es da eine Konzentration gibt. Wir haben das auch nie kritisiert, nur in einzelnen Punkten. Aber der Ehrlichkeit halber müssen Sie dazu sagen – das passt auch zu der Rede, die ich zum Haushalt gehalten habe –,

(Clemens Reif (CDU): Was wollen Sie eigentlich sagen?)

dass es systemwidrig ist, wie Sie es gemacht haben. Sie haben nämlich die autonomen Hochschulen dazu gezwungen, Ihrem Verfahren zuzustimmen, und haben sich nicht, wie es eigentlich sein müsste, mit ihnen zusammengesetzt und das angestoßen. Herr Corts, das ist Ihr Stil in der Wissenschaftspolitik, und das ist genau das, was wir kritisieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nicola Beer (FDP))

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Minister Corts, zur Erwiderung.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Frau Präsidentin, liebe Frau Sorge! Über Stil, Erziehung und alles lässt sich streiten. Aber wenn Sie sich vielleicht noch einmal persönlich erkundigen – Sie sprechen auch mit den Präsidenten und lesen auch unsere Veröffentlichungen –, wissen Sie, dass wir im Mai als Ministerium einen Vorschlag gemacht haben. Nachdem absehbar war, dass die Universitäten, alle drei, allein nicht in der Lage waren

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nachträglich als Vorschlag bezeichnet!)

– hören Sie doch erst zu; Sie haben etwas gefragt und erwarten eine Antwort –, es zu regeln, habe ich gesagt: Ich mache Ihnen einen Vorschlag. Den können Sie in den Hochschulen diskutieren, und dann binden wir es zusammen, die Hochschulen mit uns zusammen.

Was das Thema Judaistik betrifft, so haben wir am Ende diesen Bereich gestärkt. Dass ich da ein bisschen unruhig geworden bin, dafür bitte ich um Verständnis. Es gab Tendenzen, auch durch Presseerklärungen der GRÜNEN in Frankfurt, mich in eine Ecke zu stellen. Ich bin sehr froh, dass anlässlich des 60. Jahrestages des Landes Hessen Frau Trude Simonsohn dazu etwas sehr deutlich gesagt hat. Dafür bin ich sehr dankbar, und damit sollten wir das Thema an dieser Stelle beenden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, damit es keine Irritationen über die Redezeiten gibt, will ich einmal sagen, wie der bisherige Stand ist. Die CDU-Fraktion hat insgesamt 122 Minuten für die Einzelpläne in Anspruch genommen, die SPD 151, die GRÜNEN 143 und die FDP auch 143. Die Regierung hat jetzt 174 Minuten geredet. Das heißt, wir würden als Präsidium in jedem Fall zulassen, wenn jetzt noch Wortmeldungen zum Einzelplan 15 sind, der aufgerufen ist, dass man mindestens fünf, eigentlich sogar zehn Minuten zur Verfügung hätte.

(Gerhard Bökel (SPD): Das ist aber kein Zwang!)

Liebe Freunde, das entspricht der Geschäftsordnung. Ich halte mich an das, was vereinbart ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Freunde, keine Unruhe. Das wird sich alles im Rahmen halten, wenn ich es insgesamt sehe. – Zunächst hat jetzt Herr Walter für die SPD-Fraktion das Wort.

**Jürgen Walter (SPD):**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich werde die fünf Minuten nicht benötigen.

Herr Corts, ich muss sagen, ich bin schon sehr enttäuscht. Denn Sie hatten gestern in der Generaldebatte auf meinen Hinweis, dass Sie bislang zu dem Thema Kulturzwangsverband Rhein-Main relativ laut geschwiegen haben, gesagt: Ich werde morgen dazu Stellung nehmen, wenn ich selbst zu meinem Einzelplan rede.

(Minister Udo Corts: Das habe ich nicht gesagt, das stimmt nicht!)

Es geht nicht, dass Sie hier relativ ausführlich über die Frage der Kultur in Kassel reden, um dann auf die Frage, wie sich die Kultur in der Rhein-Main-Region entwickelt, unter Hinweis auf die Vorbereitung der Zusammenarbeit und die Verweigerung der Stellungnahme abzulenken mit der Begründung, das sei ein ressortübergreifendes Thema. Herr Minister, das geht nicht.

(Beifall bei der SPD)

Die Kulturschaffenden in der Region haben berechtigten Anspruch darauf, dass der jeweilige Fachminister eine Position formuliert, wie er zu der Position der gesamten Landesregierung steht, die wichtigsten Einrichtungen der Kultur – „Leuchttürme“ heißen die heute – auf einen Zwangsverband zu übertragen und die Finanzierung dieses Zwangsverbandes durch die Kommunen in der Region durchführen zu lassen, was bei den Kommunen in der Region dazu führen würde, dass sie für ihren eigenen Kulturretat kein Geld mehr übrig hätten. Das ist das zentrale kulturpolitische Thema in der Rhein-Main-Region.

(Beifall bei der SPD – Michael Siebel (SPD): Das ist die Realität!)

Herr Minister, dazu kommt die Frage, dass bei der Gesamtkonzeption der Finanzierung der Kultur Rhein-Main die Ansprüche an die Landesregierung aus der Region und aus der Stadt Frankfurt auf eine finanzielle Beteiligung des Landes lauter werden. Es geht auch nicht, dass Sie in dieser Diskussion kein Wort darüber verlieren, ob das Land Hessen überhaupt, gegebenenfalls in welcher Größenordnung, dazu bereit wäre, sich an der Finanzierung der Kultur in der Rhein-Main-Region zu beteiligen.

Ich habe Ihnen gestern gesagt, ich verstehe Ihr Problem. Sie sind Vorsitzender des Kreisverbandes der Union in Frankfurt. Die CDU in Frankfurt hat sich, soweit ich das sehe, genau so positioniert wie die Frau Oberbürgermeisterin, die im Rat der Region Einwände gegen die Dringlichkeitserklärung erhoben hat. Als Fachminister müssten Sie im Interesse der Kultur in der Rhein-Main-Region eigentlich ebenfalls laut und deutlich Einwände gegen diese Vorstellung der Landesregierung erheben.

(Beifall bei der SPD)

Allein dass Sie Mitglied des Kabinetts sind, ist offensichtlich der Grund dafür, dass Sie gar nichts zu diesem Thema

äußern. Herr Minister, ich glaube allerdings, dass sich in einer der zentralsten Fragen für die Kultur im Kernbereich unseres Landes, nämlich im Ballungsraum, der zuständige Fachminister nicht dauerhaft hinter der gesamten Landesregierung wird wegducken können. Herr Minister Corts, Sie werden zu diesem Thema Stellung nehmen müssen. Ihre jetzige Position, nichts zu sagen, ist schlicht nicht tragbar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, gibt es weitere Redewünsche oder Stellungnahmen der Regierung?

(Zurufe von der SPD)

Das ist nicht der Fall.

(Norbert Schmitt (SPD): Das gibt es doch nicht!)

Damit sind wir am Ende der zweiten Lesung der Einzelpläne. Ich stelle für die Planungen der nächsten Jahre noch einmal fest: Wir hatten ein Zeitkontingent von 145 Minuten pro Fraktion vereinbart.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, wenn Sie nichts mehr zu sagen haben, dann hören Sie mir jetzt einfach zu.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Entschuldigung, ich haben Sie gefragt, ob Sie sich noch melden wollen. Deshalb bitte ich, dass wir jetzt in die Abstimmung eintreten, Frau Fuhrmann.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Die CDU-Fraktion hat insgesamt 122 Minuten verbraucht, die SPD-Fraktion 155 Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP-Fraktion jeweils 143 Minuten.

(Michael Siebel (SPD): Wir haben etwas zu sagen!  
– Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Punktlandung!)

Die Regierung hat 175 Minuten gebraucht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Voll daneben!)

Das macht zusammen 737 Minuten, und vorgenommen hatten wir uns 725 Minuten. Ich finde das keine schlechte Bilanz.

(Axel Wintermeyer (CDU): Anstrengend! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der einzige Störenfried war die Regierung! Sie dürfen das, trotzdem ist es nicht gut! – Michael Siebel (SPD): Das Parlament erfüllt seine Ziele, die Regierung nicht!)

Damit rufe ich die Abstimmung über den Einzelplan 01 auf.

(Anhaltende Unruhe)

Wer dem Einzelplan 01 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle vier Fraktionen des Hauses, keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen.

Ich rufe den Einzelplan 02 auf. Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Einzelplan

mit den Stimmen der Union gegen die Stimmen der drei anderen Fraktionen angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 03 auf, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport. Wer gibt diesem Einzelplan seine Zustimmung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch der Einzelplan 03 mit den Stimmen der Union gegen die Stimmen der drei anderen Fraktionen angenommen.

Ich rufe Einzelplan 04 auf, Hessisches Kultusministerium. Wer dem Einzelplan 04 seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Einzelplan 04 mit den Stimmen der Union gegen die Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe Einzelplan 05 auf, Hessisches Ministerium der Justiz. Wer wünscht zuzustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Keine Enthaltungen. Damit ist auch der Einzelplan 05 mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angenommen.

Ich rufe Einzelplan 06 auf, Hessisches Ministerium der Finanzen. Zusammen damit war der **Antrag der SPD betreffend Wiedereinführung der Vermögensteuer, Drucks. 16/4867**, aufgerufen.

(Axel Wintermeyer (CDU): An den Haushaltsausschuss!)

Es wird vorgeschlagen, den Antrag direkt dem Haushaltsausschuss zu überweisen.

Wir stimmen über den Einzelplan ab. Wer stimmt ihm in zweiter Lesung zu? – Wer ist dagegen? – Dann ist Einzelplan 06 mit den Stimmen der Union gegen die Stimmen der drei anderen Fraktionen angenommen.

Beim Einzelplan 07, den ich hiermit aufrufe, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, liegen zwei Anträge vor, zum einen der **Antrag der SPD-Fraktion betreffend Regionalisierungsmittel des Bundes ausschließlich für ÖPNV verwenden, Drucks. 16/4866**. Darf ich fragen, Herr Kahl, ob auch dieser Antrag dem Ausschuss überwiesen werden soll?

(Reinhard Kahl (SPD): Wirtschaftsausschuss!)

– An den Wirtschaftsausschuss, vielen Dank. – Dazu der **Dringliche Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Landesregierung muss Finanzierung des ÖPNV langfristig sicherstellen. Das ist die Drucks. 16/4967**. Auch sie wird dem Wirtschafts- und Verkehrsausschuss überwiesen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 07. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist dieser Einzelplan mit den Stimmen der Union gegen die der drei anderen Fraktionen angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 08, Hessisches Sozialministerium. Hierzu wird der **Antrag der Fraktion der FDP betreffend Vorsorgemaßnahmen und gesundheitspolitische Aktivitäten der Landesregierung gegen die drohende Vogelgrippe in Hessen, Drucks. 16/4646**, aufgerufen. Vorgeschlagen ist die Überweisung an den Sozialpolitischen Ausschuss und den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

(Nicola Behr (FDP): SPA federführend!)

– Der Sozialpolitische Ausschuss ist federführend. Vielen Dank. – Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 08. Wer wünscht diesem Einzelplan zuzustimmen? Bitte das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist gegen die Stimmen von SPD, GRÜNEN und FDP mit den Stimmen der CDU der Einzelplan 08 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 09, Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, sowie drei Anträge auf. Zum **Antrag der Fraktion der FDP betreffend Sicherstellung der Koordination bei Fleischkontrollen in Hessen, Drucks. 16/4875**. Ich darf fragen: Wird der Antrag dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen? – Das ist der Fall.

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Konsequenzen aus dem Fleischskandal: umfassende Verbraucherinformationen und bessere Kontrollen, Drucks. 16/4882**. Die Überweisung erfolgt ebenfalls an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

Der **Dringliche Antrag der Fraktion der SPD betreffend Vorlage der Jahresabschlüsse 2003 und 2004 des Landesbetriebs Hessen-Forst, Drucks. 16/4956**, wird ebenfalls dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 09. Wer diesem Einzelplan zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dann ist der Einzelplan 09 mit den Stimmen der Union gegen die Stimmen der drei anderen Fraktionen angenommen.

Ich rufe nun den Einzelplan 10 auf, Staatsgerichtshof. Wer wünscht zuzustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Einzelplan mit den Stimmen aller vier Fraktionen einstimmig angenommen.

Ich rufe nun den Einzelplan 11, Hessischer Rechnungshof, auf.

(Unruhe)

– Es wäre schön, bei der Abstimmung niemanden zu irritieren.

Wer ist für den Einzelplan 11? – Alle vier Fraktionen stimmen zu. Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Einzelplan 15, Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Wer wünscht ihm zuzustimmen? – Wer ist dagegen? – Damit ist der Einzelplan 15 mit den Stimmen der Union gegen die Stimmen der drei anderen Fraktionen angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 17 auf, Allgemeine Finanzverwaltung. Wer ist für diesen Einzelplan? Bitte das Stimmzeichen. – Damit ist der Einzelplan 17, Allgemeine Finanzverwaltung, mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Nun rufe ich noch den Einzelplan 18 auf, Staatliche Hochbaumaßnahmen. Wer wünscht diesem Einzelplan zuzustimmen? – Wer ist dagegen? – Damit ist dieser Einzelplan mit den Stimmen der Union gegen die Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Einzelpläne behandelt, und ich rufe nun in zweiter Lesung die Gesetze zur Abstimmung auf: Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haus-

haltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006) und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften, Drucks. 16/4934 zu Drucks. 16/4584.

Wir haben die Berichterstattung zu Beginn der Einzelplanlesungen bereits hinter uns gebracht. Ich bitte um das Handzeichen zur Zustimmung in zweiter Lesung zu diesem Gesetz. – Wer ist dagegen? – Dann ist dieser Gesetzentwurf der Landesregierung in zweiter Lesung mit den Stimmen der Union gegen die Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. Er wird im Haushaltsausschuss für die dritte Lesung vorbereitet.

Herr Kaufmann, Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet?

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, es geht um das kommende Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichs. Nach unserer Geschäftsordnung brauchen wir dafür von sich aus keine dritte Lesung. Damit es keine Schwierigkeiten gibt, beantragen wir hiermit die dritte Lesung, damit wir am Ende über alles gemeinsam abstimmen können.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, nur zu meiner Erinnerung: Ich vermute, Herr May hat am Anfang bereits Bericht erstattet. – Okay.

Dann stimmen wir jetzt ab, mit dem Petition von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auch diesen Gesetzentwurf in dritter Lesung zu behandeln.

(Reinhard Kahl (SPD): Das brauchen wir nicht! Nur Überweisung!)

– Okay. – Gibt es Widersprüche gegen die Überweisung? Ich sage für das Protokoll, das ist der Gesetzentwurf Drucks. 16/4935 zu Drucks. 16/4585. – Es gibt keinen Widerspruch. Das wird von allen Fraktionen so getragen.

Damit sind wir am Ende der zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kaufmann, zur Geschäftsordnung.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, ein Blick auf die Uhr zeigt, dass wir schon etwas später dran sind, als ursprünglich geplant war. Ich gebe zu, es ist mit den Geschäftsführern nicht abgestimmt. Aber nachdem wir zwei Tage ohne Mittagspause durchgetagt haben, erlaube ich mir den Vorschlag, uns heute ausnahmsweise zehn Minuten mehr Mittagspause zu gönnen und jetzt in die Mittagspause einzutreten.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, einen Augenblick. Ich bitte Sie, noch sitzen zu bleiben. Wir müssen trotz allem über die Tagesordnung entscheiden. – Herr Kaufmann, es gibt immer wieder Premierien. Das finde ich wunderbar.

Es war vorgeschlagen, noch Tagesordnungspunkt 9 – das ist das Berufsstandsmitwirkungsgesetz – zu behandeln. Dafür haben wir 25 Minuten angesetzt. Wollen wir das

jetzt noch machen und danach in die Mittagspause eintreten?

(Zurufe: Nein!)

Herr Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Noch nie hat sich Herr Kollege Kaufmann so beliebt gemacht in diesem Hause, zumindest bei unserer Fraktion. Wir stimmen dem ausdrücklich zu. Wir schlagen vor, Punkt 9 unmittelbar nach der Mittagspause zu behandeln. Vielleicht können wir auch auf die dritte Lesung verzichten. Dann tun wir uns vor Weihnachten noch etwas Gutes.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Wenn das so ist und alle fröhliche Gesichter haben, dann gehen wir jetzt in die Mittagspause. Eine Stunde?

(Lebhafter Widerspruch – Zuruf: 14 Uhr!)

– Sie werden immer großzügiger. – Ich wünsche Ihnen guten Appetit. Wir machen um 14 Uhr mit Punkt 9 weiter.

(Unterbrechung von 12.45 bis 14.01 Uhr)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie zur letzten Runde dieser Plenarwoche begrüßen. Frank-Peter Kaufmann hat für seinen Vorschlag, die Mittagspause zu verlängern, viel Beifall erhalten. Der hält bis jetzt an.

(Heiterkeit und Beifall)

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP betreffend WM 2006 in Hessen – Rote Karte für Zwangsprostitution, Drucks. 16/4972. Wird die Dringlichkeit bestritten? – Das ist nicht der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 66 und kann am Dienstag nächster Woche mit aufgerufen werden. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion. – Darüber besteht Konsens. Dann können wir so verfahren.

Zusätzlich wurde auf Ihren Plätzen verteilt ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend unsinnigen Verkauf des Universitätsklinikums Gießen und Marburg stoppen, Drucks. 16/4973. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 67 und kann mit den Tagesordnungspunkten 38 und 61 aufgerufen werden. Verabredungsgemäß wird das am Dienstag um 14 Uhr sein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Berufsstandsmitwirkungsgesetzes – Drucks. 16/4952 zu Drucks. 16/4185 –**

Die Berichterstattung erfolgt durch Herrn Kollegen Wintermeyer in Vertretung für Herrn Kollegen Klee.

**Axel Wintermeyer, Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich übernehme sehr gern die Berichterstattung in Vertretung für Herrn Klee und darf Ihnen Folgendes mitteilen.

Der Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf mit den mündlich eingebrachten Änderungen anzunehmen. Ich verweise auf die Drucks. 16/4952, in der die entsprechenden Änderungen niedergelegt sind.

Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf in der 73. Plenarsitzung am 12. Juli 2005 vom Hessischen Landtag überwiesen bekommen.

Der Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat eine schriftliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchgeführt.

Der Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat in seiner Sitzung am 13. Dezember 2005 die oben wiedergegebene Beschlussempfehlung an das Plenum einstimmig ausgesprochen.

(Beifall)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Wintermeyer. – Ich darf die Aussprache eröffnen. Zuerst hat sich Herr Kollege Heidel für die FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion.

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle mit Freude fest, dass der Souverän in diesem Lande immer noch der Landtag ist; denn der Landtag korrigiert mit seiner jetzigen Entscheidung einen Fehler, den die Landesregierung gemacht hat.

(Beifall bei der FDP)

Er hat dies einstimmig beschlossen, und es ist auch gut, dass er diese Entscheidung trifft.

Mit dem Beschluss, den wir heute fassen, stärken wir nämlich die Sach- und Fachkompetenz der Ortslandwirte und vor allem auch das ehrenamtliche Mitwirkungsrecht. Vor allem über das Thema Mitwirkung wurde heiß diskutiert. Deswegen habe ich eben betont, dass wir mit unserem Beschluss das Mitwirkungsrecht stärken. Wir wollen, dass die Sach- und Fachkompetenz weiterhin mitwirken kann. Das ist unser gemeinsames Ziel, und das ist auch gut so.

Alle, die wir schriftlich angehört haben, waren unserer Auffassung. Es gab keine gegenteilige Meinung. Von daher verfolgen wir dieses Ziel mit Recht, und ich freue mich, dass das Abstimmungsergebnis im Ausschuss einstimmig war. Ich hoffe, dass das auch in dieser Plenarsitzung der Fall sein wird. – Danke.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Heidel. – Als Nächste hat Frau Kollegin Hoffmann für die Fraktion der SPD das Wort.

#### **Christel Hoffmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat der Beschlussempfehlung in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zugestimmt, und wir werden dies auch heute tun. Es geht zum einen um den Abbau von Mitwirkungs-

rechten in den Gebietsagrar Ausschüssen. Das war in dem ursprünglichen Gesetzentwurf der Landesregierung vorgesehen. Dieses Vorhaben wurde im Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz einvernehmlich korrigiert.

In den folgenden Bereichen, für die das Umweltministerium verantwortlich ist, haben wir einen beispiellosen Abbau von Mitwirkungsrechten: Forst, Naturschutz, Fischereigesetz. Die Zustimmung und das Engagement für das Ehrenamt, das die CDU-Fraktion jetzt an den Tag gelegt hat, hätte ich mir auch bei den anderen Gesetzesvorhaben gewünscht.

(Beifall bei der SPD)

Die Naturschützer dürfen bei Ihnen weiterhin die Kröten über die Straße tragen. Aber ihre kritische Mitbestimmung ist nicht mehr gefragt. Diese Möglichkeit haben Sie abgeschafft.

Zum anderen geht es in dem Gesetzentwurf um ein transparentes Verfahren für die Wahl der Ortslandwirte, wenn mehr als ein Kandidat aufgestellt ist. Wir haben im Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz ein transparentes Verfahren für den Fall gefunden, dass es mehr als einen Kandidaten gibt. Ich denke, es ist eine Klatsche für die Landesregierung, dass sie von den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz in dem Moment korrigiert wurde, als sie einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, in dem die Mitwirkungsrechte im ländlichen Raum beschnitten wurden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Hoffmann. – Als Nächster hat Herr Kollege Häusling für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war nicht nur eine Klatsche für die Landesregierung. Vielmehr war das – sogar aus den Reihen der CDU kam Zustimmung – eine erstklassige Beerdigung für eine Vorlage der Landesregierung. Ich erinnere daran, dass Herr Wiegel schon in der Plenarsitzung im Mai, als der Gesetzentwurf eingebracht wurde, gegrummelt und gesagt hat, man müsse an einigen Punkten etwas ändern.

Wir haben schon in der Sitzung im Juli die Punkte, die jetzt rückgängig gemacht wurden, deutlich kritisiert. Zum einen sollten, wie in allen anderen Bereichen auch, die Mitwirkungsrechte eingeschränkt werden. Zum anderen sollten die Ortslandwirte sozusagen par ordre du mufti benannt werden. Beide Punkte sind schon damals auf unser Unverständnis gestoßen. Wir freuen uns außerordentlich, dass beides rückgängig gemacht worden ist.

Zum einen sind die Mitwirkungsrechte nicht beschnitten worden. In dem Punkt kann ich mich Frau Hoffmanns Auffassung durchaus anschließen: Wenn Sie diese Punkte hier rückgängig gemacht haben – übrigens auf eine massive Kritik des Bauernverbands hin –, warum handeln Sie nicht auch bei den Naturschutzbeiräten so? Dort sind Sie im Gegensatz zu dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf sehr hart. Das zeigt, dass bestimmte Lobbygruppen einen

höheren Einfluss haben als andere. Wir würden es durchaus begrüßen, wenn die Landesregierung ihre Haltung in anderen Bereichen überdenken könnte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können mit dem vorgelegten Gesetzentwurf, so, wie er jetzt formuliert ist, leben. Daher ist die Abstimmung im Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz einstimmig ausgefallen. Wichtig ist für uns – das möchte ich noch einmal betonen –, dass die Gebietsagrarausschüsse weiterhin ein Mitwirkungsrecht haben, sie also nicht nur nach dem Motto angehört werden: Na ja, wir können uns das einmal anhören, aber im Grunde müsst ihr nichts dazu sagen.

Außerdem ist es wichtig, dass dort, wo es noch mehrere Kandidaten für Ortslandwirte gibt, die Wahlen nach den Regeln der Demokratie erfolgen, sodass durchaus eine Auswahl stattfinden kann. Das war uns sehr wichtig. Trotz der abnehmenden Zahl der Landwirte ist es nämlich nicht so, dass überall nur noch ein Kandidat zur Verfügung steht.

Wir erwarten auch, dass das Gesetz nach dem ersten Durchgang der Wahlen daraufhin evaluiert wird, ob es noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Wir hoffen, dass das Verfahren, für das wir uns jetzt entschieden haben, im Land so praktiziert wird, dass die Landwirte mit dem Gesetz in der vorliegenden Form gut leben können, und dass die Mitwirkungsrechte dadurch nicht geschwächt, sondern gestärkt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Häusling. – Herr Wiegel, ich darf Ihnen für die CDU-Fraktion das Wort erteilen.

#### **Kurt Wiegel (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die CDU-Fraktion wird dem Gesetzentwurf zustimmen. Wir sehen das nicht so wie die Opposition. Der Berufsstand wird hierdurch weiter gestärkt. Der einzige Punkt, der – auch in der Anhörung – kritisiert und dann rückgängig gemacht wurde, gehört zu dem Bereich Mitwirkung.

Was die Benennung betraf, waren wir uns einig. Es ging uns bloß darum, dass Regeln für den Fall aufgestellt werden, dass es mehrere Kandidaten gibt. Darüber haben wir in der Anhörung und in der Ausschusssitzung gesprochen. Die Änderung haben wir dann einvernehmlich beschlossen.

Ich glaube, dass dieses Gesetz auch so bestehen wird. Im Jahr 2009 wird die nächste Benennung stattfinden, sodass man dann auch, wie Herr Häusling das gesagt hat, noch einmal nachschauen kann, ob das alles so gelaufen ist. Im Rahmen des Gebietsagrarausschusses, des Landesagrar-ausschuss werden von allen relevanten Gruppen Personen benannt, die die Arbeit mitmachen.

Herr Kollege Häusling, ich sehe nicht, wo Mitsprache-rechte abgebaut sind. Die Mitsprache ist noch genauso gegeben wie vorher. Ich sehe das nicht so wie Sie. Die CDU wird dem Gesetzentwurf zustimmen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Staatsminister Dietzel, Sie haben das Wort.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt erklären Sie ausgiebig, warum Sie erst den falschen Weg eingeschlagen haben!)

#### **Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Politik hat man gelegentlich unterschiedliche Meinungen. Es gibt aber demokratische Verfahren, wie man zueinander kommen kann.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Genau dieses demokratische Verfahren haben wir angewendet.

(Reinhard Kahl (SPD): Das sollte die Landesregierung öfter machen!)

Es gibt eine Arbeitsgruppe Verwaltungsvereinfachung, die unserem Ministerium Vorschläge gemacht hat, wie man zu Vereinfachungen kommt. Wir waren der Meinung dieser Arbeitsgruppe und haben das auch in das Mitwirkungs-gesetz eingebracht. Meine Damen und Herren, es hat dann eine Anhörung gegeben, wie bei anderen Gesetzentwürfen auch. Wir haben dann auf die Anhörung auch reagiert. Es haben sich immerhin 20 Verbände an der Anhörung beteiligt, die diese Meinung ziemlich einheitlich vertreten haben. Wir haben überhaupt keine Probleme, die Anregungen, die aus der Anhörung kommen, wie bei anderen Gesetzentwürfen auch, in den Gesetzentwurf aufzunehmen. Deswegen freue ich mich, dass vorgestern Abend ein einstimmiger Beschluss des Ausschusses zustande gekommen ist und wir als Landesregierung uns auch hinter diesen Gesetzentwurf stellen und ihn umsetzen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Minister Dietzel. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Berufsstandsmitwirkungsgesetzes in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz in zweiter Lesung zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen und zum Gesetz erhoben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nach meiner Vorlage kommen wir dann zu **Tagesordnungspunkt 12:**

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Jugendbildungsförderungsgesetz – Drucks. 16/4965 zu Drucks. 16/4508 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Bocklet.

**Marcus Bocklet, Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Sozialpolitischen Ausschuss in der 79. Plenarsitzung am 11. Oktober 2005 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat am 10. November 2005 eine öffentliche Anhörung betroffener Verbände und Organisationen zu dem Gesetzentwurf durchgeführt.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 13. Dezember 2005 behandelt und ist mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der FDP zu dem oben genannten Votum gelangt.

Zuvor waren der Änderungsantrag Drucks. 16/4871 mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der FDP, der Änderungsantrag Drucks. 16/4943 mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP bei Stimmenthaltung der SPD und der Änderungsantrag Drucks. 16/4944 mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP abgelehnt worden.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Bocklet. – Dann darf ich die Aussprache eröffnen. Frau Eckhardt, Sie haben sich für die Fraktion der SPD als Erste zu Wort gemeldet.

**Hannelore Eckhardt (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind der Meinung, dass es auch zu Zielen und Aufgaben von Gesetzen Formulierungen gibt, die nicht geändert werden müssen, die auch nach 25 oder nach 30 Jahren noch Gültigkeit haben. Demokratisierung, Partizipation, emanzipatorischer Anspruch, vor allem aber auch die Berücksichtigung benachteiligter Jugendlicher waren und sollen weiterhin Richtschnur außerschulischer Jugendbildungsarbeit sein.

(Beifall bei der SPD)

Den Zusatz des interkulturellen Lernens halten wir für nötig, denn Globalisierung, europäische Einigung sowie weltweite Verantwortung sind Entwicklungen, die jetzt und zukünftig das Leben

(Unruhe)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe, damit die Rednerin gehört werden kann.

**Hannelore Eckhardt (SPD):**

– danke schön –, das gesellschaftliche Sein gerade junger Menschen beeinflussen werden. Im Entwurf der Sozialministerin dagegen erkennen wir insbesondere in der Neufassung des § 1 den Versuch, die gesamte außerschulische

Jugendbildung im Sinne eines konservativen Weltbildes umzugestalten. Wenn Aufgaben und Ziele des Gesetzes weiterhin weltoffen und ideologiefrei gestaltet werden sollen, dann darf dieser Ministeriumsentwurf nicht zum Gesetz werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ich gehe kurz auf Ihren Änderungsantrag zu § 1 ein. Ich kann Ihnen voll zustimmen, wenn Sie von Eigenständigkeit und Gleichberechtigung der außerschulischen Jugendarbeit im Bildungssystem sprechen. Ihre daraus resultierende Forderung nach einer engeren Verzahnung und stärkeren Kooperation zwischen Schule und außerschulischer Bildung erscheint mir allerdings gerade im Hinblick auf Jugendliche aus bildungsfernen Schichten als äußerst problematisch. Gerade diese Jugendlichen – wir wissen, dass ihre Zahl wächst; denken wir nur an die Erziehungshilfe Probleme im Schulsystem –, die mit Schule rein gar nichts mehr im Sinn haben, würden mit Sicherheit abgeschreckt, wenn das außerschulische Angebot auch nur ansatzweise den Eindruck erwecken würde, dass es irgendetwas mit Schule zu tun hat.

Prof. Dr. Hafenecker hat in der Zeitschrift des Hessischen Jugendrings im März noch einmal als zentrale Forderung verlangt, die spezifische Profilbildung der Angebote, ihre Freiwilligkeit, die offenen, selbsttätigen und oft ungewissen Prozesse in den Vordergrund zu stellen und nicht als Anhängsel der Schule oder eines verkürzten Kooperationsverständnisses aufzugeben.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich komme zu § 2 und § 3. Wir wollen, dass der bisherige Rechtsanspruch für die Träger erhalten bleibt. Es sind für uns keine nachvollziehbaren Gründe erkennbar, hier Kompetenzen auf die ministerielle Ebene zu verlagern. Alle Träger brauchen Planungssicherheit für ihre Bildungsmaßnahmen. Insbesondere der Hessische Städtetag und der Landkreistag machen deutlich, dass wegen der festen Institutionalisierung der Jugendbildungswerke in den Kommunen die ursprüngliche Rechtslage beizubehalten ist.

Auch die Zahlen 51, 41 und 5 steht nicht mehr im Gesetzentwurf. Die Prozentanteile für die öffentlichen Träger, den Jugendring und die Jugendverbände sowie für ergänzende Träger sollen in der Verordnung geregelt werden und sind damit der parlamentarischen Entscheidung entzogen. Meine Damen und Herren, durch mögliche Veränderungen dieses Verteilungsschlüssels – wie gesagt, ich unterstelle niemandem Böses, aber man muss vorbereitet sein –

(Heinrich Heidel (FDP): Allzeit bereit!)

kann es zu einer totalen Verschiebung in den Schwerpunkten der außerschulischen Jugendbildung kommen. Das wollen wir in jedem Fall verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Ein Beispiel: Kein Mensch in diesem Hause käme jemals auf die Idee, die Entscheidungen über Schulformen allein der Regierung zu überlassen. Wir sollten das auch in dieser Frage nicht tun, um die Grundzüge der außerschulischen Jugendbildung zu erhalten.

(Heinrich Heidel (FDP): Das kann man nicht! Das haben wir gesehen!)

Meine Damen und Herren, grundsätzlich ist es positiv – das sehen wir auch so –, dass weiteren Trägern die Inanspruchnahme von Fördermitteln ermöglicht werden soll. Die Angebotspalette wird größer, aber bei gleich bleibender Höhe der Mittel wird die Zuwendung für die Einzelempfänger selbstverständlich geringer. Dann können wir an allem noch so viel herumzaubern, eine Torte auf mehr verteilt – das habe ich schon einmal gesagt – bedeutet kleinere Stückchen oder aber das Nachsehen für den einen oder anderen.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Die Forderung nach Aufstockung des Ansatzes wäre zwar sinnvoll, ist aber bei der Haushaltslage und der Prioritätensetzung dieser Regierung rein illusorisch. Wenn wir die Abkehr von einer Gesamtförderung trotzdem mittragen, so ist das als Zeichen unserer Kompromissbereitschaft zu sehen. Der Übergang zu einer 80-prozentigen Förderung beinhaltet unseres Erachtens allerdings die Gefahr, dass schwächere Kommunen oder kleine Träger, die mit Jugendlichen aus benachteiligten Familien arbeiten, ihre Angebote nicht aufrechterhalten können.

(Beifall bei der SPD)

Eine Kompensation durch Erhöhung von Teilnehmergebühren würde gerade in diesem Bereich sehr schmerzlich sein. Im Übrigen lehnen das alle Träger ab.

Nach der Anhörung scheint sich unsere Befürchtung allerdings nur auf wenige Ausnahmefälle zu beziehen. Denen sollten Sie auch Rechnung tragen. Wir haben unseren Änderungsantrag eingebracht, um dem Ministerium die Möglichkeit einzuräumen, in begründeten Einzelfällen eine Gesamtförderung zu gewähren.

3 % der Mittel sollten auch weiterhin für experimentelle Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Gerade in dieser Phase, in der neue Träger die Möglichkeit der Förderung erhalten, erscheint dies auch besonders sinnvoll, möglicherweise auch als Ausgleichsmasse. Bisher nicht erkannte oder bekannte Inhalte, Aspekte und Facetten können so Eingang in die außerschulische Jugendbildung finden.

Aber wenn ich genau das will, wenn ich Kreativität, neue Ideen usw. auf den Weg bringen will, darf ich mich doch nicht gleich wieder entmutigen lassen und Angst vor einem Experiment haben. Dann darf man nicht gleich wieder verlangen, dass das Ministerium weitgehend Inhalte, thematische Schwerpunkte sowie Ziele der Arbeitsansätze vorgeben soll. Damit wird der Terminus „experimentelle Maßnahme“ ein klein wenig ad absurdum geführt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Passus gehört nicht ins Gesetz und damit auch nicht in die ministerielle Praxis.

Jetzt kommt unser Herzblut; das gebe ich offen zu. In Baunatal, Korbach, Schwalbach und Witzenhausen werden die Zielsetzungen des Jugendbildungsförderungsgesetzes seit langem engagiert und vorbildlich umgesetzt. Ohne unsere Änderung würde die Novellierung des Gesetzes zur schrittweisen Zerschlagung des außerschulischen Jugendbildungsangebots in den genannten Kommunen führen. Das machen die Stellungnahmen der Kommunen deutlich. An dieser Tatsache kann im Grunde niemand vorbei, spätestens seit der Anhörung am 10. November.

Es gibt keinerlei sozial- oder bildungspolitischen Begründungen – erst recht keine pädagogischen –, die das Ansinnen der Landesregierung rechtfertigen würden. Dass formale Aspekte vor der inhaltlichen Zielsetzung des Gesetzes Vorrang haben sollen, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Ich fasse zusammen. Meine Damen und Herren, das Gesetz ist nicht modern, sondern in der inhaltlichen Ausgestaltung rückwärts gewandt. Das Gesetz verhindert Planungssicherheit und Verlässlichkeit für die Träger der außerschulischen Jugendbildung. Das Gesetz missachtet 25 Jahre erbrachte Leistungen und Erfolge in der außerschulischen Jugendbildung in den von mir genannten Städten, und das Gesetz geht zulasten einer Gruppe von Jugendlichen, die zwar in § 1 des Entwurfs noch am Rande erwähnt wird, die aber nicht den gebotenen Stellenwert erhält, nämlich der Gruppe der benachteiligten jungen Menschen. Aus den genannten Gründen lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Eckhardt. – Herr Bellino, Sie haben als Nächster das Wort. Als Redezeit sind zehn Minuten verbiligt.

#### **Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Entgegen dem Schlusssatz meiner Vorrednerin bin ich der Meinung, dass das Jugendbildungsförderungsgesetz nicht nur modern ist, sondern dass es auch einer der Leuchttürme ist, die wir im Bereich der Jugendpolitik haben.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Vor lauter Leuchttürmen sieht man das Licht gar nicht mehr! – Heinrich Heide (FDP): Kerzenschein! – Zuruf von der SPD: Rote Laterne! – Reinhard Kahl (SPD): Hier fehlt es wieder an Strom!)

– Bleiben Sie doch ruhig; ich will es Ihnen ja erklären.

Wir waren vielleicht bei unterschiedlichen Anhörungen und haben vielleicht auch unterschiedlich intensiv zugehört. Aber wir hätten doch gemeinsam vernehmen müssen, dass zahlreiche Bundesländer und vor allen Dingen die Landesverbände von Jugendlichen neidisch nach Hessen schauen, wenn sie sehen, wie hier die außerschulische Jugendbildung – nicht nur durch ein Gesetz, sondern auch mit 6 Millionen € – unterstützt wird. Das ist in der Bundesrepublik Deutschland in der Tat einzigartig. Das haben wir auch gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nicht nur aus diesem Grund ziehen wir eine positive Bilanz aus dem bisherigen Gesetzgebungsverfahren und der bereits angesprochenen Anhörung. Wir hörten doch eine große Anzahl positiver Wortmeldungen.

Die Wortmeldungen waren positiv zur Öffnung für zusätzliche Bildungsträger im Bereich der freien Träger mit dem pädagogischen Personal und Übernachtungsmöglichkeiten oder ergänzenden Angeboten. Dabei wird es bei denen, die ergänzende Angebote liefern und deshalb nicht ausgeschlossen werden sollen, auch bleiben.

Sie waren positiv bezüglich der Beibehaltung des Gesetzes im Allgemeinen und der damit verbundenen Förderung; ich habe das ja bereits in meinem Eingangsstatement deutlich gemacht.

Sie waren auch positiv bezüglich der Beibehaltung der selbstständigen Verteilung der zugeteilten Geldmittel innerhalb der einzelnen Trägergruppen, um einleitend nur einige der Aussagen anzuführen.

Daher ist es – ich wiederhole mich hier gern – ein hessisches Erfolgsmodell, wenn Ihnen das besser gefällt, ein Erfolgsmodell, welches die wertvolle Arbeit vieler Bildungsreferenten, über das ganze Land verteilt, ermöglicht, welches dafür sorgt, dass die Qualität der außerschulischen Bildung erhalten und weiter ausgedehnt werden kann, und die mit dafür verantwortlich ist, dass unsere Jugend zukunftsgerichtet orientiert wird, auch außerhalb der so genannten schulischen Bildung.

Außerschulische Jugendbildung, meine sehr geehrten Damen und Herren, soll jungen Menschen Wissen vermitteln, Urteilsbildung ermöglichen und zur Mitwirkung anregen. Ich denke, da sind wir uns alle einig. Sie soll Verständnis für politische Sachverhalte schärfen, soll einen Beitrag zur Konsensbildung liefern und soll die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit ermöglichen. Diese Ziele – viele sprechen auch von Kernzielen – sind unseres Erachtens durch die vorgelegte Version der Abs. 1 und 2 von § 1 vollinhaltlich abgedeckt. Deshalb lehnen wir auch die diesbezüglichen Änderungsanträge der SPD und der GRÜNEN ab.

Wir setzen auf die Kooperation verschiedener Bildungseinrichtungen, wollen aber nicht alles dem Bildungswesen zuordnen. Denn eine solche Art der Zuordnung könnte auch leicht zu einer Unterordnung werden. Wir halten es auch nicht für sinnvoll, einzelne Themenfelder herauszugreifen und einzelne Themenfelder politischer Art im Gesetzestext zu verankern, wie das von dem einen oder anderen gefordert wird. Wir wollen die jetzigen und die zukünftigen Träger eben nicht einengen; wir wollen, dass die Träger ihr Selbstbestimmungsrecht behalten.

Wir stehen nach wie vor – darauf hat die Vorrednerin ja auch hingewiesen – zur Öffnung des Gesetzes für neue Träger; denn wir wollen mehr Pluralität im Angebot. Wir wollen mehr Wettbewerb, und wir wollen mehr Flexibilität, um dadurch zusätzliche Qualitätsimpulse bei denen auszulösen, die sich künftig vielleicht auch neu um die außerschulische Jugendbildung kümmern oder hier eine entsprechende Förderung beantragen. Deshalb auch die entsprechende Öffnungsklausel in dem Gesetz für freie Träger oder für solche, die ein ergänzendes Angebot bereithalten.

Wir sind auch für die sinnvolle Verankerung von Kriterien für das Anerkennungsverfahren im Bereich der Verordnung. Wir haben uns hier in erster Linie mit den Ideen der FDP – sie basieren ja auf zahlreichen Wortmeldungen in der Anhörung – auseinandergesetzt und sind schon der Meinung, dass sowohl der Ersatz der Mindestteilnehmerquote, beispielsweise durch 10.000 Teilnehmerstunden, als auch das Kriterium, dass sich ein Träger, der anerkannt werden will, schon mindestens drei Jahre in der außerschulischen Jugendbildung betätigt haben soll, angeführt werden können, und wollen dies in der Verordnung deklariert wissen – auch deshalb, weil wir erst einmal sehen wollen, wer sich bewirbt und mit welchen Qualitäts- und Quantitätsmerkmalen er sich bewirbt, um die Erfahrung, die wir dann gemeinsam sammeln können, entsprechend

schneller antizipieren zu können, als wenn es im Gesetz festgeschrieben ist.

In der Verordnung sollte auch geregelt werden, dass die Arbeitsgemeinschaften der Trägergruppen keine zusätzlichen Hürden – keine Hürden, die über das hinausgehen, was im Gesetz vorgeschrieben ist – aufbauen dürfen, wie das ein Landrat in der Anhörung sehr eindrucksvoll geschildert hat.

Außerdem sollte die Verordnung – damit schließe ich den Bereich mit der Verordnung ab, da sie heute zwar zur Diskussion, aber nicht zur Abstimmung steht – auch regeln, dass die örtlichen Träger der Jugendhilfe geeignete Dritte beauftragen können, wenn es darum geht, die Arbeit im Bereich der außerschulischen Jugendbildung zu delegieren. Geeignete Dritte wären beispielsweise die Kreisjugendringe, wenn sie sich in dem betreffenden Landkreis entsprechend aufgestellt haben.

Die sukzessive Kürzung der Mittel für die vier kreisangehörigen Kommunen werden wir nicht zurücknehmen, da wir der Meinung sind, dass diese Förderung – nicht das Angebot, sondern die Förderung – nicht mehr zeitgemäß ist. Sie ist eventuell sogar systemwidrig. Auf alle Fälle ist sie aber eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Kommunen, gegenüber den Kommunen, die eben nichts bekommen. Warum sollen vier Kommunen etwas bekommen und Hunderte nicht? Dies ist allenfalls historisch bedingt oder historisch zu begründen. Dies wollen wir aber durch das Gesetz jetzt ändern. Sie wissen alle, dass das KJHG den örtlichen Jugendämtern die Verantwortung für die außerschulische Jugendbildung zuweist. Daher ist die Unterstützung der vier kreisangehörigen Gemeinden nicht mehr zeitgemäß.

Wir stehen zu der 80-prozentigen Höchstförderquote, die das Gesetz vorgibt, gerade weil das KJHG die Verantwortung klärt. Wir meinen, eine 100-prozentige Förderung steht dem entgegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das neue JBFG steht für Öffnung, für Pluralität und vor allen Dingen auch für mehr Wettbewerb. Wir gehen davon aus, dass die zu erarbeitende Verordnung einen fairen, transparenten, objektiven und nachprüfbareren Kriterienkatalog für die Trägeranerkennung liefert. Daher werden wir dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Form zustimmen und sind sicher, dass das Zusammenspiel des Gesetzes und der zu erarbeitenden Verordnung dafür sorgt, dass auch in Zukunft andere Landesverbände etwas neidisch nach Hessen blicken werden, da hier eine außerschulische Jugendbildung unterstützt wird, wie dies in anderen Bundesländern eben nicht der Fall ist. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Bellino. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Herr Bocklet zu Wort gemeldet.

#### **Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute beginnen wir mit der zweiten und vermutlich letzten Runde der Beratung über das Jugendbildungsförderungsgesetz. Wir haben schon in der ersten Runde bemängelt, dass die politischen und emanzipatorischen Inhalte in den §§ 1 und 2 abgeschwächt wurden. Das haben wir schon in der ersten Lesung erwähnt. Wir haben auch

schon angeführt, dass der bisherige Rechtsanspruch auf Förderung durch Landesmittel im Gesetzentwurf nicht mehr enthalten ist. Insofern sind eine Rechtssicherheit und eine Planungssicherheit für die Akteure und die Träger nicht mehr im bisherigen Maß gewährleistet.

Das kritisieren wir. Wir haben auch einen umfangreichen Änderungsantrag eingereicht.

Ich will gern noch einmal unterstreichen, Frau Kollegin Eckhardt, dass wir uns ähnlich wie in Baden-Württemberg einen „Türöffner“ für das bisherige klassische Bildungssystem, nämlich die Schulen, wünschen würden. Wir haben das in unserem Änderungsantrag so formuliert: Die außerschulische Jugendbildung ist ein eigenständiger und gleichberechtigter Teil des gesamten Bildungswesens,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der nach Meinung der GRÜNEN durchaus auch signalisiert: Außerschulische Jugendbildung ist eben nicht nur Freizeit, wie es einst in einer Presseerklärung von Herrn Bellino hieß, sondern tatsächlich ein wichtiger Bestandteil der Bildung.

Lassen Sie mich zu einem sehr kritischen Teil kommen, den wir bisher nach meiner Auffassung zu wenig beleuchtet haben. Ich meine die Förderung und die Frage, wie die Ansprüche, die an den Gesetzentwurf gestellt werden, tatsächlich Realität werden. Ich darf aus der Presseerklärung der Ministerin vom 11. Oktober zitieren:

Die Landesregierung modernisiert das Jugendbildungsförderungsgesetz, damit auch neue Träger in Hessen gefördert werden können.

Lassen Sie uns diese Aussage überprüfen, lassen Sie uns prüfen, ob der Gesetzentwurf realitätstauglich ist. Am 10. November fand eine Anhörung statt. Wir haben erfahren, es gibt einen neuen Träger, der beantragt hat, anerkannt zu werden. Auch hier darf ich aus dem Protokoll zitieren:

Das ist für eine Einrichtung unserer Art, die mit dem Format mehrtägiger Seminare in der Jugendbildung arbeitet, völlig illusorisch. Das ist nicht erreichbar. Insofern muss man über die Zahlen der Kriterien zur Förderung der neuen Träger nachdenken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

„Ich halte diese Zahlen“, so fährt Herr Widmaier vom Haus am Maiberg fort, „für völlig illusorisch und jenseits der Realität.“ Ihr Anspruch, dieses Gesetz zu öffnen, halte ich an diesem Punkt für verfehlt. Sie werden es zwar auf dem Papier öffnen, aber die Kriterien führen in der Realität dazu, dass keine neuen Träger gefördert werden können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt komme ich zu einem anderen Punkt. In Ihrer Presseerklärung vom 11. Oktober schreiben Sie: „Wir achten die Selbstständigkeit und das spezifische Profil der Träger.“ Jetzt komme ich zu einem Punkt, der sich erst in der ersten Lesung und in der Anhörung in seiner Dramatik entwickelt hat. Ich glaube, dass die Förderkriterien, die auf 250 Teilnehmer bei 1.500 Teilnehmertagen verschlimmbessert wurden, dazu führen, dass kleine Träger sterben. Dazu darf ich die Presseerklärung von pro familia vom 13. Dezember zitieren:

Wenn die quantitativen Vorgaben der Landesregierung zum neuen Jugendbildungsförderungsgesetz so, wie sie in der Anhörung des Sozialpolitischen Ausschusses dargestellt wurden, als Rechtsverordnungsentwurf beschlossen werden, müssen wir das Bildungswerk schließen.

Ich halte das für fatal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Pro familia erwähnt in der Presseerklärung, dass dieses Bildungswerk bereits im Jahre 2003 eine Zuschusskürzung um 100 % zu verkräften hatte, nämlich bei der Landesgeschäftsstelle von pro familia, und sie das kleine Flämmchen mühselig am Brennen hielten, neue Konzepte zu entwickeln versuchten und ein weiteres Mal feststellen mussten, es wird nachgetreten. Pro familia ist offensichtlich keine von der Landesregierung gewollte Organisation. Es wird anscheinend alles darangesetzt, dass dieser Institution das Lämpchen ausgeblasen wird. Das verurteilen wir aufs Schärfste.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das Bildungswerk von pro familia wird es dann bald nicht mehr geben. Das ist also davon zu halten, wenn die Sozialministerin sagt, die Landesregierung achte die Selbstständigkeit und das spezifische Profil der Träger. Wir kennen dieses Problem auch von der LAG „Soziale Brennpunkte“. Vielleicht erinnern Sie sich an den Namen. Auch da schien es so gewesen zu sein, dass ein Träger politisch nicht gewollt war und man alles daransetzte, seine Existenz zu beenden. Das verurteilen wir entschieden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Halten wir fest: Eine Öffnung wird zwar prognostiziert, sie wird aber nicht realitätstauglich sein. Bestehende Träger sind in ihrer Existenz bedroht und werden wahrscheinlich nicht weiter bestehen können. Ich halte zweitens fest: Zwei der Kriterien haben den Realitätstest nicht bestanden. Drittens. Politisch-emanzipatorische Ansprüche sind abgeschwächt worden. Viertens. Die finanzielle Rechtssicherheit der Träger gibt es künftig nicht mehr.

Ich kann für meine Fraktion nur resümieren, dass das Gesetz, das unter Rot-Grün in den Jahren 1997/98 novelliert wurde, verschlechtert werden soll. Das ist kein gutes Zeichen für die außerschulische Jugendbildung. Meine Fraktion wird diesen Gesetzentwurf deshalb ablehnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Das Wort hat Herr Abg. Rentsch für die FDP-Fraktion.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Bocklet, ich teile Ihre Auffassung nicht unbedingt, dass das Gesetz verschlechtert wird. Es gibt Kritikpunkte, die wir schon relativ umfangreich diskutiert haben. Das Gesetz wird aber den freien Trägern das erste Mal die Möglichkeit geben, überhaupt an der außerschulischen Jugendbildung zu partizipieren. Das halten wir als

freie Demokraten für richtig. Der richtige Schritt ist, dass die Landesregierung hier eine Öffnung vornimmt.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion hat zu genau dieser Frage einen Änderungsantrag vorgelegt. Wir wollen eine Neufassung des § 8, in dem es darum geht, wie die freien Träger in den Genuss der zur Verfügung stehenden Mittel kommen können, wie sie an der außerschulischen Jugendbildung partizipieren können. Wir wollen, dass die Schwellen, die die Landesregierung gesetzt hat und in einer Verordnung regeln will, gesenkt werden. Wir haben das entsprechend formuliert. Der Kollege Bellino ist darauf eingegangen. Wir freuen uns, dass die Landesregierung unseren Vorschlag als richtig erachtet.

Frau Ministerin, ich finde es allerdings schade, dass die Landesregierung das in einer Verordnung und nicht im Gesetz regeln will.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde das aus einem ganz einfachen Grund schade. Wesentliche Bestimmungen, so die Theorie, sollen im Gesetz und nicht in einer Verordnung geregelt werden.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens. Der Respekt vor dem Parlament gebietet es, dass wesentliche Bestimmungen nicht von der Exekutive, sondern von der Legislative beschlossen werden. Zweitens. Es ist auch eine Frage der Kontrolle durch das Parlament, dass solche Bestimmungen nicht durch die Exekutive erlassen werden. Aus diesem Grunde würden wir uns freuen, wenn Sie diesem Vorschlag folgen würden. Ich glaube, Sie vergeben sich nichts. Es wäre auch guter Stil, das so zu machen. Insofern wollen wir diesen Vorstoß noch einmal unternehmen, um Sie vielleicht zu überzeugen. Mittlerweile merke ich aber, dass unser Vorstoß wahrscheinlich nicht von Erfolg gekrönt sein wird.

Zweitens. Wir wollen im Rahmen der Novellierung eine Neufassung des § 1 erreichen. Wir wollen das aus folgendem Grund: Wir sind der Auffassung, dass die Kritik, die von der Kollegin Eckhardt und vom Kollegen Bocklet hier vorgetragen worden ist, richtig ist. Die Kritik an der von Ihnen vorgeschlagenen Änderung bei § 1 bezieht sich darauf, dass er in der vorgeschlagenen Fassung relativ rückwärts gewandt formuliert ist. Ich zitiere aus § 1 des Gesetzentwurfs:

Sie unterstützt junge Menschen, Werte zu erkennen, zu achten und zu leben. Sie trägt dazu bei, junge Menschen auf ihr Leben in Gesellschaft und Beruf sowie Partnerschaft, Ehe und Familie vorzubereiten.

Wie und in welcher Form junge Menschen ihr Leben gestalten, ob in einer Ehe oder in einer anderen Konstellation, wollen wir gern den jungen Menschen überlassen. An der Stelle sollte sich der Staat heraushalten, Frau Ministerin. Das Gleiche gilt für die außerschulische Jugendbildung.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Der Vorschlag, der sowohl von den GRÜNEN als auch von der SPD gemacht worden ist, ist unserer Meinung nach sinnvoll. – Der Kollege Heidel ist von meinen Äußerungen überzeugt, was mich freut. Herr Kollege Heidel, es geht nicht darum, dass wir gegen Ehe und Familie sind, aber wir sind der Auffassung, dass der Staat an der Stelle

nicht unbedingt regulativ eingreifen muss. Das kann er den Menschen überlassen.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Ich werbe sehr für Ehe und Familie, aber in der außerschulischen Jugendbildung hat das als Zielformulierung meines Erachtens nicht unbedingt etwas zu suchen, Frau Ministerin.

(Zuruf der Ministerin Silke Lautenschläger)

Deshalb ist der Vorschlag der Kollegin Eckhardt und des Kollegen Bocklet auf jeden Fall eine gute Möglichkeit, hier einen anderen Weg zu gehen. Die Formulierung in dem Gesetzentwurf halten wir für relativ rückwärts gewandt.

Der nächste Punkt betrifft die Qualitätskontrolle. Wir haben in der Anhörung von Trägern, die schon lange im Bereich der Jugendbildung tätig sind, und von Trägern, die jetzt aktiv werden wollen, verschiedene Situationen geschildert bekommen. Sie sagen, dass es auch um Bildung gehen muss, denn es heißt „außerschulische Jugendbildung“, nicht „Jugendsozialarbeit“. Ich will das hier noch einmal erwähnen, weil die Mittel für diesen Bereich nicht dafür gedacht sind, die Jugendsozialarbeit zu substituieren. In der Jugendsozialarbeit wird zwar eine ganz wichtige Arbeit geleistet, aber die Mittel für die außerschulische Jugendbildung dürfen nur für diesen Bereich verwandt werden. Es geht hier um außerschulische Jugendbildung, nicht um Jugendsozialarbeit. Die Jugendsozialarbeit ist grundsätzlich eine Aufgabe der kommunalen Träger.

(Beifall bei der FDP)

Frau Ministerin, deshalb stellt sich für uns die Frage – das haben wir von einem Träger ganz konkret vorgetragen bekommen –, wie wir in Zukunft sicherstellen wollen, dass die Frage der quantitativen und qualitativen Kontrolle sichergestellt wird. Wir wollen, dass die Mittel für diesen Bereich so eingesetzt werden, wie es im Gesetz vorgesehen ist. Das ist nur recht und billig. Es muss das gemacht werden, was im Gesetz steht. Das ist in der Vergangenheit aber nicht immer der Fall gewesen. Ich denke, hier hat das Ministerium eine große Aufgabe, nämlich sicherzustellen, dass Projekte der außerschulischen Jugendbildung diesen Namen auch wirklich verdienen. Deshalb sind Qualitätskontrollen notwendig und wichtig. Wir erwarten, dass sie entsprechend durchgeführt werden.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP könnte sich mit dem Gesetzentwurf grundsätzlich anfreunden. Das will ich nicht verschweigen. Als konstruktive Opposition können wir das so akzeptieren.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr seid auf Kuschelkurs!)

– Ich habe „konstruktiv“ gesagt, Frau Kollegin Sorge. – Wir halten den Gesetzentwurf aber an den Punkten für schlecht, die ich eben genannt habe. Falls wir eine Änderung hinbekommen, könnten wir uns zu einer Zustimmung durchringen. Ansonsten werden wir uns bei der Abstimmung über den vorgelegten Gesetzentwurf enthalten.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Rentsch. – Für die Landesregierung hat sich Frau Staatsministerin Lautenschläger zu Wort gemeldet. Bitte, Frau Ministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Her Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Änderungsvorschläge und die Anhörungen zum Gesetzentwurf haben eigentlich sehr deutlich gemacht, dass ein Modernisierungsbedarf beim Jugendbildungsförderungsgesetz besteht.

Herr Kollege Rentsch, ich fange gern bei Ihrem letzten Punkt an. Sie haben gesagt, Sie seien mit § 1 des Gesetzentwurfs nicht einverstanden, das sei ein rückwärts gewandt formulierter Paragraph. Ich finde diese Einschätzung zwar interessant, aber leider nicht zutreffend, denn Sie sollten im Gesetzestext weiterlesen. Sie haben nur die ersten beiden Sätze des § 1 Abs. 1 zitiert. Ich möchte gern zitieren, wie es dort weitergeht:

Außerschulische Jugendbildung soll junge Menschen in die Lage versetzen, ihre persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen wahrzunehmen und an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens mitzuwirken. Sie wirkt auch auf den Abbau von gesellschaftlichen Benachteiligungen hin und befähigt zu Eigenverantwortung, Eigeninitiative und gemeinsamem Engagement.

Sehr geehrter Herr Kollege Rentsch, das ist weitaus mehr als die Vorbereitung auf Ehe und Familie, obwohl auch das ein Teil der gesellschaftlichen Aufgaben und der Jugendbildung ist. Es geht aber eben um deutlich mehr. Wenn man schon zitiert, dann sollte man wenigstens vollständig zitieren.

(Florian Rentsch (FDP): So viel Zeit hatte ich nicht!)

Ganz spannend wird es, wenn Sie zusätzlich noch Abs. 2 lesen. Denn dort wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass auch die Gleichstellung von Mädchen und Jungen eine ganz wichtige Rolle spielt, ein Leitprinzip ist. Gerade in der Jugendbildung sollen junge Menschen befähigt werden, diese Verantwortung tatsächlich so zu tragen und zu leben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Modernisierung dieses Gesetzes geht einher, dass wir natürlich geprüft haben, ob der alte Paragraph noch passt, dem die SPD nachhängt und der eher aus dem Siebzigerjahren stammt und eben nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung steht, wie junge Menschen im gesellschaftlichen Leben begleitet werden. Wir halten es für den richtigen Weg, das zu modernisieren.

Herr Bocklet, Sie haben hier einen anderen Wunsch vortragen und gesagt, das müsse noch enger mit dem Bildungswesen verzahnt werden. Sicher ist das eine Möglichkeit. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier geht es ausdrücklich um außerschulische Jugendbildung, die von freien Trägern wahrgenommen werden soll. Unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität ist es uns sehr wichtig, dass die freien Träger entscheiden können, wie sie es machen. Möglicherweise arbeiten sie manchmal stärker mit Schulen zusammen. In der Anhörung wurde aber deutlich, dass sie sehr großen Wert darauf legen, als freie Träger außerschulische Jugendbildung zu machen und nicht in Schule eingebunden sind, sondern dass sie einen

weiteren Ansatzpunkt haben und weiterverfolgen, der durchaus neben der Schule steht. Das halten wir für richtig und wollen sie darin weiter unterstützen.

Herr Kollege Bellino hat es angesprochen: Die Landesregierung hat es bei diesem Gesetz nicht geändert, dass wir in diesem Jahr einen großen Betrag an Mitteln – immerhin 6,32 Millionen € – für die außerschulische Jugendbildung zur Verfügung gestellt haben. Daran wurden 35 öffentliche und 29 dem Jugendverbandsbereich zugeordnete Träger sowie fünf ergänzende Träger beteiligt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sicher kann man darüber streiten, wie diese Strukturen gewachsen sind: warum es fünf ergänzende Träger gibt, warum es einzelne Kommunen gibt, die eine besondere Förderung erlangt haben. Es geht überhaupt nicht um die Qualität der Arbeit dieser Kommunen, sondern darum, dass wir, wenn wir ein Gesetz erneuern und modernisieren, darauf achten, dass der Grundsatz der Subsidiarität dann auch auf Dauer richtig umgesetzt wird. Das heißt, freie Träger müssen ihre Chance haben, und auf der anderen Seite müssen die kommunalen Träger, die Jugendämter, entscheiden, ob sie es selbst machen oder ob sie Aufgaben an freie Träger übertragen. Das ist aus unserer Sicht der richtige Weg, denn das ist gelebte Subsidiarität.

Deswegen haben wir ganz bewusst in einem sehr transparenten Verfahren ganz klar angekündigt, worauf sich Träger einstellen können – dass sie jährlich schauen können, wie wir damit umgehen, dass sie sich in diesen Städten aufbauen können, dass sie beispielsweise mit dem Kreisjugendbildungswerk zusammenarbeiten können oder mit freien Trägern, um die Angebote fortzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube schon, es gehört dann zur Ehrlichkeit dazu, dass wir Ihnen diese Verordnung wegen der Transparenz des Verfahrens bewusst von Anfang an zur Verfügung gestellt haben. Wir sagen aber auch, wir brauchen in der außerschulischen Jugendbildung Qualitätskriterien. 6 Millionen € sind kein Pappenstiel, und man kann nicht einfach sagen, die verteilen wir irgendwie. Deswegen haben wir sehr bewusst gesagt, wir müssen dort Qualitätskriterien anlegen.

Herr Kollege Rentsch, Sie haben einige Qualitätskriterien angesprochen. Mit denen stimmen wir – auch aufgrund der Anhörung, das habe ich im Ausschuss bereits gesagt – in vieler Hinsicht überein. Wir sagen, wir wollen die Kriterien, die wir bisher in die Verordnung aufgenommen hatten, durchaus an den Stellen, die in der Anhörung auch zum Tragen kamen, überdenken und entsprechend ändern. Aber es muss sich am Ende noch um ein Qualitätskriterium handeln und darf nicht – wie das der Herr Kollege Bocklet sagt – komplett heruntergesetzt werden. Es ist schon wichtig, dass wir in der außerschulischen Jugendbildung diese Kriterien anwenden.

Wir können jetzt darüber streiten, ob das in die Verordnung oder in das Gesetz gehört. Das ist ein ganz spannender Punkt. Herr Kollege Bocklet, Sie sagen hier, es gebe überhaupt keine Träger, die neu anerkannt werden wollen, und es würde sich gar nichts ändern.

(Zuruf des Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben auch gesagt, Sie hätten – wenn überhaupt – nur einen Träger, der möglicherweise anerkannt sein will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, genau deswegen werden wir Anerkennungskriterien in die Verordnung schreiben und selbstverständlich – wie sich das ge-

hört – überprüfen, ob die erfüllt werden können, wie damit umgegangen wird, ob sie die richtige Messlatte sind. Und falls wir eine falsche Messlatte auflegen, werden wir das im nächsten Ordnungsverfahren anpassen.

Aber wir gehen davon aus, dass die Anhörung sehr deutlich gemacht hat, dass neue Träger dazukommen können, wenn sie die Kriterien erfüllen. Das ist nun einmal eine Grundvoraussetzung dafür, dass Träger dort tatsächlich mitmachen können.

Es geht dann darum, dass wir Qualität haben, dass freie Träger mit dabei sind und dass die Kommunen auch in Zukunft klar entscheiden sollen, was sie selbst machen oder was sie an die freien Träger übertragen. Ich wünsche mir, dass viele in diesem Bereich klar sagen: Der Grundsatz der Subsidiarität wird auch bei uns als Kommune groß geschrieben, und wir arbeiten in der außerschulischen Jugendbildung mit freien Trägern zusammen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Gesetz verfolgt hier einen richtigen Ansatz. Wir werden die Anerkennungsverfahren in der Verordnung so abändern, dass sowohl das Qualitätskriterium eine Rolle spielt wie selbstverständlich auch die Erreichbarkeit und die Möglichkeit, dass Jugendliche daran teilnehmen können. Es darf aber nicht so sein, dass es am Schluss nur einem kleinen Kreis möglich ist, außerschulische Jugendbildung anzubieten. Denn dies ist eine Aufgabe, die von Trägern auch landesweit erfüllt werden muss. Jugendlichen muss ein breites Angebot gemacht werden, und sie müssen in ausreichender Zahl erreicht werden. Das ist die Grundvoraussetzung, das hat die Anhörung auch bestätigt.

Deswegen gehen wir mit diesem Gesetz einen richtigen Weg. Wir modernisieren und schaffen in Zukunft auch Sicherheit für die Träger in der hessischen außerschulischen Jugendbildung, mit uns als Partner zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Frau Staatsministerin. – Herr Bocklet, Sie haben das Wort zu einer Kurzintervention.

#### **Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, Ihr letzter Satz war – Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Aloys Lenz (CDU): Andersherum: „Herr Präsident! Frau Ministerin!“)

– So herum, genau so war es, deswegen.

Frau Ministerin, Sie sprechen von Sicherheit für die Träger. Die Träger der kommunalen Jugendbildungswerke und des Hessischen Jugendringes sind durch die neuen Qualitätskriterien ausgeschlossen. Es geht um die Frage der neuen, der sonstigen Träger. Diese Träger haben ein Budget von 316.000 €. Jeder neue Träger, der in diese Förderung hineinkommt, ohne dass das Budget anwächst, gefährdet die Existenz bestehender Träger. So viel muss man doch verstehen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Als GRÜNEN-Fraktion sagen wir Ihnen: Es ist völlig klar, wir wollen eine Öffnung auch für andere Träger, wir wollen auch Qualitätskriterien. Aber wenn man hier öff-

net und Qualitätskriterien aufnimmt, dann müssen die auch so gefasst sein, dass neue Träger anerkannt werden können und diese nicht von vornherein sagen – wie in diesem einen Beispiel aufgeführt –: Diese Kriterien können wir nicht erfüllen, wir werden nach Ihrer Rechtsverordnung so keine Förderung von Ihnen bekommen.

Vor allen Dingen darf es nicht so sein, dass bestehende Träger wie pro familia

(Zuruf der Ministerin Silke Lautenschläger)

– bitte? – nicht sagen: So, wie diese Verordnung auf dem Tisch liegt, werden wir schließen müssen. – So, wie diese Kriterien sind, wird pro familia schließen müssen. Sie können doch nicht davon reden, es gäbe eine Bestandssicherheit für die Träger. Die gibt es so nicht für die LAG „Soziale Brennpunkte“ und nicht für pro familia.

Sie sagen, die neuen Träger stünden in Masse Schlange. Das wünsche ich mir. Aber sagen Sie diesen Trägern doch, woher das Geld kommen soll – bei einem Ansatz von 300.000 € ist es momentan gar nicht vorhanden. Das, was Sie bei den vielen Sonderstatusstädten abstecken wollen – diese Gelder stehen erst 2010 zur Verfügung. Von 2006 bis 2010 sind es vier Jahre. So lange fragen wir uns, wie dieses Gesetz für neue Träger geöffnet werden soll, wenn nicht genügend Geld da ist. Oder aber man killt andere, bestehende. Das wollen wir GRÜNE nicht, und genau deshalb – Frau Lautenschläger – erfüllen Sie Ihre eigenen Ansprüche nicht. Das können Sie nur jemandem erzählen, der sich als Träger noch niemals dort informiert hat. – Danke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke schön.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Aussprache zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Jugendbildungsförderungsgesetz in zweiter Lesung.

Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, diesen Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich? – Die Fraktion der FDP.

Damit ist dieser Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen und wird zum Gesetz.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 62** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen, dem Land Niedersachsen und dem Land Sachsen-Anhalt über die Errichtung der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (NW-FVA) – Drucks. 16/4953 zu Drucks. 16/4881 –**

Berichtersteller ist Herr Grumbach. – Bitte schön, ich teile Ihnen dann auch gleich das Wort. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion.

**Gernot Grumbach, Berichterstatter:**

Der Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz in der 86. Plenarsitzung am 13. Dezember 2005 überwiesen worden.

Der Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat sich in seiner Sitzung am gleichen Tag mit dem Gesetzentwurf befasst und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD die eben genannte Beschlussempfehlung an das Plenum ausgesprochen.

So weit die Berichterstattung.

(Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

**Gernot Grumbach (SPD):**

Ich will meinen Redebeitrag auf zwei Sätze beschränken. Vor genau zwei Tagen habe ich hier erklärt, dass dieser Gesetzentwurf und der ihm zugrunde liegende Staatsvertrag einer geordneten, vernünftig funktionierenden modernen Verwaltung nicht entspricht. Deswegen wir die SPD-Fraktion ihn weiterhin ablehnen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Häusling für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stimmen dem Staatsvertrag und der Fusion zur Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU: Ui!)

Es ist nicht so, dass wir uns nicht damit befasst hätten. Wir haben uns sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt. Wir hatten dazu auch einen Dringlichen Berichts Antrag. Wir haben diesen Prozess auch sehr kritisch begleitet, da es sehr wohl Bedenken gab, diese Fusion so zu machen – gerade vonseiten der Personalvertretung. Nachdem die Bedenken der Personalvertretung ausgeräumt sind und der Personalrat dieser Fusion zustimmt, sind auch unsere Bedenken im Wesentlichen ausgeräumt.

Es ist sicherlich sinnvoll, in Zukunft für diesen Bereich Synergieeffekte zu nutzen und die Kapazitäten in diesem Bereich zu bündeln, um der in Zukunft wachsenden Bedeutung dieses Bereiches Rechnung zu tragen und die Zukunftsfähigkeit dieser Einrichtungen zu sichern. Wir halten es sogar für einen Vorteil, dass hier drei Länder kooperieren und eine gemeinsame Versuchsanstalt gründen. Denn damit wird dieser Bereich dem alleinigen Zugriff der Landesregierung entzogen, und er kann somit letztendlich auch nicht der Kettensäge von Herrn Dietzel zum Opfer fallen. Insofern ist das eigentlich ein Schutz für diesen Bereich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Forstlichen Versuchsanstalten werden in Zukunft einen hohen Stellenwert haben und Aufgaben von steigender Bedeutung wahrnehmen. Ich habe das letzten Dienstag schon gesagt. Gerade im Bereich Waldschutz gibt es erheblichen Forschungsbedarf. Die Forschungen zu Folgen des Klimawandels erfordern in Zukunft einen erheblichen Aufwand. Die Aufgaben der Forschung im Zusammenhang mit immer häufiger auftretenden Käferkalamitäten erfordern ebenfalls einen hohen Aufwand. Wir hoffen, dass dadurch, dass dort die Kapazitäten gebündelt werden, dieser Bereich auch intensiv angegangen wird.

Wichtig ist, dass der Standort Hannoversch Münden erhalten bleibt und nicht den Sparbemühungen zum Opfer fällt, und dass dieser Bereich weiterhin unter der Leitung von Hessen Forst erhalten bleibt. Das war auch für uns letztlich entscheidend, dem Ganzen zuzustimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss sagen, für uns ist es nicht ganz nachvollziehbar, warum die SPD diesen Punkt ablehnt.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist doch erklärt worden!)

– Ja, mit zwei Sätzen, Herr Kollege Kahl. – Im Ausschuss ist gar nichts dazu gesagt worden, warum das abgelehnt wird. Es gab die Kritik, dass der Steuerungsausschuss ein zu kompliziertes Gremium sei. Wir halten den Steuerungsausschuss in diesem Zusammenhang eigentlich für das den Ansprüchen am besten gerecht werdende Instrument. Ich glaube, es wäre nicht sinnvoll, das alles der Forstverwaltung Niedersachsen zu unterstellen. Insofern können wir auch damit leben.

Ich sage aber auch, dass wir den Prozess der Fusion weiterhin sehr kritisch betrachten werden. Sowie es da irgendwelche Schwierigkeiten oder Reibereien gibt, werden wir das zum Thema machen. Wir hoffen, dass die Fusion in dieser Form klappt. Wir hoffen, dass dieser ganze Bereich nicht nur zur Spardose wird, sondern dass damit dem, was wir alle wollen, nämlich die Kapazitäten auszuweiten, Rechnung getragen wird. Insofern stimmen wir dem Ganzen zu und hoffen, dass es ein gutes Ergebnis gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Heidel für die FDP-Fraktion. Heinrich, bitte.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion wird diesem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage das auch ausdrücklich im Namen meines Kollegen Denzin. Denn wir haben uns gerade eben darüber unterhalten, was die Forschung denn beinhalten soll. Wir gehen davon aus, dass es mehr als die die „Drei-K-Forschung“, nämlich Käfer, Kiefer, Klimaforschung, sein wird. Wir erwarten von dieser gemeinsamen Versuchsanstalt mehr Ergebnisse als nur solche in diesen drei Bereichen.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Minister, nachdem nun die Zeitabläufe bei der ersten Lesung schon diskutiert und kritisiert worden sind, will ich nur eines sagen: Wir erwarten natürlich, dass wir im Ausschuss die Arbeit begleitend kontrollieren können und dass dann auch die Jahresabschlüsse zeitgemäß hier in diesem Hause vorgetragen werden. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Kollege Heidel. – Das Wort hat Herr Kollege Otto für die CDU-Fraktion.

**Reinhard Otto (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir hatten ein Problem, einen Lösungsansatz und einen Anspruch. Der Anspruch war: Wir wollten das forstliche Versuchswesen, das wir in Hessen immer auf einem sehr hohen Niveau gehalten haben, auch weiterhin hoch halten. Aber die finanziellen Ressourcen sind halt nicht immer diejenigen, die uns in diesem Bereich das tun lassen, was wir gern möchten. Deshalb lag es auf der Hand, dass die Versuchseinrichtungen von Hessen und Niedersachsen, die nur einen Steinwurf weit auseinander liegen, sich darüber Gedanken machen, wie es weitergehen kann und wie wir effizienter arbeiten können.

Ich denke, es ist nicht mehr zeitgemäß, teure Untersuchungen weiterhin in beiden Ländern durchzuführen und teure Laborkapazitäten vorzuhalten, wie das bisher gemacht wurde. Es ist wesentlich besser, es so zu machen, wie man das in dem Staatsvertrag geregelt hat. Wir haben hier Wege gesucht, wie die Länder, die dies weiterhin nutzen wollen, in einer so genannten Win-Win-Situation am besten durchführen können.

Das Ergebnis ist der Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen, dem Land Niedersachsen und dem Land Sachsen-Anhalt über die Errichtung der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt. Hessen ist mit dem Standort Hannoversch Münden dabei. Das freut mich insbesondere, weil wir dort über Jahrzehnte einen ganz hervorragenden Standort aufgebaut haben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

der jetzt in der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt sein Know-how einbringen kann.

Die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt ist zukunftsfähig und für weitere Bundesländer aufnahmefähig. Synergieeffekte können vollständig genutzt werden. Wir sind sicher, dass die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt alle an sie gestellten Aufgaben erfolgreich erfüllen wird. Die Bedenken der SPD-Fraktion kann ich, wie auch die anderen beteiligten Bundesländer Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, nicht teilen. Die CDU-Fraktion begrüßt uneingeschränkt den Staatsvertrag und wird diesem zustimmen. Sie erwartet, dass der Staatsvertrag die vereinbarten Ziele uneingeschränkt erfüllt. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Kollege Otto. – Das Wort hat Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man den Inhalt dieses Staatsvertrages sieht, erkennt man, so glaube ich, dass es ein zukunftsgerichteter Staatsvertrag ist – gerade für diese forstlichen Versuchsanstalten, die bisher an drei Standorten betrieben wurden. Demnächst werden sie an zwei Standorten betrieben, nämlich in Hannoversch Münden und in Göttingen. Denn der Standort Escherode wird geschlossen. Das gilt vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass vielfach gleiche Arbeit geleistet wurde. Die Unterschiede, was das Klima und den Boden angeht, sind nicht so groß, dass man innerhalb eines Abstandes von 30 km nicht auch gemeinsam zukunftssträchtige Arbeit leisten könnte.

Deswegen auch dieser Vorstoß, den Hessen und Niedersachsen am 15. Dezember 2003 hier vorgeführt und dem sich Sachsen-Anhalt im gleichen Jahr noch angeschlossen hat. Wenn man einmal sieht, dass Niedersachsen bisher auch schon Forschungsarbeiten für Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz geleistet hat, glaube ich, dass wir nach außen feststellen müssen, dass weitere hinzukommen können.

Wenn ich mir die Auswirkung insgesamt einmal ansehe, so stelle ich fest, dass der Aufwand für das Land Hessen von 4,7 auf 3,6 Millionen € je Jahr reduziert wird. Wir sparen also etwa 1,1 Millionen €. Ich denke, wenn man die Ergebnisse insgesamt ansieht, erkennt man, dass mit weniger Geld mindestens gleiche oder sogar bessere Ergebnisse in diesen Bereichen erzielt werden.

Herr Abg. Heidel, es geht natürlich nicht nur um Klimaveränderungen und die Auswirkungen auf den Wald, sondern es geht auch um die Auswirkungen von unterschiedlichen Waldbewirtschaftungen auf Wasser und Boden. Und es geht um den praktischen Forstbetrieb. Das werden wir auch in den nächsten Jahren so weiterführen.

Die Kritik der SPD ist ein bisschen unverständlich, was den Steuerungsausschuss angeht. Aber bitte schön, drei Länderjuristen haben dies hier geprüft. Die Alternative wäre gewesen, wenn ich das richtig verstanden habe, Herr Grumbach, dass wir niedersächsisches Recht hätten anwenden müssen. So wird das Landesrecht von Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt für die jeweils betroffenen Personen gelten.

Ich möchte hier auch noch eindeutig anmerken, dass der Hauptpersonalrat zugestimmt hat. Ich denke, wir haben eine gute Lösung.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Minister Dietzel. – Damit ist die Aussprache beendet. Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen, dem Land Niedersachsen und dem Land Sachsen-Anhalt über die Errichtung der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt in zweiter Lesung in vorliegender Form, Drucks. 16/4953 zu Drucks. 16/4881.

Wer seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP und die GRÜNEN. – Dagegen? – Das sind die Sozialdemokraten. – Damit ist der Gesetzentwurf mit Mehrheit beschlossen und zum Gesetz erhoben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 63** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Land Niedersachsen über die Zugehörigkeit der kammerangehörigen Psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten des Landes Hessen zum Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer im Land Niedersachsen – Drucks. 16/4966 zu Drucks. 16/4880 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Caspar.

(Zuruf)

– Sie haben das nicht verstanden? – Dann liegt das an Ihren Ohren. – Herr Kollege Caspar, bitte.

**Ulrich Caspar, Berichterstatter:**

Ich komme zur allseits beliebten und gewünschten Berichterstattung. Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen. Der Gesetzentwurf war dem Sozialpolitischen Ausschuss in der 86. Plenarsitzung am 13. Dezember 2005 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 13. Dezember 2005 behandelt und ist mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Stimmenthaltung der SPD zu dem genannten Votum gelangt.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herzlichen Dank, Herr Berichterstatter Kollege Caspar. – Es gibt zu diesem Punkt keine Aussprache.

Dann kommen wir sofort zur Abstimmung. Wer diesem Gesetzentwurf der Landesregierung – Herr Kollege Rentsch, hören Sie jetzt zu – für ein Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Land Niedersachsen über die Zugehörigkeit der kammerangehörigen Psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten und der Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -therapeuten des Landes Hessen zum Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer im Land Niedersachsen seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, FDP, GRÜNE. – Dagegen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Sozialdemokraten ist der Gesetzentwurf beschlossen und zum Gesetz erhoben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

**Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes für die hessischen Universitätskliniken und anderen Vorschriften – Drucks. 16/4750 zu Drucks. 16/4672 zu Drucks. 16/4390 –**

15 Minuten Redezeit je Fraktion. Berichterstatterin ist Frau Kollegin Beer.

**Nicola Beer, Berichterstatterin:**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des Änderungsantrages 16/4732 sowie der Nrn. 1, 2, 6 und 7 des Änderungsantrages Drucks. 16/4742 – die sich daraus ergebende Fassung ist Ihnen in der Beschlussempfehlung als Anlage beigefügt worden – in dritter Lesung anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst in der 84. Plenarsitzung am 23. November 2005 nach der zweiten Lesung zur Vorbereitung der dritten Lesung zurücküberwiesen worden. Der Änderungsantrag Drucks. 16/4732 wurde dem Ausschuss vom Präsidenten am 30. November 2005, der Änderungsantrag Drucks. 16/4742 am 1. Dezember 2005 überwiesen.

Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 1. Dezember 2005 behandelt. Hier wurde zunächst der Änderungsantrag der FDP, Drucks. 16/4742, wie folgt beschieden. Die Nrn. 1, 2, 6 und 7 wurden jeweils mit dem Stimmenverhältnis CDU und FDP gegen SPD und GRÜNE angenommen, während die Nrn. 3, 4 und 5 mit dem Stimmenverhältnis CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen FDP abgelehnt wurden.

Anschließend wurde der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucks. 16/4732, mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Letztendlich ist in der Abstimmung über das Gesamtgesetz die eben vorgetragene Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der FDP gefasst worden.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin. – Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Kollegin Sorge, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. 15 Minuten je Fraktion.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Privatisierungsverfahren ist insbesondere in den letzten Tagen von Hektik und Chaos gekennzeichnet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Zeit ist viel zu knapp, und in der Hektik nimmt das Vorgehen der Landesregierung immer absurdere Züge an. Zunächst haben wir nach der zweiten Lesung die Änderungsanträge der CDU auf dem Tisch gehabt. Diese regeln aber bei weitem nicht alles so, wie es der Wissenschaftsrat in der Anhörung als Minimalanforderung formuliert hat.

Sie werden aller Wahrscheinlichkeit nach heute ein Gesetz beschließen, das sogar Ihren eigenen Anforderungen, dass nämlich der Wissenschaftsrat ein positives Votum dazu abgeben soll, nicht genügt. Der Wissenschaftsrat hat nach wie vor noch Änderungswünsche und hat wohl –

glaubt man einer Pressemitteilung der FDP – dafür gesorgt, dass die endgültige Verkaufsentscheidung nun doch in den Januar geschoben wurde. Absurderweise liegt aber auch dieser neue Termin noch vor der Entscheidung des Wissenschaftsrates.

(Frank Gotthardt (CDU): Dann wird die Presseerklärung falsch sein!)

– Nein, die Termine des Wissenschaftsrats sind festgelegt – so ein bescheuerter Zwischenruf –, die liegen Ende Januar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie den Terminkalender des Wissenschaftsrates nicht kennen, müssten Sie vielleicht einmal nachschlagen.

(Frank Gotthardt (CDU): Dann wird die Presseerklärung falsch sein!)

– Nein. Das liegt nicht an der Presseerklärung, Herr Gotthardt. – Zudem haben wir in der Gesetzesberatung, wenn wir das Gesetz heute in der dritten Lesung verabschieden, keine Änderungsmöglichkeit mehr. Allein diese Tatsache widerspricht schon den Wissenschaftsratsanforderungen, die explizit die Möglichkeit einer Gesetzesmodifizierung nach dem Bekanntwerden der Verträge und dann nach dem Votum des Wissenschaftsrates gefordert hat. Für ein gründliches Verfahren wäre es nach der jetzt erfolgten Gesetzesänderung notwendig gewesen, eine weitere Anhörungsrunde der Experten anzuhängen, um zu sehen, ob die Änderungen den Anforderungen auch genügen. An einer ordentlichen Beratung haben Sie aber ganz offensichtlich gar kein Interesse. Das hat schon allein das Hickhack um die Vertraulichkeit der Verträge gezeigt. Herr Corts redete in diesem Verfahren immer wieder von Vertrauen. Er hätte schon alles im Griff, sagte er. Wir müssten ihn doch einfach nur einmal machen lassen.

(Minister Udo Corts: Ja!)

– Nein. Meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte einmal zur Kenntnis: Es ist Aufgabe der Abgeordneten, die Regierung zu kontrollieren. Die Regierung hat Auskunftspflichten gegenüber den Abgeordneten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Nicola Beer (FDP) und Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Abgesehen davon, dass wir hier nur unsere Arbeit tun, verhalten Sie sich doch in vielen Punkten verdächtig und alles andere als kooperativ. Noch bis vorgestern wollten Sie die Verträge – es handelt sich um mindestens einen dicken Aktenordner mit viel Kleingedrucktem – am kommenden Montag im Kabinett beschließen. Wir hätten dann bis zum Haushaltsausschuss am nächsten Morgen um 8 Uhr keine 24 Stunden Zeit gehabt, diese Verträge zu prüfen. Dass Sie hier einen Rückzieher gemacht haben, ist wirklich alles andere als großzügig. Das ist das Mindeste gewesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Als nächster Punkt kommt hinzu, dass Sie hier versuchen, psychischen Druck auf alle Beteiligten aufzubauen. Sie sagen, es gebe eben nur dieses einmalige Zeitfenster. Sie nähren die Mär, dass eine Privatisierung nur jetzt und keine Sekunde später möglich sei. Das ist wirklicher Unfug. Es gibt hier einzig und allein die Eitelkeit des Ministerpräsidenten, wegen dem das Verfahren so holterdiepolder durchgezogen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gebe zu, dass es sich um ein sehr mutiges Projekt handelt. Aber gerade das bedeutet doch nur, es muss umso gründlicher gemacht sein. Auch wenn die ganze Republik wartet, was in Hessen geschieht, dann wartet sie halt eben ein wenig länger.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade weil Hessen eine Vorreiterrolle spielen will, muss dieses komplizierte und auch riskante Verfahren ordentlich und mit Bedacht durchgeführt werden. Meine Damen und Herren, so, wie Sie das machen, ist es aber verantwortungslos.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Informationen, die in den letzten Tagen der Presse zu entnehmen gewesen sind, lassen mich hellhörig werden. Es wird immer deutlicher, dass sich hier eine konkrete Gefahr herauskristallisiert, dass zukünftig nach der Übernahme der Kliniken die Interessen von Medizinkonzernen den Ton angeben. Dass sich dies schon im Vorfeld so stark herauskristallisiert, steigert unsere Befürchtung, dass die Gefahr für die Beeinträchtigung der Freiheit von Forschung und Lehre wirklich groß ist.

Beispielsweise ist einer der Bieter, Helios, jüngst von einem Gesundheitskonzern, Fresenius, übernommen worden, der Produkte im medizinischen Bereich herstellt. Von dem Betrieb Asklepios haben wir erst letzte Woche gelesen, dass er gemeinsam mit der Firma B. Braun, Melsungen, die Klinikübernahme plant. Auch diese stellt medizinische Produkte her.

Hier soll augenscheinlich eine Produktionskette von der Herstellung bis zur Anwendung geschaffen werden, sodass in den Kliniken nur noch die Produkte eines Herstellers zur Anwendung kommen sollen. So kann man sich zwar einen Absatzmarkt sichern, hat aber quasi als Nebenprodukt gleichzeitig ein Universitätsklinikum zur Erforschung neuer, wirtschaftlich lukrativer Produkte an der Hand. Nicht nur die Forschung, sondern auch die Gesundheitsversorgung sind betroffen. Meine Damen und Herren, es darf nicht sein, dass zukünftig das teurere Produkt bei den Kassen abgerechnet wird, weil es aus dem Konzern kommt, dem die Klinik gehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, noch viel weniger darf es sein, dass die Patienten das schlechtere Produkt bekommen, weil das bessere Produkt von einem Konkurrenzunternehmen hergestellt wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das würden die nie machen!)

Eine Privatisierung von Universitätskliniken birgt doch ganz deutlich die Gefahr, dass im Interesse des schnellen wirtschaftlichen Erfolges weniger lukrative Forschungsfelder vernachlässigt oder sogar zurückgedrängt werden.

Der nächste Punkt, der uns hellhörig werden lässt, kam gestern in Form einer „dpa“-Meldung auf den Tisch. Angeblich gab es Änderungen in den Ausschreibungsunterlagen, die explizit auf den Bieter Helios zugeschnitten sein sollen. Das Gerücht besagt, für Helios und seine außerhalb Hessen liegenden Reha-Einrichtungen sei die Bedingung, nur mit hessischen Reha-Einrichtungen zu arbeiten, geändert worden. Das wurde zwar vom Ministerium umgehend dementiert. Dennoch bleiben Fragen offen, die

ich Sie, Herr Corts, dringend auffordere, hier heute vor dem Plenum noch einmal klarzustellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Corts, gab es eine Bestimmung, nach der Universitätskliniken nur an hessische Reha-Kliniken verweisen dürfen? Wir genau lautet diese Bestimmung? Gibt es diese Bestimmung immer noch? Ist diese Bestimmung Teil des Ausschreibungsverfahrens gewesen? Ihre Aussage, dass das kein Kriterium in dem Bieterverfahren gewesen sei, reicht hier meiner Ansicht nach nicht aus. Klären Sie das bitte hier noch deutlich auf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu dem nächsten Punkt. Auch dadurch wurde unser Misstrauen geschürt. Es gibt eine ganzseitige Anzeige der Helios Kliniken GmbH im „Hessen Kurier“, der Zeitung der CDU Hessens. Dies erfolgte in Form eines Interviews. Auch wenn Sie auf eine Kleine Anfrage geantwortet haben, dass das keine Auswirkung auf das Bieterverfahren habe, so ist es doch wirklich nicht weit hergeholt, das mit dem Schwarzgeldskandal der CDU zu assoziieren. Sie haben das Geld für die Zeitung der CDU eingesteckt. Der Anstand hätte aber geboten, diese Anzeige nicht während des laufenden Bieterverfahrens anzunehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich will hier aber nicht einseitig argumentieren. Auch um Asklepios gibt es Gerüchte. Bei der Teilprivatisierung der Landeskliniken in Hamburg hat Asklepios den Zuschlag bekommen. Es hat dort im Bieterverfahren einige Ungeheimheiten gegeben, die dazu geführt haben, dass in Hamburg ein Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde. Bis heute ist das nicht aufgeklärt.

Dabei war auffällig, dass die CDU mit dem Klinikbetreiber Asklepios eng verwohen ist. Der Hamburger Finanzsenator Peiner, der auch Bundesschatzmeister der CDU ist, ist mit dem Mehrheitseigner Broermann gut bekannt. In Hessen kursieren schon seit längerem Gerüchte, die besagen, Roland Koch sei mit dem Geschäftsführer von Asklepios ganz dicke. Die Spendenaffäre ist wirklich noch zu kurz her. Da wird man hellhörig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Horst Klee (CDU): Das ist unglaublich!)

Die hier schon oft genannten Risiken der Privatisierung bestehen nach wie vor. Als Beispiel will ich die Hochschulbauförderung ansprechen. Nach wie vor ist unklar, ob ein privatisiertes Klinikum Anspruch auf eine Förderung nach dem Hochschulbauförderungsgesetz hat. Dass es einen solchen Anspruch hat, ist sogar sehr unwahrscheinlich. Wenn kein Anspruch bestehen würde, dann würden nicht nur für die Zukunft Mittel verloren gehen. Vielmehr könnte die Verpflichtung auf das Land zukommen, Mittel zurückzuzahlen. Allein hier trägt das Land also ein finanzielles Risiko in Höhe von 300 bis 400 Millionen €.

Das muss vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geprüft werden. Für diese Prüfung braucht das Bundesministerium für Bildung und Forschung logischerweise den endgültig mit dem privaten Betreiber geschlossenen Vertrag. Bei dieser Prüfung muss die abschließende Stellungnahme des Wissenschaftsrats einbezogen werden, die erst Mitte bis Ende Januar 2006 vorliegen wird.

Um förderfähig zu sein, ist es dringend erforderlich, dass sich das privat geführte Universitätsklinikum an den Erfordernissen von Forschung und Lehre ausrichtet. Da beißt sich aber die Katze in den Schwanz. Die hierfür notwendigen Änderungen hat der Vertreter des Wissenschaftsrats in der Anhörung benannt. Diese Änderungen müssen zu einem Großteil in das Gesetz aufgenommen werden. Das in die Verträge aufzunehmen reicht rechtlich nicht aus. Die Änderungen, die die CDU-Fraktion vorsieht, genügen dieser Anforderung nicht. So viel ist aus dem Wissenschaftsrat auch schon durchgesickert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein wesentlicher Aspekt dabei ist die Stellung, die die Dekane erhalten. Der Wissenschaftsrat hat deutlich gemacht, dass das der für ihn entscheidende Punkt ist. Unserer Information nach soll es trotz der engen Zusammenarbeit der Landesregierung mit dem Wissenschaftsrat noch zu keiner Einigung gekommen sein.

Eine wesentliche Forderung des Wissenschaftsrats betrifft die Rolle der Dekanin oder des Dekans – je nachdem, wie es dort ist – bei der Geschäftsführung. Hier ist es außerordentlich wichtig, dass die Dekane Stimmrecht haben. Denn sie sollen Garant dafür sein, dass die Interessen der Universität wahrgenommen werden. Ein Vetorecht oder etwas Ähnliches wäre aber für den privaten Betreiber wiederum problematisch. Denn das würde bedeuten, dass die Hochschulen bzw. das Land Einfluss auf die Geschäftsentscheidungen des privat geführten Unternehmens hätten.

Auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung fordert eine Regelung im Gesetz, die sicherstellt, dass der Dekan im Leitungsgremium mit Stimme und dem Recht vertreten ist, Anträge zu stellen. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion sieht aber lediglich vor, dass der Dekan einen Sitz in diesem Gremium und das Recht hat, Anträge zu stellen. Das reicht nicht aus. In diesem Punkt muss der Gesetzentwurf auf jeden Fall noch geändert werden.

Das Ministerium für Bildung und Forschung hat darüber hinaus sogar gefordert, dass Beschlüsse des Leitungsgremiums, die die Belange von Forschung und Lehre betreffen, nur mit Zustimmung des Dekans getroffen werden können. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion sieht zwar jetzt das Recht vor, die Ständige Kommission für Forschung und Lehre und die Schlichtungskommission anrufen zu können. Dies ist aber keineswegs das, was gefordert wurde, nämlich dass die Zustimmung des Dekans erforderlich ist oder dass er sich an der Abstimmung beteiligen kann. Das ist doch der wichtigste Punkt. In den Bereichen, die Forschung und Lehre betreffen, muss die Universität den Ton angeben. Da darf der Klinikbetrieb nicht alles bestimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die CDU-Fraktion hat sich in ihrem Änderungsantrag auch hier auf die Rechtsaufsicht des Ministeriums zurückgezogen. Das reicht aber nicht aus. In der Anhörung wurde sehr deutlich gesagt, dass die Rechtsaufsicht nur bei rechtswidrigen Handlungen greift, dass man sich aber sehr viele Eingriffe in Forschung und Lehre vorstellen kann, die weit unter der Grenze liegen, ab der es rechtswidrig würde. Laut Bundesverfassungsgericht liegt aber schon bei einer Gefährdung der Freiheit der Forschung und der Lehre ein Eingriff in das Grundrecht vor. Das wird durch den vorliegenden Gesetzentwurf nicht gere-

gelt. Das heißt für mich ganz eindeutig: Sollte das, was jetzt vorliegt, Gesetz werden, ist es nicht verfassungsgemäß.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Hier wird wieder eines ganz deutlich: Der Landesregierung geht es gar nicht um die wasserdichte Absicherung der Freiheit der Forschung und der Lehre. Vielmehr macht sie sich im vorausseilenden Gehorsam zum Anwalt des privaten Betreibers, dem in sein an Wirtschaftlichkeit orientierten Arbeiten nicht so sehr hineingeredet werden darf.

Die Freiheit der Forschung und der Lehre ist Ihnen egal. Sie wollen auf Teufel komm raus privatisieren und haben alternative Lösungen für das Betreiben der Universitätsklinik von Anfang an ausgeschlossen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Sorge, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss meiner Rede.

Mittels der Privatisierung wollen Sie die Verantwortung für das Universitätsklinikum in Mittelhessen auf einen privaten Betreiber abschieben. Hierfür nehmen Sie die alle schon oft genannten Risiken in Kauf. Das Parlament soll hier im vorausseilenden Gehorsam abstimmen, obwohl wir alle um das finanzielle Risiko in Milliarden-Euro-Höhe wissen. Wir alle wissen um die Risiken für die Freiheit von Forschung und Lehre. Außerdem soll das Parlament im vorausseilenden Gehorsam abstimmen, bevor der Wissenschaftsrat endgültig entschieden hat und bevor überhaupt darüber entschieden ist, ob dann noch mit Mitteln des Hochschulbaus gefördert werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, das kann doch wirklich nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie das wie die Lemminge mit der Arroganz Ihrer Mehrheit hier beschließen sollten, dann wäre das wirklich im wahrsten Sinne des Wortes ein schwarzer Tag für Hessen.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Sorge, vielen Dank. – Das Wort hat Frau Abg. Oppermann für die CDU-Fraktion.

#### **Anne Oppermann (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 14. Dezember 2004, also genau vor einem Jahr und einem Tag, erklärte Ministerpräsident Roland Koch vor diesem Haus – ich darf zitieren –:

Aus Sicht der Landesregierung wird damit eine zentrale Zukunftsentscheidung getroffen. Wir werden mit dem hochschulmedizinischen Zentrum in Mittelhessen eine Klinik an zwei Standorten haben. Aber es wird ein gemeinsames wissenschaftliches und betriebswirtschaftliches Konzept geben, das dieses hochschulmedizinische Zentrum zu dem fünfgrößten in der Bundesrepublik Deutschland macht: attraktiv für die Wissenschaft und attraktiv für Forschung und Lehre. Zugleich erhält es eine betriebswirtschaftliche Struktur, die sicherstellt, dass wir die Herausforderungen, die in den nächsten Jahren in Form von Krankenversicherungssystemen, Fallpauschalen und DRGs ... auf uns zukommen, bewältigen können. Damit wird die zentrale Funktion, die die Kliniken in Mittelhessen sowohl für die Versorgung der Patienten als auch als Arbeitgeber haben, für die Zukunft gesichert.

Seit etwas mehr als einem Jahr

– so sprach Ministerpräsident Koch –

wird an beiden Standorten diskutiert. Wir haben mit allen Beteiligten über alle denkbaren Konzepte ausführlich diskutiert, sodass kein Argument unerwähnt geblieben ist und alle Aspekte gegeneinander abgewogen und aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden konnten.

So weit wollte ich aus der Rede des Ministerpräsidenten zitieren, die er vor einem Jahr und einem Tag gehalten hat.

Nach zwei Jahren Diskussion werden wir heute den Gesetzentwurf für die hessischen Universitätskliniken in dritter Lesung verabschieden. Die in § 25a vorgesehene materielle Privatisierung ist der Kern dieses Gesetzesvorhabens.

Wir haben viel darüber diskutiert und teilweise heftig gestritten. Das ist in Ordnung. Aber die Menschen vor Ort haben ein Anrecht darauf, dass eine Entscheidung getroffen wird, die sie aus dem Zustand der Ungewissheit befreit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat sie denn da hineingebracht?)

Die Menschen wollen eine Entscheidung haben.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Sie wollen aber keinen Verkauf!)

Ich sagte es bereits: Wir haben lange darüber diskutiert und gestritten. – Am Ende gab es zwei Änderungsanträge zu dem Gesetzesvorhaben. Ein Änderungsantrag stammte von unserer Fraktion, einer von der FDP.

Opposition gehört zur Demokratie. Es gibt zwei Arten der Opposition. Es gibt die konstruktive Opposition. Das machen die Mitglieder der FDP-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Lachen des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Daneben gibt es die primitive Art der Opposition, die von den Mitgliedern der SPD-Fraktion und der Fraktion der GRÜNEN betrieben wird.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine Unverschämtheit!)

Sie haben nicht einen einzigen Änderungsantrag gestellt.

(Michael Siebel (SPD): Was Sie hier vortragen, ist arm! Frau Oppermann, das ist unter Ihrer Würde! Das können Sie besser! Das war so etwas von überflüssig!)

Meine Damen und Herren, wenn es nach Ihnen gegangen wäre, würden sich die hessischen Universitätsklinika ab dem 1. Januar 2006 in einem gesetzlosen Zustand befinden. Denn das geltende Gesetz wird am 31. Dezember 2005 auslaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe)

Wenn es natürlich ein Zeichen von Aktivität ist, sich an der Unterschriftenaktion der WASG zum Volksbegehren gegen die Privatisierung zu beteiligen,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es, mit der PDS zusammen!)

müssten mir die Herren Dr. Spies und Schäfer-Gümbel einmal erklären, warum sie dort mitmachen, wenn sich die Marburger SPD und die Bürgerinitiative „Rettet die Klinika“ dagegen aussprechen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich befürchte, dass Sie das nicht verstehen würden, Frau Oppermann! – Dr. Thomas Spies (SPD): Frau Oppermann, Ihre Interpretation der Wirklichkeit ist, wie immer, großzügig!)

Ich darf aus der „Marburger Neuen Zeitung“ vom 29. Oktober dieses Jahres unter der Überschrift „Volksbegehren ist umstritten“ zitieren:

Getragen wird die Initiative unter anderem von der Linkspartei, von Attac und den Personalräten der Unikliniken. Die Bürgerinitiative „Rettet die Klinika“ und die Marburger SPD sind gegen das Vorhaben. „Rettet die Klinika“ sagt: „Die hat nämlich nach Beratung in mehreren Sitzungen beschlossen, sich nicht an der Initiative Volksbegehren zu beteiligen.“ Marburgs Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) vom Sprecherrat der Bürgerinitiative redet sogar von einem kontraproduktiven Unterfangen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wollten Sie fachlich zu der Sache Stellung nehmen oder die Presse zitieren?)

Weiter sagt er laut Bericht:

Löwer betonte zudem, genau wie die Bürgerinitiative „Rettet die Klinika“ lehne auch die Marburger SPD ein Volksbegehren ab.

Ein paar Tage später war in der „Oberhessischen Presse“ unter der Überschrift „SPD Mittelhessen für Volksbegehren“ zu lesen:

Die SPD Mittelhessen unterstützt das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, die vermittelt eines Volksbegehrens versuchen, ... Dies teilten die Marburger und Gießener Landtagsabgeordneten Dr. Thomas Spies und Thorsten Schäfer-Gümbel am Freitag der OP mit.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wollten Sie auch inhaltlich noch etwas zu den offenen Fragen beitragen?)

Meine Damen und Herren, ich will das alles gar nicht bewerten.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Warum sagen Sie es dann, Frau Oppermann, und reden konsequent an der Sache vorbei?)

Aber ich finde es schon beachtlich, gemeinsame Sache mit der Linkspartei WASG zu machen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das finde ich aber auch!)

Meine Damen und Herren, ich hatte Ihnen in der zweiten Lesung, als ich die dritte beantragt habe, Änderungsanträge versprochen. Hier sind sie nun.

Die erste Änderung betrifft das Betriebsvermögen. Hier wird gesetzlich festgeschrieben, dass vertragliche Regelungen, beispielsweise Erbpachtverträge, zu treffen sind.

Die zweite Regelung betrifft die Beleihung. Hier haben wir die Anregung aus der schriftlichen und mündlichen Anhörung aufgegriffen, insbesondere vom Wissenschaftsrat, dass eine Beleihung erfolgen muss. Sie ist nämlich die zwingende Voraussetzung für die verfassungsrechtlich gebotene Rechtsaufsicht gegenüber dem Klinikum in privater Rechtsform. Hier wird die rechtsaufsichtliche Prüfung geregelt, wenn das Universitätsklinikum in privater Rechtsform seine Pflichten gegenüber den Universitäten verletzt.

(Zuruf von der SPD: Mein Gott, ist das langweilig!)

Eine weitere Anregung des Wissenschaftsrates haben wir aufgegriffen: dass das für die Ausbildung erforderliche Fächerspektrum der klinischen Medizin eine zwingende Strukturvorgabe darstellt.

Eine weitere wichtige Änderung betrifft die Stellung der Dekane. Auch hier haben uns die Anregungen unter anderem des Wissenschaftsrates überzeugt, der in der schriftlichen und mündlichen Anhörung die „gesetzliche Verankerung der stimmberechtigten Mitgliedschaft des Dekans in der Geschäftsführung oder eines wirkungsgleichen Mechanismus, der die Wahrung der Belange von Forschung und Lehre durch den Dekan sichert“, empfohlen hat.

Meine Damen und Herren, die Teilnahme des jeweiligen Dekans an den Sitzungen der Geschäftsleitung mit beratender Stimme und Antragsrecht wird vertraglich sichergestellt. Die Dekane werden darüber hinaus in die Lage versetzt, bei aus ihrer Sicht drohenden Eingriffen in die Freiheit von Forschung und Lehre sowohl die Ständige Kommission für Forschung und Lehre als auch die Schlichtungskommission anzurufen.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Weiterhin haben wir eine Anregung aus der Anhörung aufgegriffen, dass zwischen Land und Erwerber vertragliche Regelungen getroffen werden, die den Betrieb des Universitätsklinikums sowohl hinsichtlich der Belange von Forschung und Lehre als auch der Belange der Krankenversorgung sicherstellen.

Gegenstand dieser Verträge sind insbesondere die Ziele der Zusammenarbeit, die qualitative und strukturelle Ausgestaltung des Versorgungsauftrags, die Strukturentwicklung der Hochschulmedizin, die Zustimmung des Landes zu strukturellen Änderungen des Universitätsklinikums und Verfügungen des Mehrheitsgesellschafters über Anteile der Gesellschaft, die Kapitalausstattung der Gesellschaft, die Sicherung von Beschäftigteninteressen sowie die Regelung des Heimfalls des Universitätsklinikums an das Land bei Insolvenz der Gesellschaft oder des

Mehrheitsgesellschafters oder schwerwiegender, eine Kündigung rechtfertigender Verletzung der vertraglichen Pflichten durch den Mehrheitsgesellschafter.

Wir haben eine weitere Anregung der Personalräte aufgegriffen und eine Änderung bezüglich des Übergangsmandats getroffen. Dies gilt entsprechend für die Jugend- und Ausbildungsvertretung, die Schwerbehindertenvertretung und weitere Interessenvertretungen der Mitarbeiter.

Da das Hessische Gleichberechtigungsgesetz nur für den Bereich der hessischen Landesverwaltung gilt, konnte diese Regelung für die Frauenbeauftragte nicht im Gesetz getroffen werden. Für das gestellte Landespersonal wird es auch nach der Umwandlung in eine GmbH weiter gelten, und für das Personal des Universitätsklinikums in privater Rechtsform wird die Bestellung einer Frauenbeauftragten vertraglich vereinbart.

Meine Damen und Herren, ich komme auf die Rede des Herrn Ministerpräsidenten im Dezember vorigen Jahres zurück. Von der Beschäftigungsgarantie bis 2010 über Investitionen an beiden Standorten bis zu dem Medizinkonzept, der so genannten „Quertapete“, ist alles vertraglich geregelt.

(Gerhard Bökel (SPD): Kennen Sie den Vertrag schon?)

Sie von der Opposition, SPD und GRÜNE, haben doch in die Vertragsentwürfe hineingeschaut und wissen, was darin steht. Da muss ich Ihnen ehrlich sagen, selbst wenn ich Sie mit diesem Wort jetzt wahrscheinlich wieder provozieren werde, was gar nicht meine Absicht ist: Von dieser Primitivopposition bin ich wirklich sehr enttäuscht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Gerhard Bökel (SPD): Darf ich einmal fragen, wann wir in den Vertrag hineingeschaut haben?)

– Fragen Sie bitte Ihre Kollegen.

(Gerhard Bökel (SPD): Wir sind jetzt erstmals dabei, da hineinzuschauen, und dann halten Sie uns Primitivopposition vor! – Gegenruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, jeder kann sich melden. Es haben sich schon ein paar gemeldet. Das Wort hat Frau Kollegin Oppermann.

(Gerhard Bökel (SPD): Wo ist denn der Vertrag?)

– Kollege Bökel, darf ich darum bitten, dass wir die Rednerin ausreden lassen?

(Gerhard Bökel (SPD): Ich habe eine Frage gestellt: welches ist der Vertrag, der abgeschlossen wird!)

– Herr Kollege Bökel, melden Sie sich bitte, wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen. Dann machen wir das geordnete Verfahren.

(Michael Siebel (SPD): Lassen Sie doch Frau Oppermann zu Wort kommen, Sie will doch die Zwischenfrage beantworten!)

Frau Oppermann, Sie haben das Wort.

#### **Anne Oppermann (CDU):**

Herr Präsident, danke. – Ich will es gern beantworten. Herr Kollege Bökel, ich nehme Rücksicht darauf, dass Sie nicht im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst sind. Deswegen ist es jetzt gar nicht böse gemeint. Aber die Möglichkeit, in die Vertragsentwürfe hineinzuschauen, besteht seit über drei Wochen.

(Gerhard Bökel (SPD): Ich rede von dem abzuschließenden Vertrag! – Petra Fuhrmann (SPD): Sie reden von den Entwürfen, das ist ein rechtlicher Unterschied! – Dr. Thomas Spies (SPD): Es wäre uns neu, dass es einen Vertrag gibt! Oder ist er doch schon geschlossen?)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Oppermann, Frau Kollegin Sorge möchte ebenfalls eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie das zu?

#### **Anne Oppermann (CDU):**

Danke, nein.

Meine Damen und Herren, es ist doch richtig: Dies ist ein ehrgeiziges Projekt, und es mit das größte Landesprojekt in dieser Legislaturperiode. An dieser Stelle gilt mein Dank der Landesregierung, die mit diesem Projekt die Universitätskliniken Marburg und Gießen fit für die Zukunft macht.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Toll, „fit für die Zukunft“!)

Wir werden einen Riesenvorsprung vor allen anderen Bundesländern haben. Wir werden weiterhin eine ausgezeichnete Krankenversorgung haben, und der Wissenschaftsstandort Mittelhessen wird gestärkt und ausgebaut. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Wahrscheinlich wird es wieder eine Leuchtfackel!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Oppermann. – Es gibt zwei Kurzinterventionen. Der Kollege Schäfer-Gümbel hat zuerst das Wort. Bitte sehr.

(Frank Gotthardt (CDU): Der klärt jetzt, wie das mit der Linkspartei ist!)

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Oppermann, wenn Sie schon auf das Bezug nehmen, was der Kollege Spies und ich erklären, sollten Sie es bitte vollständig tun. Fakt ist, dass wir auf die Erklärung zum Thema Volksbegehren immer gesagt haben, dass wir jede Initiative aus der Region unterstützen, die deutlich macht, dass das Unsinn ist, was Sie hier betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber wir haben auch gesagt – Frau Oppermann, das sollten Sie wenigstens zur Kenntnis nehmen –, dass wir nicht davon überzeugt sind, dass das ein sinnvoller Weg ist, der zum Ziel führen wird. Das haben wir genauso deutlich ge-

sagt, das steht in derselben Presseerklärung. Das sollten Sie bitte zitieren.

(Frank Gotthardt (CDU): Der Weg ist nicht sinnvoll, aber Sie unterstützen ihn! Das ist Ihre Politik!)

– Herr Gotthardt, Sie sollten am besten ganz zu dem Thema schweigen.

Wenn Sie hier erklären, wir machten Primitivopposition, dann haben Sie offensichtlich in den letzten zwei Jahren null Komma null von dem verstanden, was in der Region abgegangen ist, was wir im Hessischen Landtag diskutiert haben, teilweise hart kontrovers und teilweise auch im Konsens. Ich will daran erinnern, dass es in der Frage der Zusammenarbeit zwischen der Hochschulmedizin in Marburg und Gießen die Sozialdemokratische Fraktion war, die als Erste gesagt hat, dass das, was die Landesregierung vorgeschlagen hat, richtig ist, dass zusammengearbeitet wird, und Ihre Abgeordnetenkollegen vor Ort erst danach aus den Puschen gekommen sind, weil sie nachziehen mussten.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Ach!)

Damit das Niveau der Debatte, das Sie hier angeschlagen haben – „Primitivopposition“ –, noch einmal deutlich wird: Wir haben Herrn Leonhard vor wenigen Wochen in den Unterbezirksvorstand Gießen und Marburg eingeladen, und wir haben dort eine außerordentlich sachliche und konstruktive, wenn auch im Ergebnis nicht gemeinsam getragene Debatte über die Frage der Notwendigkeiten, der Zielsetzungen und der Instrumente geführt. – Herr Dr. Leonhard, Sie werden das bestätigen, wenn Sie das Gespräch mit dem Minister kurz unterbrechen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist gut, der Minister braucht Beratung! – Frank Gotthardt (CDU): Sind Sie jetzt dafür oder dagegen?)

Wir haben festgestellt, dass es eine Reihe von Wegen gegeben hat, die Sie ignoriert haben. Sie haben eine Reihe von Konzepten – –

(Frank Gotthardt (CDU): Sind Sie dafür oder dagegen?)

Herr Koch hat vor wenigen Wochen in Gießen beim Kinderherztransplantationszentrum PPP-Modelle in Gießen gelobt. Denselben Weg hat er an einer anderen Stelle für die Klinika in Gießen und in Marburg zugemacht,

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie müssten zum Schluss kommen.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

weil er es nicht wollte. Deswegen ist primitiv, was Sie hier tun. Der Vorwurf in Richtung Opposition ist jedoch absurd.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Eine weitere Kurzintervention, Herr Kollege Al-Wazir.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Oppermann, wissen Sie, es ist kaum zu ertragen, wenn man diesen Unsinn hören muss, den Sie hier erzählt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Kollegin Sarah Sorge hat Ihnen hier sehr ruhig und sehr sachlich mehrere Probleme aufgezeigt, z. B. dass der Verkauf auch nach neuem Zeitplan vor einer Entscheidung des Wissenschaftsrates passieren würde. Sie hat gesagt, dass inzwischen – das ist eine neue Entwicklung – der zweite Medizinkonzern hinter einem der Bieter steht. Das heißt, dass es die Gefahr einer Anbieterkette von Produktion bis Anwendung gibt, sodass es dazu kommen kann, dass sich Medizinkonzerne ihre eigene Uniklinik halten. Aber Sie haben auf keinen einzigen dieser Punkte irgendeine Antwort gegeben.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Sie sind noch nicht einmal darauf eingegangen. Das Einzige, was Ihnen einfällt, ist dann, „Primitivopposition“ zu sagen. Werte Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie: Es gibt auch so etwas wie eine Primitivregierung.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Roland Koch will seit seinem 14. Lebensjahr immer der Erste sein, egal wofür und egal bei was. Ich weiß nicht, was er damit kompensieren möchte. Ich weiß nur, dass es irgendwann auch zu dem Punkt kommen kann, dass man ein Jahr nach einer Ankündigung vielleicht feststellen muss, dass es falsch ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Eine Mehrheit im Parlament, vor allem eine absolute Mehrheit, hat, verdammt noch mal, eine sehr große Verantwortung, wenn es darum geht, die Regierung zu kontrollieren und sich nicht zu Claqueuren zu reduzieren.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich sage Ihnen, selbst eine Zweidrittelmehrheit in Bayern würde niemals so mit der Regierung „umgehen“ und vor allem die Opposition niemals so beschimpfen, wie Sie es hier tun.

Deswegen kommen Sie bitte hierher, und nehmen Sie das Wort von der Primitivopposition zurück. Überlegen Sie sich einmal, wofür Sie eigentlich bezahlt werden und was Ihre Aufgabe als Landtagsabgeordnete ist.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Danke sehr. – Frau Kollegin Oppermann, bitte.

(Petra Fuhrmann (SPD): Sie soll die Fragen beantworten!)

**Anne Oppermann (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schäfer-Gümbel, ich habe lediglich aus zwei Zeitungsartikeln zitiert, nicht mehr und nicht weniger.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Ich habe auch gesagt, ich will gar nicht bewerten, wie die SPD-internen unterschiedlichen Auffassungen dazu sind.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum erzählen Sie dann so einen Schrott? – Gegenruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Aber ich fand es interessant, weil von rund 100 Abgeordneten – ich nehme einmal einige aus – nicht alle die „Marburger Neue Zeitung“ und die „Oberhessische Presse“ lesen, das Haus zu informieren, wie die Herren Schäfer-Gümbel und Dr. Spies gemeinsame Sache mit der WASG machen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es wäre interessant, wenn Sie etwas zur Sache sagen würden! – Dr. Thomas Spies (SPD): Zur Sache, Schätzchen!)

Herr Kollege Al-Wazir, diesen Begriff habe ich eben genannt im Gegensatz zur konstruktiven Opposition, wie die FDP sie macht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit! – Nicola Beer (FDP), zum BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewandt: Nehmen Sie sich ein Beispiel!)

Sie sind gegen das Gesetz, und die SPD ist gegen das Gesetz. Jetzt frage ich Sie: Warum haben Sie denn, bitte schön – –

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Entschuldigen Sie sich einfach! Dann ist es gut! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich will Ihnen doch nur sagen, warum ich darauf gekommen bin. Sie lamentieren seit – –

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, Sie wollten, dass die Frau Kollegin Oppermann das erläutert. Jetzt müssen Sie ihr auch Gehör schenken.

(Zurufe von der SPD)

– Vor allen Dingen: Schreien Sie nicht mich an. Das ist nicht zulässig. Ich habe schon eine Gallenentzündung. Bitte tun Sie nichts dazu, meine Krankheit zu befördern, Herr Kollege Schäfer-Gümbel und andere. – Frau Kollegin Oppermann, bitte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Anne Oppermann (CDU):**

Passen Sie einmal auf. In Anbetracht der Tatsache, dass in neun Tagen Weihnachten ist, nehme ich das Wort „Primitivopposition“ zurück. Aber ich hätte mir gewünscht, dass Sie einen einzigen Änderungsantrag gestellt hätten; denn das wäre wesentlich glaubwürdiger gewesen.

(Gerhard Bökel (SPD): Ich will eine Frage stellen!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Bökel, wir waren uns einig: Bei Kurzinterventionen gibt es keine Zwischenfragen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie Recht!)

Sind wir jetzt einig? – Keiner hat was dagegen. Das Präsidium hat Recht. – Dann rufe ich als nächste Rednerin Frau Kollegin Beer von der FDP auf.

(Nicola Beer (FDP): Die SPD war früher da! Aber wenn der Kollege Spies nichts dagegen hat?)

– Mir ist es völlig egal, wie Sie sich einigen. Hier haben die Wortmeldungen so gelegen, wie sie abgegeben worden sind. Herr Kollege Spies, das werden Sie nicht bestreiten wollen. Es steht 3 : 1. Es sieht schlecht aus. Also lassen wir die Frau Kollegin Beer reden. Bitte sehr.

(Heiterkeit)

**Nicola Beer (FDP):**

Jetzt mischen wir ein bisschen. – Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP will und die FDP wollte von Anfang an die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg. Ich sage es deswegen noch einmal so deutlich, weil seitens des Ministers in der letzten Plenarsitzung zumindest versucht worden ist, daran Zweifel aufkommen zu lassen.

(Beifall bei der FDP)

Man kann sogar so weit gehen – der Herr Ministerpräsident wird mir Recht geben müssen –, dass es verschiedene Vertreter der FDP auf allen Ebenen – Bund, Land, Bezirk – waren, die insbesondere am Standort Mittelhessen quasi Geburtshelfer dieser Idee gewesen sind, die Chancen einer Privatisierung in diesem Bereich zu nutzen.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP sieht große Chancen in einer Privatisierung an dieser Stelle. Wir sehen Chancen für den Erhalt von sehr vielen Arbeitsplätzen, die in der Region Mittelhessen aufgrund der Struktur dieser Region nicht so einfach kompensiert werden könnten.

(Beifall bei der FDP)

Wir sehen Chancen für den Erhalt und die Sicherung einer hochwertigen Krankenversorgung, und wir sehen auch Chancen, liebe Kolleginnen und Kollegen gerade von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD, für Forschung und Lehre. Ich gebe aber zu: Gerade dieser Punkt ist der sensibelste Punkt. Denn es ist klar, dass hier nicht nur das Grundrecht aus Art. 5 Abs. 3 für die Freiheit von Forschung und Lehre streitet, sondern dass auch das Grundrecht aus Art. 12 für die wirtschaftlichen Interessen eines privaten Betreibers streitet. Wir haben also ein Spannungsfeld. Vor dem Hintergrund der Bedeutung des Grundrechts der Freiheit von Forschung und Lehre ist dieses Spannungsverhältnis sehr gewissenhaft auszubalancieren.

(Beifall bei der FDP – Dr. Thomas Spies (SPD): Genau das stimmt nicht!)

Herr Kollege Spies, wir sind uns sehr bewusst, dass an dieser Stelle das Land Hessen und die Region Mittelhessen vor einer Weichenstellung stehen, die nicht nur Mittelhessen und Hessen betrifft, sondern die deutschlandweit be-

obachtet wird und die in gewisser Art und Weise Modell sein wird für andere Standorte in diesem Land.

(Beifall bei der FDP)

Denn die Probleme, in denen sich dieses Klinikum befindet, haben fast alle Universitätskliniken in Deutschland.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es!)

Wir reden von einer Unterfinanzierung. Wir reden von Verlusten auf der Einnahmeseite durch die Einführung der Fallpauschale. Dem zu begegnen hat die SPD kein wirkungsvolles Konzept entgegengesetzt.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren – das geht insbesondere an die Seite der CDU-Fraktion und das CDU-geführte Ministerium –, gerade wegen der Verpflichtung, die Freiheit von Forschung und Lehre wirkungsvoll abzusichern, muss an dieser Stelle ganz besonders sauber und ordentlich gearbeitet werden.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP will nicht nur die Privatisierung, die FDP will den Erfolg der Privatisierung sichern. Wir haben nichts davon und der Standort Mittelhessen hat nichts davon, wenn diese Privatisierung scheitert. Dann stehen wir schlimmer da als vorher. Deswegen gilt es, den Erfolg der Privatisierung abzusichern.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, an dieser Stelle ist das Verfahren am Anfang nicht gut gelaufen. Ich glaube, dass Sie das zugeben müssen. Die Bevölkerung in Mittelhessen war zunächst hochgradig irritiert ob verschiedenster Äußerungen aus der Landesregierung. Die Einbindung der Personalräte vor Ort erfolgte sehr spät, aber sie erfolgte dann Gott sei Dank.

Das Thema VBL ist aus unseren Augen völlig falsch im Fusionsgesetz gelöst worden, indem man unnötigerweise eine Personalübertragung zur Mitte des Jahres vorgenommen hat, was dazu geführt hat, dass keine Gelegenheit mehr besteht, aus der VBL auszusteigen. Für einen späteren privaten Betreiber bedeutet das, dass das ganze Geschäft teurer wird, weil entsprechende Risikozuschläge anfallen, bzw. – wir sprechen hier von einer Summe von über 300 Millionen € – das Land jetzt gezwungen sein wird, eine entsprechende Bürgschaft zu übernehmen, damit der private Betreiber von der VBL so gestellt wird, wie das Land in den Konditionen gestellt worden wäre, wenn es das Klinikum weiter betrieben hätte.

Das heißt, wir haben aufgrund dieser Regelungen, die die Landesregierung und die Mehrheitsfraktion CDU zu verantworten haben, nun eine, wenn man es buchhalterisch ausdrücken will, Belastung der Passivseite durch diese Bürgschaft, die vorgesehen wird. Ein normales Unternehmen würde an dieser Stelle aus Sicherheitsgründen eine entsprechende Rückstellung bilden.

(Beifall bei der FDP)

Das ist nicht gut gelaufen. Wir sind aber immer am Ball geblieben und haben nie aufgehört, darauf hinzuweisen – ich danke der Kollegin Oppermann, dass sie das zur Kenntnis genommen hat und hier so offensiv vorträgt –, an welchen Punkten wir den Gesetzentwurf und später auch die Verträge verbessern können.

Wir hatten am 18.11.2005 eine sehr gute Anhörung im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst. Sie war meines Erachtens auch deswegen sehr gut, weil wir gerade in der intensiven Diskussion mit den Vertretern des Wissenschaftsrats dieses Spannungsfeld abgeklopft haben und abwägen konnten, wie weit man die wirtschaftlichen Interessen berücksichtigen muss und wann die Freiheit von Forschung und Lehre tangiert ist.

In dieser Anhörung haben wir auch gemerkt, dass der Wissenschaftsrat einen sehr weiten Weg zurückgelegt hat: von einer ursprünglich sehr zurückhaltenden, fast schon ablehnenden Haltung in der Anhörung zum Fusionsgesetz hin zu der Erkenntnis, dass es sinnvoll ist, diesen Prozess mitzugestalten, um bei der Weichenstellung Einfluss nehmen zu können.

Ich möchte von dieser Stelle aus ausdrücklich jemandem danken – das gehört zu dem Thema Licht und Schatten –: Ich glaube, dass es den großen kommunikativen Fähigkeiten von Staatssekretär Prof. Leonhard zu verdanken ist, dass dieser Wandel in der Einstellung des Wissenschaftsrats – zumindest bei einigen wichtigen Vertretern des Wissenschaftsrats – stattgefunden hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Gerade vor diesem Hintergrund ist es aber wichtig, dass wir nunmehr die Forderung, die der Wissenschaftsrat aufgestellt und in der Anhörung am 18.11. intensiv erläutert hat, inhaltlich und handwerklich sauber abarbeiten. In Bezug darauf sind die vorliegenden Änderungen am Gesetzentwurf zu bewerten. Frau Sorge, man kann schon sagen, dass der Gesetzentwurf besser geworden ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber noch lange nicht gut genug!)

Zunächst ist die Forderung abgearbeitet worden, das Fächerspektrum zu sichern. Dieses Fächerspektrum ist notwendig, damit die Forschung und insbesondere auch die Lehre in der gesamten Bandbreite betrieben werden können. Das Schlichtungsverfahren ist in ein öffentlich-rechtliches Verfahren übergeleitet worden. Auch unser Vorschlag, die Dekane wahlweise haupt- oder nebenamtlich zu beschäftigen, ist aufgegriffen worden. Zu guter Letzt sind weitere Regelungen in den Gesetzentwurf aufgenommen worden. Sie haben Erweiterungen in der Ausgestaltung der Vertragsentwürfe gefunden, die Vorgaben organisatorischer, aber auch verfahrensrechtlicher Art im Hinblick auf die Bewahrung der Freiheit von Forschung und Lehre vorsehen.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin Sorge, an dieser Stelle bin ich der Meinung, dass der Vorwurf, den Sie erhoben haben, nämlich dass die Gefahr besteht, dass nach einer Privatisierung nur noch die Medizinprodukte eines bestimmten Herstellers Verwendung finden würden – das ist ein Vorwurf, den ich sehr ernst nehme und über den ich mir auch schon in der Anhörung im Gespräch mit den Vertretern des Wissenschaftsrats und anderen Gedanken gemacht habe –, durch die Regelungen, die in dem Gesetz und im Vertragswerk vorgesehen sind, dort entkräftet wird, wo die Belange von Forschung und Lehre betroffen sind.

(Beifall bei der FDP)

Nach dem, was ich gesehen habe, wird es nicht möglich sein, dort, wo Forschung und Lehre betrieben werden, andere Produkte als die einzusetzen, die unter dem Ge-

sichtspunkt von Forschung und Lehre notwendig und sinnvoll sind.

Herr Kollege Kaufmann, Sie haben Recht mit Ihrem Einwurf: Leider ist seitens der CDU-Fraktion nicht alles übernommen worden – weder alles, was die FDP-Fraktion vorgeschlagen hat, noch alles, was der Wissenschaftsrat in der Anhörung am 18.11.2005 gefordert hat.

Dass Sie jetzt nicht darauf eingehen, den Kommissionswirrwarr zu beseitigen – d. h. Ständige Kommission für Forschung und Lehre, Strukturkommission, Schlichtungskommission; es sind pro Standort zwei, also insgesamt vier zu beseitigen –, lassen wir dahingestellt.

Der Vorschlag der FDP war, das schlagkräftiger zu machen, die Strukturkommission als zentrales Arbeits- und Abstimmungsgremium auszubauen und den – wie ich jetzt einmal ganz despektierlich sage – ganzen Kladderadatsch drum herum zu beseitigen. Seien Sie doch einmal ehrlich: So richtig weiß niemand, wann er wie wo welche Kommission anrufen soll. Zur Verfahrensbeschleunigung trägt das sicherlich nicht bei. Aber das war keine Forderung des Wissenschaftsrats, sondern lediglich ein Versuch meiner Fraktion, das Verfahren zu straffen und den Schwerpunkt mehr auf das Zusammenarbeiten als auf die Konfliktlösung zu legen.

Der Knackpunkt ist das Recht der Dekane auf Anrufung des Ministeriums. Der Knackpunkt liegt dabei vor allem in der aufschiebenden Wirkung dieses Anrufungsrechts. Der Wissenschaftsrat hat in der Anhörung am 18.11. und auch in seiner schriftlichen Stellungnahme sehr deutlich erklärt, dass er hierzu eine Regelung im Gesetz wünscht.

Die CDU-Fraktion ist diesem Wunsch nicht nachgekommen. Sie ist der Meinung, es sei möglich, dies über eine Regelung im Vertragswerk sicherzustellen. Die Vertragsentwürfe, die dem Wissenschaftsrat bislang, zumindest bis zur Sitzung des Medizinausschusses am vergangenen Montag, vorlagen, enthielten diese Absicherung ganz offensichtlich noch nicht.

Der Wissenschaftsrat hat nach dieser Sitzung weitere Änderungen gefordert. Daraus könnte man allerdings schließen, dass der Wissenschaftsrat möglicherweise von seiner Maximalforderung abgeht, dies im Gesetz geregelt zu haben, und möglicherweise akzeptiert, dass an den Vertragsentwürfen weitere Veränderungen vorgenommen werden.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

– Es geht um die Vertragsentwürfe, die wir momentan kennen, Herr Kollege Bökel. Diese Vertragsentwürfe waren einsehbar. Sie sind wie in einem fortlaufenden Verhandlungsprozess – wir Anwälte kennen das – von Mal zu Mal geändert worden. Es macht wenig Spaß – mehrere Aktenordner, die nebeneinander liegen –, nach dem Stecknadelsuchprinzip synchron zu lesen. Aber diese Arbeit muss man sich machen, wenn man hier verantwortungsvoll entscheiden will.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Landesregierung ist an dieser Stelle aufgefordert, sehr verantwortungsvoll und mit großer Sorgfalt auf die immer noch bestehenden Forderungen des Wissenschaftsrats zu reagieren und die vorliegenden Texte nachzuarbeiten.

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, ich weiß, dass Sie daran arbeiten. Sie versuchen, die Forderungen und die Wünsche des Wissenschaftsrats umzusetzen. Allerdings –

als Parlamentarier werden Sie uns das zugestehen müssen – liegt bislang kein endgültiges Ergebnis vor. Es liegt kein Ergebnis vor, das wir oder der Wissenschaftsrat endgültig bewerten können. Von daher ist heute – Stichtag 15.12.2005 – kein positives Votum für diesen Gesetzentwurf möglich. Das ist die Schlussfolgerung meiner Fraktion, obwohl wir die Privatisierung wollen.

Es besteht nach wie vor das Risiko, dass der Wissenschaftsrat am Ende die Nacharbeit der Landesregierung für unzureichend hält und kein positives Votum abgibt, sondern empfiehlt, das Universitätsklinikum Gießen/Marburg nicht in die Liste der HBMG-förderfähigen Einrichtungen aufzunehmen. Das wiederum hätte zur Folge, dass wir Rückzahlungsforderungen hinsichtlich der bislang erhaltenen Mittel zu erfüllen hätten. Das ist ein Risiko; denn die Höhe der Forderungen liegt bei weit über 300 Millionen €.

Wenn man das Ganze nüchtern betrachtet, muss man zugeben, dass dies nicht die problematischste Stelle des Gesetzentwurfs ist, über den wir gerade beraten. Selbst wenn der Wissenschaftsrat am 27.01.2006 in seinem Plenum erklären würde, er wolle noch dieses und jenes in dem Gesetz haben, wären wir im Februar nächsten Jahres sofort in der Lage, mit der Novellierung zu beginnen. Das wäre nachvollziehbar.

Der größte Knackpunkt sind die Verträge. Sind die Verträge einmal durch die endgültige Beschlussfassung dieses Hauses gegangen, können wir sie nicht mehr zurückholen. Herr Ministerpräsident, deswegen fordert die FDP-Fraktion Sie an dieser Stelle noch einmal auf, die endgültige Beschlussfassung über den Verkauf und seine Modalitäten so lange zurückzustellen, bis das Plenum des Wissenschaftsrats am 27. Januar endgültig entschieden hat.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vorher kann niemand von uns – weder ein Parlamentarier noch ein Mitglied der Landesregierung – mit absoluter Sicherheit sagen, ob der Wissenschaftsrat ein positives Votum zu den vorliegenden Texten abgeben wird. Selbst die Empfehlung des Medizinausschusses – das wissen die Eingeweihten – kann an dieser Stelle bloß ein Anhaltspunkt sein. Eine Absicherung ist sie nicht.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Nicola Beer (FDP):**

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Von daher ist die Schlussfolgerung meiner Fraktion: Die Privatisierung kann noch gelingen. Aber noch vor dem endgültigen Votum des Wissenschaftsrats zu entscheiden wäre grob fahrlässig. Es wäre von der zeitlichen Abfolge her unnötig, und es wäre eine Brückierung des Wissenschaftsrats, der in seiner schriftlichen Stellungnahme gefordert hat, ihm nur Vertragsentwürfe zukommen zu lassen, die im parlamentarischen Verfahren noch verändert werden können.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen bitte ich Sie im Namen meiner Fraktion sehr herzlich: Ändern Sie Ihre Verfahrensweise. Lassen Sie nach dem 27.01.2006 endgültig entscheiden. Wenn Sie das tun und ein positives Votum des Wissenschaftsrates vor-

liegt, werden wir die Privatisierung zu diesem Zeitpunkt positiv bescheiden können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Das Wort hat der Abg. Dr. Spies für die Fraktion der SPD.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Oppermann, wir kennen uns schon eine ganze Weile. Wir beide kennen auch eine ganze Reihe der Menschen – darin unterscheiden wir uns vom Rest des Hauses –, von denen Sie vorhin gesagt haben, dass sie verunsichert seien. Sie sind keineswegs verunsichert, weil Entscheidungen anstehen, sondern weil Entscheidungen gewollt werden und sie nicht verkauft werden wollen.

Eine ganze Menge Menschen sind verunsichert und haben Sorge um ihren Arbeitsplatz. Frau Oppermann, wenn ich dann höre, wie Sie hier mit aus dem Zusammenhang gerissenen Halbzitaten Spielchen treiben, dann bin ich wirklich erschüttert.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Frau Oppermann, mit Leuten, die Sie und ich zu einem nicht unerheblichem Teil persönlich kennen und die uns ihre Sorgen und Nöte erzählt haben, in einer solchen Debatte auf eine derart peinliche Art und Weise Spielchen zu betreiben, ist degoutant.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ist das parlamentarisch?)

Ich komme zu der Frage Ihrer Bewertung des Gegenübers. Frau Oppermann, manche Formulierungen, wie die, die Sie zur Charakterisierung der Opposition nutzten, schlagen voll auf den Urheber zurück. Ich nehme mit Interesse zur Kenntnis, dass für die hessische CDU offensichtlich der Inbegriff des Tiefsinns, der Inbegriff der differenzierten Betrachtung darin besteht, landeseigenen Besitz, mit dem man nicht zurechtkommt, an irgendwen zu verticken – na wunderbar.

(Beifall der Abg. Sabine Waschke (SPD))

Meine Damen und Herren, das sind allerdings Maßstäbe, an denen ich mich sicherlich nicht orientieren möchte.

Ihre Ausführungen zu den Alternativen höre ich mit Interesse. Frau Oppermann, wir haben es Ihnen im Jahr 2003 erklärt, wir haben es Ihnen im Jahr 2004 erklärt, und wir haben es Ihnen im Jahr 2005 erklärt.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Nächste Woche haben wir noch eine Debatte, und wenn Sie möchten, erkläre ich es Ihnen noch einmal, warum der ganze Quatsch überhaupt nicht nötig gewesen wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Bitte, bitte! – Lebhaftige Zurufe von der CDU)

Denn bis zum heutigen Tage hat diese Landesregierung kein Konzept für Hochschulmedizin. Sie hat ein Konzept für die Organisation, also die geographische Verteilung der Hochschulmedizin. Ein Konzept darüber, wovon eigentlich die Rede ist, hat sie bis heute nicht.

(Beifall bei der SPD)

Frau Oppermann, ich wäre mit der Begrifflichkeit der Schlichtheit des Gegenübers zurückhaltender. Als ich noch ein kleiner Junge war,

(Zurufe von der CDU: Oh! – Volker Hoff (CDU): Er hat sich höchstens körperlich verändert!)

habe ich mit großer Begeisterung – warten Sie, es kommt noch – John-Wayne-Filme gesehen.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ich bin sicher, dem einen oder anderen wird es ähnlich gegangen sein. Ich hätte allerdings niemals erwartet, dass ich zu einem späteren Zeitpunkt in meinem Leben an einem Ort, an dem in Vernunft und Abgewogenheit über das Schicksal der Menschen und die allgemeinen Gesetze entschieden wird, derartigen Wildwestmanieren begegnen würde, wie sie gerade in den letzten Tagen an den Tag gelegt wurden.

(Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) und Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Meine Damen und Herren, ich komme zu der Ausschreibung und zum Umgang der Landesregierung mit den Sorgen von 10.000 Menschen. Was wir da erlebt haben. Schon der Begriff „strukturiertes Verfahren“ ist strapaziert. Gestern haben wir eine „dpa“-Meldung gelesen – das ist schon pikant –, die uns nahe bringt, dass möglicherweise das Ausschreibungsverfahren im Sinne eines Bieters verändert worden ist. Ich weiß nicht, ob das wahr ist. Ich habe dem Herrn Minister einen Brief geschrieben und wäre für eine ausführliche schriftliche Beantwortung dankbar. Ich habe keinen Zweifel, dass wir sie bekommen. Wir wollen hinterher noch einmal nachgucken können, ob sich das, was wir als Antwort bekommen, auch bewahrheitet.

Es kann sein, dass ein solcher Fehler der Regierung vorliegt. Meine Damen und Herren, das wäre allerdings ein geradezu grotesker Fehler im Verfahren, wenn man sich die berechtigten Empfindlichkeiten anguckt.

Oder wir reden über lancierte Äußerungen. Seit zwei Wochen lesen wir, dass immer wieder eine neue Sau durchs Dorf getrieben wird. Wir lesen, wer es wird, wer es nicht wird, wer mit wem, wer welche Interessen hat. Meine Damen und Herren, was ist das für eine Goldgräberstimmung? Was sind das für Leute, mit denen Sie sich einlassen? Denn entweder trifft diese Botschaft von gestern zu, oder sie wurde bewusst von Leuten lanciert, die mit solchen Methoden Spielchen treiben.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD) – Frank Gotthardt (CDU): Sie unterstützen so etwas mit Ihren Pressemitteilungen!)

Beides sagt uns genug über den Vorgang. Herr Minister, ich wäre sehr dankbar, wenn Sie bei dem Thema Goldgräber auf eine Frage Antwort geben könnten: Stimmt es, dass die Betreiber allen Ernstes mit Renditeerwartungen von weit über 10 %, teilweise bis zu 18 % in das Rennen hineingehen? Ist das tatsächlich die Summe, die diesen Krankenhäusern in Zukunft in Wildwestmanier in Mittelhessen entzogen werden soll?

(Michael Siebel (SPD): Wie viel Prozent? – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich komme zu Wildwest, zweiter Teil. Der rasende Roland will mit durch nichts zu begründendem Zeitdruck – außer vielleicht dadurch, dass Sie Angst vor der Kommunalwahl haben; das ist in Mittelhessen schon bei der Bundestags-

wahl ziemlich schief gegangen – durch das Abenteuer hindurchrasen. Aber der Gaul lahmt schon. Zumindest müssen Sie den Zeitpunkt des Beschlusses über die Verträge vertragen. Frau Beer hat völlig Recht: Wenn man das allen Ernstes tun will, dann ist der Zeitpunkt 27. Januar immer noch zu früh.

Meine Damen und Herren, wenn die CDU an der Stelle beklagt, wir würden keine Änderungsanträge in dieses übereilte Verfahren einbringen, dann sage ich: Natürlich nicht. Das Gesetz ist inhaltlich falsch und wird nicht richtig, wenn man die technischen Fehler beseitigt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Quark, den man nachwürzt, wird keine Butter – beim besten Willen nicht.

(Volker Hoff (CDU): Was will er eigentlich?)

Die verehrte Frau Sorge hat vorhin darauf verwiesen, das Vorgehen sei mutig. Ich teile diese Einschätzung nicht. Das Vorgehen ist nicht mutig. Es ist Revolverheldenmanner, wie man mit den Sorgen von 10.000 Menschen in Mittelhessen, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben, umgeht, wie man mit den Sorgen von 500.000 Menschen, die wegen der medizinischen Versorgung beunruhigt sind, umgeht, und wie in diesem Hause mit den Äußerungen des Wissenschaftsrates, der sich dem Thema mit großer Ernsthaftigkeit gestellt hat, nach Belieben gespielt wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Wells Fargo kam immer durch. Sie werden damit nicht durchkommen, denn wir sind nicht im Wilden Westen. In Hessen gilt noch die Verfassung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Höchstens Schaukelpferd! – Clemens Reif (CDU): Speedy Gonzales! – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ich komme nun zu drei Punkten, an denen klar wird, warum Sie damit nicht durchkommen werden. Erster Punkt. Nach der Wesentlichkeitstheorie müssen alle wichtigen Punkte im Gesetz stehen. Es ist völlig egal, was Sie außerdem in Verträgen regeln. Die entscheidenden Punkte, und zwar insbesondere die entscheidenden Punkte des Grundrechtsschutzes, müssen im Gesetz geregelt sein. Das ist nicht der Fall. Daher werden Sie damit nicht durchkommen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Zweiter Punkt. Ich komme nun zu einem interessanten Effekt. Frau Beer hat uns darauf verwiesen, es gebe ein Spannungsfeld zwischen den Artikeln 5 und 12, das müsste abgewogen werden, sie seien gleichberechtigt. Als ich einen Staatsrechtler fragte, sagte er, dies sei eine sehr neue Interpretation, denn der eine Artikel hat einen klaren Zusatz, dem der andere erst gerecht wird. Die Regierung bestreitet das nicht wirklich. Die Regierung gesteht dies bei zwei der Forderungen, die der Wissenschaftsrat stellt, zu, unter dem Gesichtspunkt, dass der Verstoß gegen die Wissenschaftsfreiheit bereits in dem Moment eingetreten ist, wenn auch nur die Möglichkeit ihrer Einschränkung besteht. Also besteht ein Grundrechtsverstoß schon bei der Gefahr einer Einschränkung der Freiheit von Forschung und Lehre.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Also muss schon dieser Gefahr begegnet werden. Es muss also Regelungen geben, die dem Vertreter von Forschung und Lehre, nämlich dem Dekan, sehr deutliche Eingriffsrechte geben – indem er in der Geschäftsführung mitstimmen darf und indem seine Einwände Entscheidungen der Geschäftsführung des Klinikums aufschieben können. Das hat der Wissenschaftsrat sehr deutlich gesagt. Wenn er es nicht gesagt hätte, würde das auch nichts ändern, weil die Verfassung nun einmal die Verfassung ist und nicht der Interpretation der Hessischen Landesregierung unterliegt.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Genau diese zwei Punkte fehlen. Diese zwei Punkte kommen da auch nicht hinein, weil sie den einen Punkt nicht regeln können und weil der andere Punkt mit dem Bieter nicht verhandelbar ist. Meine Damen und Herren, in diesem Lande kommt erst die Verfassung, dann kommen die Interessen der Bieter.

(Beifall bei der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ein Kernsatz Ihrer Rede!)

Deshalb stehen Sie vor einem Dilemma, das Sie nicht lösen können. Die ganze Geschichte ist gar nicht möglich. Herr Ministerpräsident, es passiert mir selten, dass ich mit Ihnen übereinstimme,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Vorsicht! – Ministerpräsident Roland Koch: Ich bitte, von Beleidigungen Abstand zu nehmen!)

aber erlauben Sie mir ein Zitat aus der gestrigen Haushaltsdebatte. Ich habe es gleich mitgeschrieben. Ich wollte es Ihnen gerne zurückgeben. Da müssen Sie auch einmal sagen: Wir sehen es ein. Wir nehmen es hin an dieser Stelle. Es geht nicht. Es war nichts. – Nehmen Sie es hin. Sehen Sie es ein. Lassen Sie von diesem Vorgang ab. Denn was würde passieren, wenn alle Einwände nicht stimmen würden? Wer sind denn die wilden Reiter im Wilden Westen in Mittelhessen? Da ist auf einmal einer aufgetaucht,

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

bei dem möglicherweise kein förmliches Insidergeschäft vorliegt, aber ein Geschmäcke hat es doch, wenn der Aufsichtsrat des Uniklinikums Gießen das Klinikum nun selbst kaufen will.

Meine Damen und Herren, bei einem zweiten Bieter ist jedenfalls allgemein die Rede davon, dass es einen Zusammenhang mit einem pharmazeutischen Unternehmen gibt. Das Problem ist gar nicht, dass sie jetzt alles von Fresenius oder Braun werden kaufen müssen. Das Problem ist an der Stelle doch ein völlig anderes, das für jedes renommierte wissenschaftliche Journal gilt: dass ökonomische Interessen und ökonomische Zusammenhänge zumindest offen zu legen und im Zweifelsfalle auszuschließen sind, auch ökonomische Interessen, die sich gegen einen Dritten richten können.

(Michael Boddenberg (CDU): Ich glaube, Sie haben ökonomische Interessen! Das scheint Ihr Problem zu sein! Das sitzt sehr tief!)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle werden Sie das wissenschaftliche Renommee der Universitäten Gießen und Marburg und das wissenschaftliche Renommee der beiden Fachbereiche in erheblichem Umfang gefährden, weil in Zukunft jedenfalls zwei der drei Bieter

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist doch ein Blödsinn! Das hängt von den Menschen ab!)

die Leute sind, die bei dem einen oder dem anderen arbeiten. Meine Damen und Herren, die Unikliniken in Mittelhessen und die Fachbereiche in Mittelhessen haben ein bisschen mehr Sorgfalt und Ernsthaftigkeit verdient.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, Sie tun das Falsche, Sie machen auch noch das Falsche. Das sagen wir Ihnen jetzt seit einem Jahr. Fassen Sie sich ein Herz. Sehen Sie es ein. Lehnen Sie den Gesetzentwurf ab. Dann denken wir einmal in Ruhe darüber nach, wie wir die Kuh vom Eis kriegen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Corts.

### **Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir in der dritten Lesung und kurz vor dem Abschluss eines wichtigen Gesetzes sind und die verfassungsgemäße Grundlage für das schaffen können, was wir vorhaben, nämlich für die Privatisierung einer Klinik. Lassen Sie mich einfach einmal rekapitulieren, wo wir stehen. Ich denke, mit Ihrer Erlaubnis, Herr Spies, kann ich sagen: Sie wollen das eigentlich gar nicht.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Richtig!)

Deswegen brauche ich auch gar nicht den Versuch zu unternehmen, Sie heute Nachmittag davon zu überzeugen, dass wir in Mittelhessen Großartiges vorhaben.

(Beifall bei der CDU)

Nach dem Einstieg durch den Ministerpräsidenten gab es ein Jahr lang eine Diskussion. Gehen Sie dabei davon aus, dass es nicht um eine Frage von Eitelkeiten geht

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die sind Ihnen völlig fremd!)

und dass wir bei einem solchen Vorhaben nicht jemanden unter einen Generalverdacht stellen. Natürlich ist für die Opposition wie auch für die Regierung eine bestimmte Rolle vorgesehen.

Wir sind einen sehr verantwortungsvollen Weg gegangen – vertrauen Sie mir, sage ich noch einmal –, indem wir schon beim Fusionsgesetz und auch bei diesem Gesetz zunächst zwei Anhörungen durchgeführt haben.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben aber nicht zugehört!)

Wir haben von vornherein den Personalrat beteiligt, und wir haben alle eingebunden. Sie, Frau Beer, haben ausdrücklich – dafür bin ich Ihnen sehr dankbar – noch einmal auf die Kommunikationsfähigkeit meines Staatssekretärs hingewiesen. Ich weiß nicht, wie viele Interviews er mit der mittelhessischen Presse geführt hat,

(Nicola Beer (FDP): Ich meine mehr den Wissenschaftsrat!)

um insbesondere der Bevölkerung klarzumachen, dass wir nicht etwa irgendein schwarzes Loch verkaufen, sondern dass das eine reelle Chance für Marburg und Gießen oder, wenn Sie so wollen, für Gießen und Marburg ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Situation an den Kliniken in Deutschland, insbesondere aber auch an unseren Kliniken – das ist bekannt –, wird dazu führen, dass in den nächsten Jahren jede zehnte Klinik in Deutschland geschlossen wird.

Das Rheinisch-Westfälische Institut in Essen hat gerade in der vergangenen Woche deutlich gemacht, dass das, was wir hier vorhaben – erst Fusion und dann Privatisierung –, ein Beispiel dafür ist, wie man mit dem Problem in Zukunft umgehen kann. Das sollten Sie sich merken. Das sind unabhängige Wissenschaftler. Wir kämpfen hier doch die ganze Zeit für die Freiheit der Wissenschaft. Ich bin sicher, dass das nicht CDU-Parteigänger sind, sondern dass sie sich ernsthaft anschauen, welchen Weg man gehen kann.

In dem Antrag lese ich heute in jedem Absatz „gewinnorientiert“, „gewinnorientiert“. Herrgott noch mal, wir könnten hier gar kein Geld ausgeben, wenn wir in diesem Land nicht Gewinne erzielen und versteuern würden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir leben in einer Marktwirtschaft. Oder wollen Sie einen Sozialismus? Ich war vor kurzem ganz woanders, wo es ihn noch ein bisschen gibt, und dort ist man wirklich nicht weiter. Überlegen Sie sich also dieses „gewinnorientiert“. Ich fühlte mich an Marxismus-Debatten in der Oberprima erinnert. Mein Gott, wo im letzten Jahrhundert sind Sie stehen geblieben?

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Na, na, na! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nichts dazugelernt!)

Wir werden am Dienstag – oder wann auch immer – sicher noch einmal über den Antrag debattieren. Aber ich hätte von Ihnen eigentlich erwartet, dass Sie, wenn Sie dagegen sind, auf einem anderen Niveau und nicht mit „gewinnorientiert“ argumentieren.

Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich Ihnen heute, anders als der eine oder andere von Ihnen, der mit Zeitungswissen bestückt ist, nicht mit Einzelheiten dienen kann, welche Unternehmen – es ist mindestens eines – an dem Verfahren beteiligt sind. Sie würden mir daraus sofort einen parlamentarischen Strick drehen. Diesen Weg werde ich nicht gehen. Sie können behaupten, was Sie wollen. Aber mir würde man immer unterstellen, ich würde Einzelheiten aus einem Bieterverfahren ausplaudern. Das mache ich nicht.

Heute geht es auch gar nicht um die Verträge, sondern es geht darum, dass wir eine Gesetzesgrundlage schaffen müssen – diese Gesetzesgrundlage schaffen wir durch Sie, mit dem Parlament –,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht mit dem Parlament, sondern durch das Parlament!)

damit die Regierung in einem nächsten Schritt Verträge mit einem Bieter schließen kann.

Es wird dauernd behauptet, wir seien zu schnell, es werde gehudelt etc.

(Nicola Beer (FDP): Man kann doch schnell und trotzdem ordentlich arbeiten!)

Gehen wir einmal davon aus, dass sich mindestens ein Bieter beworben hat. Dieser Bieter hat sich in den letzten Wochen und Monaten sehr viel Mühe gegeben und wahr-

scheinlich Geld investiert, um ein Angebot machen zu können, und dieses hat er am 13. Dezember um 24 Uhr abgegeben. Sie aber sagen: Jetzt sehen wir uns erst einmal alles an, was sonst noch geprüft werden muss, und lassen den Bieter, der möglicherweise Geld in die Hand nehmen möchte, um etwas für dieses Land und diese Region zu tun, erst einmal warten. So geht es nicht, meine Damen und Herren. Da, denke ich, muss man schnell vorgehen.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Diese Abhängigkeit ist genau das Problem, Herr Minister!)

Deswegen bitte ich um Verständnis dafür, dass wir kurzfristig entscheiden. Wir haben einen bestimmten Ablauf vorgesehen,

(Norbert Schmitt (SPD): Das wollten wir einmal hören!)

und mit diesem Ablauf werden wir am Ende unser Ziel erreichen.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir wollten genau einmal hören, welche Interessen Sie haben und welche Interessen Vorrang haben!)

– Herr Schmitt, ich will Ihnen – das ist heute Nachmittag eine gute Gelegenheit – einmal eines sagen. Ich sitze hier vorne, und an dieser Ecke diskutieren wir die ganze Zeit darüber, ob wir nicht innerhalb der Landesregierung eigentlich wegen Ihrer Zwischenrufe eine Zulage bekommen müssten. Wissen Sie, es fehlt die Kreativität. Sie machen einen Zwischenruf nicht einmal. Nein, Sie machen fünfmal den gleichen Zwischenruf, und das ist furchtbar.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

Versuchen Sie, die Zwischenrufe nur einmal zu machen. Ich habe mir für das neue Jahr vorgenommen, ein paar Kilo abzunehmen. Versuchen Sie einfach einmal, Ihre Zwischenrufe einmal, dann einen neuen und dann wieder einen neuen zu machen, aber nicht fünfmal den gleichen. Das ist so mühsam, und wir bekommen keine Zulage.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Herr Minister, es wäre schön, wenn Sie überhaupt etwas sagen würden! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will insbesondere für die Bevölkerung noch einmal deutlich machen, worum es geht.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir müssen alles zehnmal sagen, bis Sie es kapiert haben!)

Wir haben eine Fusion durchgeführt und werden privatisieren. Wir haben zugesagt, dass beide Klinika an ihren Standorten bleiben,

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist ganz besonders witzig!)

und wir haben zugesagt, dass es bis zum Jahr 2010 keine betriebsbedingten Kündigungen gibt.

Wir sehen alle gemeinsam, dass es einen Handlungsbedarf gibt, und wir haben in den letzten Wochen in enger Abstimmung mit dem Wissenschaftsrat dafür gesorgt, dass die Freiheit von Forschung und Lehre sichergestellt ist. Ich glaube, auf diese Art und Weise können wir Ihnen eine Grundlage für die Zukunft vorstellen, auf der wir arbeiten können.

Ich möchte noch die Antwort auf eine Frage geben, auch wenn es dazu gestern durch meinen Staatssekretär ein öffentliches Dementi gegeben hat. Sie werfen uns vor, auf

Wunsch von Bietern seien die Ausschreibungskriterien noch einmal geändert worden. Ich werde den Brief von Herrn Spies bis morgen beantworten.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das schreibt die „dpa“!)

Aber ich kann schon vorweg sagen: Wir haben keine Ausschreibungskriterien auf Wunsch von Bietern – oder wie auch immer – geändert. Sie können also beruhigt über die Nacht kommen. Morgen können wir Ihnen die restlichen Antworten geben.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es denn die Bestimmung, dass nur an hessische Reha-Kliniken vergeben werden darf?)

Meine Damen und Herren, von der FDP gab es die Kritik, dass das eine oder andere nicht richtig funktioniert habe. Sicher kann man immer noch einiges verbessern; ich bin der Letzte, der nicht zugibt, dass ich durchaus noch etwas ändern kann.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

#### **Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Nein. – Ich muss sagen, wir betreten gemeinsam Neuland. Ich würde mich freuen – damit wende ich mich insbesondere an die FDP –, wenn Sie mit uns den Weg gehen würden, den Sie, Frau Beer, wie Sie ausgeführt haben, ausdrücklich begrüßen, weil er ein richtiger Weg sei. Denken Sie einmal daran, wie vertrauensvoll man in der früheren Regierung Koch/Wagner zusammengearbeitet hat. Unterstellen Sie also, dass wir den Weg gemeinsam gehen können.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Ich denke, es gibt eine gute Chance, sich das anzusehen. Ich stehe für Diskussionen gerne zur Verfügung, wenn es an der einen oder anderen Stelle klemmt. Aber ich glaube, wir bekommen das zusammen unter ein Dach.

Damit können wir zu einem Abschluss kommen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein Wort zur Kritik! Das darf doch nicht wahr sein!)

Ich würde mich freuen, wenn Sie dem Gesetz in der dritten Lesung zustimmen würden, damit wir etwas für Mittelhessen tun können. In dieser Region gibt es schon Realitäten; wir investieren in Bauvorhaben. Das konnte man ja auch heute Vormittag hören. Es gibt Bauvorhaben im Bereich der Hochschulen; wir bauen dort einiges aus. Aber mit der Fusion der Klinika und einer Privatisierung schaffen wir Arbeitsplätze. Wir fördern die Gesundheit, und wir möchten am Ende eines: Wir möchten international richtig wettbewerbsfähig sein. Wir tun es in anderen Bereichen – bei der Zentrenbildung habe ich das heute Vormittag erläutert –, und hier werden wir es auch tun. Wir werden wettbewerbsfähig werden und sein, und wir werden den Weg gehen, so wie John Wayne. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Bökel für die Fraktion der SPD.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir wollen doch in den vierten Advent, Herr Kollege!)

**Gerhard Bökel (SPD):**

Herr Hahn, nachdem ich gehört habe, wie der Herr Minister mit Ihnen geradezu turtelnd und charmant umgegangen ist, will ich den Ton nicht ändern.

(Minister Udo Corts: Mit der FDP, nicht mit Herrn Hahn! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir sind ja richtig Freunde geworden!)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in letzter Zeit alles ein bisschen beobachtet. Ich bin meistens gut gelaunt, nicht immer im Plenum, aber auch hier, wenn es wichtig ist.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Eben war es anders!)

Frau Kollegin Oppermann, was Sie vorhin von sich gegeben haben, musste mich wirklich sehr erregen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Den Begriff „primitive Opposition“ haben Sie zurückgenommen; aber Sie haben im Zusammenhang mit dem Gesetz, das erst einmal eine Grundlage schaffen soll, dafür geworben, dass das Parlament dem Gesetz zustimmt, weil wir den Vertrag schon kennen würden. Den Vertrag kennen wir eben nicht. Wir können ihn auch gar nicht kennen.

Das ist das Problem. Ich weiß, dass das Parlament das eine ist und die Regierungsarbeit das andere, gerade wenn es um Vergabeverfahren und um rechtlich schwierige Probleme geht. All das weiß ich. Wir müssen dann aber auch sehr klar sagen: Wir können die Verträge gar nicht kennen – ganz unabhängig davon, zu was die Vertraulichkeitserklärung die Abgeordneten verpflichtet, die den beteiligten zwei Ausschüssen angehören. Deshalb wäre z. B. ich gar nicht in der Lage, mir die Vertragsentwürfe anzuschauen.

Sie dürfen bitte nicht den Eindruck erwecken, als wüssten wir schon, über was wir wirklich abstimmen. Deswegen möchte ich – unabhängig von unserer grundsätzlich anderen Position – sagen,

(Zuruf der Ministerin Silke Lautenschläger)

dass eben genau das nicht der Fall ist. Wir stimmen über einen Gesetzentwurf ab, nicht über die Verträge. Frau Oppermann hat hier genau das Gegenteil dieser klaren Trennung formuliert. Deswegen möchte ich auf das zurückkommen, was Frau Beer gesagt hat. Unabhängig von den grundsätzlichen Einschätzungen müssen wir als Parlamentarier an die Regierung appellieren, die Schaffung der Grundlagen abzuwarten, die möglicherweise andere vertragliche Bedingungen erforderlich machen, und erst dann eine endgültige Entscheidung im Parlament herbeizuführen. Erst dann ist nämlich ein verantwortungsvolles Entscheiden möglich.

Ich glaube, die Regierung hat sich einen festen Zeitplan vorgenommen. Den will sie auf Gedeih und Verderb einhalten. Ich fürchte sehr, aufgrund dieser Hektik werden rechtliche Probleme auf uns zukommen, die wir jetzt noch gar nicht voraussehen. Ein bisschen mehr Gelassenheit wäre angebracht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Sorge.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Corts, ich finde es wirklich erschreckend, wie viel Geblubber und wie wenig zu den eigentlich hier im Raum stehenden Fragen von Ihnen gesagt wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Noch einmal zu der „dpa“-Meldung. Sie haben hier genau das wiederholt, was in der gestrigen Presseerklärung Ihres Ministeriums stand: dass die Kriterien des Bieterverfahrens nicht geändert wurden. Das mag ja sein, aber die Frage, die ich hier gestellt habe und die ich in diesem Zusammenhang für sehr relevant halte, ist, ob es Regelungen gegeben hat, dass Unikliniken nur an hessische Reha-Kliniken verweisen dürfen, und ob diese Regelung geändert wurde, um einem der Bieter Steine aus dem Wege zu räumen. Hier hätte ich von Ihnen ganz gerne Aufklärung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Nun zu der von Ihnen hier nonchalant vorgetragenen Gewinnorientierung. Über solche Themen haben wir schon in der Oberstufe diskutiert. Ich glaube, an diesem Punkt ist sehr klar geworden, dass Sie das eigentliche Problem nicht erkannt haben, Herr Corts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Wissenschaftsminister, das finde ich umso erschreckender, weil Sie von uns beiden der Jurist sind. Ich bin keine Juristin. Ich habe das Problem aber verstanden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Es geht hier nämlich um die Abwägung verschiedener Grundrechte gegeneinander. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein sehr hohes, grundrechtlich geschütztes Gut. Es ist keineswegs so, dass wir etwas gegen Gewinnorientierung haben, aber die Gewinnorientierung muss gegen die Freiheit von Forschung und Lehre abgewogen werden, die keinesfalls in Gefahr geraten darf, weil genau das Ihr Gesetz nicht verfassungsgemäß machen würde. Das ist der Punkt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Oppermann, Sie haben hier über die Verträge geredet, als würden diese schon seit Tagen offen liegen und als seien sie schon verabschiedet. Genau das ist eines der Probleme. Da kommen wir wieder zur Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes.

(Zurufe von der CDU)

Es gibt die vom Bundesverfassungsgericht entwickelte Wesentlichkeitstheorie, die besagt, dass bei der Freiheit von Forschung und Lehre das Wesentliche, nämlich das eventuell die Freiheit von Forschung und Lehre einschränkende, im Gesetz geregelt sein muss. Deswegen ist

es wirklich absurd, dass wir hier über ein Gesetz beschließen, obwohl die Verträge noch gar nicht zu Ende ausgehandelt sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das kann überhaupt nicht sein, abgesehen davon, dass Teile dessen, was wohl in den Verträgen stehen wird, dringend in das Gesetz hineinkommen müssten. Auch das ist eines der Probleme, das Sie nicht erkannt haben.

(Clemens Reif (CDU): Sie schreien wie am Spieß!)

– Mir ist auch langsam zum Schreien zumute, denn wenn der Minister hier immer nur lächelnd andere Dinge erzählt und nicht zu den eigentlichen Problemen Stellung nimmt, dann kann man durchaus aus der Haut fahren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Lachen bei der CDU)

Sehr verräterisch fand ich die Worte der Staatssekretäre Leonhardt und Arnold in der Anhörung zu dem Thema: Was gehört in das Gesetz, was gehört in die Verträge? Die Antwort lautete: Gesetze kann man ändern, bei Verträgen ist das nicht so. – Da kann ich mich nur wiederholen. Es geht doch nicht darum, dass wir als Abgeordnete die Freiheit von Forschung und Lehre gefährden. Ich frage mich wirklich, was Sie für ein Demokratieverständnis haben. Das Wesentliche an der Gesetzesberatung ist doch, dass diese in der Öffentlichkeit stattfindet und dass die Abgeordneten des Hessischen Landtags genau dort über diese Regelung abstimmen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Ein Letztes, Frau Oppermann. Sie argumentieren hier, dass Sie den Gesetzentwurf zum Vorteil der Leute in der Region jetzt verabschieden wollen. Ich kann nur wiederholen, was Herr Ebsen in der mündlichen Anhörung gesagt hat und was ich wirklich sehr erschreckend finde. Seine Argumentation war, dass das Gesetz verfassungsgemäß sein könne, weil das Land nicht verpflichtet sei, zwei oder drei Universitätsklinika vorzuhalten. Für den Fall, dass die Freiheit von Forschung und Lehre beeinträchtigt werde, sei das Universitätsklinikum Mittelhessen eben kein Universitätsklinikum mehr, die universitäre Ausbildung gehe dann eben nach Frankfurt. Wenn das die Botschaft ist, Frau Oppermann, die Sie in Ihre Region bringen wollen, dann muss ich sagen: Ich verstehe Sie einfach nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Ende, Herr Präsident. – Frau Beer hat es schon gefordert, und auch ich halte es für dringend erforderlich, dass wir die Entscheidung über den Gesetzentwurf so lange aussetzen, bis der Wissenschaftsrat entschieden hat und bis die Verträge offen liegen. Erst dann können wir über diesen Gesetzentwurf in dritter Lesung entscheiden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Beer.

**Nicola Beer (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Corts, um hier ein bisschen die Unruhe aus dem Saal zu nehmen: Ich habe nichts dagegen, wenn von hier vorne aus auch gelächelt wird und ein verbindlicherer Ton angeschlagen wird, Frau Kollegin Sorge. Ich glaube, dass das einer sachgerechten Debatte durchaus zuträglich sein kann.

(Beifall bei der FDP)

Man muss aber inhaltlich an der Sache bleiben. Man darf hier nur zutreffende Tatsachen darstellen. Herr Corts, wenn Sie versucht haben, hier den Eindruck zu erwecken, als wolle die FDP-Fraktion mit ihrer Forderung, in diesem Hause erst dann endgültig zu entscheiden, wenn der Wissenschaftsrat am 27. Januar sein Votum abgegeben hat, den Bieter auf eine endlose Bank schieben und ihm womöglich irgendwelche finanziellen Nachteile beschern, dann muss ich Ihnen sagen: Das ist mitnichten so. Das müssten auch Sie als Jurist wissen, zumindest dann, wenn Sie einmal als Rechtsanwalt an Vertragsverhandlungen teilgenommen haben.

Das ganze Problem können Sie über vertragliche Klauseln abwickeln. Das ist eigentlich auch üblich, zumindest bei den Verträgen, die über unsere Kanzlei laufen. Sie können sogar so weit gehen, wenn Sie dieses Wochenende den Bieter aussuchen, die Verträge auf der Basis, die gefunden und ausgehandelt wurde, schon protokollieren zu lassen, denn es gibt Möglichkeiten – sei es über auflösende Bedingungen, sei es über ein Rücktrittsrecht –, den Vertrag unter die Bedingung zu stellen, dass dieses Gremium abschließend zustimmt. Sie können sogar, wenn Sie das Rücktrittsrecht wählen, schon das Registerverfahren einleiten, weil man gegebenenfalls die Eintragung im Register wieder löschen kann. All das lässt sich rechtlich auf die Reihe bringen, ohne dass Sie sich den Tort antun müssen, in diesem Hause – in meinen Augen grob fahrlässig – endgültig zu entscheiden, bevor der Wissenschaftsrat in seinem Plenum am 27. Januar ein Votum abgibt.

(Beifall bei der FDP)

Dieses Votum ist für uns schon deshalb bedeutend, weil es den Unterschied zwischen universitärer Einrichtung und Kreisklasse ausmacht. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Nach meiner Einschätzung möchte der private Bieter ein Universitätsklinikum erwerben. Er ist interessiert daran, auf Forschung und Lehre zugreifen zu können. Wenn Sie ihm nur noch ein Kreiskrankenhaus anbieten können, dann werden Sie diese Privatisierung nicht zum Erfolg führen können.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in dritter Lesung. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung

der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann stelle ich fest: Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP-Fraktion mehrheitlich angenommen worden und somit zum Gesetz erhoben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich rufe vereinbarungsgemäß **Tagesordnungspunkt 15** auf:

**Große Anfrage der Abg. Siebel, Pfaff, Becker (Nidda), Bökel, Frankenberger, Grumbach, Habermann, Hoffmann, Klemm, Schaub, Schmitt (SPD) und Fraktion betreffend Telefongewinnspiele und Verbraucherschutz – Drucks. 16/4465 zu Drucks. 16/3803 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Das Wort hat Herr Kollege Siebel für die Fraktion der SPD.

(Unruhe)

– Herr Kollege Siebel, einen Augenblick bitte. – Meine Damen und Herren, bitte sitzen oder gehen, aber bitte schnell. – Meine Damen und Herren, das Wort hat der Kollege Siebel.

**Michael Siebel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat sich mit dieser Großen Anfrage einer Entwicklung angenommen, die für die deutsche Medienlandschaft eine ernsthafte Bedrohung und für den Verbraucherschutz eine riesige Herausforderung darstellt.

Es geht darum, wie wir mit dem Thema Telefongewinnspiele und Verbraucherschutz umgehen. Ich will versuchen, das einmal an einem Beispiel deutlich zu machen, denn vielleicht gehört der eine oder andere von uns nicht zu den regelmäßigen Sehern derartiger Sendeformate, um die es hier geht. Ich will versuchen, Ihnen ein solches Beispiel zu dokumentieren.

Beispielsweise gibt es bei 9Live Einblendungen von Texten, mit denen man solch interessante Aufgaben lösen muss wie etwa:

Klaus aus Augsburg hat 151 Tiere, 53 Fischotter, 67 Esel und eine Echse. Klaus' Echse muss heute zur Therapie. Sie mag Otter gerne, was Klaus natürlich nicht stört, sonst müsste meine Sekretärin, die alles macht, neun Tigerhaie kaufen gehen.

Es muss die Aussage darüber getroffen werden, um wie viele Tiere es sich hier handelt.

Dann rufen beliebig viele Leute an, die befinden sich in Telefonschleifen und müssen so Gebühren für die Lösung einer Aufgabe bezahlen, die von den Sehern und Hörern gar nicht gelöst werden kann – beispielsweise weil das Wort „Tier“, von hinten gelesen, aufgelöst werden muss, weil unterschiedliche Buchstaben zusammengesetzt werden müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all dies findet tagtäglich statt, auch jetzt im deutschen Fernsehen, beispielsweise bei 9Live. Dieser Sender ist innerhalb kürzester Zeit in eine beträchtliche Gewinnspanne geraten und verdient Millionen Euro damit – ich sage das bewusst –,

dass Rezipienten solcher Fernsehveranstaltungen abgezockt werden – durchaus vor dem Hintergrund, dass sie gar nicht wissen, was da mit ihnen passiert. Das ist eine Form des Ausnehmens von Leuten, die nach meiner Ansicht in unserer Medienwelt eigentlich nicht geschehen soll, wenn wir damit verantwortlich umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb muss ich sagen, dass ich mich zwar auf der einen Seite bei der Hessischen Landesregierung für diese Beantwortung der Großen Anfrage ganz herzlich bedanke – im Wesentlichen ist sie vor dem Hintergrund von Stellungnahmen sowohl der Landesanstalt für privaten Rundfunk als auch des Hessischen Rundfunks zusammengetragen worden. Aber meinerseits muss ich sagen, dass ich mit der Konsequenz dieser Antwort auf unsere Große Anfrage, die sich im vorletzten Absatz wiederfindet und die ich mit freundlicher Genehmigung des Präsidenten zitieren darf, nicht einverstanden bin. Dort steht:

Zur generellen medienrechtlichen Beurteilung von Gewinnspiel-Elementen in Rundfunkprogrammen bleibt festzuhalten, dass die Landesregierung in dieser neuen Finanzierungsform privater Rundfunkprogramme keinen Verstoß gegen das Hessische Privatrundfunkgesetz oder eine rundfunkstaatsvertragliche Regelung zu sehen vermag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will versuchen, aus dieser Antwort auf die Große Anfrage heraus zu entwickeln, dass nach meiner Ansicht in der Tat ein gewisser Handlungsbedarf besteht, und ich will auch sagen, wo er besteht.

Erstens. In der Antwort ist angekündigt, dass seitens der Landesanstalt für privaten Rundfunk eine Erhebung gemacht worden ist und sie Ergebnisse und Konsequenzen aus einem Erfahrungsbericht vorlegen soll; dieser Ergebnisbericht sollte bis Ende 2005 vorliegen. Er müsste also eigentlich – wir haben jetzt Ende 2005 – inzwischen vorliegen. Da die Formulierung dieser Antwort ein bisschen früher erfolgt ist als unsere Debatte heute darüber, bin ich sehr gespannt, ob die Landesregierung heute vor dem Hintergrund dieses Papiers der Landesanstalt bereits Konsequenzen ziehen kann oder wie sie im weiteren Verfahren

(Zuruf des Ministers Stefan Grüttner)

– wenn ich das eben hinten richtig verstanden habe, dann liegt dieser Bericht noch nicht vor –, wenn der Bericht vorliegt, mit diesen Konsequenzen umgeht.

Zurzeit ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk nur marginal betroffen, aber natürlich besteht die Gefahr, dass diese Tendenz privater Finanzierungsmechanismen auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Platz greifen könnte. In der Antwort auf die Große Anfrage heißt es: „Neben das Kerngeschäft Werbung treten hierbei neue Erlösformen wie Paid-Content und Merchandising.“

Meine Damen und Herren, wenn es so ist, dass es in Zukunft sozusagen zu einem integralen Bestandteil privaten Rundfunks gehört, dass solche Formen zusätzlicher Finanzierung normal werden, dann müssen wir uns vor dem Hintergrund, wie wir verantwortlich mit Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk umgehen, mit diesem Problem auseinandersetzen. Hier sehe ich eine Gefahr. Ich glaube, dass wir dort – durchaus auch im Hinblick auf unsere gesetzgeberischen Kompetenzen – eine Verantwort-

tung wahrzunehmen haben und dass wir damit umgehen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb plädiere ich dafür, insbesondere bei den Privaten sehr genau hinzusehen. Ich meine, als erste Folgerung aus der Antwort auf diese Große Anfrage – und möglicherweise dem Erfahrungsbericht der Landesanstalt für privaten Rundfunk – sollten Konsequenzen im Hinblick auf die in Aussicht gestellte Novellierung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes gezogen werden.

Unter den Obleuten für den Medienbereich im Hauptausschuss haben wir uns darauf verständigt, dass wir sämtliche Initiativen in diesem Zusammenhang – die teilweise auch bereits als Gesetzesinitiativen vorliegen – zusammenfassen wollen. Ich würde mir sehr wünschen, dass die Hessische Landesregierung im Kontext der Novellierung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes dieses Problem mit aufnimmt, denn es ist ein ernsthaftes Thema, das auch etwas mit dem Verbraucherschutz zu tun hat.

Zweitens. In der Antwort wurde sehr gut herausgearbeitet, in welchem Umfang – beispielsweise bei 9Live, ich habe ein Beispiel genannt, oder beim DSF, bei Sat.1 in „Quiz Night“ oder bei Kabel eins im „Filmquiz“ – solche Formen der Finanzierung des privaten Rundfunks stattfinden. In dieser Antwort ist ebenfalls niedergelegt, dass zumindest die Mehrwertdienstanteile an den TV-Vollprogrammen mit einem zehnpromtigen Anteil am Gesamtgewinn zu rechnen haben, bei Spartenprogrammen durchaus mit einem Anteil von 20 bis 40 %. Das ist in der Tat ein erheblicher Finanzierungsanteil, der in der Zukunft über diese Mehrwertdienste zu erzielen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb halte ich es für wichtig – das ist meine zweite Folgerung –, dass wir uns in diesem Zusammenhang nicht nur die medienrechtlichen Zusammenhänge anschauen, sondern in der Tat dabei den Fokus auf die verbraucherrechtlichen Fragen lenken. Das ist einer der großen Bereiche, denen sich der Verbraucherschutz in Zukunft zuwenden muss. Insofern wäre es gut, wenn die Verbraucherschutzorganisationen auch in diesem Sinne nochmals Aufklärung betreiben könnten; meiner Ansicht nach müssten sie das auch tun.

Ich möchte einen dritten und letzten Punkt herausarbeiten. Auch der hat durchaus etwas mit gesetzlichen Bedingungen zu tun. Wir haben in der Tat ein Bundesgesetz – das Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauchs von 0190- und 0900-Nummern. Dort sind Festlegungen getroffen, und wir müssen genau hinschauen, ob diese Festlegungen verschärft werden müssen. Insbesondere müssen wir darauf achten, dass es dort zu einer ordentlichen Kontrolle kommt. Dies ist Aufgabe der dafür zuständigen Gremien.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte aber einen Punkt nochmals besonders herausarbeiten – ich glaube, der ist bei uns auch Konsens.

(Zuruf des Ministers Stefan Grüttner)

– Bitte? – Noch besser, danke für diesen Konsens schon im Vorhinein; ich habe noch gar nicht gesagt, was ich sagen wollte.

Ich glaube, es ist unstrittig, dass wir ein mediengesetzliches Verbot von Fernsehgewinnspielen in oder im Umfeld von Kinderprogrammen oder, wie ich meine, sogar generell im Tagesprogramm, staatsvertraglich regeln sollten.

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich glaube, es wäre ein lohnender Ansatz, dies in die nächsten Staatsvertragsverhandlungen einzuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich deshalb zusammenfassen.

Erstens. Ich bitte die Landesregierung, das, was sie im Hinblick auf Konsequenzen für das Hessische Privatrundfunkgesetz in der Beantwortung dieser Großen Anfrage niedergelegt hat, zu beachten.

Zweitens. Ich halte es für geboten, den Verbraucherschutz in Hessen in Hinblick auf diese Formate nochmals zu sensibilisieren.

Drittens. Ich denke, ein Verbot von Telefongewinnspielen – auf alle Fälle im Umfeld von Kinderprogrammen – sollte staatsvertraglich vereinbart und mit dem nächsten Rundfunkstaatsvertrag verhandelt werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Kollege Siebel. – Das Wort hat Herr Abg. Posch für die Fraktion der FDP.

**Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über die Sinnhaftigkeit von Gewinnspielen kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Die gab es früher, die gibt es heute. Früher war man darauf angewiesen, eine Postkarte zu frankieren und wegzuschicken. Ich gebe allerdings zu, dass die neuen technischen Möglichkeiten natürlich Veranlassung geben, darüber nachzudenken, ob durch sie nicht doch in einer Weise davon Gebrauch gemacht wird, dass überprüft werden muss, ob sie zu Missbrauch führen und ob mit einer solchen Handhabung auch Gefahren einhergehen.

Große Anfragen haben natürlich häufig den Sinn – das bestätigt auch das, was Sie eben gesagt haben, Herr Siebel –, zu erkunden, ob missbräuchliche Verhaltensweisen der Veranstalter vorliegen und ob gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Deswegen eine generelle Bemerkung: Bevor wir dann allerdings voreilig zu dem Schluss kommen, dass gesetzgeberischer Handlungsbedarf tatsächlich vorhanden ist, sollten wir das sehr sorgfältig überprüfen. Denn wir reden ständig darüber, ob wir ein neues Gesetz brauchen. Wenn wir ein Problem haben, kommen wir gleich wieder zu dem Ergebnis, dass wir ein neues Gesetz machen müssen. Dann wundern wir uns hinterher darüber, dass wir zu viele gesetzliche Vorschriften haben, wobei wir Schwierigkeiten haben, das Einhalten der Gesetze zu überprüfen.

Deswegen bin ich sehr vorsichtig, schon heute eine Schlussfolgerung zu ziehen. Insofern bedanke ich mich für die Angaben in der Beantwortung der Großen Anfrage seitens der Landesregierung. Was dort ausgeführt ist, lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die Landesregierung sieht in Gewinnspielelementen als neuer Finanzierungsform zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Verstoß gegen das Hessische Privatrundfunkgesetz und den Rundfunkstaatsvertrag. – Das ist zunächst einmal ein Fakt, den man zur Kenntnis nehmen muss. Denn wenn das der Fall gewesen wäre, hätte es solche Sanktionen gegeben.

Bezüglich der Frage, ob gesetzgeberischer Regulierungsbedarf besteht, will ich nur auf das eingehen, was Herr Sie-

bel gesagt hat. Wir sollten das im Lichte der Erfahrungsberichte der Landesmedienanstalt betrachten. Es geht nicht nur um die hessische Landesmedienanstalt. Die Hessen sind überhaupt nur in relativ geringem Umfang tangiert. Es geht um eine bundesweite Auswertung der Erfahrungsberichte. Es geht also nicht nur um den Bericht der Landesmedienanstalt, sondern auch um den der Bundesregierung bezüglich der Wirksamkeit der Handlungsmöglichkeiten der Netzagentur.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Deswegen will ich nur auf ein paar Punkte eingehen, die auch schon angesprochen worden sind. Herr Siebel, Sie haben das auch getan. Die verschiedenen Gewinnspiele sind primär unter dem Gesichtspunkt verbraucherschutzrechtlicher Fragen erörtert worden. Da hat die Frage eine Rolle gespielt, ob ein verbotenes Glücksspiel gemäß § 284 Strafgesetzbuch vorliegt, wobei es selbstverständlich umstritten ist, ob und unter welchen Voraussetzungen der Tatbestand erfüllt sein kann. Darüber hinaus wurde die Frage nach dem Vorliegen eines Betruges aufgeworfen. Da ging es um 9Live. Sie haben das gesagt. Das Verfahren wurde eingestellt.

Diese beiden Beispiele machen deutlich, dass es keinen Sanktionsbedarf gab. Der hessische Bezug ist sehr gering. Gleichwohl will ich nicht ausschließen, dass ein Regulierungsbedarf besteht. Allerdings sage ich: Vor einer abschließenden Beantwortung der Frage, ob gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, müssen die Erfahrungsberichte der Landesmedienanstalt und der Bundesregierung vorliegen. Deswegen gehe ich keineswegs so weit wie Herr Siebel, dass ich im Vorgriff auf diese Berichte heute schon darauf hinweise, dass Gesetzgebungsbedarf besteht.

Es ist immer sehr plakativ und auch einleuchtend, wenn Sie sagen, das sei eine Frage des Jugendschutzes und des Kinderschutzes. Natürlich ist es das. Da muss man aber sehr genau prüfen, ob eine gesetzliche Kodifizierung von irgendetwas das erstrebte Ziel, das auszuschließen, tatsächlich erreicht. Was habe ich davon, wenn diese Vorschriften dann umgangen werden? Dann habe ich mich vielleicht als Gesetzgeber entlastet, nach dem Motto: Ich habe eine gesetzliche Vorschrift erlassen. – Aber tatsächlich habe ich für den Kinder- und Jugendschutz nichts erreicht.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Deswegen sage ich, dass das der gewissenhaften Überprüfung bedarf. Damit sind wir eigentlich bei einem anderen Thema, welches wir immer wieder diskutieren, wenn es um die Frage geht, welche Gefahren von solchen Medien ausgehen. Da spielt die Medienkompetenz eine Rolle. Da ist es eine Frage der Verantwortung – sowohl der Lehrer als auch die der Eltern. Es ist die Frage, ob sie sich Mühe geben, es mit den Kindern gemeinsam zu erlernen, wie man mit Fernsehen und all dem, was moderne Kommunikationsmöglichkeiten ausmacht, umgeht, und ob sie es zulassen, dass tatsächlich Missbrauch betrieben wird.

Wir haben also eine Verantwortung, die bei den Eltern liegt, aber auch eine Verantwortung, die in gleicher Weise beim Gesetzgeber liegt. Ich persönlich halte die Einwirkungsmöglichkeiten des Gesetzgebers, der nur Sanktionen vorschreiben kann, für nur sehr bedingt tauglich.

Deswegen sage ich für die FDP-Fraktion: Wir schließen nicht aus, dass Handlungsbedarf besteht. Aber die oberste Maxime des Gesetzgebers muss wirklich die sehr inten-

sive Prüfung sein, ob überhaupt Handlungsbedarf besteht, und wenn ja, ob wir tatsächlich gesetzgeberische Mechanismen vorschreiben können, die das erstrebte Ziel erreichen. Dazu bedarf es dieser Erfahrungsberichte. Dann werden wir uns diesem Thema sorgfältig nähern und zu einer Entscheidung kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Dr. Jürgens für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin in einer Zeit groß geworden, als wir zu Hause nur zwei Fernsehprogramme empfangen konnten, und zwar ARD und DDR 1 – in dem Zonenrandgebiet in Niedersachsen, in dem ich aufgewachsen bin, auch gelegentlich „Ostzone“ genannt. Natürlich ging dann Anfang der Sechzigerjahre das ZDF auf Sendung.

(Zuruf von der CDU)

– Nein, nein, ich war noch nicht in Nordhessen. Nordhessen war damals schon fortschrittlich. Deswegen bin ich da auch hingezogen.

Aber der alte Fernsehapparat, den meine Eltern damals hatten, konnte das ZDF nicht empfangen. Ich kann mich noch entsinnen, dass wir bei der Weltmeisterschaft 1966 und auch 1970 immer zu Verwandten, Freunden oder Bekannten gehen mussten, wenn wir die Spiele im ZDF sehen wollten.

Ich weiß auch noch, dass ich mindestens zwölf oder 13 Jahre alt war, als wir zu Hause überhaupt einen Telefonapparat bekamen – damals natürlich noch mit Schnur und analog, was wir damals aber gar nicht wussten, weil wir den Ausdruck noch gar nicht kannten.

(Michael Siebel (SPD): Und der Finger ist immer in der Wählscheibe hängen geblieben!)

Ich sage dies alles nicht, weil ich etwa für mich eine sozialisationsbedingte Medienfeindlichkeit reklamieren möchte. Ganz im Gegenteil – ich lerne gern und sehr viel dazu. Ich habe bei der Beschäftigung mit der Großen Anfrage der SPD auch gelernt, dass Telefongewinnspiele keine Spiele sind, bei denen man ein Telefon gewinnen kann,

(Allgemeine Heiterkeit)

sondern solche, bei denen man mithilfe des Telefons eine Aufgabe lösen muss und dann

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur verlieren kann!)

entsprechend einen Gewinn erzielen kann.

Aber ich wollte an diesen Beispielen deutlich machen, wie rasant die mediale Wirklichkeit sich in den letzten 40 Jahren gewandelt hat – wahrscheinlich sogar in den letzten 50 Jahren und noch davor. Das ist eine Entwicklung, von der wir sicherlich alle profitieren und die wir alle im Wesentlichen zu großen Teilen gutheißen. Vielleicht bereitet uns die Entwicklung manchmal etwas Probleme. Ich habe vorhin gehört, Vizepräsident Lortz hat gelegentlich Schwierigkeiten, sein Handy zu bedienen, aber schauen wir mal.

Die Informationsgesellschaft wird so erst möglich. In Zeiten der Globalisierung sind wir darauf angewiesen. – Das ist alles gut und schön. Es kommen auch noch weitere Entwicklungen auf uns zu. Wir haben heute Morgen in der Aktuellen Stunde darüber geredet: DVB-T, DVB-H, DAB – das ist übrigens keine Biermarke, sondern auch eine technische Entwicklung –, DMB und manches mehr.

Die Große Anfrage der SPD beleuchtet jetzt einen Aspekt, der jedenfalls für die deutsche Fernsehlandschaft, zumindest nach meiner Wahrnehmung, relativ neu ist, nämlich die dort genannten Telefongewinnspiele im Privatfernsehen. In diesem Zusammenhang müsste man wahrscheinlich eher von Kommerzfernsehen sprechen.

Wir kennen das Fernsehen im klassischen Sinne, wo redaktionell gestaltete Sendungen ausgestrahlt werden, die optische und akustische Informationen verbreiten, Unterhaltung bieten usw. Genau dieses klassische Fernsehen tritt in dieser Entwicklung, die unter anderem auch von den Telefongewinnspielen gekennzeichnet ist, immer mehr in den Hintergrund. Sehr hoch halten wir immer noch die Trennung der redaktionellen Produkte, die verbreitet werden, von der Werbung, die ausgestrahlt wird, der Schleichwerbung, die es gelegentlich auch gibt, und von der kommerziellen Gesamtgestaltung, wie man mittlerweile annehmen könnte. Das wird an anderer Stelle auch besprochen.

Aber bei den Gewinnspielen ist es etwas anders. Herr Posch hat natürlich Recht. Es hat schon immer Gewinnspiele gegeben, auch im Fernsehen. Man konnte mit Postkarteneinsendungen daran teilnehmen und später durchaus auch mit Anrufen. Das Tor des Monats wurde früher über Postkarten ausgelost. Es wird heute über Telefonanrufe ausgelost. Aber es gibt doch einen gewichtigen Unterschied zu den hier gemeinten Telefongewinnspielen. Denn diese anderen Gewinnspiele, die es bisher gegeben hat, waren sozusagen ein Nebenprodukt und dienten der Steigerung der Attraktivität des eigentlichen Programms, um das es ging – z. B. der „Sportschau“ beim Tor des Monats. Und sie dienten zur Steigerung der Aufmerksamkeit der Zuschauer.

Bei den gegenwärtigen Telefongewinnspielen ist es aber genau umgekehrt. Da steht das Gewinnspiel einseitig im Vordergrund, und zwar nicht deswegen, um die Zuschauer mit dem Spiel zu unterhalten, sondern um den Sendern tatsächlich eine zusätzliche Einnahmequelle zu verschaffen. Das ist in deutlicher Klarheit in der Antwort der Landesregierung dargestellt worden.

Da ist es genau umgekehrt. Der redaktionelle Anteil, also die Gestaltung der Sendung, wird zum Nebenzweck, und der Hauptzweck ist das Geldverdienen der Sender. Nun ist das auch bei anderen Sendungen zweifellos so. Wir haben Werbesendungen, und wir haben Teleshopping. Auch da geht es darum, dass nicht im Vordergrund steht, ein redaktionelles Konzept umzusetzen, sondern es geht um eine Werbemaßnahme oder darum, Dinge zu verkaufen. Aber aus gutem Grunde gibt es z. B. die deutliche Hinweispflicht. Wer eine Werbesendung sieht, muss wissen, dass er sich gerade in einer Werbesendung befindet. Diese Hinweispflicht gibt es zumindest nach meinem Kenntnisstand bei den Telefongewinnspielen nicht. Da wird nach außen hin immer noch der Eindruck erweckt, es wäre sozusagen ein redaktionelles Programm und ein Spiel, an dem jeder teilnehmen kann. Aber wir wissen, dass die meisten, die dort anrufen, nie eine Chance bekommen, tatsächlich eine Antwort zu geben. Eine Transparenz ist jedenfalls nach meinem Dafürhalten, soweit ich das beim

Hineinschauen in diese Gewinnspiele erkennen konnte, nicht gegeben.

Ich muss sagen, dass ich schon etwas über die Wiedergabe des Protokolls der Besprechung der Regierungschefs der Länder zu dem Thema TV-Gewinnspiele irritiert bin. Das ist im Anhang der Großen Anfrage wiedergegeben. Das stammt vom Dezember letzten Jahres, glaube ich. Ich war schon ein wenig irritiert, als ich lesen musste – ich zitiere –:

Die Regierungschefin und die Regierungschefs der Länder stellen fest, dass der Verbraucherschutz bei TV-Gewinnspielen ... vorrangig ein telekommunikationsrechtliches Problem darstellt.

Ich bin sehr skeptisch, ob das tatsächlich den Kern des Problems trifft. Das Telekommunikationsrecht und die technische Abwicklung sind natürlich das eine, aber der Verbraucherschutz und der Schutz derjenigen, die vor dem Programm sitzen und vor dem geschützt werden müssen, was die Sender anbieten, sind wirklich etwas anderes, was auch berücksichtigt werden muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, wir müssen auch genau schauen – noch etwas genauer, als es die Landesregierung getan hat –, ob nicht doch Telefongewinnspiele in dem einen oder anderen Fall in den Bereich des verbotenen Glücksspiels abrutschen. Die Landesregierung hat in der Antwort die maßgeblichen Gesichtspunkte genannt, wann ein verbotenes Glücksspiel vorliegt, und hat als Ergebnis referiert, dass in aller Regel ein verbotenes Glücksspiel bei diesen Telefongewinnspielen schon deswegen nicht vorliege, weil der Einsatz, der dort geleistet wird, nämlich sozusagen die Telefongebühr, vergleichsweise gering sei. Das kann man sicher für den einmaligen Anruf annehmen. Aber wer sagt uns eigentlich: Woher wissen wir, wie oft die Menschen, die durch die Moderatorin oder den Moderator geradezu animiert werden, dort anzurufen, denen immer wieder während der Sendung suggeriert wird, wenn sie gerade in diesem Augenblick anrufen, steige die Chance, tatsächlich von der Gewinnmöglichkeit Gebrauch machen?

Herr Siebel hat es plastisch dargestellt. Man kommt in eine Warteschleife oder wird durch den Zufallsgenerator ausgesucht oder eben nicht ausgesucht. Das heißt, man muss, um wirklich eine Chance zu haben, mehrfach anrufen. Gewinnspiele laufen täglich. Wer sagt uns denn, dass es nicht viele Menschen gibt, die dieses tagtäglich nutzen? Ich bin mir ziemlich sicher, dass auch die Telefongewinnspiele ein ähnlich hohes Suchtrisiko bergen wie andere Gewinn- und Glücksspiele.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kann es doch im Ergebnis sehr schnell dazu kommen, dass diese Geringfügigkeitsgrenze, wo das Glücksspiel noch nicht einsetzt, tatsächlich überschritten wird und Menschen mit dem vagen Hinweis, möglicherweise etwas gewinnen zu können, so viel einsetzen, dass wir uns tatsächlich im Bereich des verbotenen Glücksspiels befinden. Das ist nach meinem Dafürhalten von den Landesmedienanstalten sehr genau zu beobachten. Möglicherweise sind daraus Konsequenzen zu ziehen.

Ich kann für meine Fraktion sagen: Für uns ist der Verbraucherschutz nach wie vor auch in diesem Bereich von außerordentlich hoher Bedeutung. Ich habe zur Kenntnis nehmen müssen, dass die neue Bundeskanzlerin durch Organisationserlass vom 22. November das ehemalige Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung

und Landwirtschaft in Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz umbenannt hat. Wenn diese Umbenennung, dass man drei Worte in einer unterschiedlichen Reihe verwendet, überhaupt einen Sinn haben kann, dann doch nur den, dass der Verbraucherschutz in seiner Bedeutung hintangestellt werden soll.

(Michael Siebel (SPD): Ein unglaublicher Vorgang!)

Ich darf für meine Fraktion sagen: Für uns steht der Verbraucherschutz nach wie vor an erster Stelle.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden uns überall, wo wir die Möglichkeit haben, dafür einsetzen, dass er den ihm zustehenden Wert auch behält oder notfalls wieder bekommt. Das gilt auch für die Telefongewinnspiele.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Hoff für die Fraktion der CDU.

#### **Volker Hoff (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte eigentlich nur einige wenige Bemerkungen machen und dann – mit Blick auf die Zeit –

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist Viertel nach Fünf!)

meine Rede zu Protokoll geben.

(Anlage)

Ich möchte erstens darauf hinweisen – das hat auch Kollege Siebel angesprochen –, dass wir einen Bericht der Landesmedienanstalten zu diesem Thema erwarten. Ich schlage vor, dass wir Festlegungen, wie wir mit dem Thema weiter umgehen – ob wir uns gesetzgeberisch betätigen, und wenn wir uns betätigen, wie wir uns betätigen –, vielleicht davon abhängig machen, was in diesem Bericht steht, und uns nicht sozusagen im vorausgehenden Gehorsam entsprechend festlegen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat auch niemand gefordert!)

Zweite Bemerkung. Man muss sehr aufpassen. Alle, die an Telefonspiele denken, denken an die Spielmechanismen, die es teilweise in der unangenehmsten Ausprägung bei 9Live gibt. Aber es gibt eine ganze Reihe von Gewinnspielen, die ähnlich gelagert, aber völlig unproblematisch sind und rein zur Kundenbindung dienen.

Ich nehme ein Beispiel. Wenn im Morgenmagazin von ARD und ZDF diese berühmten Frühstückstassen durch Anrufe gewinnbar gemacht werden, wohinter auch ein Gewinnspiel steckt, da man relativ leichte Fragen beantworten muss, dann hat das sicher nicht die Qualität, die wir meinen, wenn wir über dieses Thema diskutieren. Deshalb wäre ich sehr vorsichtig, heute schon Festlegungen zu treffen, wie das Kollege Siebel getan hat, und zwar in dem Sinn, dass wir grundsätzliche Verbote aussprechen. Ich bin schon der Meinung, dass wir abwarten sollten, was die Landesmedienanstalten hierzu berichten, und auf der Basis dieses Berichtes entsprechend vorgehen sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dritte Bemerkung. Zumindest die LPR in Kassel hat es an dieser Stelle relativ einfach, weil sie im Grund genommen nur für einen Anbieter in diesem Bereich zuständig ist, nämlich RTL II, dort vorwiegend mit den Gewinnspielen, die sich um Big Brother ranken. Die Landesanstalt für privaten Rundfunk ist selbst zu dem Ergebnis gekommen, dass ein wie auch immer geartetes Einschreiten nicht notwendig ist. Ich denke, dass es unter diesem Aspekt sinnvoll ist, nicht in operative Hektik zu verfallen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer macht das denn? Baut Pappkame raden auf und schlägt dann drauf!)

sondern dass es sehr viel mehr Sinn macht, an dieser Stelle den Bericht der Landesmedienanstalten abzuwarten, um hier zu überlegen, was der Gesetzgeber notwendigerweise tun sollte.

Die letzte Bemerkung. Ich möchte mich für die CDU-Fraktion bei der Landesregierung bedanken, dass sie diese Große Anfrage sehr ausführlich beantwortet hat. Ich denke, dass wir damit eine gute Diskussionsgrundlage haben, und dass wir, wenn der Bericht der Landesmedienanstalten vorliegt, entsprechend weiter fortfahren können. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Grüttner.

#### **Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Siebel, den Konsens habe ich hergestellt, weil ich das medienrechtliche Unbehagen, das in der Fragestellung insbesondere der Fragen 10 und 11, mitschwingt durchaus teile. Jeder, der hier das Wort ergriffen hat, hat je nachdem, aus welchem Fokus er es betrachtet hat, auch dieses Unbehagen gespürt, wenn es um die Fragestellung von Gewinnspielen im Fernsehen geht, die ausschließlich den Sinn und Zweck der Abzocke haben, um das einmal sehr plastisch zu sagen. Es ist nicht anders zu verstehen, wenn man irgendwo ein Telefongewinnspiel sieht und die Frage gestellt wird: Welches der drei Worte kann man vorwärts wie rückwärts lesen? Dann kommt „Donaudampfschiffahrtskapitän“ in Assoziation mit „Otto“.

Das ist genau der Punkt, bei dem man eingreifen und sagen muss, an welchen Stellen wir eine Chance haben, einzugreifen, und mit welchem Instrument einzugreifen ist. Es ist noch zu früh, darüber eine Diskussion anzufangen, ob es eine gesetzliche Regelungsnotwendigkeit oder überhaupt irgendeine Möglichkeit gibt. Klar ist auch, wenn wir eine Eingriffsmöglichkeit haben, müssen wir sie bundesweit ausgestalten, da länderspezifische Regelungen an den Stellen keinen Sinn machen, weil die Lizenzierungen von privaten Rundfunksendern je nachdem, in welchen Bundesländern der Lizenzantrag gestellt wird, unterschiedlich sind, aber trotzdem die Fragestellung der bundesweiten Verbreitung möglich ist.

Deswegen meine ich, dass wir die unterschiedlichen gesetzlichen Eingriffsmöglichkeiten prüfen müssen, und das im Hinblick auf die Fragestellung der Unterschreitung. Das haben wir mit dem Rundfunkstaatsvertrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gemacht. Wir haben in den Rundfunkstaatsvertrag eine Regelung hineingebracht,

dass Telefonanrufrkosten nur die Selbstkosten des Veranstalters, aber ohne Gewinnerzielungsabsichten, abdecken dürfen. Für den privaten Rundfunk gibt es dieses nicht.

Es ist auch klargelegt und nicht angreifbar, dass der private Rundfunk auf einer anderen Ebene bei der Einnahmesituation steht. In den Finanzierungsregelungen für den privaten Rundfunk steht, dass private Veranstalter ihre Rundfunkprogramme durch Einnahmen aus Werbung und Teleshopping und durch sonstige Einnahmen, insbesondere durch Entgelte der Teilnehmer, sowie aus eigenen Mitteln finanzieren können. Unter diese sonstigen Einnahmen ist die Finanzierung über solche Telefonanrufgebühren zu subsumieren und insofern durchaus statthaft.

Entscheidend ist für mich an einer Stelle, wie man rundfunkrechtlich oder medienpolitisch jenseits der Fragestellung, ob man aus Sicht des Verbraucherschutzes Maßnahmen ergreifen kann, versuchen kann, einiges zu ändern. Ich muss das einfach einmal zitieren. In § 2 Abs. 1 des Rundfunkstaatsvertrags wird der Rundfunk definiert als die „für die Allgemeinheit bestimmte Veranstaltung und Verbreitung von Darbietungen aller Art in Wort, in Ton und in Bild unter Benutzung elektromagnetischer Schwingungen ohne Verbindungsleitung oder längs oder mittels eines Leiters“.

Das ist eine relativ entscheidende, gute und leicht verständliche Formulierung, wie ich anhand der interessierten Gesichter gesehen habe. Aber es hat mit einem Entsprechenden zu tun, und das ist die Frage der Darbietung. In der Frage der Begriffsdefinition des Wortes Darbietungen ist damit auch ein redaktioneller Gehalt zu verstehen und nicht ausschließlich ein Gewinnspiel ausschließlich zur Einnahmegenerierung. An dieser Fragestellung können wir bei dem Punkt Darbietung – –

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

– Nein, Michael Denzin. Bei jenen Überprüfungen von 9Live wurde auch die Frage des redaktionellen Umfeldes geprüft. An der Stelle ist festgestellt worden, es ist so, dass ein redaktionelles Umfeld da ist, sodass es nicht unter eine andere Art subsumiert werden kann. Entscheidend ist das in dem Moment, wo die Frage der Darbietung weg ist, die Grenze von einem Programmveranstalter zu einem Mediendienst schwindend wird, wie beispielsweise beim Teleshopping. In dem Moment, wo ich einen solchen Veranstalter als Mediendienst bezeichne, habe ich andere Zulassungskriterien. In diesem Moment habe ich eine andere Möglichkeit der Beschränkung. Ich rede beispielsweise von Einspeisungspflichten über das Kabel. Insofern ist es an dieser Stelle schon zu überlegen, wie wir zukünftig so etwas mit betrachten.

Ich weise heute schon darauf hin, dass mit einer zunehmenden Digitalisierung – Herr Jürgens hat das gesagt – die Vielfalten den Programmen einen deutlich anderen Anstrich geben werden. Insofern ist es notwendig, gewisse Konzeptstangen einzuziehen, die zukünftig eine Geltung haben. Die Landesmedienanstalten haben sich an einer Säule damit beschäftigt. Sie haben im Oktober Anwendungsregelungen zur Übersicht über Fernsehgewinnspiele beschlossen. In diesen Anwendungsregeln wird im Grundsatz dargelegt, dass Programm-, Werbungs- und Medienkompetenz zu entwickeln ist, dass aber von den Veranstaltern die Spielregeln besser zu erklären sind, Aussagen zu Gewinnsummen präzisiert, Auflösungen zeitnah und transparent präsentiert werden müssen, Minderjährige besonders geschützt werden müssen und auch

die Aufforderung zum Mitmachen keinen besonderen Anreiz zum wiederholten Anruf enthalten soll.

Die Landesmedienanstalten haben, weil das keine Gesetzeskraft entfaltet, für ihre Aufsichtstätigkeiten – dafür sind ausschließlich die Landesmedienanstalten zuständig – diese Anwendungs- und Auslegungsrichtlinien zugrunde gelegt, sodass zumindest dem Jugendschutz, aber auch dem Verbraucherschutz mit einer stringenten Aufsichtsregelung der Landesmedienanstalten Rechnung getragen werden kann.

Insgesamt ist die Fragestellung – da hat der Kollege Posch Recht –: Welchen Einfluss kann man über die Bundesnetzagentur nehmen? Auch dies ist nur bundesweit zu regeln. Die Bundesnetzagentur hat ihren Bericht noch nicht vorgelegt. Um sinnvolle weitere Maßnahmen diskutieren und im Zweifel auch beschließen zu können, brauchen wir den Bericht der Bundesnetzagentur.

Wir haben nicht nur das Unbehagen erkannt, das wir bei der Veranstaltung solcher Gewinnspiele fühlen, sondern sind in der Diskussion darüber – das ist der Konsens –, welche Eingriffsmöglichkeiten uns über die Aufsicht der Landesmedienanstalten oder auch im Länderkreis noch zur Verfügung stehen. Denn es kann nicht so sein, dass wir Kabel- oder Sendeplätze für Sendungen vergeben, die alle Darbietungen widerlegen und ausschließlich auf die dumpfen Gefühle von Menschen zielen, indem sie suggerieren, riesige Gewinne erzielen zu können, und die Leute nicht merken, dass ihnen das Geld aus der Tasche gezogen wird. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen.

In Absprache mit den parlamentarischen Geschäftsführern gehen wir jetzt noch in die Beschlussempfehlungen von Tagesordnungspunkt 42 bis Tagesordnungspunkt 56, enden dann für heute und setzen am nächsten Dienstag fort.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 42** auf:

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Einwände der Wirtschaft gegen Neubau des Flughafens Kassel-Calden ernst nehmen – Drucks. 16/4745 zu Drucks. 16/4071 –**

Berichterstatter: Dr. Lübcke. – Wir verzichten auf die Berichterstattung.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltung? – Damit ist die Beschlussempfehlung bei Ablehnung durch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Zustimmung durch den Rest des Hauses so beschlossen.

#### **Tagesordnungspunkt 43:**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend Mobilität als wichtiger Standortvorteil – Infrastruktur generiert Wachstum – Drucks. 16/4746 zu Drucks. 16/4651 –**

Berichterstatter: Abg. Hoff. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der FDP angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 44:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Berliner Koalitionsvertrag zügig umsetzen: Infrastrukturplanung vereinfachen und beschleunigen, Bürokratie abbauen – Drucks. 16/4747 zu Drucks. 16/4687 –**

Berichterstatter: Kollege Hoff. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Ich frage: Wer stimmt hier zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist diese Beschlussempfehlung bei Zustimmung der Fraktionen von der CDU, FDP und GRÜNEN und Ablehnung durch die Fraktion der SPD beschlossen.

#### **Tagesordnungspunkt 45:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Mittelkürzung im Nahverkehr um 3,1 Milliarden € – Drucks. 16/4748 zu Drucks. 16/4696 –**

Berichterstatter: Abg. Hoff. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer stimmt der Empfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und CDU bei Ablehnung durch die Fraktionen von FDP und GRÜNEN so beschlossen.

#### **Tagesordnungspunkt 46:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Förderung des ÖPNV auch weiterhin auf hohem Niveau sichern – Drucks. 16/4749 zu Drucks. 16/4697 –**

Berichterstatter: erneut Herr Kollege Hoff. – Wir verzichten wieder auf Ihre Berichterstattung, Herr Kollege Hoff. Sie haben heute keine Chance.

(Zurufe: Oh! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schicksal!)

Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, CDU und FDP haben zugestimmt, die SPD hat dagegen gestimmt, die GRÜNEN haben sich enthalten. Damit so beschlossen.

#### **Tagesordnungspunkt 47:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend „Weg vom Öl“: 10-Punkte-Programm zur Förderung nachwachsender Rohstoffe in Hessen – Drucks. 16/4753 zu Drucks. 16/4522 –**

Berichterstatter: Kollege Möller. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von CDU und FDP bei Ablehnung durch die beiden anderen Fraktionen angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 48:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend nachwachsende Rohstoffe in Hessen konsequent nutzen – Potenziale für regionale Produkte, Arbeitsplätze, Einkommen und Wertschöpfung erhöhen – Drucks. 16/4754 zu Drucks. 16/4558 –**

Kollege Möller ist Berichterstatter. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer stimmt hier zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU und der FDP bei Gegenstimmen der Fraktion der GRÜNEN und Enthaltung der Fraktion der SPD beschlossen.

#### **Tagesordnungspunkt 53:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Kürzung des Arbeitslosenansatzes im Kommunalen Finanzausgleich zurücknehmen – Drucks. 16/4936 zu Drucks. 16/4462 –**

Berichterstatterin: Frau Abg. Erfurth. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU und der FDP bei Ablehnung der SPD und Enthaltung der GRÜNEN beschlossen.

#### **Tagesordnungspunkt 54:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Heulen und Zähneklappern des Ministerpräsidenten – Drucks. 16/4938 zu Drucks. 16/4593 –**

Berichterstatter: Kollege Milde (Griesheim). – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Ich habe der Bitte zu folgen, dass wir getrennt abstimmen. – Herr Kollege Kahl.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt mach nicht noch Durcheinander!)

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Ich will darauf hinweisen, wenn wir getrennt abstimmen, dass die einzelnen Ziffern auch im Protokoll mit den unterschiedlichen Abstimmungsergebnissen aufgeführt werden. Zum Beispiel die Ziffer 2, die hier nicht aufgeführt wird, ist im Ausschuss unterschiedlich abgestimmt worden; da haben wir uns nämlich der Stimme enthalten. Das können wir jetzt nicht zum Ausdruck bringen.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Die Beschlussempfehlung hat zwei Ziffern, A.1 und A.2. Ich rufe sie einzeln auf, und dann stimmen wir darüber ab.

Wer wünscht Ziffer A.1 zuzustimmen?

(Michael Denzin (FDP): Dem Heulen!)

Wer will dem nicht zustimmen? – Wer will sich enthalten?  
– Damit ist Ziffer A.1 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen SPD und GRÜNE angenommen.

Wer stimmt Ziffer A.2 zu?

(Michael Denzin (FDP): Dem Zähneklappern!)

Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist Ziffer A.2 einstimmig angenommen.

Damit ist die Beschlussempfehlung gemäß dem jetzt vortragenen unterschiedlichen Abstimmungsverhalten trotz allem angenommen. Wunderbar.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 55** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der FDP betreffend „Sale and rent back“ von Immobilien – Drucks. 16/4939 zu Drucks. 16/4681 –**

Berichterstatter: Kollege von Hunnius. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmiger Beschluss.

#### **Tagesordnungspunkt 56:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend bundesweite Zuständigkeit der Kommunen für Hartz IV/SGB II – Drucks. 16/4945 zu Drucks. 16/4647 –**

Berichterstatterin: Frau Kollegin Müller-Klepper. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Bei Ablehnung durch die FDP und Zustimmung durch den Rest des Hauses klare Mehrheit und somit beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen einen schönen vierten Advent. Dann kommt der Christbaum, und davor tagen wir noch einmal. Bis zum nächsten Dienstag, tschüs.

Der Haushaltsausschuss tagt jetzt, die Einladung ist ergangen.

(Schluss: 17.33 Uhr)

**Anlage (zu Tagesordnungspunkt 15)**

**Nach § 109 Abs. 2 GOHLT zu Punkt 15 der Tagesordnung, Drucks. 16/4465 zu Drucks. 16/3803, zu Protokoll gegebene Stellungnahme des Abg. Volker Hoff (CDU):**

Zunächst möchte ich dem Chef der Staatskanzlei, Staatsminister Stefan Grüttner, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die sehr umfangreiche und informative Beantwortung der Großen Anfrage ausdrücklich danken.

Telefongewinnspiele im Fernsehen sind in der öffentlichen Diskussion sehr umstritten. Ein großer Teil der Bevölkerung ist der Auffassung, dass durch die teuren 0190- und 0137-Nummern die Anrufer regelrecht abgezockt würden und dies in Zeiten, in denen sich immer mehr private Haushalte in einer Schuldenfalle befinden, nicht rechtens sei. Die Verlockung attraktiver Preise bringe Menschen dazu, sich daran ohne Rücksicht auf die finanziellen Folgen zum Teil über ihre Verhältnisse zu beteiligen. Die Abwärtsspirale der Verschuldung drehe sich dadurch unausweichlich weiter. Die Veranstalter solcher Gewinnspiele führen diese Entwicklung hingegen auf den Wandel in der Werbewirtschaft zurück. Die technischen Möglichkeiten, die dem Zuschauer mittlerweile zur Verfügung stehen, um Werbung auszublenden, hätten zu einem Einbruch in den Werbeeinnahmen geführt und neue Geschäftsmodelle erforderlich gemacht.

Um diese Problematik genauer beleuchten zu können, ist es notwendig, den Blick darauf zu richten, wo und in welchem Umfang derartige Telefongewinnspiele stattfinden. Telefongewinnspiele finden im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nur in sehr begrenztem Umfang statt. Mit weit weniger als den Portokosten für eine Postkarte hat man z. B. beim „ARD-Morgenmagazin“ die Chance, zwei Kaffeetassen zu gewinnen. Ziel ist es dabei nicht, Gewinne zu erzielen, sondern vielmehr, Zuschauer an den Sender zu binden. Dies ist auch ganz klar im Rundfunkstaatsvertrag geregelt. Telefongewinnspiele in größerem Umfang finden nur im Privatrundfunk statt. Einfluss hat der Hessische Landtag nur über die rundfunkrechtlichen Bestimmungen.

Staatsminister Grüttner hat bereits die Problematik bei der Bewertung der Sendeinhalte angesprochen. Sender, die überhaupt keine Programminhalte anbieten, sind Mediendienste und benötigen keine Zulassung. Sie sind jedoch auch die letzten, die einen Sendeplatz erhalten. Zuerst werden die berücksichtigt, die durch bestimmte Programminhalte Informationen, Kultur und Bildung vermitteln, wie es die Programmgrundsätze in § 41 des Rundfunkstaatsvertrags vorsehen. „Gewinnspielsender“ sollen nicht die Programmlandschaft bestimmen und dadurch die Verbreitung von Informationen sowie den öffentlichen Meinungsbildungsprozess hemmen.

Sender, die so genannte Mediendienste unter anderem in ihr Programm aufgenommen haben, benötigen eine hessische Zulassung. Von den in der Antwort der Landesregierung benannten privaten Sendern betreibt derzeit nur RTL II mit „Big Brother“ ein Sendeformat, das derartige Gewinnspielelemente enthält. Nichtsdestotrotz rechnet die in der Antwort der Landesregierung zitierte Studie jedoch mit einer „weiter wachsenden strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung von Call Media“.

Wir haben hier eine Reihe von rechtlichen Bestimmungen, die eingehalten werden müssen. In der Anfrage wird es ausführlich dargelegt: Verbraucherschutz, Strafrecht, Telekommunikationsrecht, unerlaubtes Glücksspiel und letztlich auch das Rundfunkrecht. Mit der Telekommunikations-Datenschutzverordnung wird z. B. ein umfassender Forde-

rungskatalog aufgestellt, der unter anderem Preisobergrenzen, automatische Verbindungstrennung nach einer Stunde, eindeutige Preisangabe und Preisansage vorsieht. Hinzu kommt, dass der Nutzer einen umfassenden Auskunftsanspruch hat.

Mit dem Verband „Freiwillige Selbstkontrolle Telefonmehrwertdienste e. V. (FST)“ steht zudem ein Gremium der Selbstkontrolle zur Verfügung, das auf die Einhaltung eines genau definierten Verhaltenskodex achtet, der weit gehende Transparenz im Mehrwertdienstgeschäft einfordert. Er enthält Regelungen zu unzulässigen Inhalten, zum Kinder- und Jugendschutz, Zugangskontrollen, Anbieterkennzeichnung, Preisangaben und Anbieterkennzeichnung.

Neben diesen gesetzlichen und freiwilligen Regelungen wird zudem noch an einer Verbesserung der technischen Schutzmaßnahmen gearbeitet, sodass z. B. der Nutzer zukünftig einen maximalen Geldbetrag selbst einstellen kann, damit bei Erreichen dieser Obergrenze die Verbindung gekappt wird.

Einen tatsächlichen alleinigen Einfluss besitzen die Länderparlamente jedoch nur im Rundfunkrecht. Und im Rundfunkrecht haben wir nur die Einflussmöglichkeit über die Vergabe von Kanälen und Frequenzen.

Von Staatsminister Grüttner haben wir gerade in der Antwort erfahren, dass die Landesmedienanstalten derzeit an einem Erfahrungsbericht über die Praxis und die Auswirkungen von TV-Gewinnspielen arbeiten, der in absehbarer Zeit den Regierungschefs vorgelegt wird. Ich plädiere daher dafür, diese Thematik auf der Grundlage dieses Berichtes und anhand der darin enthaltenen konkreten aufgearbeiteten Ergebnisse im Rahmen unserer rundfunkrechtlichen Beratungen erneut zu diskutieren.

Ich halte aber nichts davon, und da stimme ich Herrn Staatsminister Grüttner vollkommen zu, privaten Rundfunkveranstaltern die Finanzierung ihres Programms über Mehrwertdienste zu entziehen. Die LPR, die Beschwerden gegen RTL bei den Telefongewinnspielen untersucht hat, hat nach eingehender Prüfung nicht eine einzige weiterverfolgt.

Wenn man sich jedoch Telefongewinnspiele und Mehrwertdienste genauer betrachtet, so kommt man unweigerlich zu dem Schluss, dass die Masche der Moderatoren, Zuschauer immer wieder zum Mitmachen zu animieren, durchaus problematisch ist – gerade im Hinblick darauf, dass selbst beim Ertönen des Besetztzeichens noch die Gebühren anfallen könnten und so der Nutzer immer und immer wieder zur Kasse gebeten wird. Derartiges gilt es meiner Meinung nach zukünftig zu verhindern, da Gelder einfahren werden, für die keinerlei Gegenleistung erbracht wird.

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Der Markt für Mehrwertdienste und auch für Auskunftsdienste stellt einen zentralen Wachstumsmotor für die gesamte Telekommunikationsbranche dar und ist damit natürlich auch von entscheidender Bedeutung für unsere Volkswirtschaft. Die Branche ist in den letzten Jahren weltweit enorm gewachsen. Aber auch in Deutschland haben wir inzwischen einen Umsatz von 2 Milliarden € pro Jahr, Tendenz weiter rasant steigend. Das Problem ist nun, dass es einige unseriöse Anbieter gibt, die enormen Schaden anrichten: Schaden für die seriösen Unternehmen, weil sie die Branche in Verruf bringen, und Schaden für die Verbraucher, weil sie ihnen mit unlauteren Methoden das Geld aus der Tasche ziehen. Damit gehen das Vertrauen in diese Dienste und infolgedessen Wachstumsmöglichkeiten, Innovationsmöglichkeiten und Arbeitsplätze verloren.

*Es gibt keine Grenzen für immer neue Geschäftsmodelle und Ideen. Betrachten wir nur den Markt der mobilen Mehrwertdienste, Stichwort hier: Premium-SMS oder so genannte Lock-SMS. In diesem Fall bekommen Sie eine persönlich formulierte SMS, in der Sie aufgefordert werden, doch bitte schnell zurückzurufen. Deshalb besteht hier dringender politischer Handlungsbedarf.*

*Im Interesse nicht nur der TV-Sender, sondern auch durchaus seriöser Anbieter von Mehrwertdiensten in diesem Sektor sollten wir in dieser Frage eine eindeutige Regelung anstreben. Ich bin daher der Auffassung, dass solche Dienste durchaus kritisch betrachtet werden sollten, nicht nur landespolitisch im Hinblick auf das Rundfunkrecht, sondern besonders bundespolitisch im Sinne des Verbraucherschutzes.*